

**P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt Wien 40**

# Stenographisches Protokoll

## 4. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

**XI. Gesetzgebungsperiode**

**Freitag, 22. April 1966**

<p><b>Tagesordnung</b> Debatte über die Erklärung der Bundesregierung</p> <p><b>Inhalt</b></p> <p><b>Personalien</b></p> <p>Krankmeldung (S. 45) Krankenurlaub (S. 59)</p> <p><b>Bundesregierung</b></p> <p>Debatte über die Erklärung der Bundesregierung</p> <p>Redner: Dr. Pittermann (S. 45), Dr. Witzhalm (S. 48), Peter (S. 54), Dr. Kranzlmayr (S. 59), Benya (S. 62), Altenburger (S. 68), Dr. van Tongel (S. 72), Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (S. 78), Dr. Kreisky (S. 80), Dr. Hauser (S. 89), Ing. Häuser (S. 93), Dr. Kummer (S. 99), Zeillinger (S. 104), Mitterer (S. 108), Moser (S. 116), Prinke (S. 121), Ulbrich (S. 125), Kranebitter (S. 133), Melter (S. 135), Dr. Stella Klein-Löw (S. 137), Dipl.-Ing. Dr. Oskar</p>	<p>Weihs (S. 142), Harwalik (S. 146) und Rosa Weber (S. 151)</p> <p><b>Eingebracht wurden</b></p> <p><b>Anträge</b> der Abgeordneten</p> <p>Mitterer, Mayr, Scherrer, Dr. Fiedler und Genossen, betreffend Abänderung des Gewerbesteuergesetzes 1953 (3/A) Dipl.-Ing. Fink, Kranebitter, Dr. Kummer, Leisser und Genossen, betreffend Ergänzung der Bundesverfassung (4/A)</p> <p><b>Anfragen</b> der Abgeordneten</p> <p>Dipl.-Ing. Fink und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend die Errichtung einer Höheren Abteilung bei der Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie in Dornbirn (9/J) Melter und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Erhöhung der Pauschbeträge gemäß § 102 Einkommensteuergesetz (10/J)</p>
--	--

## Beginn der Sitzung: 10 Uhr

**Vorsitzende:** Präsident Dr. Maleta, Zweitpräsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 3. Sitzung des Nationalrates vom 20. April 1966 ist in der Kanzlei aufgelegen, unbeanständet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Hubert Zankl.

**Debatte über die Erklärung der Bundesregierung**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist die Debatte über die vorgestrige Erklärung der Bundesregierung.

Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Doktor Pittermann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter DDr. Pittermann (SPÖ): Hohes Haus! Als erster Redner der Opposition muß ich heute aus momentanen gesundheitlichen Gründen meine Ausführungen zur Regierungserklärung kurz halten. Meine Partei-freunde, die nach mir zu Wort kommen, werden sie ergänzen. Und ich bitte auch die

Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen um Verständnis dafür, daß ich heute nicht während der ganzen Dauer der Debatte im Hause sein werde. Ich verspreche aber Ihnen allen, daß ich die mir momentan auferlegten Unterlassungen in der kommenden Opposition gründlich nachholen werde. (Heiterkeit. — Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe nach den Wahlen immer wieder versucht, eine Übergangslösung zwischen dem bisherigen System der starren Koalition und der Funktionsteilung nach dem Muster der angelsächsischen Demokratie in Regierungspartei und Oppositionspartei zu erreichen. Diese zeitlich zu befristende Übergangslösung hätte darin bestanden, daß die schwächeren Partei dieses Hauses, die SPÖ, zwar an einer gemeinsamen Bundesregierung beteiligt gewesen wäre, aber die ÖVP alle ihr als Mehrheitspartei zustehenden parlamentarischen Entscheidungen selbständig treffen könnte.

Um diese Übergangslösung zu erreichen, wäre es notwendig gewesen, dem schwächeren Regierungspartner für eine zu vereinbarende Zeit einen Schutz gegen einseitige Auflösung der gemeinsamen Regierung zu geben. Dieser Schutz wäre durch einen politischen Vertrag zwischen den beiden die Regierung bildenden Parteien zu sichern gewesen.

**DDr. Pittermann**

Das Zustandekommen einer solchen Vereinbarung hätte nach meiner Auffassung zwei günstige Voraussetzungen für die spätere Funktionsteilung zwischen Regierungs- und Oppositionspartei in dieser Legislaturperiode gebracht. Erstens hätte eine gemeinsame Bundesregierung auf Grund der geänderten Mandatsverteilung in den schon vorher zwischen ÖVP und SPÖ verhandelten Gegenständen wahrscheinlich eine Annäherung erzielen und dadurch zu einer gemeinsamen Lösung kommen können. Als Gegenleistung war ja die schwächere Partei, die SPÖ, bereit, darauf zu verzichten, durch vorzeitige Initiativanträge die Beratungszeit der Bundesregierung zu verkürzen oder die Mehrheitspartei zu einer Ablehnung eines Initiativantrages der schwächeren Partei zu zwingen. Außerdem war damit eine Vereinbarung über eine befristete Verlängerung vor allem von Wirtschaftsgesetzen verbunden gewesen, die ja nur mit den Stimmen der Sozialisten in verfassungsmäßig gültiger Weise vom Hohen Haus beschlossen werden können.

Die Annahme dieses Vorschlags hätte auch den Wahlparolen beider Parteien Rechnung getragen. Die Sozialisten haben sich bekanntlich für die Beibehaltung der bisherigen Zusammenarbeit ausgesprochen, aber dafür nicht die Mehrheit, die Zustimmung der Wähler erhalten.

Aber auch die Österreichische Volkspartei hat in ihrer Wahlpropaganda davongesprochen, daß sie eine Zusammenarbeit in neuen Formen wünscht, und es scheint mir, daß die Regierungsbildung durch eine Partei diesem Wahlversprechen nicht Rechnung trägt. Das wäre aber bei der Zustimmung zu einer befristeten Übergangslösung zweifellos der Fall gewesen. Sie hätte das uneingeschränkte Recht von Mehrheitsentscheidungen garantiert, und sie hätte damit den Übergang zu dem nunmehr eingetretenen System der angelsächsischen Demokratie besser vorbereitet.

Die Annahme dieser vorgeschlagenen Übergangslösung hätte Risiken, ja sogar Gefahren ausgeschaltet oder wenigstens weitgehend beschränkt, die aus dem plötzlichen Übergang von der starren Koalition zur Zweiteilung in Regierungspartei und Opposition entstehen könnten.

Es wird nun eine Aufgabe jener verantwortungsbewußten Männer und Frauen in Österreich sein, die den Zusammenbruch der parlamentarischen Demokratie in der Ersten Republik und die Auferstehung Österreichs durch die Zusammenarbeit der großen Koalition in der Zweiten Republik mitgemacht hatten und daran persönlich beteiligt gewesen waren, dafür zu sorgen, daß der Republik

und dem Volk von Österreich die Wiederkehr eines ähnlichen Schicksals wie in der Ersten Republik in der Zweiten Republik erspart bleibt.

In diesem Hohen Hause wird das vor allem die Aufgabe jener je sieben Abgeordneten der ÖVP und der SPÖ sein, die seit 1945 in diesem Haus als Volksvertreter durch ihre Tätigkeit bewiesen haben, daß man sehr wohl nach Auseinandersetzungen zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit gelangen kann, wenn man sich ein gemeinsames Ziel setzt, das jeder von einem anderen Ausgangspunkt her zu erreichen bemüht ist.

Hohes Haus! Damit komme ich kurz auf eine Passage in den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zu sprechen, der in der Regierungserklärung unter anderem sagte:

„Der Geist, in dem diese Probleme gelöst werden sollen, soll nach meiner Auffassung nicht die Ideologie einer Partei und auch nicht das arithmetische Mittel der Ideologie mehrerer Parteien sein, sondern das Bewußtsein, dem ganzen Staat zu dienen, und die Verpflichtung, eine Politik zum Wohle aller Österreicher zu betreiben.“

Ich habe an anderer Stelle schon vor der Entscheidung über die Bildung einer Einparteienregierung erklärt, daß sich eine Opposition der Sozialistischen Partei gegen die Regierung und die Regierungspolitik richten werde, aber niemals gegen die Republik Österreich, gegen die Demokratie und gegen das österreichische Volk! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Daher ist zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers von unserem Standpunkt aus folgendes zu sagen: Was dem ganzen Staat dient und was Verpflichtung ist, eine Politik zum Wohl aller Österreicher zu betreiben, bestimmt weder der Vorsitzende der Bundesregierung, der Herr Bundeskanzler, allein noch die Regierungspartei, sondern das bestimmen alle Volksvertreter in diesem Haus. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*) Wir haben aus der Vergangenheit genügend Erfahrung, wohin es führt, wenn einzelne oder eine einzelne Partei vorgeben, ihre politischen Ziele seien keine parteipolitischen, sondern staats- oder volksbewußte. Es bleibt selbstverständlich auch der Regierungspartei unbenommen, zu erklären, was Politik zum Wohl des Volkes und zum Dienst am Staate ist. Aber wir sprechen von allem Anfang an der Regierungspartei und ihren Exponenten das Recht ab, sich ein Monopol auf alleinige Verdienste am Staat anzumaßen oder gar ein solches Monopol autoritär zu vertreten. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ.*)

**DDr. Pittermann**

Die Republik Österreich soll das Vaterland aller Österreicher sein, aber sie braucht keine Vaterländische Front. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wenn die Regierung die Stimmen der Oppositionspartei braucht, um den Dienst am Staat und die Wohlfahrt des Volkes zu üben, dann wird sie mit den Sozialisten zu verhandeln haben. Zu einem Ergebnis wird sie kommen, wenn darin auch die Auffassung der Opposition berücksichtigt ist, was nach Auffassung der Opposition dem Staat und der Wohlfahrt des österreichischen Volkes nützt. Und es wird daher sehr wohl eine Verbindung zwischen den Ideologien der Parteien gesucht und gefunden werden müssen. Eine einseitige oder gar autoritäre Auslegung dessen, was der Republik und der Wohlfahrt des Volkes nützt, lehnt die SPÖ von Anfang an deutlich und entschieden ab, denn die österreichischen Sozialisten haben in vielen, vor allem in grundsätzlichen Fragen eine andere Vorstellung von dem, was dem Staat und seinem Ansehen dient.

Die Abgeordneten der SPÖ lehnen jedes Wiederaufleben des Rassismus oder eines engstirnigen Nationalismus ab, und sie wissen sich dabei in angesehener Gesellschaft. Wenn versucht wurde, in den jüngsten politischen Auseinandersetzungen den Antisemitismus in Österreich wieder als politische Waffe gegen jeden politischen Gegner einzusetzen, dann betrachten die Sozialisten das nicht als einen Dienst an Österreich, sondern als einen Schaden für Österreich. Wir Sozialisten betrachten es als unsere Pflicht, uns von diesen Methoden, die am Anfang des organisierten Völkermordes gestanden sind, im Dienst an Österreich von dieser Stelle aus und in aller Form deutlich zu distanzieren. (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Wir Sozialisten betrachten es nur als einen schlechten Dienst an Österreich, daß man bisher den Schandfleck „Borodajkewycz“ nicht vom Lehramt an einer österreichischen Hochschule entfernt hat. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ.*)

Zu den weiteren Ausführungen in der Regierungserklärung beschränke ich mich auf die Feststellung, daß die Punkte über den Sozialbericht und über die Berücksichtigung der Bergleute auf Drängen der Sozialisten in dieses Programm aufgenommen wurden. Ebenso haben wir in den vorangegangenen Verhandlungen durchgesetzt, daß die Zusage einer Lohn- und Einkommensteuerenkung ohne jeden Hinweis auf künftige wirtschaftliche Voraussetzungen gemacht wurde.

Damit die künftige Bundesregierung oder — richtiger gesagt — damit die Bundesregierung künftig mit den Beratungen über diese von Lohn- und Einkommensteuerpflich-

tigen, von Pensionisten wie von Selbständigen mit bescheidenen Einkommen dringend erwartete Lockerung der Steuerschraube nicht zu lange braucht, wird die sozialistische Fraktion des Hohen Hauses in der nächsten Nationalratssitzung einen diesbezüglichen Initiativantrag einbringen und die anderen Fraktionen des Hauses um Unterstützung ersuchen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Am Schluß meiner Ausführungen will ich einen kurzen, keineswegs erschöpfenden Hinweis auf die künftige Oppositionstätigkeit der Sozialisten in diesem Hause geben.

Wir werden unsere Tätigkeit gleichermaßen dem den Abgeordneten zustehenden Recht der Gesetzesinitiative wie der Kontrolle der Verwaltung, insbesondere der Verwendung von Steuergeldern zuwenden. Es steht der Regierung frei, ob sie diese Kontrolle dadurch ermöglicht, daß sie in die Verwendung von Förderungskrediten Beiräten, die nach dem Proporz des Nationalrates zusammengesetzt sind, einen erschöpfenden Einblick gewährt, oder ob sie es vorzieht, daß in den Ausschüssen wie im Haus öffentliche Rechnungslegung und Rechenschaft über jede einzelne Subventionspost gefordert wird.

Selbstverständlich ist auch über die Vergaben von Förderungskrediten dem Hohen Haus Bericht zu erstatten, die unter Mitwirkung von Beiräten erfolgt sind. Es wird nur die Debatte über jene Verteilung kürzer sein, deren Sachlichkeit und Objektivität durch die Überprüfung im Beirat bereits feststeht.

Wiederholt wurde in der Öffentlichkeit vor und während des Wahlkampfes verlangt, daß man auch in Österreich eine Einrichtung schaffe, die dem „Ombudsmand“ in skandinavischen Ländern ähnlich sei. Es gibt in Österreich ja bereits ähnliche Einrichtungen, beispielsweise die Beschwerdekommission für das Bundesheer. Es kennt aber die Geschäftsordnung des Nationalrates, und zwar noch aus der Zeit des Reichsrates, die Übung des Petitionsrechts, die allerdings in den letzten Jahren praktisch außer Übung gekommen ist. Unsere Geschäftsordnung sieht vor, daß jeder Staatsbürger das Recht hat, Bittschriften und andere Eingaben an den Nationalrat zu richten, die dann angenommen werden, wenn sie von einem Mitglied des Nationalrates überreicht werden. Der Präsident verweist dann nach der Geschäftsordnung diese Eingaben mit Rücksicht auf ihren Inhalt an diejenigen Ausschüsse, die zur Vorberatung verwandter Gegenstände eingesetzt sind.

Die sozialistischen Abgeordneten werden es als einen wichtigen Teil ihrer Tätigkeit betrachten, solche begründete Eingaben oder Bittschriften nicht nur mit ihrer Unterschrift

**DDr. Pittermann**

zu versehen und an den Präsidenten des Hauses zu leiten, sie werden auch bei den Ausschußberatungen darauf bestehen, daß der zuständige Minister — mag es sich um einen Wunsch oder um eine Beschwerde handeln — zu dieser Eingabe Stellung nimmt. Nötigenfalls wird auch unter Zugrundelegung der Geschäftsordnung dafür gesorgt werden, daß Eingabe und Stellungnahme als Bericht des Ausschusses oder einer Ausschußminderheit dem Hohen Haus zur öffentlichen Verhandlung vorgelegt werden. Gewiß kann die Mehrheit des Hauses einer Ablehnung solcher Bittschriften oder anderer Eingaben durch ihren Minister zustimmen, aber sie wird es in aller Öffentlichkeit tun müssen, und man kann sich dann in Zukunft nicht mehr hinter dem Amtsgeheimnis verschanzen.

Wenn die öffentliche Meinung dabei die sozialistischen Abgeordneten unterstützt, wird es auch einer Minderheit gelingen, Staatsbürgern zu helfen, die sich durch willkürliche oder parteipolitische Handhabung der Vollziehung benachteiligt fühlen.

Ein besonderes Augenmerk werden die sozialistischen Abgeordneten in Zukunft darauf wenden, daß die Texte der vom Nationalrat zu beschließenden Gesetze in einer dem Staatsbürger verständlichen Sprache verfaßt werden. Die Vorlagen sollen von rechtskundigen Beamten der Ministerien oder von Abgeordneten des Nationalrats eingebbracht werden, sie sollen aber so beschlossen werden, daß nicht nur der juristisch Gebildete, sondern jeder Absolvent der Pflichtschulen sie versteht. Besonders wird darauf geachtet werden, daß keine Verweisungen auf andere Gesetze gemacht werden, sondern die geänderte Gesetzesstelle in vollem Wortlaut angeführt wird. Zum Begriff „demokratischer Rechtsstaat“ gehört, daß jeder Staatsbürger ohne Schwierigkeiten erkennen kann, was Recht ist und was ihm an Rechten zusteht.

Hohes Haus! Die Sozialistische Partei Österreichs ist mit einem „Programm für Österreich“ in den Wahlkampf gegangen. Sie wird dieses Programm als Grundlage für ihre Initiativanträge und für ihre Stellungnahme zu Regierungsvorlagen benutzen. Sie wird als stärkste Oppositionspartei in diesem Hause ebenso wie früher als ein Teil der Bundesregierung der Republik Österreich, der Demokratie und dem österreichischen Volke dienen — aber nach dem Auftrag ihrer Wähler, nach ihrem Gewissen als österreichische Republikaner und Demokraten. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Withalm. Ich ertheile es ihm.

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann, Kollege Dr. Pittermann, nicht erwähnt hätte, daß er momentan rekonvaleszent ist, man hätte es auf Grund seiner Ausführungen nicht unbedingt annehmen müssen. Nichtsdestoweniger, Herr Klubobmann und Kollege von der Sozialistischen Partei, wir wünschen Ihnen für den bevorstehenden Erholungssurlaub alles Gute, und ich freue mich gerade schon darauf, wenn Sie wieder frisch und munter nach diesem Urlaub zurückgekehrt sein werden. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Eine Freude, die ich Ihnen gerne machen möchte!) Ich glaube, wir werden noch mehr gemeinsame Freuden erleben, wie ich hoffe.

Hohes Haus! Die heutige Debatte über die Regierungserklärung trägt alle Voraussetzungen in sich, in die Geschichte der jungen österreichischen Demokratie einzugehen.

Österreich wäre keine Demokratie, würden die Sprecher der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei genau die gleichen Meinungen äußern, die ich hier namens der Österreichischen Volkspartei zum Ausdruck zu bringen gedenke.

In der Diktatur ist die Meinungsverschiedenheit eine Panne, die den angeblich einzig richtigen Kurs in Frage stellt. Für die Demokratie hingegen ist die Verschiedenheit der Meinungen die Garantie dafür, daß niemals auf die Dauer ein vollkommen falscher Kurs eingeschlagen werden kann.

Ich möchte deshalb namens der Abgeordneten meiner Partei den Abgeordneten der beiden anderen Parteien zwei Versicherungen abgeben: Wir werden ihre abweichende oder gegensätzliche Meinung nie tragisch nehmen in dem Sinne, daß wir darin etwa eine Gefahr für unsere Demokratie sehen, wohl aber immer ernst nehmen in dem Sinne, daß wir darin eine unentbehrliche Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie sehen.

Hohes Haus! Zum zweitenmal in der Geschichte der Zweiten Republik ist die Österreichische Volkspartei in diesem Hohen Hause durch 85 Abgeordnete vertreten. Das ist der unmittelbare Ausdruck des Willens, den die Wähler am 6. März 1966 in allgemeinen, freien und geheimen Wahlen geäußert haben.

Zum erstenmal in der Geschichte der Zweiten Republik aber haben nur Regierungsmitglieder der Österreichischen Volkspartei auf der Regierungsbank Platz genommen, und zum erstenmal haben die Abgeordneten der Sozialistischen Partei die Aufgabe einer starken Opposition übernommen.

Dieser kühne Schritt von der Koalition in der Regierung zur Konfrontation im Parla-

**Dr. Withalm**

ment ist — das möchte ich hier mit allem Nachdruck feststellen — keine Abkehr von den Spielregeln der ältesten Demokratien, sondern vielmehr eine Rückkehr zu diesen Spielregeln.

Die Jugend der Schulklassen, die in den letzten Jahren von der Galerie dieses Hauses aus die Sitzungen des alten Nationalrates mitverfolgte, hat oft wirklich nicht verstanden, weshalb Abgeordnete, die vorher in der Debatte gegensätzliche Meinungen geäußert haben, nachher bei der Abstimmung gemeinsam aufgestanden sind. Wenn nun im neuen Nationalrat Abgeordnete, die dagegen sprechen, auch dagegen stimmen, dann wird das ein sehr lebendiger Anschauungsunterricht in Demokratie sein.

Trotzdem möchte ich die Frage, wie es zu diesem tiefgreifenden Wandel kam, nicht einfach übergehen. Ja ich glaube, wir dürfen diese Frage gar nicht übergehen. Es wäre eine Geschichtslüge, wollte man behaupten, die Abkehr vom System der starren Koalition habe sich erst in den letzten Tagen vollzogen. Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß die beiden großen Parteien schon nach den Wahlen vom 18. November 1962 über einen mehr oder minder großen koalitionsfreien Raum diskutierten und daß innerhalb der Sozialistischen Partei die Bildung einer kleinen Koalition ernstlich zur Diskussion stand.

Die Österreichische Volkspartei hat im Wahlkampf von den Wählern eine klare Mehrheit verlangt. Sie hat versprochen, für eine lebendigere Demokratie einzutreten, bei der das Parlament zu einer Stätte echter Entscheidungen wird.

Sie hat ferner versprochen, auf jeden Fall wieder die Sozialistische Partei zur Mitarbeit in der Regierung einzuladen. Sie hat dieses Versprechen auch gehalten!

Niemand wird behaupten können, daß über die Bildung einer gemeinsamen Regierung nicht echt und intensiv verhandelt wurde. An insgesamt 14 Verhandlungstagen saßen die Vertreter der Österreichischen Volkspartei mit den Vertretern der Sozialistischen Partei beisammen und verhandelten bis zu sechs Stunden täglich.

Bereits am zweiten Verhandlungstag legte die Österreichische Volkspartei schriftlich die Grundsätze der künftigen Zusammenarbeit und den ersten Entwurf einer Regierungserklärung vor, am fünften Verhandlungstag die konkreten Punkte des Regierungsprogramms und am sechsten Verhandlungstag den Entwurf eines Kompetenzgesetzes.

Andererseits teilten uns die sozialistischen Unterhändler schon am ersten Verhandlungstag mit, daß sie zu keinen endgültigen Zusagen

ermächtigt seien, sondern berichten und die Genehmigung ihrer Parteigremien einholen müßten. Am vierten Verhandlungstag erklärten sie, nicht ermächtigt zu sein, zu den Grundsätzen der Zusammenarbeit Stellung zu nehmen, am sechsten Verhandlungstag ergab sich der erste Mißton durch den Bruch der Vertraulichkeit, die bis dahin von beiden Seiten gewahrt worden war, und nach neun Verhandlungstagen teilte man uns mit, daß die endgültige Entscheidung erst von einem außerordentlichen Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs gefällt werden könne.

Die Beurteilung der Frage, ob das Angebot der Österreichischen Volkspartei ein faires war, überlassen wir der österreichischen Bevölkerung. Es steht fest, daß wir der Sozialistischen Partei Österreichs alle bisherigen Ressorts bis auf ein einziges wieder angeboten haben. Es steht ferner fest, daß wir nur Kompetenzen zurückverlangt haben, die früher einmal von uns an die Sozialistische Partei Österreichs abgetreten wurden oder, wie die Agenden der öffentlichen Sicherheit, nach der Verfassung Rechte der Landeshauptleute darstellen. Fest steht schließlich, daß das erste Wort der Volkspartei bei diesen Verhandlungen nicht ihr letztes Wort war. Wir waren zu Konzessionen bereit und haben sie auch angeboten.

Nur ein Zugeständnis, meine Damen und Herren, konnten wir beim besten Willen nicht machen. Wir konnten keinem Pakt und auch keinem nur für die Parteitresore bestimmten Brief zustimmen, mit dem wir für immer oder auch nur für eine bestimmte Frist auf den Gebrauch der Mehrheit, die uns die Wähler gegeben haben, Verzicht geleistet hätten. (Beifall bei der ÖVP.)

Wahlergebnisse — das werden gerade die österreichischen Wähler verstehen — können nur durch Wahlergebnisse korrigiert werden, durch sonst gar nichts, daher auch nicht durch Abmachungen, die entweder auf die Stilllegung der parlamentarischen Mehrheit oder auf die Koppelung einer Regierungskrise mit der Auflösung des Nationalrates hinausgeläufen wären.

Die Verhandlungen über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung sind nur scheinbar erst in den letzten Tagen gescheitert.

Bereits in seiner ersten Radiorede nach den Wahlen hat Dr. Pittermann erklärt, es bestünde erstmals seit 1949 die Möglichkeit, daß eine der beiden großen Parteien allein regiert und die andere die Funktion einer starken parlamentarischen Opposition übernimmt.

Die Verhandlungsvollmacht des sozialistischen Verhandlungskomitees war von vornherein keine große. Der außerordentliche Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs

**Dr. Withalm**

hat diesen Verhandlungsspielraum noch weiter eingeengt. Es war doch von vornherein nicht zu erwarten, daß die aus den Wahlen gestärkt hervorgegangene Partei sich von der aus den Wahlen geschwächte hervorgegangenen Partei die Bedingungen der Regierungsbildung diktiert lässt. Was die Österreichische Volkspartei schon vor diesem außerordentlichen Parteitag der Sozialistischen Partei freiwillig zuzugestehen bereit war, erhielt durch diesen Parteitag ultimatischen Charakter. Damit nicht genug, erhoben die sozialistischen Unterhändler, offensichtlich im Auftrag der Parteiekutive, die vergangenen Samstag tagte, auch noch Forderungen, die über jene des Parteitages hinausgingen. So nannte man bis zuletzt einen sozialistischen Staatssekretär im Justizministerium als Preis für einen Eintritt in die Regierung.

Schließlich wurde die Sozialistische Partei völlig zum Gefangen einer Taktik, die glaubte, mit der Drohung des völligen Verzichtes auf die Beteiligung an der Regierung ein Druckmittel zu einer stärkeren Beteiligung an der Regierung zu besitzen. Alle jene, die mit dem Argument operierten, der Sozialistischen Partei sei bei diesen Verhandlungen zuwenig geboten worden, werden nun durch den Entschluß der Sozialistischen Partei, auf alles zu verzichten, ad absurdum geführt. Und das letzte Wort bei diesen Regierungsverhandlungen sprach — darüber gibt es keinen Zweifel — die Sozialistische Partei, als nämlich ihr Parteivorsitzender Dr. Pittermann am 18. April um 18 Uhr 55 Bundeskanzler Doktor Klaus telefonisch erklärte: „Ich muß Ihnen leider mitteilen, daß auch das zuletzt gemachte Angebot als dem Auftrag unseres Parteitages nicht Rechnung tragend mit 30 zu 10 Stimmen abgelehnt wurde.“

Dieses letzte Angebot der Volkspartei sah bekanntlich vor, daß vier Wirtschaftslenkungsgesetze mit Verfassungsbestimmungen statt auf vier Jahre nur auf zwei Jahre verlängert werden; daß sich die Österreichische Volkspartei in der Regierungserklärung zu einer Zusammenarbeit möglichst für die Dauer der ganzen Gesetzgebungsperiode bekennt; daß die Erhebungsabteilungen zur Verfolgung von Kapitalverbrechen und die Staatspolizei in unmittelbarer Bundesverwaltung, also beim Innenministerium, verbleiben und daß die ÖVP der SPÖ den Generaldirektor in der Verwaltungsgesellschaft für die verstaatlichte Industrie anbietet.

Die Antwort der Sozialistischen Partei war: Abgelehnt, da dem Auftrag des Parteitages nicht Rechnung tragend. Wir respektieren das Recht der Sozialistischen Partei auf diese Ablehnung. Diese Ablehnung war allerdings

auch gleichbedeutend mit dem eigenen Entschluß — mit dem eigenen Entschluß! —, in die Opposition zu gehen. Wir haben das Wort „Opposition“ niemals ausgesprochen, führende Sozialisten aber haben es immer häufiger in den Mund genommen, und schließlich ist dieses Wort auch einer Mehrheit der sozialistischen Parteivertretung ins Ohr gegangen.

Die Opposition der Sozialistischen Partei ist eine Tatsache, die wir zur Kenntnis nehmen. Auch das österreichische Volk hat diese Tatsache zur Kenntnis genommen. Der Entschluß der Sozialistischen Partei Österreichs hat bei der Bevölkerung ein durchaus gerechtfertigtes, lebhaftes Interesse gefunden, er hat aber keineswegs Panikstimmung ausgelöst. Wenn in den letzten Tagen das Leben in der Bundeshauptstadt ungestörter weiterging als an einigen Septembertagen des Jahres 1964, so stellt dies — und das sage ich jetzt ohne jede Ironie — der demokratischen Reife der Opposition ein gutes Zeugnis aus. (*Beifall bei der ÖVP.*) Der Parteivorsitzende Doktor Pittermann, mein Vorredner, hat ja zuvor einleitend bereits darauf hingewiesen, er hat das beim Parteitag ausgesprochen und heute wieder bestätigt, die Opposition der Sozialistischen Partei werde keine Opposition sein gegen die Republik, gegen den Staat, sondern nur eine Opposition gegen die regierende Österreichische Volkspartei.

Diese Feststellung wäre für eine alte Demokratie eigentlich eine Selbstverständlichkeit, für unsere junge Demokratie aber bedeutet sie viel mehr, nämlich nicht mehr und nicht weniger als geradezu die Überwindung eines Traumas. Österreich wäre keine Demokratie, hätten wir nur die Wahl zwischen einer Zwei-Parteienregierung und einem Bürgerkrieg.

Nicht nur das Jahr 1938, sondern auch das Jahr 1934 muß endgültig der Vergangenheit angehören. (*Beifall bei der ÖVP.*) Jeder Versuch, unter Berufung auf die vollkommen anders gearteten Verhältnisse dieser Zeit vergangene Haßgefühle wieder zu neuem Leben zu erwecken, stößt glücklicherweise auf die von Jahr zu Jahr immer unüberwindlicher werdende „menschliche Mauer“, möchte ich sagen, jener Jahrgänge, die in ihrer Jugend die Erste Republik nur noch aus den Geschichtsbüchern, die Zweite Republik jedoch aus eigenem Erleben kennengelernt haben. Unser Volk wird — davon sind wir zutiefst überzeugt — das, was uns eint, nach wie vor als stärker ansehen als das, was uns trennt. Die Übereinstimmung über das, worüber wir nicht abzustimmen brauchen — dazu gehört Österreich, die Republik, die Demokratie und der Rechtsstaat —, erträgt ohne weiteres die Überstimme in jenen Fragen, in denen

**Dr. Withalm**

wir verschiedener Auffassung sind. Auf diese Fragen dürfen wir der Zukunft die Antwort nicht schuldig bleiben.

Im übrigen bin ich überzeugt, daß die meisten Sozialisten diese Auffassung teilen. Wäre die SPÖ wirklich der Meinung gewesen, eine allein von der ÖVP gebildete Regierung stelle eine Gefahr dar, dann wäre sie dieser Gefahr auch entgegengetreten und hätte uns nicht allein regieren lassen.

Neu an der jetzigen Situation ist, daß sich die Bürde der Regierungsverantwortung für die eine Partei verdoppelt hat. Sie muß unter der Kontrolle einer starken Opposition getragen werden.

Bestehen bleibt aber auch in der jetzigen Situation, daß alle im Parlament vertretenen Parteien entsprechend ihrer Stärke Verantwortung für diesen Staat tragen, und da ist auch die Verantwortung der zweitstärksten Partei eine nach wie vor sehr große.

Die von der Österreichischen Volkspartei gebildete Regierung muß, wenn sie nicht die Vertrauensbasis bei den Wählern aufs Spiel setzen will, eine verantwortungsbewußte Politik betreiben. Mit einer reinen Gefälligkeitsdemokratie lassen sich auf die Dauer keine Erfolge erzielen. (*Beifall bei der ÖVP.*) In ihrer Summe können die Staatsbürger vom Staat nicht mehr verlangen, als sie ihm zu geben bereit sind. Innerhalb dieser Summe aber gilt es, eine Ordnungsaufgabe zu erfüllen und nicht nur der Lizitation lautstarker Gruppen nachzugeben.

Wir haben der Sozialistischen Partei keine Ratschläge zu geben, aber auch für sie gilt, daß ihre Vertrauensbasis bei den Wählern aufs Spiel gesetzt würde, würde sie in der Opposition eine unverantwortliche Politik betreiben. Der Weg der Radikalisierung führt zur Verewigung der Opposition. Nur eine Politik mit Blickrichtung auf das Wohl des ganzen Volkes kann zu neuer Regierungsverantwortung führen. (*Abg. Konir: Danke schön!*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Kraftfeld der österreichischen Demokratie kennt nun nicht mehr allein die Pole der beiden großen Parteien, sondern auch in deutlicherer Ausprägung als bisher die Pole des Parlaments und der Regierung, der Gesetzgebung und der Vollziehung.

Bisher bestand oft nicht zu Unrecht der Eindruck, daß die Entscheidungen neben der Regierung und neben dem Parlament im Koalitionsausschuß fallen, daß das, was der Koalitionsausschuß beschlossen hat, die Koalitionsregierung beschließt und daß das, was die Koalitionsregierung beschlossen hat, schließlich von den Abgeordneten der Koalitionsparteien im Parlament beschlossen wird.

Eine lebendige Demokratie, die anschaulich erlebt werden will, muß aber genau umgekehrt funktionieren: Die wichtigste Willensbildung erfolgt bei den Wahlen. Entsprechend der Entscheidung der Wähler setzt sich die Volksvertretung zusammen. Die Regierung muß das Vertrauen der Mehrheit dieser Volksvertretung genießen. Die Volksvertretung erhebt nicht nur die Vorlagen der Regierung zum Beschuß, sie kann auch aus eigener Initiative Gesetze beschließen. Die Durchführung der Gesetze in allen Fällen obliegt der Regierung, wobei sie vom Parlament als solchem und nicht nur von der Opposition kontrolliert wird. Die Zukunft der parlamentarischen Demokratie wird also hier, in diesem Hohen Hause, gestaltet. Die Mehrheit, die die Regierung stellt, kann nun ein geschlossenes Konzept entwickeln. Die Minderheit, die sich in Opposition befindet, kann von dieser Mehrheit, die keine Parteidengesetze in der Regierung mehr zu überwinden hat, rasche Arbeit verlangen, sie kann aber auch das Ergebnis dieser Arbeit kritisieren.

Wir alle beginnen einen grundlegenden Fehler, würden wir in den Grundsätzen und Zielen der Regierungserklärung, die Bundeskanzler Dr. Klaus vorgestern diesem Hohen Haus vorgelegt hat, nichts anderes sehen als die Grundsätze und Ziele der Österreichischen Volkspartei. Meiner Ansicht nach muß vielmehr im Rahmen dieser Regierungserklärung ein dreifacher Unterschied gemacht werden.

Als erste Kategorie möchte ich jene Grundsätze bezeichnen, die alle in diesem Hohen Haus vertretenen Parteien bedingungslos bejahen können.

Als zweite Kategorie möchte ich jene Ziele bezeichnen, die sich Regierung und Opposition in gleicher Weise gesetzt haben, die sie aber mit verschiedenen Methoden anzustreben wünschen.

Und erst als eine dritte Kategorie möchte ich jene Fragen nennen, bei denen zwischen Regierung und Opposition nicht nur ein Methodenstreit, sondern ein echter Zielkonflikt besteht.

Es sollte uns nicht schwerfallen, Beispiele für diese drei Kategorien in der Regierungserklärung zu finden. Wenn in der Regierungserklärung das gemeinsame Bekenntnis zur Verfassung und ihren tragenden Grundsätzen, zur Republik, zur Demokratie, zum Bundesstaat und zum Rechtsstaat ausgesprochen wurde, so wurde damit das gemeinsame Fundament bejaht, auf dem wir alle stehen, ein Fundament, an dessen Erhaltung gerade auch die Opposition in der Demokratie ein vitales Interesse haben muß. Dieses Fundament soll noch erweitert werden durch den Ausbau der

**Dr. Withalm**

Grund- und Freiheitsrechte, ein Schutz, der jedem einzelnen Staatsbürger ohne Unterschied der politischen Gesinnung gewährt werden muß.

Mit den Grundsätzen der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung, der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, der Unabhängigkeit der Gerichte und der Respektierung des freien Mandats stellt sich diese Regierung nicht gegen die Opposition, sondern eindeutig auf die Seite der rechtsstaatlichen Demokratie.

Auch mit der Erfüllung der freiwillig übernommenen Verpflichtung zur Verteidigung unseres Landes stellt sich nicht etwa die regierende Partei gegen die in Opposition befindliche Partei, sondern damit bekunden alle Österreicher ihren Willen, die Unversehrtheit der Grenzen ihres Landes und die Unabhängigkeit ihres Staates zu verteidigen, wobei angemessene finanzielle Opfer die beste Gewähr dafür sind, daß nicht noch ein höherer, womöglich nur mit dem eigenen Leben zu bezahlender Einsatz geleistet werden muß.

In diese Kategorie gehört ohne Zweifel die endliche und endgültige Lösung des Südtirol-Problems.

Zur zweiten Kategorie möchte ich alle jene Programmpunkte der Regierungserklärung zählen, die zu erreichen im Interesse aller Österreicher, der Jugend, der Arbeitnehmer, der Wirtschaftstreibenden und Bauern, der Pensionisten und Rentner, liegt. Mit dem Vorrang für Bildung, Ausbildung und Forschung, mit der Förderung des Wirtschaftswachstums, mit der Milderung der Lohn- und Einkommensteuer-Progression, mit der Erstellung eines alljährlich vorzulegenden Sozialberichtes und mit der Regelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — um nur die wichtigsten Fragen herauszugehen — setzt sich die Regierung Ziele, an deren Erreichung nicht zuletzt die Opposition und ihre Wähler interessiert sein müssen, wenngleich hier hinsichtlich der Methoden zur Erreichung dieser Ziele Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Das Recht der Mehrheit, meine Damen und Herren, ist es aber auch, Ziele zu setzen und jahre- und Jahrzehntelang ungelöste Probleme nach ihren Vorstellungen zu lösen. Sie wird ja dabei von der Opposition kontrolliert, von der öffentlichen Meinung kritisiert und von den Wählern das nächstemal zur Rechenschaft gezogen. Es steht mir nicht zu, im Namen der Opposition zu sprechen und zu behaupten (Abg. DDr. Pittermann: Tauschen wir, Herr Kollege! — Heiterkeit), daß unsere Vorstellungen von einer gerechten und sozialen Gesamtreform unserer Wohnungswirtschaft,

einer Reorganisation unserer verstaatlichten Industrie oder einer Sanierung unserer Bundesbahnen den ihren widersprechen. Aber selbst dann, wenn dies der Fall ist und in diesen Fragen ein echter Zielkonflikt zwischen uns bestehen sollte, darf sich die Bundesregierung bei der Inangriffnahme dieser Probleme auf die Mehrheit dieses Hauses stützen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Österreichische Volkspartei steht mit jedem einzelnen ihrer Abgeordneten geschlossen hinter dieser Regierung. (Abg. Zeillinger: Hoffentlich! — Heiterkeit.) Jawohl, Herr Kollege, machen Sie sich diesbezüglich ja keine Hoffnungen. Denn sie ist überzeugt, daß diese Regierung bereit und in der Lage ist, eine Politik für alle Österreicher zu betreiben, an das Wohl jedes einzelnen zu denken, niemanden sozial zu benachteiligen und keinen in seinen Rechten zu schmälen.

Wenn sich die Bundesregierung verpflichtet, sowohl im Rahmen des Unterrichts und der Erwachsenenbildung als auch im gesamten öffentlichen Leben alle Bestrebungen zu unterstützen, den Geist gegenseitiger Achtung zwischen allen Konfessionen und Weltanschauungen, Nationalitäten und Rassen im Bewußtsein unserer Bevölkerung und der Jugend im besonderen noch fester zu verankern, dann braucht keine hier im Hause vertretene Partei dagegen einen inneren Vorbehalt anzumelden. Ich möchte diesen Passus der Regierungserklärung hinsichtlich der gegenseitigen Achtung zwischen allen Konfessionen und Rassen namens der Österreichischen Volkspartei noch besonders hervorheben.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich hier mit einer vielleicht ungewohnten Offenheit einmal folgendes aussprechen: Jude zu sein ist kein Privileg, aber noch weniger eine Schande. Jeder Katholik, der die Magna mater Austriae verehrt, jeder Christ, jeder Österreicher, der den Beitrag hervorragender österreichischer Juden auf den Gebieten der Kunst und der Wissenschaft zu schätzen weiß, und jeder Bürger dieser Welt, der human genug ist, sich der millionenfachen Opfer der Konzentrationslager und Gaskammern zu schämen, muß den Antisemitismus als eine primitive Form der Pauschalverurteilung einzelner Menschen verurteilen. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ. — Ruf bei der SPÖ: Und Scheibenreif?)

Ich kann daher ... (Abg. Rosa Jockmann: Das müssen Sie dem Abgeordneten Scheibenreif sagen! — Abg. Scheibenreif: Das ist erledigt! — Abg. Weikhart: Vor Tische las man's anders!) Meine Damen und Herren! Ich kann daher nur wiederholen ... (Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das

**Dr. Withalm**

*Glockenzeichen. — Abg. Probst: Vorher war es anders! Vorher hat es genützt!)*

Meine Damen und Herren! Ich kann daher nur wiederholen, was die befugten Sprecher meiner Partei schon immer mit aller Deutlichkeit festgestellt haben: Es darf in unseren Reihen keine wie immer geartete Form des Antisemitismus geben! (Abg. Czettel: *Der ÖVP Niederösterreich müssen Sie das sagen!*) Herr Minister, darf ich Ihnen folgendes sagen ... (Abg. Probst: *Und die Konsequenzen ziehen Sie nicht daraus?*) Herr Minister Probst! Darf ich Ihnen eines sagen: Der Mann, der berechtigt ist, Konsequenzen zu ziehen, hat sie gezogen. Alle Hochachtung diesbezüglich vor Ihrem Kollegen Minister Dr. Kreisky. (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! In der Regierungserklärung ist mit der gebotenen Zurückhaltung auf die Tatsache hingewiesen worden, daß in den zentralverwaltungswirtschaftlich geführten Volksrepubliken Krisenerscheinungen aufgetreten und Reformbestrebungen eingeleitet worden sind. Als Sprecher der Österreichischen Volkspartei darf ich hier etwas deutlicher werden: In jenen Ländern, wo der Staat alles tut, steht es für das Volk nicht zum besten. Wo der Staat die Rolle des Unternehmers übernommen hat, die gesamte Produktion und damit auch den Arbeitseinsatz und den Konsum plant, funktioniert die Wirtschaft weniger gut als dort, wo freie Konsumwahl, freie Wahl des Arbeitsplatzes, ein freies Unternehmertum und ein funktionierender Leistungswettbewerb diese Aufgabe erfüllen.

Die Österreichische Volkspartei glaubt deshalb auf dem richtigen Weg zu sein, wenn sie sich nicht auf die Seite des Zwanges, sondern der Freiheit, nicht auf die Seite des staatlichen Befehls, sondern der persönlichen Initiative, nicht auf die Seite der weiteren Verstaatlichung, sondern des breiter gestreuten persönlichen Eigentums stellt. (Beifall bei der ÖVP.)

In Teilbereichen des Lebens ist eine Vollkaskoversicherung möglich. Ein ganzes Volk aber kann sich nicht gegen alle Risiken des Lebens versichern, ohne dafür den hohen Preis der Freiheitseinbuße und eines niedrigeren Lebensstandards zu bezahlen. Deshalb lehnen wir den totalen Versorgungsstaat ab, deshalb bekennen wir uns zu einer sozialen Leistungsgemeinschaft, in der die höhere Leistungsfähigkeit aller im Berufsleben Stehenden die Voraussetzung für die bessere Bildung der Jugend und die Teilnahme der Alten am wachsenden Wohlstand aller ist. Nur was wir heute säen, können wir morgen ernten. Nur was wir heute in unsere Schulen, in unsere Forschungsstätten, in unsere Betriebe, in

unsere Energieversorgung und unser Verkehrsnetz investieren, kann morgen die Form höherer Löhne, Gehälter, Familienbeihilfen, Pensionen und Renten annehmen.

Meine Damen und Herren! Jeder Versuch, die rasch wachsenden Wünsche unserer Bevölkerung durch eine langsam wachsende Wirtschaft zu erfüllen, muß auf Kosten der Kaufkraft des Schillings gehen und endet damit im Selbstbetrug. Kein Volk kann auf die Dauer über seine Verhältnisse leben. Haben wir deshalb den Mut, uns nur das zu leisten, was wir uns wirklich leisten können. Die Österreichische Volkspartei wird niemals Opfer nur um des Opfers willen verlangen, aber sie ist bereits einmal mit dem Ende der Politik der Lohn- und Preisabkommen, mit der Stabilisierung des Schillings und mit der Ankurbelung der österreichischen Wirtschaft vor das Volk getreten und hat bewiesen, daß das Maßhalten zur rechten Zeit die Voraussetzung künftigen Wohlstandes sein kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Regierung stützt sich zwar in diesem Hohen Haus nur auf eine knappe Mehrheit, ich bin aber überzeugt, daß sie sich im österreichischen Volk auf eine größere Mehrheit stützen können wird, wenn sie den Mut findet, der Bevölkerung auch unangenehme Wahrheiten zu sagen, und wenn sie eine Politik betreibt, mit der Österreich seine Zukunft nicht verspielt, sondern gewinnt. (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Der Bundeskanzler hat seine Regierungserklärung mit der Feststellung geschlossen, die eigentliche Regierungserklärung solle das sein, was seine Regierung in den nächsten Jahren zu leisten imstande sein wird. Zur Ausarbeitung dieser Regierungserklärung, die sich in Leistungen manifestiert, wollen die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei alles in ihren Kräften Stehende beitragen. Ohne entsprechende Leistungen ist keine Partei berechtigt, Regierungspartei zu bleiben oder zu werden. Durch entsprechende Leistungen hat jede Partei die Chance, Regierungspartei zu bleiben oder zu werden. Das nun voll wirksame Gesetz der Demokratie erlaubt es den Österreichern, schlechte Regierungen nach Hause zu schicken und gute Regierungen beizubehalten. Ich brauche wohl nicht besonders zu betonen, daß die Österreichische Volkspartei den Ehrgeiz hat, daß diese von ihr allein gebildete Regierung bei den nächsten Wahlen als eine gute Regierung vor die Wähler treten kann.

Wir bekennen uns vorbehaltlos zur Demokratie als einem Prinzip der Leistungsauslese. Die Österreichische Volkspartei ist nach 20-jähriger Mitverantwortung für eine aus beiden

**Dr. Withalm**

Parteien gebildete Regierung bereit, nunmehr allein die Regierungsverantwortung zu tragen. Sie will dabei eine Brücke vom Volk zum Staat, darüber hinaus aber auch eine Brücke bilden, über die alle Österreicher sicher den Weg von der Vergangenheit in die Zukunft antreten können. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Peter (FPÖ):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu den Selbstverständlichkeiten der Demokratie gehört es, die von den Wählern getroffene Entscheidung anzuerkennen und derselben gerecht zu werden. In diesem Sinne respektieren wir Freiheitlichen das Ergebnis des 6. März 1966, auch wenn wir nach wie vor die Meinung vertreten, daß mit absoluten Mehrheiten ausgestattete Parteien allzuleicht Gefahr laufen, die ihnen übertragene Machtfülle zu mißbrauchen. Es besteht jedoch derzeit keine Veranlassung, der Mehrheitspartei dieses Hohen Hauses einen Machtmißbrauch zu unterstellen. Ob es für Österreich ein Vorteil war, daß die Österreichische Volkspartei zu einem Zeitpunkt in den Besitz der absoluten Mehrheit von 85 Mandaten gekommen ist, zu dem trotz 20jährigen Bestandes der Zweiten Republik der Mechanismus der Demokratie noch immer nicht funktioniert, wird sich erweisen.

Besonders drastisch traten die Gebrechen des Parlamentarismus in Österreich bei der Auseinandersetzung um das Rundfunk-Volksbegehren am 15. Juli 1965 zutage. Für diese Versäumnisse um die Weiterentwicklung der Demokratie seit dem Abzug der Besatzungsmächte im Jahre 1955 sind ÖVP und SPÖ in gleichem Maße verantwortlich. Durch das weit über Gebühr ausgedehnte Festhalten am starren Koalitionssystem ist der jungen österreichischen Demokratie nicht nur kein Dienst erwiesen, sondern ein schwerer Schaden zugefügt worden.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei unterstrichen, daß wir Freiheitlichen uns der staatspolitischen Aufgabe bewußt sind, die die paktierte starre Koalition zur Zeit der Besetzung Österreichs von 1945 bis 1955 erfüllt hat. Keinem Freiheitlichen würde es einfallen, etwa die Verdienste eines Leopold Figl und eines Julius Raab wie die eines Oskar Helmer und Adolf Schärf um Österreich schmälen zu wollen. In demokratischer Fairneß zollen wir diesen in die Geschichte der Republik eingegangenen Persönlichkeiten unsere Achtung. Wir Freiheitlichen erwarten aber auch von unseren politischen Gegnern, daß sie die von uns seit zwei Jahrzehnten ebenso für

Österreich erbrachten Leistungen im gleichen Geiste würdigen und anerkennen.

Diese demokratische Grundhaltung ist noch immer nicht im vollen Maß gewährleistet. Nach wie vor wird uns gelegentlich von einigen unserer Gegner unterstellt, schlechtere Österreicher zu sein als jene Staatsbürger, die sich der Österreichischen Volkspartei oder der Sozialistischen Partei angeschlossen haben. Begründet wird diese Unterstellung damit, daß wir uns als deutschbewußte Österreicher bekennen. Wegen dieses, den Grundsätzen unserer Verfassung entsprechenden Bekenntnisses zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft werden wir Freiheitlichen von Übelwollenden in unverantwortlicher Weise diffamiert.

Ich darf bei dieser Gelegenheit an die wiederholt dargelegte Auffassung erinnern, daß die Freiheitliche Partei Österreichs jede Verfolgung von Mitbürgern aus religiösen und rassischen Gründen ebenso ablehnt wie jede diktatorische Gewaltherrschaft.

Im Sinne der Bewältigung unserer gemeinsamen Vergangenheit müssen wir uns dessen bewußt sein, daß jedes der drei historisch gewachsenen politischen Lager Österreichs, das christlich-konservative, das sozialistische und das national-freiheitliche, in der Vergangenheit den einen oder anderen verhängnisvollen Fehler begangen hat.

Daraus zu lernen, für die Gegenwart und Zukunft die Nutzanwendung zu ziehen, ist eine jener Aufgaben, die uns allen gemeinsam als Demokraten gestellt sind. Dies wird nur dann möglich sein, wenn jene in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebrachte Forderung verwirklicht wird, die den Ausbau und die Untermauerung des Rechtsstaates zum Ziele hat. Wenn der Herr Bundeskanzler den Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte als dringend geboten erachtet, weil der einzelne von den immer mehr überhandnehmenden staatlichen und außerstaatlichen Kollektiven bedroht wird, so pflichtet ihm die freiheitliche Fraktion bei. Mit der Bekräftigung dieses Grundsatzes ist aber die Tatsache noch nicht aus der Welt geschafft, daß die persönliche Freiheit der Staatsbürger durch die Ausbreitung der Allmacht des Staates und die vom bisherigen Koalitionssystem verursachte totale Verpolitisierung immer mehr eingeengt wurde. Dieser Zustand bedarf dringend der Änderung. Die freiheitliche Fraktion erwartet, daß dieser Erklärung der neuen Bundesregierung raschestens Taten folgen. Wir verlangen mit Nachdruck, daß der Ungeist des Proporz besiegelt wird. Es hieße die dargelegten Notwendigkeiten völlig verkennen, wenn die bisher zweifarbige Postenbesetzung

**Peter**

etwa durch eine Einfarbennennung ersetzt würde.

Hohes Haus! Loyalerweise darf ich vorwegnehmen, daß eine Reihe von in der Regierungserklärung enthaltenen Forderungen mit den von den Freiheitlichen vertretenen politischen Grundsätzen übereinstimmt. Viele dieser Forderungen wurden von der FPÖ-Fraktion in diesem Hohen Hause vertreten, aber von der ÖVP und SPÖ stets gemeinsam niedergestimmt. Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß die Bundesregierung in ihrer Erklärung auf vielen Strecken sich freiheitliche Forderungen zu eigen gemacht hat.

Hohes Haus! Wir Freiheitlichen werden uns auch nicht von einer in Siegerpose verharrenden ÖVP abhalten lassen, dieser Österreichischen Volkspartei immer wieder die Verantwortung vor Augen zu halten, die sie mit ihrer absoluten Mehrheit seit dem 6. März dieses Jahres übernommen hat. Wenn heute die Budgetlage unseres Staates ernster denn je ist, wenn das Wachstum unserer Wirtschaft in gefährlicher Weise zusammengeschrumpft ist, dann nicht zuletzt deswegen, weil die Österreichische Volkspartei und die Sozialisten in den letzten Jahren den Parteiegoismus über das Staatswohl gestellt haben. Schließlich hätte die ÖVP in der abgelaufenen Legislaturperiode gemeinsam mit den Freiheitlichen im koalitionsfreien Raum die Entscheidungen herbeiführen können, die nunmehr zum x-ten Male in der Regierungserklärung versprochen werden.

Der innere Widerspruch dieser Regierungserklärung wird daran sichtbar, daß die Kosten zur Erfüllung vieler Forderungen in krassem Gegensatz zu der angespannten Finanzsituation des Staates stehen. Wir bedauern, daß man nicht in der Lage war, die Wege aufzuzeigen, die zur Verwirklichung dieses Regierungsprogramms führen. Wir bedauern aber auch angesichts der besonderen Bedeutung, die die Österreichische Volkspartei im Wahlkampf 1966 der angeblichen Volksfront eingeräumt hat, daß in der Erklärung der Bundesregierung Klaus II jedweder Hinweis auf die abendländische Aufgabe Österreichs und auf die Notwendigkeit einer Bekämpfung kommunistischer und kryptokommunistischer Umtriebe in unserem Lande fehlt.

Wir Freiheitlichen haben es in diesem Hohen Hause stets als eine unserer Aufgaben betrachtet, als freiheitliche Opposition Wegbereiter von Lösungen und Entscheidungen zu sein. Nach unserer Auffassung erfüllt die Opposition die Funktion eines geistigen Motors, der die Dinge in Bewegung bringt und treibt. Jede Opposition ist ein Teil des Ganzen, dem in der Demokratie eine wesentliche Aufgabe

zukommt. Wir Freiheitlichen werden diesen Wählerauftrag auch im neuen Nationalrat erfüllen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die durch die Regierungsbildung geschaffene Lage wirft aber auch die Frage auf, wie die Freiheitlichen unter den nunmehr gegebenen Umständen ihre Oppositionsaufgabe zu erfüllen gedenken. Wir beabsichtigen weder die Bundesregierung mit Vorschüßorbeeren zu bedenken, noch ihren Bemühungen dort ein unabdingbares Nein entgegenzusetzen, wo sie in Einzelfragen Lösungsvorschläge unterbreitet, die dem Wohle Österreichs dienen und mit freiheitlichen Zielsetzungen übereinstimmen.

Als Parteiobermann der Freiheitlichen verfüge ich mich meinen Wählern dafür, daß wir alle Bemühungen auf parlamentarischer Ebene unterstützen werden, die im Interesse der Demokratie und unserer Republik notwendig sind. Derartige Unterstützungen hat es in staatspolitisch bedeutsamen Fragen bereits in der Vergangenheit gegeben. Die jeweilige Entscheidung der freiheitlichen Nationalratsfraktion wird daher von den zwei folgenden Überlegungen bestimmt sein: Was nützt Österreich und was entspricht den grundsätzlichen Auffassungen der Freiheitlichen Partei? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Mit der wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik steht und fällt in finanzieller Hinsicht jener Forderungskatalog der Bundesregierung, der dem Hohen Hause unterbreitet wurde. Darüber hinaus erhebt sich die Frage, ob die bisherigen Unterlassungen noch ausgeglichen werden können. Dem Optimismus des Herrn Bundeskanzlers möchte ich mit dem gebotenen Realismus begegnen. Auch vorangegangene Regierungserklärungen haben gute Gedanken enthalten. Sie sind nur in wesentlichen Teilen niemals verwirklicht worden. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß zu einer umfassenden Verwirklichung des vorgesehenen Regierungsprogramms weitgehend die Voraussetzungen fehlen. Ich möchte diese Behauptung durch die auf dem Gebiet der Bildungspolitik gegebene Lage erhärten.

Der Herr Bundeskanzler forderte eine mit dem Standard anderer Länder schritthaltende moderne und hochqualifizierte Ausbildung unserer Jugend von der Volksschule bis zur Hochschule. Stellen wir dieser Erkenntnis die Praxis gegenüber, dann zeigt sich, daß wir einem finanziellen, schulorganisatorischen und pädagogischen Chaos ungeahnten Ausmaßes in Österreich zusteuern. Warum? Weil ein modernes Schul- und Bildungskonzept den Auswüchsen und dem Machtstreben der paktierten starren Koalition zum Opfer gefallen ist. Wir Freiheitlichen warnten eindringlich,

**Peter**

als im Jahre 1962 das Schulkompromiß Drimmel — Neugebauer in diesem Hohen Hause zur angeblich richtungweisenden Schulreform erhoben wurde. Nach einer nunmehr vierjährigen Lebensdauer haften diesem bedauernswerten Kind der Koalition rachitische Züge an. Der jetzige Unterrichtsminister wird in seiner Eigenschaft als Nährvater dieser Mißgeburt bei weitem überfordert, was sich an Hand der Urteile der Fachwelt, aus Elternkreisen, aus der Wirtschaft und Landwirtschaft augenscheinlich beweisen läßt.

Das Schulgesetz der Herren Drimmel — Neugebauer stellt einen mehr als übeln politischen Kuhhandel der abgewirtschafteten Koalition dar. Die Österreichische Volkspartei opferte die von ihr ebenso wie von uns Freiheitlichen vertretene 5. Volksschulstufe und tauschte dafür die nicht vorgesehene konfessionelle Lehrerbildung ein. Die Sozialistische Partei wiederum erwarb bei diesem politischen Tauschgeschäft auf Kosten der Landjugend das 9. Schuljahr in Form des Polytechnischen Lehrganges. Wie sagte jüngst ein Beamter des Unterrichtsministeriums auf einem Vorbereitungslehrgang für das Polytechnische Jahr: Das 9. Schuljahr, das wir alle so sehr ersehnt, aber in dieser Form nicht gewollt haben! Der Herr Bundesminister für Unterricht würde dem Ansehen der österreichischen Schule und nicht zuletzt den betroffenen Schülern einen besonderen Dienst erweisen, wenn er einen Weg fände, die Einführung des Polytechnischen Lehrganges rückgängig zu machen.

Der Nationalrat beschloß die neunjährige Pflichtschulbahn in Österreich, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, wie die erforderlichen Milliardenbeträge von den Ländern und Gemeinden aufgebracht werden können. Wenn auch die tatsächlichen Entscheidungen über die Schulreform 1962 im verfassungswidrigen Koitionsausschuß gefällt wurden — beschlossen wurde sie vom Nationalrat, allerdings gegen die freiheitlichen Stimmen. Nicht der Koitionsausschuß, nicht die Bundesregierung, sondern das Parlament trägt heute die Verantwortung dafür!

Wenn auch das Koitionssystem der Halbheiten nunmehr beseitigt ist, seine Folgen werden uns in dieser und nachfolgenden Gesetzesgebungsperioden noch manches Kopfzerbrechen bereiten. Viele dieser verhängnisvollen Koitionsgeschäfte wurden mit verfassungsmäßiger Qualifikation beschlossen. Sie sind daher in absehbarer Zeit kaum aus der Welt zu schaffen. Die historische Wahrheit gebietet festzuhalten, daß die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei in gleicher Weise und zu gleichen Teilen mit dieser Verantwortung belastet sind.

Eindringlich führte uns die Regierungserklärung vor Augen, daß sich der Bedarf an Hochschullehrern in den nächsten zehn Jahren um die Hälfte erhöhen wird. Eindrucksvoll war die Feststellung der Regierungserklärung, daß die angewandte Forschung der besonderen Förderung bedarf, daß die Entwicklung der Wissenschaften wie des Hochschulwesens mit allen Kräften vorangetrieben werden muß.

Rasch aber folgt die kalte Dusche, wenn man sich vergewissert, welche finanziellen Mittel die einstige geistige und kulturelle Großmacht Österreich für diese Bereiche bereitgestellt hat beziehungsweise im nächsten Jahr bereitstellen wird. Im Zusammenhang mit den Budgetvorbereitungen verlautet, daß die Mittel für die Kultur- und Bildungspolitik nicht gekürzt werden. Man stellt das so dar, als wäre das ein beachtlicher Erfolg. Ein grenzenloser geistiger, kultureller und schulischer Niedergang wird nicht mehr aufzuhalten sein, wenn auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Lehre und Forschung so kümmerlich wie bisher weitergewirtschaftet wird! Der Bund ist in den letzten Jahren in unverdienter Weise immer mehr zum Nutznießer verschiedener zukunftsorientierter Länder und Gemeinden geworden. Wenn in Salzburg eine Universität und in Linz eine Hochschule entsteht, so ist das vor allem dem geistigen Selbstbehauptungswillen föderalistischen Verantwortungsbewußtseins entsprungen und nicht einem weit vorausschauenden Hochschulkonzept einer österreichischen Bundesregierung zu verdanken. Gegenüber diesen Bundesländern befindet sich der Bund in der Rolle eines geistigen und materiellen Schuldners.

Das größte Fiasco auf dem Gebiet des Schulbaues ist im Bereich der früheren Mittel- und nunmehrigen höheren Schulen vorhanden. Die Mißstände wären hier noch ärger, wären nicht zahlreiche finanzielle Hilfen auf Länder- und Gemeindeebene erbracht worden.

Mit Genugtuung vermerken wir Freiheitlichen, daß nach dem Programm der neuen Bundesregierung der Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes und der Förderung des Bergbauerntums das notwendige Augenmerk zugewendet werden wird.

Die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes ist aus volkspolitischen, volks- und wehrwirtschaftlichen, aber auch aus ethischen und kulturellen Gründen notwendig. Neben den Haupteinnahmsquellen aus der Viehzucht und der Waldwirtschaft kamen in den letzten Jahren für den Bergbauern auch solche aus dem Fremdenverkehr dazu. Die Einnahmen aus der Fremdenbeherbergung dürfen aber nicht überschätzt werden. Daher erachten wir Freiheitlichen die Schaffung ausreichender

**Peter**

Betriebsgrößen mit Hilfe freiwerdender landwirtschaftlicher Gründe und mit Wald für notwendig. Dem Staat fällt dabei die Verpflichtung zu, nicht nur Förderungsmittel, sondern auch Grundbesitz zur Verfügung zu stellen. Durch Eigentumsübertragung von Wald aus dem Besitz der Österreichischen Bundesforste könnten bergbäuerliche Existenz vor allem in Grenzgebieten Österreichs gefestigt werden.

Der Staat besitzt heute bereits über 15 Prozent der österreichischen Waldfläche. Der Anteil des Staatswaldes und der unter staatlicher Verwaltung stehenden Wälder ist in den letzten Jahrzehnten von 450.000 auf über 500.000 ha gestiegen. Mit nur 10 Prozent der jetzigen Waldfläche im Staatsbesitz könnten bis zu 10.000 bergbäuerliche Existenz abgesichert werden. Dem Staat bleiben nach den Ergebnissen des Jahres 1964 je Festmeter des Jahreseinschlages 25 S. Für den Bergbauern jedoch ist der Festmeter mit 400 S angesetzt. Unter anderem wäre hier auch die Erschließung der Höfe großzügiger als bisher zu fördern.

Wenn der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung sagt, daß eine moderne Sozialpolitik neue Aufgaben erkennen und neuen Gefahren entgegentreten müsse, so trifft das für die Stellung des Arbeitnehmers in der heutigen Industriegesellschaft in besonderem Maße zu.

Wir Freiheitlichen bekennen uns zu einer fortschrittlichen Sozialpolitik. Wir sind uns aber auch der Tatsache bewußt, daß es keinen sozialen Fortschritt ohne leistungsfähige, wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik gibt. Der einsichtsvolle Arbeitnehmer wird daher diese untrennaren Zusammenhänge anerkennen. Der Arbeitnehmer aber darf vom Staat mehr Verständnis, als er es bisher an den Tag gelegt hatte, für seine berechtigten Wünsche erwarten.

Hier sei daran erinnert, daß die Österreichische Volkspartei wie die Freiheitliche Partei im Wahlkampf die Beseitigung der Überstundenbesteuerung gefordert hat. Da diese Forderung im Regierungsprogramm nicht aufscheint, laden daher die freiheitlichen Abgeordneten die Kollegen der ÖVP ein, die Freiheitliche Partei bei der Einlösung dieses Wahlversprechens der Volkspartei zu unterstützen und die Beratung eines freiheitlichen Initiativantrages zu ermöglichen. Die derzeitige Überstundenbesteuerung ist unmoralisch. Sie begünstigt die Ausbreitung des Pfuscheriums und beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Das Teilzeitarbeitsgesetz zur Regelung der Halbtagsbeschäftigung der Frauen blieb in der

Regierungserklärung ebenfalls unberücksichtigt. Man hört sehr oft, daß wir Österreicher uns eines beachtlichen Wohlstandes erfreuen. Allerdings wird dabei außer acht gelassen, daß dieser Wohlstand in vielen zehntausenden Familien durch die Berufstätigkeit der Frau und Mutter im wahrsten Sinn des Wortes hart und bitter erkauft werden muß, weil mit dem Einkommen des Familienerhalters nicht das Auslangen gefunden werden kann. Man kann nicht eindringlich genug auf die schädlichen Folgen des derzeitigen Ausmaßes an Frauenarbeit in Österreich verweisen. Der so erkauft Wohlstand geht daher in vielen Fällen auch zu Lasten und auf Kosten der Kinder. Darum ist die Schaffung besserer Halbtagsbeschäftigungsmöglichkeiten für verheiratete Frauen mit Hilfe eines Teilzeitarbeitsgesetzes als Bestandteil einer aktiven Familienpolitik ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Die Österreichische Volkspartei hat sich in der Wahlauseinandersetzung darauf berufen, daß sie mit Hilfe ihrer Politik Österreich auf die Probleme des Jahres 2000 vorbereiten will. Wenn man die vorliegende Regierungserklärung auf dieses Wahlziel hin untersucht, wird man wohl einen kurzen Hinweis auf die Notwendigkeit einer modernen Raumplanung finden, nicht aber entsprechende Aussagen — um nur einige Beispiele zu nennen — über Fragen wie Wasserversorgung, Beseitigung der Abwässergefährden und der Luftverunreinigung. In diesen Bereichen ist es hoch an der Zeit, daß der Bund wohlüberlegte und zukunftsweisende Maßnahmen in vorsorglicher Weise trifft, damit nicht wie auf dem Gebiet der Kultur- und Bildungspolitik kostbare Zeit vertan wird.

In dem Bedauern, daß ein befriedigender Abschluß der Verhandlungen mit Italien über die Südtirol-Frage noch immer aussteht, stimmt die Freiheitliche Partei mit der Regierungserklärung überein, ebenso in der Erkenntnis, daß die Zeit drängt und daß endlich Taten folgen müssen. Ganz und gar nicht beipflichten können wir dem Herrn Bundeskanzler, wenn er in seinem Appell an die italienische Regierung zum Ausdruck bringt, daß der Schritt, der noch zu setzen ist, klein ist. Die Aktionen, welche die Bundesregierung in der Südtirol-Frage zu setzen hat, sind sicherlich schwierig. Es fanden geraume Zeit keine Verhandlungen mit Italien statt, sodaß kostbare Zeit veräusserdet wurde. Dem österreichischen Nationalrat fällt nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu, mit allen friedlichen Mitteln für die Durchsetzung der Rechte der deutschen Volksgruppe in Südtirol einzutreten. Obwohl die seinerzeit von der freiheitlichen Fraktion geforderte Internationalisierung angebahnt

**Peter**

wurde, konnten bilaterale Verhandlungen mit Italien noch immer nicht abgeschlossen werden.

Daher verlangen wir mit allem Nachdruck, daß die österreichische Bundesregierung unverzüglich alle notwendigen Vorkehrungen trifft, damit die Südtirol-Frage noch heuer in die Tagesordnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen aufgenommen wird. Wenn die Vollautonomie für die Provinz Bozen in absehbarer Zeit nicht verwirklicht wird, kann niemand der Volksgruppe in Südtirol das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten. (Beifall bei der FPÖ.)

Ob der Wiedereintritt jenes Mannes in die Bundesregierung, der für den Abschluß des Pariser Abkommens 1946 verantwortlich ist, eine zweckmäßige Entscheidung darstellt, sei dahingestellt.

Den Problemen des Föderalismus hat die Regierungserklärung lediglich drei Zeilen eingeräumt, in denen ein moderner Finanzausgleich zugestanden wird. Es ist bedauerlich, daß auch nach Beseitigung des starren Koalitionssystems der Föderalismus in der Bundesregierung klein geschrieben wird. Über den Aufbau und die Sicherung der Länderautonomie hätten wir uns konkretere Aussagen erwartet.

Wenn man die in elf Punkten zusammengefaßte Schlußfolgerung der Regierungserklärung betrachtet, zu der von freiheitlicher Seite noch gesondert Stellung genommen werden wird, drängen sich Zweifel auf, ob das Kabinett Klaus II in der Lage sein wird, dieses Regierungsprogramm zu verwirklichen. Klarer als die Regierungserklärung hat die Notwendigkeit zur Aufklärung der Bevölkerung über die Lage unserer Wirtschaft und der Staatsfinanzen Professor Nemschak formuliert, als er feststellte:

„Wichtig ist, daß die Öffentlichkeit über die Absichten und Entschlüsse der Regierung laufend aufgeklärt und unterrichtet wird. Eine Wirtschaftspolitik, die der Bevölkerung einige Opfer zumutet, kann dann auf Dauer erfolgreich sein, wenn sie von den breiten Schichten der Bevölkerung verstanden und im Grund auch gebilligt wird, selbst wenn sie nicht immer angenehm sein mag.“

In den letzten Jahren hat das Mißtrauen der früheren Regierungspartner ständig zugenommen. Dieser Zustand nahm derart bedenkliche Formen an, daß der einzige Zusammenhalt der seinerzeitigen Koalition nur mehr durch die eiserne Klammer des Mißtrauens gegeben war. Aber auch diese hat sich bei den jetzigen Regierungsverhandlungen als spröder Guß erwiesen und ist zerbrochen. Die

Schatten der unbewältigten Vergangenheit umwölken die Zukunft der Demokratie.

In dieser Situation sollten wir 40- bis 50jährigen dieses Hohen Hauses, die wir größtenteils am Erleben des zweiten Weltkrieges zum Manne gereift sind, uns dessen erinnern, womit die Generation eines Raab, Helmer und Hartleb über Parteidistanzen und Gräben hinweg ernste politische Situationen zu meistern vermochten: mit Hilfe einer persönlichen Vertrauensgrundlage. Trotz aller weltanschaulichen Gegensätze und trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten wird uns niemand der Mühe und Sorgen entheben, eine Vertrauensgrundlage zu finden, deren die österreichische Politik so dringend bedarf.

Hohes Haus! Ehe wir uns aber dieser Verpflichtung unterziehen können, müssen wir jene neuen Arbeitsformen finden, nach denen die so notwendige Aufwertung des Parlaments vorgenommen werden soll. Hier wird man der Geschäftsordnungsreform im Interesse einer gut funktionierenden demokratischen Volksvertretung nicht aus dem Weg gehen können. Wir appellieren an die beiden anderen Fraktionen dieses Hohen Hauses, gegenüber der freiheitlichen Fraktion bei diesen Gesprächen und Verhandlungen größere Einsicht als bisher zu bekunden.

Wir Freiheitlichen erwarten, daß sich die Österreichische Volkspartei der Verantwortung bewußt wird, die ihr der Wahlerfolg vom 6. März 1966 auferlegt hat. Konnte sie sich in der Vergangenheit damit ausreden, daß die Lösung von Problemen an der Uneinsichtigkeit des Koalitionspartners gescheitert sei, so ist sie nunmehr mit der absoluten Mehrheit von 85 Mandaten genötigt, Farbe zu bekennen und Entscheidungen zu fällen. Die damit verbundene Verantwortung kann der Mehrheitspartei niemand abnehmen.

Für die Bundesregierung wie für jeden einzelnen Abgeordneten gilt jene Herausforderung, die uns Professor Nemschak jüngst zugezogen hat, als er sagte:

„Das langfristige Konzept der österreichischen Wirtschaftspolitik ist ein nationales Anliegen. Es erfordert die Zusammenarbeit aller positiven Kräfte in unserem Lande. Ohne eine handlungsfähige und entschlußfreudige Regierung und ohne ein beschlußfähiges Parlament können die schwierigen Aufgaben nicht bewältigt werden.“

Die freiheitliche Opposition nimmt die Herausforderung Nemschaks an, wie sie gemeint ist. Tun Sie, meine Damen und Herren der Bundesregierung, das Ihre, tun wir Abgeordneten das Unsere, damit die Demokratie in Österreich endlich verwirklicht und damit

**Peter**

der Bestand unserer Republik gesichert wird!  
(*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident:** Mir wurde soeben ein Schreiben des Klubs der sozialistischen Abgeordneten übergeben. Auf Grund des darin enthaltenen Ansuchens gewähre ich dem Abgeordneten Dr. Pittermann gemäß § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung einen Krankenurlaub in der Dauer von 14 Tagen.

Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kranzlmayr. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Dr. Kranzlmayr (ÖVP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Regierungserklärung ist allen jenen Materien, die Gegenstand der Aktivität der Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode sein werden, bewußt das uneingeschränkte Bekennen zur österreichischen Verfassung und ihren tragenden Grundsätzen, zur Republik, zur Demokratie, zum Bundesstaat, zum Rechtsstaat vorangestellt; vorangestellt in dem Bewußtsein, daß es ohne diese Grundsätze keinen Fortschritt in allen Bereichen des menschlichen Zusammenseins geben würde, sondern daß letzten Endes bei Wegfall dieser Garantien ein Verfall, ein Zerfall des Staates eintreten würde.

Ich glaube nicht fehlzugehen, Hohes Haus, wenn ich der Meinung Ausdruck gebe, daß das Gefühl, diese Grundsätze seien in den letzten Jahren der Koalition, des uneingeschränkten Proporzess ins Wanken gekommen, mit Ursache war, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung von einem großen Unbehagen befallen wurde, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung einen Ausweg aus der starren Koalition suchte, um mehr Garantien für das Festhalten an diesen ehernen Grundsätzen für ein Zusammenleben in Freiheit und Sicherheit zu wissen.

Vielleicht kann jemand nun die Kritik erheben und den Vorwurf machen, wir seien ja selbst jahrelang in dieser Koalition gewesen, wir wären selbst ein Teil des Proporzess gewesen. Das ist wohl richtig, aber ich darf hier ohne Überheblichkeit sagen: Wir haben hier die Hand am Puls der österreichischen Bevölkerung gehabt, und unsere tausende Vertrauensleute haben uns gesagt, daß aus diesem Unbehagen ein Ausweg geschaffen werden muß. Ich glaube, wir können heute sagen: Wir haben schon vor den Wahlen diesen Weg gezeigt, und Umkehr zu halten, ist doch niemals zu spät.

Die Probleme des Rechtsstaates sind vielfältig und sicherlich nicht leicht zu erfassen. Lassen Sie mich bitte eine Definition des Rechtsstaates geben: Rechtsstaat ist jener Idealstaat,

in welchem die Staatsgewalt auf Grund des Rechtes und im Sinn des Rechtes ausgeübt wird. Weil Recht Ordnung bedeutet, ist der Rechtsstaat ein durch Recht geordneter Staat.

Wir haben leider das Gegenteil erleben müssen: den durch die Willkür gezeichneten Staat, und davor haben die Menschen, die diesen Staat der Willkür einmal erlebt haben, die ihn in den Volksdemokratien, in den kommunistischen Staaten tagtäglich aufs neue erleben können, Angst und sind bereit, auf manches zu verzichten, manches zu tun, um diesem Idealstaat, den ich gezeichnet habe, möglichst nahe zu kommen.

In dieser pluralistisch-kollektivistischen Gesellschaft, in der wir heute leben, in der dem Staat immer mehr Aufgaben zuwachsen, ist es das Kardinalproblem, den Rechtsstaat zu sichern, damit der Staat, der ohnedies tief in die Lebensbereiche des Menschen eingreift, den Menschen nicht wie ein Polyp umschlingt und ihn erdrückt. Wer für die Herrschaft des Rechts, für die Rechtsstaatlichkeit, the rule of law, eintritt, bekennt sich zur Unterwerfenheit aller staatlichen Gewalt unter das Recht. Das haben alle Weltkongresse der Internationalen Juristischen Kommission festgehalten.

Es muß daher unsere Forderung sein, die Staatsgewalt an das Recht zu binden, das heißt: Schutz vor Willkür, sei es des einzelnen oder von Gruppen, durch den Staat. Nur der Rechtsstaat ist der Garant der Freiheit, und vergessen wir nicht, meine Damen und Herren: die geistige Substanz unseres Staates wird von der rechtsstaatlichen Idee genährt.

Professor Marcic hat das Rechts- und Staatsdenken des Abendlandes mit dem Bild einer Ellipse verglichen, die um zwei Brennpunkte kreist: Rechtssouveränität und Volkssouveränität. Bezuglich der Elemente des österreichischen Verfassungsliebens hebt er hervor: „Zweifach ist der Grund, der die Einheit Österreichs stiftet: Rechtssouveränität ist der eine, Volkssouveränität der andere. Jener ist im aristotelischen Sinn formal, dieser material; jener greift gleichsam von außen zu, klammerartig, deszendenter; dieser vollbringt die Einheit von innen, immanent.“

Für unsere Situation: Wir haben einen Kampf hinter uns, der die Formen vermissen ließ. Politischer Kampf birgt das Risiko der Anarchie in sich, bestenfalls wird er gehalten durch ein Gleichgewicht des Mißtrauens, das in einer Formulierung eines prominenten Mitgliedes der Sozialistischen Partei, eines Mitgliedes dieses Hauses zum Ausdruck kommt, das da einmal gesagt hat: „Koalition ist der Klassenkampf in der Bundesregierung.“

Hohes Haus! Wenn man so denkt und spricht, muß man einsehen, daß unsere Koalition

**Dr. Kranzlmayr**

Schiffbruch erleiden mußte, wenn das in der letzten Zeit der Inhalt der Zusammenarbeit gewesen ist.

Das Wahlergebnis brachte das Ende der Identität von Legislative und Exekutive. Zweifellos ist die Trennung der Gewalten hinsichtlich Gesetzgebung und Verwaltung in allen parlamentarischen Demokratien zum Teil Fassade. Auch in England, dem Mutterland der Demokratie, operiert die Partei synchron in Regierung und Parlament. Doch die Herausarbeitung eines möglichen politischen Gegensatzes, also der Opposition als Alternative, fehlt bei einem Koalitionssystem mit über 90 Prozent der Mandate völlig.

Die Verfassungswirklichkeit ist auf Grund der Verfassungsgegebenheit in ein neues Stadium getreten.

Nun erlauben Sie mir auch einige Bemerkungen zur Gewaltentrennung hinsichtlich der Jurisdiktion.

Die weitgehende Koordination zwischen Gesetzgebung und Verwaltung und die mangelnde Opposition haben dazu geführt, daß die Kontrollfunktionen der Rechtsprechung in den letzten Jahren verstärkt in Anspruch genommen wurden.

Professor Antonioli hat vor einem Jahr in einem vielbeachteten Vortrag darauf hingewiesen, daß die Einrichtung zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und der Gesetzmäßigkeit von Verwaltungsakten die individuelle und die gesellschaftliche Freiheit sichere. In diesem Sinn muß jede Beeinflussung des Richterstandes und jede Manipulation, wie etwa nur bei Zuständigkeiten, wie vor kurzem im Falle eines Zeitungsverlages, unterdrückt werden, um dieses Gut nicht zu gefährden.

Wir — besonders wir hier in diesem Hause, aber auch jeder Staatsbürger — müssen Achtung vor den gerichtlichen Entscheidungen haben, und ich glaube, es darf nicht mehr vorkommen, daß hier in diesem Hohen Hause Richter eines Höchstgerichtes geziert werden, absichtlich oder aus Dummheit Entscheidungen zu fällen, die einer Partei nicht passen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Parlament und Bundesregierung werden im eigenen Interesse gut daran tun, sich diese Aufgabe angelegen sein zu lassen.

Besondere Pflichten haben hier die Länder, die die in der Verfassung vorgesehenen Möglichkeiten für sich ausschöpfen müssen, wie auch der Bundesrat, in dem lobenswerterweise der Vorsitzende unlängst darauf hingewiesen hat, daß der erste Schritt zur Verwirklichung des Föderalismus in der Ausnutzung der verfassungsmäßigen Möglichkeiten der zweiten Kammer liege.

Erfreulicherweise bekennt sich die Bundesregierung in der Regierungserklärung auch zum Forderungsprogramm der Bundesländer. Hier ist sicherlich schon ein großes Stück Arbeit geleistet worden. Wir hoffen, daß die Arbeiten rasch und erfolgreich — für die Länder und für den Bund zum Segen — abgeschlossen werden.

Was ist nun der Kern der Forderung der Bundesländer? Feststellung und Rückgewinnung der verlorengegangenen Kompetenzen, Schaffung eines Kompetenzausgleiches, die Einführung einer Schutzklausel bei Verfassungsänderungen zugunsten des Bundesrates, die Wiederherstellung der Abgabehoheit der Länder und schließlich und endlich auch die Vereinfachung der Verwaltung durch Dekonzentration. Es wird eine lohnende Aufgabe der Bundesregierung sein, auch hier eine Entflechtung herbeizuführen.

Hohes Haus! Ich möchte aber vielleicht das aktuellste Anliegen dieser Bundesländerforderungen herausheben: die Verlagerung des Wohnbaues an die Länder, die Übertragung sämtlicher Kompetenzen der Wohnbauförderung auf die Bundesländer. Ich bin mir bewußt und überzeugt, daß insbesondere bei Vergabe der Wohnbaumittel das größere Nahverhältnis in den Ländern eine bessere und gerechtere Verteilung und Ausnutzung der Mittel zur Folge haben würde. Alle Wohnbaumittel in einen Topf und Aufteilung nach dem Bevölkerungsschlüssel an die Bundesländer! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zur Verwaltungsvereinfachung müßte auch zwangsläufig führen, wenn die zweifellos unnötigen Mehrgeleisigkeiten abgeschafft werden und die Kompetenzen direkt den Ländern übertragen werden. Wir werden nicht aufhören, zu mahnen, daß dieses Forderungsprogramm der Bundesländer verwirklicht und so rasch wie möglich in die Tat umgesetzt wird.

Erwähnt ist auch in der Regierungserklärung das Bemühen, die Rechtsstellung der Parteien in einem Gesetz zu verankern. Sicherlich hilft ein Parteiengesetz mit, den Rechtsstaat zu sichern. Aber meine Überzeugung ist es auch, daß eine Aufwertung des Parlaments nicht bei „hearings“ beginnt, sondern in der Selbstbestimmung der Parteien. In der parteienstaatlichen Demokratie übernehmen die Parteien die Funktion in der Willensbildung des Volkes.

Die Erstarrung einer Partei und die mangelnde Entsprechung und Anpassung an die moderne Gesellschaft in ihren Denkweisen gefährdet die demokratische Substanz.

Und nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Politische Parteien, deren ideologische Grundlagen der Demokratie den Kampf angesagt haben,

**Dr. Kranzlmayr**

werden auch durch eine Beteiligung an demokratischen Vorgängen noch nicht zu Hütern der Demokratie. (*Beifall bei der ÖVP.*) Schon allein deswegen hätte sich die Sozialistische Partei gegenüber den Kommunisten abgrenzen müssen. (*Zwischenruf des Abg. Hartl.*)

Wir Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei werden gerne an der Gesetzgebung eines solchen Entwurfes mitarbeiten, aber allen Grundsätzen voran — ich wiederhole es nochmals — muß die Bundesregierung alles tun, um dem einzelnen Staatsbürger seine Freiheit und sein Recht zu schützen. Auch hierzu hat die Bundesregierung in ihrer Erklärung das Versprechen abgegeben, die begonnenen Arbeiten intensiv fortzusetzen und nach Möglichkeit in dieser Legislaturperiode zu einem Abschluß zu kommen, nämlich zu einer Reform, einem Ausbau und einer Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte seiner Bürger. Es erscheint ja fast grotesk, wenn wir eingestehen müssen, daß Österreich eigentlich keine Grundrechte kennt. Weil keine Einigung zustande kam und man unter Zeitdruck war, einigte sich die Konstituierende Nationalversammlung 1920 wohl auf den Text des Bundes-Verfassungsgesetzes, vereinbarte aber im Kompromißwege, bezüglich der Grund- und Freiheitsrechte im großen und ganzen die Rechtslage aus der Zeit der Monarchie weiter gelten zu lassen. Die Zeit ist aber nicht stehengeblieben, und wir brauchen dringend einen neuen Grundrechtskatalog. Hier möchte ich nur das im Sommer 1964 eingebrachte Fernmeldegesetz sowie das Gesetz zum Schutz des Brief-, Schrift- und Fernmeldegeheimnisses in Erinnerung bringen. Leider ist bis heute keine Einigung erzielt worden.

Die Bundesregierung wird auch zu prüfen haben, ob eine verfassungsrechtliche Verankerung des Asylrechtes angebracht wäre, denn auch hier, Hohes Haus, haben wir in der Vergangenheit erleben müssen, daß manche, die versucht haben, hier in unserem Staate das Asyl zu erhalten, abgewiesen wurden. Es bestanden keine rechtlichen Grundlagen, hier weitere Kompetenzen in Anspruch zu nehmen.

Die Europäische Menschenrechtskonvention, die nach unserer Bundesverfassung als völkerrechtliche Verpflichtung in Geltung steht, soll innerstaatlich volle Wirksamkeit erlangen. Ich weiß, daß manche der Meinung sind, das wäre bereits der Fall, doch wollen wir diesen Streit durch eine echte Gesetzgebung schließen.

Wünschenswert wäre auch, wenn der geltende Text der Bundesverfassung mit den vielen Veränderungen, die er im Laufe der

Zeit erhalten hat, durch geeignete Maßnahmen klargestellt werden könnte. Diese Reform ist dringend notwendig, weil nur dadurch die Garantie gegeben ist, daß jeder einzelne Staatsbürger vor totaler Staatsmacht, vor kollektiver Willkür geschützt wird, weil nur dadurch jeglicher Mißbrauch von Macht ausgeschaltet werden kann.

Wir haben in der Vergangenheit erfahren müssen — und leider scheint es oft der Fall zu sein, daß wir erst dann handeln, wenn wir die Dinge verspüren —, daß Versuche, Freiheit und Recht dem Staatsbürger zu entziehen, vorhanden waren. Ich erinnere hiebei nur an die willkürlichen Beamtenversetzungen im Bereich der Exekutive. Ja, meine Damen und Herren, wir brauchen gar keine zwei Jahre zurückzugehen, denn der Öffentlichkeit ist inzwischen die Vorstandsverfügung des Bundesministeriums für Justiz vom 8. Februar 1966 hinlänglich bekanntgeworden, wodurch es möglich war, daß in einem Ministerium unter der Leitung des Bundesministers Sonderregelungen für bestimmte Staatsbürger, nämlich sozialistische Minister, hinsichtlich bestimmter Delikte getroffen wurden. Jener Minister ist in den letzten Jahren seiner Amtszeit vehement als Hüter des Rechtsstaates aufgetreten. Er führte unter dem Titel „Rechtsstaat und Demokratie“ in seinem im Europa-Verlag erschienenen Buch „Demokratie, Recht, Gesellschaft“ auf Seite 56 zu diesem Thema aus:

„Die freien Einrichtungen eines Landes — von der freien Zustimmung der freien Bürger getragen — sind eine weit bessere Gewähr für die Erhaltung und Bewahrung der Freiheit gegenüber dem Druck der Unfreiheit als alle behördlichen oder polizeilichen Schutzmaßnahmen oder Sicherheitsvorkehrungen.“ Soweit Minister Dr. Broda.

Es ist hier verdächtig viel von Freiheit die Rede. Umso mehr überrascht es, daß es ja behördliche Schutzmaßnahmen sind, die diese Minister für sich beansprucht haben.

Es wird Aufgabe der Bundesregierung sein, danach zu trachten, daß ein solcher Mißbrauch von Beamten und behördlichen Einrichtungen in Hinkunft nicht mehr vorkommen kann.

Geschützt werden muß zu allen Zeiten die Freiheit. Der Nationalrat versteht sich als Garant dafür. Ein Volk kann nur dann seinen Vertretern vertrauen, wenn sie dieses vitale Gebot beachten. Wir fühlen uns verpflichtet, dies zu tun. Die Sozialistische Partei ist eingeladen, uns dabei, vor allem bei der Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte, in Österreich tatkräftig zu unterstützen.

**Dr. Kranzlmayr**

In einem bin ich mit dem Herrn Vorsitzenden der Sozialistischen Partei heute einig: Er hat gesagt: Wir brauchen keine Vaterländische Front mehr! Ich würde nur wünschen und bitten, daß auch er mit mir darin einig ist, eine Front der Vaterländer zu bilden (*Abg. Dr. Tull: Gaullismus!*), und daß die Sozialistische Partei nicht in Obstruktion, sondern nur in Opposition steht und daß wir dann all das, was die Säulen, die Stützen des Staates sind, gemeinsam ausbauen, gemeinsam vertreten zum Wohle des Vaterlandes und zum Wohle unserer österreichischen Bevölkerung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet ist der Abgeordnete Benya. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Benya (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Régierungserklärung, in einer Regierungserklärung der ÖVP, die kommende Zeit als einen neuen Abschnitt bezeichnet, nachdem die Wähler am 6. März klare Mehrheitsverhältnisse in diesem Hohen Hause geschaffen haben. Es sollen, so sagte er, deshalb Entscheidungen nicht länger hinausgeschoben werden, und es solle eine Politik zum Wohle aller Österreicher betrieben werden. Wenn er dann sagt, in diesem Geiste habe die Partei, die in diesem Hause die Mehrheit repräsentiert, der zweitstärksten Partei nach den Wahlen die Hand zur Zusammenarbeit gereicht, die leider nicht ergriffen wurde, dann möchte ich dazu feststellen:

Das Bemühen der Sozialisten war immer — und die vergangenen 21 Jahre haben es bewiesen —, daß eine Politik zum Wohle aller Österreicher gemacht wird, und sie war daher nicht unwesentlich an den Erfolgen dieser 21 Jahre beteiligt. Ich kann Ihnen versichern, Herr Bundeskanzler, daß wir auch weiterhin eine solche Politik betreiben werden. Die Sozialistische Partei wäre auch bereit gewesen, wieder in einer Regierung der Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes mitzuwirken, doch hätte ein entsprechendes Anbot vorliegen müssen. Wenn uns eine Hand gereicht wird, während wir das Gefühl haben, daß mit der anderen die den Sozialisten anzubietenden Ministerien ausgehöhlt werden, wenn dem Partner außer vagen Beteuerungen über eine Zusammenarbeit für die Legislaturperiode nicht einmal für einen Zeitraum, in dem er wohl Verpflichtungen übernimmt, aber nicht dagegen abgesichert wird, zu einer ihm unangenehmen oder überhaupt zu einer sehr unsicheren Zeit aus dieser Regierung ausgebootet zu werden, ein Zugeständnis gemacht werden soll, dann scheint uns dieses Anbot, das uns gegeben wurde, nicht ohne Arg zu sein.

Die ÖVP hat nun, sehr geehrte Damen und Herren, hier in diesem Hohen Hause eine klare Mehrheit. Auch Herr Generalsekretär Dr. Withalm hat das betont. Sie haben nun eine Regierung, in der Sie alle Ministerposten allein besetzen. Sie haben uns Ihr Regierungsprogramm verkündet.

Ich möchte nicht auf die bombastischen oder teilweise bombastischen Erklärungen eingehen, sondern ich möchte mich mit einigen die Wirtschaftspolitik betreffenden Fragen beschäftigen.

Ich glaube, es werden manche, die so zur Alleinherrschaft drängten, bald erkennen, daß es leichter ist, an gut klingenden Erklärungen mitzuwirken, als die schweren Probleme, welche die Regierungsverantwortung für ein Land mit einer so schwachen Wirtschaft und einer so exponierten außenpolitischen Lage mit sich bringt, zu lösen.

Wir können feststellen, daß während der Zeit der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien in der Regierung auch auf wirtschaftlichem Gebiet schöne Erfolge erzielt worden sind. Von 1953 bis 1961 wuchs zum Beispiel das reale Sozialprodukt in Österreich jährlich durchschnittlich um 6,3 Prozent. Das ist mehr als in den Ländern der EWG gewesen, es war mehr als in den Ländern im Bereich der OECD.

In den letzten Jahren — das müssen wir leider feststellen — ist dieses Wachstum schwächer geworden, und für 1966 liegen die Dinge auch nicht besser. Aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich sagen, daß die Fachleute, die wir in den Prognosenausschuß des Wirtschaftsbeirates geschickt haben, eher Optimisten als Miesmacher sind. Doch scheinen uns die Prognosen, die wir für dieses Jahr mit einer Realzunahme des Sozialproduktes um 4 Prozent erstellt haben, zu günstig zu sein. Ich fürchte fast, daß wir diese an und für sich geringe Wachstumsrate nicht erreichen werden. Es hat vor allem die Industrieproduktion aufgehört, zuzunehmen, und wir verzeichnen, wenn auch unterschiedlich im Ausmaß, im Durchschnitt aber doch eine um sich greifende Stagnation. Vor allem die Investitionen in der unmittelbar produktiven Wirtschaft sind zurückgegangen. Dazu kommt, daß unsere Zahlungsbilanz auch heuer ein Defizit aufweisen wird. Von dem Budgetdefizit wollen wir in diesem Zusammenhang nicht reden; aber wir können es auch nicht verschweigen.

Diese nicht sehr günstige, ich möchte fast sagen, ungünstige Lage unserer Wirtschaft fordert, sehr geehrte Damen und Herren, eine wirkungsvolle Wachstumspolitik. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, Wachstumspolitik wäre ein abgeschlossener Teil der Wirt-

**Benya**

schaftspolitik mittels eines genau zu bestimmenden Instrumentariums. Wir sind der Ansicht — und das ist ja bekannt —: Das Wachstum ist das Ergebnis vieler, einander überlagernder wirtschaftlicher Prozesse, und die Wachstumspolitik muß dementsprechend komplex sein. Sie ist Investitionspolitik der öffentlichen Hand, die ja vom Budget her sehr stark gesteuert werden kann, sei es durch Vornahme eigener Investitionen, sei es durch die Steuerung privater Investitionen etwa im Wege der Bewertungsfreiheit. Sie muß aber darüber hinaus auch Struktur-, Regional-, Konjunktur-, Arbeitsmarkt- und Budgetpolitik in einem sein, eine große Aufgabe für eine Wachstumspolitik.

Wenn wir der Strukturpolitik dabei besondere Wichtigkeit beimessen, dann deshalb, weil doch die Strukturmängel unserer Wirtschaft wegen der Überkapazität in traditionellen Branchen, wegen mangelnder Spezialisierung oder ungünstiger Betriebsgrößen am schmerhaftesten sind. Die gegenwärtige Investitionsförderung verschärft und versteinert unserer Meinung nach diese Mängel, sodaß wir sagen: Wir brauchen ein echtes Wachstumskonzept. Das kann aber auf keinen Fall mit getarnten Steuersenkungen erreicht werden. Diesen Anschein erwecken nämlich die ehemals vorgeschlagenen „Kapitalmarktgesetze“, die in der Zwischenzeit fast allgemein in „Wachstumsgesetze“ umgetauft worden sind, weil sich diese Kapitalmarktgesetze anscheinend unter der Flagge des Wachstums leichter an den Mann bringen lassen.

Bedenkt man, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen auf einem einzigen Teilgebiet der Wachstumspolitik liegen und auch davon nur zwei Teilgebiete umfassen, so ist das erste Urteil über ihre Wirksamkeit schon gesprochen. Zuvor sagte ich, wie umfangreich eine moderne, eine zielstrebige Wachstumspolitik sein muß. Wenn nämlich die beiden Teilbereiche, die Selbstfinanzierung und der Kapitalmarkt, einander widersprechen, sodaß die Stärkung des einen zwangsläufig zur Schwächung des anderen führt, dann müssen wir die Dinge korrigieren. Es kann auch nicht sein, daß durch die Aufhebung von Bagatellsteuern ein Geschäftsgang belebt, durch Steuersenkung die natürliche Handlungsweise des Vorstandes einer Aktiengesellschaft verändert wird, ohne daß ein wirklicher Anreiz dazu gegeben wird. Gescheiterte Pauschalmaßnahmen sollen verworfen und nach den Vorschlägen steuerfreie Rücklagen in einer Zeit, da eine Erhöhung der Investitionen erforderlich ist, ermöglicht werden.

All dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, läßt vermuten, daß von den sogenannten Wachstumsgesetzen kein besonderer

Anreiz auf das Wirtschaftswachstum ausgehen dürfte. Es bleibt nur die Vermutung, daß damit Steuersenkungen für die Unternehmungen gegeben werden sollen, die große Beträge ausmachen. Es gibt keine Berechnungen von Seiten des Finanzministeriums, es wird aber geschätzt, daß es sich doch um einige Milliarden handeln könnte. Man muß sich fragen, wo denn diese Gelder auf einmal aufgebracht werden sollen, zumal man im Vorjahr wegen des Fehlens eines Betrages von weniger als einer Milliarde Schilling das Budget nicht unter Dach bringen konnte. (Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)

In der Regierungserklärung wurde sehr viel über das Arrangement mit der EWG gesagt. Wir glauben aber doch, auf die Untersuchungen des Wirtschaftsbeirates hinweisen zu müssen. Es liegen uns keine gemeinsamen Untersuchungen vor, obwohl wir immer verlangt haben, man möge doch, bevor wir uns dieser Frage konkret nähern, die Branchen auf ihre Integrationsfähigkeit untersuchen. Das ist nicht gemeinsam geschehen. Auf unserer Seite hat man Untersuchungen gemacht. Wir können feststellen, daß es sich in einer Reihe von Betrieben herausgestellt hat, daß wir dieser sehr stark werdenden und sich verschärfenden Konkurrenz derzeit nicht gewachsen sind. Wir glauben und befürchten, daß einige Betriebe Verluste statt Gewinne haben werden. Dann wird es für uns interessant sein, wie aus diesen Verlusten mit Hilfe von Wachstumsgesetzen Investitionen geschaffen werden können.

Kapitalinvestitionen sind dringend nötig. Das gilt für den Bereich der privaten und den der verstaatlichten Unternehmungen. Ich hoffe, daß man den verstaatlichten Unternehmungen in der weiteren Folge die Aufnahme von Krediten nicht erschweren wird. Sie sollen, so glaube ich sagen zu müssen, nicht schlechter behandelt werden als die privaten Unternehmungen, wo doch bewiesen ist, daß die verstaatlichten Unternehmungen trotz der Schwierigkeiten, die ihnen von Gegnern der verstaatlichten Industrie gemacht wurden, auf schöne und für unser Land nutzbringende und dem Wohle aller dienende Erfolge verweisen können.

Wir stellen zum Beispiel fest, daß für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Österreichs vor allem die Investitionstätigkeit der verstaatlichten Unternehmungen, die in den Jahren von 1945 bis 1964 eine Höhe von 27,2 Milliarden Schilling erreicht hat, eine besondere Bedeutung hat. Von diesem Betrag wurden 21 Milliarden Schilling allein aus erwirtschafteten Eigenmitteln aufgebracht, der Rest stammt aus Krediten, und nur ein kleiner Teil kam aus Bundesmitteln. In diesen Unter-

**Benya**

nehmungen arbeiten derzeit 124.000 Bedienstete. Wenn man sie all denen, die in der Gesamtindustrie beschäftigt sind, gegenüberstellt — es sind dies zirka 620.000 —, dann sieht man, daß der Anteil der in diesen Unternehmungen Beschäftigten ein Fünftel ausmacht. Der Nettoproduktionswert der verstaatlichten Industrie erreichte aber im Jahre 1964 mit rund 15,5 Milliarden einen Anteil von 28 Prozent. Wir können sagen, daß der einzelne, daß die Gesamtheit Großes leistet. Wenn wir feststellen, daß im Zeitraum von 1945 bis 1964 die Steuerleistungen rund 22 Milliarden Schilling betragen haben, dann sieht man, daß das, was man im Wahlkampf so gerne sagte, unrichtig gewesen ist. Man hat sich nur gescheut, die Dinge beim Namen zu nennen, denn mit einer Steuerleistung von 22 Milliarden Schilling im Verlaufe von 19 Jahren ist das Märchen, die verstaatlichten Unternehmen zahlen keine Steuern, widerlegt, und ich hoffe, daß man in der weiteren Folge ehrlicher mit diesem kostbaren Gut des österreichischen Volkes umgehen wird.

Auf der anderen Seite können wir wieder sagen, daß Ansteigen dieser guten Entwicklung spiegelt sich auch in den Steuerabgaben. Während die verstaatlichten Unternehmungen im Jahre 1950 noch 210 Millionen Schilling an Steuern entrichteten, war im Jahre 1964 ein Steuerertrag von 3,4 Milliarden Schilling zu verzeichnen. Da der Staat Eigentümer dieser Betriebe ist, sollte er daher auch ein doppeltes Interesse an der Erhaltung dieser Unternehmungen haben, und er muß ja an den wirtschaftlichen Erfolgen doppelt interessiert sein, da bei deren Gedeihen sowohl die Einnahmen aus Steuerleistungen als auch aus den Dividendenausschüttungen günstige Einnahmen für den Staat bilden.

Wir wollen in diesem Zusammenhang noch feststellen, daß die größte Dividendensumme aller österreichischen Unternehmungen aus einem verstaatlichten Betrieb, nämlich aus der Österreichischen Mineralölverwaltung, kommt.

Wir dürfen weiter sagen, daß Großaufträge für unsere verstaatlichte Industrie auch unzählige Subaufträge für die gesamte österreichische Wirtschaft bedeuten. Wir wissen, daß derzeit Verhandlungen über Aufträge von Seiten der VÖEST laufen. Wenn diese zustande kommen, würden mehr als 100 österreichische Firmen Aufträge im Wert von über 1 Milliarde Schilling erhalten. Die Simmering-Graz-Pauker hat allein im Jahre 1964 Aufträge in der Höhe von 420 Millionen Schilling, die VÖEST Aufträge um rund 800 Millionen Schilling, die Österreichisch-Alpine Montan um rund 900 Millionen Schilling an andere Firmen weitergegeben. So könnten noch eine Reihe

von Beispielen angeführt werden, Beispiele, die zeigen, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen den verstaatlichten und den privaten Unternehmungen ist, weil wir die Wirtschaft als ganzes zu betrachten haben, und das Ganze bringt ja erst den Erfolg.

Wir dürfen feststellen, daß, in Schillingwerten ausgedrückt, die Exporterlöse von nicht ganz 1,5 Milliarden Schilling im Jahre 1950 gesteigert wurden auf fast 10 Milliarden Schilling im Jahre 1964. Als der Hauptdevisenbringer der verstaatlichten Industrie sind die Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie zu bezeichnen, die eine Exportleistung von 7,29 Milliarden Schilling erbringen. Die vier österreichischen Stahlproduzenten bestreiten ein Fünftel des gesamten österreichischen Ausfuhrwertes.

Liebe Damen und Herren! Hohes Haus! Ich sage das deshalb, weil ich das Gefühl habe, daß derzeit viel zuwenig und viel zuwenig deutlich der österreichischen Bevölkerung vor Augen geführt wird, was die Arbeitnehmer in diesen Betrieben für den österreichischen Staat und damit für das Volk, für seine Gesamtheit, geleistet haben. Mit Exporterlösen von rund 10 Milliarden Schilling steht unsere verstaatlichte Industrie nach den Erlösen aus dem Fremdenverkehr an zweiter Stelle.

Ich habe deswegen ein wenig mehr über den verstaatlichten Sektor gesagt, weil aus einigen Worten des Herrn Bundeskanzlers etwas hervorgegangen ist, was mir in der Art nicht richtig scheint. Ich darf sagen, wir werden als Sozialisten bei allen Maßnahmen, die uns in diesem Zusammenhang geschildert worden sind, wie die geplante Ausgabe von Aktien oder Wandelschuldverschreibungen, sehr darauf sehen, daß unter diesen Ausgaben nicht vielleicht verschleiert ein Abverkauf oder vielleicht gar eine Verschleuderung an das Auslandskapital oder eine Reprivatisierung der Betriebe versteckt ist.

Verwundert bin ich — ich habe es erwähnt — über die Feststellung, die der Herr Bundeskanzler getroffen hat, daß vor allem in den verstaatlichten Betrieben und in den Betrieben der öffentlichen Verwaltung Wachstumsreserven in Form ungenützter Arbeitskräfte vorhanden sind. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, damit meinen — ich glaube es nicht —, daß in diesen Betrieben zuwenig gearbeitet wird und dadurch Reserven vorhanden sind, dann tun Sie diesen Arbeitnehmern vom Hilfsarbeiter bis zum Vorstandsdirektor schwer unrecht, denn diese im verstaatlichten Sektor beschäftigten Arbeitnehmer haben genauso große und genauso zu würdigende Leistungen erbracht wie alle Arbeitnehmer. Wenn das österreichische Volk, die Arbeitnehmer in diesem Lande

**Benya**

in den vergangenen 20 Jahren nicht so große Leistungen erbracht hätten, auf die wir stolz sein können, so könnten wir nicht diesen heutigen, wenn auch noch nicht zufriedenstellenden, aber immerhin ständig wachsenden Lebensstandard haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn wir feststellen, daß trotz Behinderung, trotz Kritik viele unserer Ingenieure und Techniker in der Eisen- und Stahlindustrie mit wenig Mitteln Forschungen, die Weltgeltung haben, zustande gebracht haben — ich verweise auf das Linz-Donawitz-, genannt LD-Verfahren, es hat bahnbrechend gewirkt —, wenn unsere Edelstahlindustrie Weltgeltung hat, wenn die verstaatlichten Stickstoffwerke sich Märkte in einer Reihe von Staaten erobert haben, dann sollen wir diese wirtschaftlichen Leistungen nicht einseitig beurteilen; ob sie nun von privater oder verstaatlichter Wirtschaft erbracht sind, wir sollen uns darüber freuen.

Wenn in der Regierungserklärung unter den elf Punkten auch die Reorganisation der verstaatlichten Unternehmungen genannt wurde, dann möchte ich dazu sagen, daß die Schuld, daß es zu dieser Reorganisation noch nicht gekommen ist, nicht den in den Betrieben Beschäftigten aufzulasten ist, aber auch nicht den Sozialisten in die Schuhe geschoben werden kann, denn wir haben sehr konkrete Pläne für die Reorganisation und für die Finanzierung der verstaatlichten Unternehmungen vorgeschlagen, nur war bisher auf der Seite der Österreichischen Volkspartei wenig Bereitschaft vorhanden, diesen Lösungen beizutreten. Ich hoffe, daß die Reorganisationsmaßnahmen, die ja, wenn man sie wirtschaftlich durchführt, nicht sehr stark verschieden sein können, nun doch, wenn auch etwas verspätet, durchgeführt werden.

Wir vermissen auch heute noch eine Koordinierung der Energieträger, und wir vermissen einen Vorschlag des Herrn Handelsministers, einen Energieplan zu erstellen.

Es hat wenig Wert, nur zu kritisieren, es hat keinen Sinn, die Bergbaue zu kritisieren oder mit deren Schließung in einer Zeit zu drohen, wo man durch Kohlenimporte aus dem Ausland die notwendige Beschickung vornehmen kann. Ich glaube, wir können nicht auf die inländische Kohlenförderung verzichten, denn sie wird uns helfen, wenn, was wir nicht wollen, vielleicht wieder so, wie es gewesen ist, Krisenzeiten eintreten.

Das alles fehlt uns noch. Hohes Haus! Wir Sozialisten zeigen diese Dinge nicht aus Freude an der Kritik auf, sondern weil uns tiefer Ernst bewegt und weil wir wissen: Wenn wir den Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung weiter heben wollen, und das müssen wir, wenn wir in einem kommenden größeren

europäischen Wirtschaftsraum bestehen wollen, dann müssen wir eine leistungsfähige Wirtschaft haben.

Als Gewerkschafter haben wir zu wiederholten Malen erklärt, daß unsere Forderungen sich nicht nur nach den Preisen, sondern nach dem möglichen Wirtschaftswachstum richten. Das vom Bundesvorstand in seiner Sitzung vom 16. März dieses Jahres beschlossene Memorandum sagt zu dieser Frage, daß wir im Zuge der Hebung der Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft das Lohn- und Gehaltsniveau sowie die Bezüge der öffentlich Bediensteten schrittweise an den westeuropäischen Standard heranführen wollen. Da wir, sehr geehrte Damen und Herren, gefaßte Beschlüsse auch durchführen, legen wir Wert auf die Feststellung, daß wir mitwirken wollen am Wirtschaftswachstum.

Wir werden auch die Hinweise in der Regierungserklärung auf die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhänden sehr ernst nehmen, wir werden sie sehr genau prüfen. Ich möchte aber sagen: Es möge sich niemand der Illusion hingeben, daß wir uns mit Sparförderung und ähnlichen Kleinigkeiten allein begnügen werden. Wir wollen für die Arbeitnehmer echte Anteile an den Gewinnen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Aus dem Gesagten können Sie entnehmen, daß wir nicht daran denken, uns mit der Tatsache, daß das Wirtschaftswachstum geringer geworden ist, abzufinden und eine Steigerung des Lebensstandards für die Arbeitnehmer hinauszuschieben. Wenn Herr Professor Nemschak in seinem Vortrag über ein langfristiges Konzept für die österreichische Wirtschaftspolitik vorgeschlagen hat, die Löhne in den nächsten zwei Jahren weniger als die anderen Einkommen steigen zu lassen, dann ist das meiner Meinung nach für uns nicht annehmbar und ist auch nicht zu verwirklichen.

Meine Ausführungen sollen aber nicht so verstanden werden, daß wir nicht vernünftige Vorschläge für eine Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung überprüfen wollen oder gar daß die SPÖ und der Gewerkschaftsbund die Zusammenarbeit bei praktischen Maßnahmen verweigern. Wir haben als Sozialisten und als Gewerkschafter ja schon bisher im Rahmen der Zusammenarbeit im Wirtschaftsbeirat Vorschläge für die Entwicklung von Wachstumszielen für die österreichische Wirtschaft durch Programmierung vorgeschlagen. Wir haben die ernste, eingehende Untersuchung über die Bedeutung der Forschungsförderung und der Forschung über das wirtschaftliche Wachstum in Form einer Studie der Arbeiterkammer herausgebracht. Viele positive Anregungen, die wir im Beirat

**Benya**

für Wirtschafts- und Sozialfragen vorgetragen haben, wurden allerdings systematisch von der Tagesordnung abgesetzt. Manche eingehende Studie, zum Beispiel jene über die Koordinierung der Bauwirtschaft, konnte bis jetzt nicht der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Präsident Sallinger hat gesagt, er werde sich bemühen, daß das in Bälde geschehen kann.

Natürlich wird es auch eine bedeutende Aufgabe der Regierung sein, den stärker gewordenen Preisauftrieb zu bremsen. Wir haben in der Vergangenheit in der Paritätischen Kommission und in ihren Unterausschüssen ein großes Maß von Verantwortung auf uns genommen. Wie es weitergehen soll, da die Parität in der Regierung nicht mehr besteht, kann heute nicht gesagt werden; dazu erwarten wir konkrete Vorschläge. Ich möchte aber gleich sagen: In diesem Punkt wollen wir die Zusammenarbeit nicht sozusagen aus Prinzip aufkündigen. Freilich glauben wir, daß sie andere Formen wird annehmen müssen.

Wir werden als Sozialisten die Preissteigerungen registrieren, wir wollen uns auch der Gutachtertätigkeit nicht entziehen, aber die Verantwortung liegt jetzt hauptsächlich bei jenen, die die Alleinverantwortung um jeden Preis haben wollten. (*Ruf bei der ÖVP: Wer sagt das? — Abg. Hartl: Das stimmt doch nicht: um jeden Preis! Sie waren für die Preiserhöhung!*) Ich möchte darauf verweisen, und ich habe das auch einleitend gesagt: Wir waren der Meinung, daß die Vorschläge, die von den sozialistischen Unterhändlern überreicht wurden, nicht unbescheiden waren, sondern sehr maßvoll und dem Kräfteverhältnis entsprechend. (*Abg. Probst: Das war die erste Preiserhöhung der ÖVP, die anderen kommen noch!*) Nun meinte man aber, man kann eine Partei, die immerhin 1,9 Millionen Wähler zu vertreten hat, demütigen, indem man erklärt (*Abg. Hartl: Und die 100.000 Kommunisten!*), wir sollten für Sie jetzt vielleicht unangenehme Maßnahmen mitbeschließen (*Zwischenrufe bei der SPÖ — Abg. Hartl: 100.000 Kommunisten haben euch gewählt! — Abg. Horr: Hartl, alter Schwartler!*) und dann, wenn diese unpopulären Maßnahmen beschlossen sind, wird man unsere Vertreter aus der Regierung hinauskomplimentieren. (*Ruf bei der SPÖ: 5000 für Hartl! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen. — Abg. Dr. Tull: Wenig geistvoll!*)

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich glaube, es bleibt schon bei dem, zumindest ist es meine, und ich darf sagen, auch die Auffassung meiner Parteifreunde, daß man eine Zusammenarbeit der beiden großen Parteien gar nicht ehrlich haben wollte. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.*) Sehr ver-

ehrter Kollege! Es ist meine Meinung, und gerade in diesem Haus hat jeder seine Meinung auszudrücken, und Sie gestatten, daß ich diese nicht unüberlegte Meinung hier zum Ausdruck gebracht habe.

Wir können nur feststellen: Zu begrüßen ist sicherlich, wenn die Regierung eine konstruktive Regionalpolitik und eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben will. Aber um es gleich auch hier klarzustellen: Wir werden die Regierung an ihren Taten messen, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß planvolle Förderungsmaßnahmen, ein langfristiges Wirtschaftskonzept und eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die zu einer vollen Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials führt, der harte Kern der Wachstumspolitik sein muß.

Ich bitte Sie, sich auch keinen Illusionen hinzugeben, daß man in den kommenden Jahren die Möglichkeit haben wird, durch Senkung der Unternehmersteuern eine Wachstumsförderung zu betreiben. Sie wissen genau, daß in diesem Budget keine Reserven sind und daß für die nächste Zeit für Steuersenkungen die Arbeitnehmer ihre Forderungen anmeldet haben.

Wir haben auch sehr genau vermerkt, daß das Regierungsprogramm von einer Lohnsteuerreform „in dieser Legislaturperiode“ spricht. Wir sind aber der Meinung, daß wir nicht weitere Jahre auf diese Reform warten wollen. Der ÖGB hat sich nur angesichts der Unwetter und der daraus resultierenden Notlage im Vorjahr bereit erklärt, seine Forderungen nach einer Lohnsteuerreform zurückzustellen. Wir haben bereits mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, daß wir die Verabschiedung dieser Lohnsteuerreform noch in diesem Jahr haben wollen beziehungsweise erwarten, und ich bin sogar überzeugt, man wird das tun, nachdem im Zusammenhang mit einer Wahlreise in der „Kärntner Volkszeitung“ einmal geschrieben stand:

„Vor einigen Tagen hat ... Dr. Schmitz angekündigt, daß er als Finanzminister eine Reform der Lohnsteuer durchführen werde, weil durch die verschiedenen Lohn- und Gehaltserhöhungen die Arbeitnehmer in das Räderwerk der Steuerprogression geraten sind, wodurch namhafte Teile der Erhöhungen weggesteuert wurden. So sprach der Finanzminister“, heißt es in Ihrer Zeitung.

„Einige Tage später“ — sagt man dann — „rückte der Präsident des ÖGB, Benya, sozialistischer Nationalrat, mit der Forderung heraus, der Finanzminister soll die Lohnsteuer senken.“

Der Steuerzahler fragt, wo denn der Herr Präsident des ÖGB die ganze Zeit über geblie-

**Benya**

ben ist, daß er erst nach dem Finanzminister eine Steuersenkung verlangt. Gewiß, er spürt“ — so sagt man, das trifft aber uns alle — „die Steuer sowieso nicht, aber die Tausende kleinen Lohnempfänger. Für sie hat zuerst der ÖVP-Finanzminister das Wort ergriffen — hintennach der Herr Präsident und SPÖ-Abgeordnete. Wenn es dann zu der vom Finanzminister initiativ angekündigten Reform kommen wird, werden die sozialistischen Bosse sagen, sie hätten es gemacht. Wetten!“

Ich glaube, meine Herren, das ist ja sehr einfach. Wir können rasch an das Werk gehen. Unser Herr Vizekanzler beziehungsweise Parteivorsitzender Pittermann hat angekündigt, daß wir einen Antrag auf Lohnsteuerreform einbringen werden. Vielleicht verhandeln wir darüber, in ein paar Wochen sind wir fertig. Ich bin nicht so stark daran interessiert, daß ich das Prinzip habe, die Lohnsteuersenkung als erster verlangt zu haben. Ich bin sogar sehr froh, daß der Herr Finanzminister, der ja über die Staatsfinanzen zu wachen hat, dieses große Angebot gemacht hat. (Beifall bei der SPÖ.) Ich hoffe nur, daß man es dann nicht zurücknehmen wird. (Abg. Probst: *Er wird sich sehr leicht tun, der Herr Finanzminister!*)

Es wird in Österreich gern behauptet, daß die Lohn- und Einkommensteuer am stärksten den Mittelstand trifft. Unsere Untersuchungen ergeben, daß die Lohnsteuerprogression am stärksten bei Monatseinkommen zwischen 1600 und 5000 S ist, also bei der großen Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Und wir erwarten daher von der Regierung eine Reform der Lohnsteuertarife, durch die die Steuerprogression bei den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen gemildert wird.

Gleichzeitig — das sei gleich angemeldet — müssen wir aber auch zahlreiche im Einkommensteuergesetz mit fixen Beträgen festgelegte Steuerfreiheiten und Steuerabsetzungen an die Geldverdünnung anpassen. So sind das Werbungskostenpauschale und der Pauschalbetrag für Lohnsteuerpflichtige zu erhöhen. Bei den Sonderzahlungen ist sowohl der Freibetrag als auch der Grenzbetrag für den günstigeren Steuersatz hinaufzusetzen, und es wären die Steuersätze generell zu kürzen. Auch Absetzbeträge für Invalide und Opfer des Faschismus müssen höher angesetzt werden. Die Einkommensgrenzen für die Steuerbegünstigung von Überstundenzuschlägen müssen erheblich erweitert werden. Um die Sparsamkeit zu fördern, sollen die Absetzmöglichkeiten für Versicherungen und Wohnraumbeschaffung verbessert werden. Gleichzeitig könnte durch die Schaffung eines Pauschalbetrages für die Sonderausgaben eine wesent-

liche Verwaltungsvereinfachung bei Bagatellfällen erzielt werden. Ebenso wäre die Begünstigung für Inhaber zweier Lohnsteuerkarten, die vor allem den Pensionisten zugute kommt, zu erweitern. Auch der Absetzbetrag bei Hausstandsgründung ist völlig unzureichend und müßte beträchtlich erhöht werden.

Sie sehen, wenn man Wünsche auf Steuersenkungen anmeldet, dann haben wir für die große Gruppe der Arbeitnehmer, die in den letzten Jahren durch die ungerechtfertigte Progression starke Belastungen auf sich genommen haben, ebenfalls Forderungen, von denen wir hoffen, weil sie sehr realistisch sind, daß sie bei den Verhandlungen eben auch durchgesetzt werden können. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte feststellen, daß wir bei dieser Lohnsteuerreform nicht gewillt sind, uns mit halben Maßnahmen abzufinden. Die Arbeitnehmer würden es nicht verstehen, wenn man sie mit kleinen Beträgen abspeist, während die anderen größere Steuergeschenke bekommen. Die Arbeitnehmer stellen fest: Wir sind bereit, mit unseren Steuern an der Erhaltung dieses Staates mitzuwirken; wir wollen aber auch die Gewißheit haben, daß dies im Rahmen einer gerechten und sozialen Verteilung der Lasten geschieht. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)

Nun möchte ich aber meine Ausführungen nicht beenden, ohne an diesem Ort und bei dieser Gelegenheit den vielen hunderttausenden Arbeitern, Angestellten und Beamten die Antwort auf ihre bange Frage zu geben, die da lautet: Wie wird es nun weitergehen, wer wird denn jetzt dafür sorgen, daß die Rechte, Bedürfnisse und auch die Nöte der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten und Pensionisten ihre Berücksichtigung finden? (Abg. Hartl: *Die Österreichische Volkspartei! — Lebhafte Heiterkeit bei der SPÖ.*) Herr Abgeordneter Hartl, ich möchte mich da nicht so sehr auf Sie verlassen! (Neuerliche lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.) Wir nehmen Ihre Hilfe gern in Anspruch, aber ich verlasse mich lieber auf unsere eigene Kraft. Aber ich möchte den Arbeitnehmern sagen: Man soll nicht vergessen, daß wir Sozialisten im Verlauf von 20 Jahren vieles durchgesetzt haben, wovon ein Teil in Gesetzen verankert ist, und daß die Sozialistische Partei auch in diesem Hause stark genug sein wird, um das für alle Arbeitnehmer Erreichte zu erhalten. Die Mehrheit weiß es oder wird einsehen müssen, daß wir auch als Minderheit in diesem Haus Kraft besitzen, einen weiteren Aufstieg zu erkämpfen zum Wohle der arbeitenden Menschen dieses Landes, zum Wohle unserer demokratischen Republik! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Altenburger das Wort.

**Abgeordneter Altenburger (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Präsident Benya hat als erster Vertreter des Gewerkschaftsbundes, aber auch im Namen der Sozialistischen Partei gesprochen; vom Gewerkschaftsbund sind wir ja gemeinsam entsendet. Sein Hinweis, daß man nun abwarten müsse, wie die Regierung ihre Regierungserklärung, die der Herr Bundeskanzler dem Hohen Haus vorgelegt hat, zu erfüllen imstande sein wird oder erfüllen wird, und sie nach Taten zu beurteilen haben werde, ist richtig.

Aber hier, Kollege Benya, haben wir eines voraus — ich glaube, dieses Urteil wird auch in Zukunft gültig sein —: wir haben auf dem amtlichen Stimmzettel den Einser. Daher sind wir immer auch auf dem Gebiet gut qualifiziert. (Abg. Ing. Häuser: *Es gibt manchmal auch ungerechte Noten!*) Ich darf daher auch hoffen, daß auf Grund dieser guten Qualifikation unter Mitwirkung der Sozialisten nunmehr auch das Bemühen einsetzt, daß es die Regierung, die ja vollziehendes Organ ist — das hat doch unser Generalsprecher Withalm deutlich zum Ausdruck gebracht —, sehr leicht haben wird, wenn wir hier so gute Beschlüsse fassen, diese Beschlüsse zu vollziehen. Wir müssen mitarbeiten, daß diese Regierung in der Vollziehung auch einen Weg gehen kann, den das Hohe Haus, den wir als Abgeordnete mitverantwortlich gehen, daß also die Regierung einen Weg gehen kann, der in gemeinsamer Arbeit festgelegt wird. Ich sehe daher in der neuen Form eine Möglichkeit größerer Initiative, ich sehe in der neuen Form eine Möglichkeit, daß sich gerade das Hohe Haus, daß gerade wir uns in den Ausschüssen viel intensiver mit jenen Dingen beschäftigen können, die die Wähler im Rahmen einer Wahl und bei Wählerversammlungen an die Abgeordneten herantragen und sie beauftragen, zu versuchen, sie durchzusetzen. Wir sind — das haben wir beide gemeinsam, Kollege Benya — hier im Hohen Hause nicht die Vertreter des Gewerkschaftsbundes, nicht die Vertreter einer einzelnen Form der Interessen, sondern wir haben hier die Aufgabe des Parlamentariers zu erfüllen. Wir haben das, was wir in unseren Interessensformen und Körperschaften bejahen und erarbeiten, hier zur Diskussion zu stellen, aber auch zu prüfen, inwieweit wir diese Vorschläge in der Gesamtverantwortung einbauen können und wieweit wir in der Lage sind, diese unsere Vorschläge, sei es der einen oder der anderen Gruppe, als Parlamentarier über die reine einseitige Form hinauszuheben und so zum Wohle der Demo-

kratie und zum Wohle unseres gesamten Volkes zu gestalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Kollege Benya hat versucht, einen Teil jener Dinge, die im gemeinsam beschlossenen Memorandum der Kammer und des Gewerkschaftsbundes nicht drinnenstehen, herauszuheben. Ich habe gestern bei einem anderen Anlaß schon gesagt, daß ich eigentlich bedaure, daß wir nicht den Mut haben, zu sagen, daß ein großer Teil dessen, was wir im Rahmen des Gewerkschaftsbundes und in der Arbeiterkammer als Memorandum beschlossen haben, in der Regierungserklärung schon drinsteht und daß gestern die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien etwas beschlossen hat und weiterleitet, was jetzt schon in den Kernpunkten der Regierungserklärung, wie man sie nennt, zum Teil enthalten ist. Ich glaube, das ist auch ein Positivum. Haben wir nicht früher oftmals sehr lange darum kämpfen müssen, sei es in der einen oder anderen Form, oder haben wir nicht versuchen müssen, das, was wir beschlossen haben, einmal weiterzuleiten und durchzusetzen? Wir haben es diesmal bereits zum Teil in dieser Regierungserklärung!

Wir haben es zum Teil fast wörtlich. Ich nehme hier das Memorandum. Im gemeinsam beschlossenen Memorandum heißt es: „Die Erstellung eines Energieplanes unter Berücksichtigung der Lage des Kohlenbergbaues.“ Was sagt hier in den elf vorgeschenbten Punkten, nicht im allgemeinen, die Regierungserklärung? „Koordinierungsmaßnahmen“ für die Energieversorgung „durch einen Energieplan unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und menschlichen Probleme des Kohlenbergbaues“. Es ist sogar mehr als wortwörtlich übernommen. Ich weiß schon, daß eine Opposition nicht loben wird, aber die Opposition kann sachlich feststellen, daß in der Regierungserklärung bereits Dinge enthalten sind, die wir verlangt haben und die wir nunmehr gemeinsam als Parlament mitverantworten, wo wir im Rahmen der Regierung als Vollzugsorgan bestrebt sein sollen, daß sie auch so vollzogen werden.

Ich glaube auch, daß es nicht ganz angebracht war, zu sagen, daß man an den Leistungen der Arbeiter und Angestellten Kritik übt und daß die Arbeitsmarktpolitik einseitige Kritik herausfordert. Ja, Kollege Benya, wie haben wir es denn bei Grünbach gemacht? Es ist doch notwendig, daß man, wenn man sieht, daß ein Zweig unserer Wirtschaft aus diesen oder aus anderen Gründen nicht lebensfähig ist, vorerst Vorkehrungen trifft und rechtzeitig zu erkennen versucht, wie man eine Umschichtung oder eine Verlegung ohne soziale Härten und unter Berücksichtigung gewisser

**Altenburger**

erworbener Rechte und verschiedener anderer Voraussetzungen durchführen kann. Das ist doch keine Diskriminierung derer, die nichts dafür können, daß eine Leistung in einem bestehenden Betrieb nicht erbracht werden kann. Oder wollen wir weitere Beispiele dafür setzen, wie es beim Raxwerk geschehen ist? Müssen wir das als Muster nehmen und sagen, so muß es sein?

Es ist hier zu sagen, daß wir als Arbeitnehmer, aber auch als Abgeordnete voll und ganz einer Regierung die Unterstützung angeidehen lassen können, die nun notwendig erscheinende Umstellungen der Wirtschaft durchzuführen versucht. Wir müssen als Abgeordnete auch die Verantwortung mittragen und versuchen, die Vollziehung so zu lenken, daß sie in diesem Rahmen auch unseren Voraussetzungen und Auffassungen entspricht.

Punkt 2 des Memorandums beinhaltet „gesetzliche Vorkehrungen für die Entfaltung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik“. Ich lese nun in der „Parlamentskorrespondenz“. In der Regierungserklärung steht sehr klar und deutlich: „Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Wachstumspolitik ist eine bewußte Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte.“ Das ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Man kann mit Freude feststellen, daß dieser Punkt unseres gemeinsam beschlossenen Memorandums bereits in der Regierungserklärung enthalten ist.

Nun zu den Punkten 3, 4 und 5 des Memorandums. Diese kennzeichnen nicht nur das Warten auf eine gute Tat, sondern es sind hier bereits „Maßnahmen für eine regionale Strukturpolitik unter Bedachtnahme auf die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete“ Österreichs festgelegt. Natürlich haben wir große Sorgen um das Burgenland, große Sorgen um Niederösterreich, große Sorgen um jene Gebiete, die infolge der Besetzung in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind und deren Lage nicht so günstig war wie die anderer Bundesländer.

Sollen wir das nicht unterstützen? Ist hier für uns Vertreter der Arbeiter und Angestellten keine Voraussetzung dafür gegeben, mit aller unserer Kraft alles zu tun, damit auf diesen Gebieten noch mehr Initiative entfaltet wird, und der Bundesregierung zu helfen, die Strukturpolitik auch in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten Österreichs stärker zu entfalten?

Macht uns das Berufsausbildungsgesetz nicht Sorge? Mußten wir uns das nicht im Rahmen des Gewerkschaftsbundes wiederholt überlegen? Im Rahmen der konfessionellen Organisationen und in vielen Arbeitskreisen wurde das besprochen, und im Rahmen des Arbeiter-

und Angestelltenbundes wurden in eigenen Formen der Beratung von den Referenten zielführende, klare Unterlagen geschaffen. Damit ging man doch weit über den Aufgabenbereich einer einzelnen Interessenvertretung in der Erkenntnis der Notwendigkeit der politischen Willensbildung hinaus.

Was sagt die Regierungserklärung dazu? „Im Zeichen einer echten europäischen Leistungsgemeinschaft müssen wir bereit sein, unserer bildungswilligen und bildungsfähigen Jugend eine mit dem Standard anderer Länder schriftthaltende moderne und hochqualifizierte Ausbildung zu bieten.“ Und sie sagt klar und deutlich, daß diese Berufsausbildung nicht nur der Jugend zusteht, sondern auch jenen, die die Bewegung der Arbeiter und Angestellten unmittelbar angehen, in anderer Form auch den Gewerkschaften, den Erwachsenen in Form der Erwachsenenbildung. Ist das nicht ein sehr klares und sichtbares Ziel? Man merkt bereits in den Konturen, daß die Frage eines Bildungsurlaubes und sogar verschiedene andere Ausbaumöglichkeiten im Begriff der Berufsausbildung enthalten sind. Soll das Sache der Opposition, der Regierungsmehrheit oder der „Alleinregierung“ sein, ist das ein Aufgabengebiet, das hier abgegrenzt werden soll? Oder könnte das zu politischer Spekulation führen? Es ist ein Anliegen unseres Volkes, ein Anliegen weiter Kreise unserer Wähler, es berührt unsere Jugend. In der Form, wie sie die Regierung dem Hause vorschlägt, bedarf diese Sache der Unterstützung aller Abgeordneten, und die Verantwortung wird unter allen Umständen und mit Begeisterung getragen. Wenn Sie von der Opposition es nicht können, wir von den christlichen Arbeitern und Angestellten, vom Arbeiter- und Angestelltenbund und im gesamten von der Österreichischen Volkspartei können es.

Viele andere Dinge, die zwar nicht so klar umrissen sind wie im Memorandum, die aber für die Wirtschaft oder für ein Teilgebiet wichtig sind, gibt es noch zu tun. Man kann aber doch nicht behaupten, daß diese Regierungserklärung der wirtschaftlichen Entwicklung wesensfremd und weltfremd gegenübersteht. Wir sehen in der Lohn- und Preisfrage vielleicht kein klares Konzept, aber ist das Sache der Regierung? Wollen wir uns nicht einmal dazu durchringen, die Regierung von den Aufgaben zu entlasten, die ihr nicht zustehen? Lohnpolitik ist Aufgabe der Sozialpartner. Wo allgemeine Interessen des Staates gefährdet sind, hat die Regierung bei uns wie auch in anderen Staaten die Pflicht, zu vermitteln. Zunächst aber ist das Aufgabe der Sozialpartner. Soll die Regierungserklärung

**Altenburger**

über den Sozialpartnern stehen? Wir sind als Gewerkschaftsbund weder ein Atout, eine Spielkarte der Sozialistischen Partei (*Beifall bei der ÖVP*) noch eine Feuerspritze der Regierung! Der Gewerkschaftsbund ist ein Verein und trägt bei den Verhandlungen mit den Unternehmern die Verantwortung. Ob das nun die Paritätische Preis- und Lohnkommission oder ihre Unterkommissionen sind, die Verantwortung haben letzten Endes wir zu tragen und nicht einmal mittelbar das Parlament. Befassen wir uns nicht mit der Regierungserklärung, sondern sehen wir einmal selbst, wieweit die Verantwortung auf diesem Gebiet von den Sozialpartnern getragen wird und wieweit sie sie tragen können. Ich bestreite nicht, daß hier manche Sorgen vor uns liegen. Ich bestreite nicht, daß es weder einen Preis- noch einen Lohnstopp gibt. Wir haben auch als Abgeordnete ernstlich zu prüfen, ob massierte, gleichmäßige oder generelle Formen von Bewegungen und wirtschaftlichen Einschaltungen zweckmäßig sind oder ob man sie nicht abwägen soll.

Der Gewerkschaftsbund sieht das Wachstum der Wirtschaft als Voraussetzung einer Untermauerung der sozialen Sicherheit, aber auch als Voraussetzung für die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Darüber gibt es keinen Streit. Wir müssen als Gewerkschaft auch daran mitarbeiten, daß dieses Wachstum eintritt, und wir können nicht nur sagen, wir werden abwarten, was die Regierung tut, und werden dann prüfen und ihr kritisch gegenübertreten — nein, wir haben die Aufgabe, mitzuarbeiten, damit die Wirtschaft wächst, damit auch wir in der Wirtschaft wachsen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zur Frage Lohnsteuerprogression und Wohnungsbau meinen Sie, es sei hier anscheinend ein vergeblicher Appell gerichtet worden. In unserem Memorandum steht: „Die ungerechtfertigte Belastung der Arbeitnehmer sowie der Pensionisten durch eine Lohnsteuerprogression ... muß abgebaut werden.“ Und ich sehe in der Regierungserklärung als einen der elf Kernpunkte: „Maßnahmen zur Milderung der Lohn- und Einkommensteuer-Progression. Ein klarer Punkt in der Regierungserklärung. Wenn Sie meinen, daß dies nicht so eingehalten wird, wird es dann unsere Aufgabe sein, dieser Regierung auf die Finger zu klopfen, wenn sie etwas versprochen hat, das sie nicht hält. (*Abg. Rosa Weber: Wird gemacht!*) Dazu sind wir hier, das werden wir gemeinsam tun, und die Regierung wird sich nicht auf einen Pol der Ruhe zurückziehen können, sondern sie wird in diesem Parlament noch manchen Strauß auszufechten haben. Aber dafür haben wir ja eine gute Regierung und ein gutes Parlament,

und wir sollen uns ja dort zusammenraufen, wo es unter Umständen Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten gibt. Die Regierungserklärung liegt vor, wir müssen mitarbeiten, daß die Pläne zur Ausarbeitung kommen, und wir müssen auch trachten, daß nicht nur bei der Frage der Lohnsteuer, sondern auch in der Frage der Steigerung des Sozialproduktes letzten Endes etwas geschieht.

Ich weiß, daß ich damit in Widerspruch mit dem einen oder anderen komme. Ich bin auch gestern in einer anderen Form in Widerspruch mit anderen gekommen. Ich glaube nicht, daß wir in diesem Zusammenhang die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit an die Spitze stellen können; und zwar nicht deswegen, weil diese Frage nicht international erörtert wird, sondern gerade deswegen, weil sie international erörtert wird!

Vor mir liegt ein Buch — nicht von der ÖVP oder sonst einem Arbeitgeberkreis, sondern vom Internationalen Arbeitsamt. Diese Studie über die Arbeitszeit von einem Forum, das doch weit über den Rahmen rein parteipolitischer Erkenntnisse hinausgeht, hat einen sehr wertvollen Inhalt. Hier ist zum Beispiel eine Statistik über die bezahlten gesetzlichen Feiertage. In dieser Beziehung stehen wir in Österreich sehr weit vorne. Wir bezahlen 13 Feiertage, während die Bundesrepublik Deutschland demgegenüber zurückliegt. (*Abg. Benya: Wir werden dafür arbeiten, daß es 14 werden!*) Was? (*Abg. Dr. Staribacher: Das ist eine Unglückszahl!*) Ja, bitte, ich bin für 14 oder für 15, wenn Sie wollen. Das müssen wir aber einarbeiten, denn wir können nicht etwa dauernd feiern und die Arbeitszeit verkürzen, weil wir ja sonst am Ende überhaupt nicht mehr arbeiten! Ich glaube daher, auch das muß in einem Zusammenhang stehen, und wir müssen auch diese Frage in den Zusammenhang der internationalen Besprechungen stellen. Wir sehen in der Regelung der Arbeitszeit einen Produktionsfaktor, denn man kann die Frage der Arbeitszeitregelung nicht von der Frage des Sozialprodukts und der Wachstums gesetze lösen. Wenn wir auf der einen Seite immer stärker Vollbeschäftigung verlangen und dafür auch sorgen, müssen wir auf der anderen Seite auch vorsichtig sein, daß wir nicht durch soziale Bestrebungen, so richtig sie auch sein mögen, das herbeiführen, was viel schrecklicher ist: nicht arbeiten zu können.

In all diesen Zusammenhängen können wir als Arbeiter und Angestellte insgesamt nicht nur die Regierungserklärung bejahren, sondern mit Optimismus, nicht nur als Vertrauensvorschuß, sondern aus der Realität heraus, sagen, daß wir eine Regierungserklärung vor uns sehen, die einen festen Inhalt, eine klare

**Altenburger**

Struktur hat, die wir als Abgeordnete zu beseelen haben. Wir haben nicht darauf zu warten, was der einzelne Minister da und dort machen wird. Wir werden die Regierungserklärung zu beseelen haben, und wir werden das, was daraus gemacht wird — sei es als Opposition, sei es als Regierungspartei, sei es als einzelner Abgeordneter —, am Ende zum Wohle der Gesamtheit aneinanderzureihen haben.

So gesehen ist die Regierungserklärung vom Standpunkt des Arbeiters und des Angestellten, vom Standpunkt des von mir vertretenen Arbeiter- und Angestelltenbundes und der Fraktion christlicher Gewerkschafter ein neues Positivum, das uns einen Lichtblick in die Zukunft eröffnet, wenn wir in der Lage sind, dieses Programm durchzuführen. Daher ersuche ich: Stören wir die Durchführung nicht zu sehr, sondern helfen wir zusammen, das, was gut ist, zu bejahren und zu erfüllen. Wir werden uns auch im Rahmen des Gewerkschaftsbundes bald auf das Gute geeinigt haben. Die Störfeuer, die da und dort von den Kommunisten abgefeuert werden, werden wir überwinden müssen, auch dann, wenn sie unter falschen Auspizien meinen, irgendwo eine Rechnung präsentieren zu können.

Ich bin überzeugt, daß die Sozialisten in Österreich den Weg gehen werden, den sie aus ihrer Verantwortung heraus gehen müssen, und daß sie sich nicht von den Kommunisten beeinflussen lassen werden. (*Rufe bei der SPÖ: Das waren schöne Worte!* — *Abg. Sekanina: Das hättet ihr schon vor dem 6. März sagen müssen!*) Ich habe gesagt: die Sozialisten! Das sind vielleicht nicht alle Sozialisten, aber ich hoffe, doch wohl jene, die einen Eid auf die Verfassung abgelegt haben. Bei denen setze ich das doch voraus. (*Abg. Ing. Häuser: Den haben wir vorher auch abgelegt, den Eid!*) Wenn Sie ihn vorher auch abgelegt haben, dann brauchen Sie sich nicht dagegen zu wenden, wenn ich das sage.

Das stelle ich aber aus einer anderen Sorge heraus fest. Wir haben im Gewerkschaftsbund und in einzelnen Körperschaften durch freie demokratische Wahlen Kommunisten als legitime, in demokratischer Form gewählte Vertreter. Wir müssen daher auch verstehen lernen, daß in diesen Körperschaften — sei es Arbeiterkammer, sei es Gewerkschaftsbund — wir von dem Boden unserer demokratischen Auffassungen nicht abgehen können! Daher werden diese Elemente, denen in diesem Lande eine besondere Aufgabe zukommt, nach wie vor zu stören versuchen. (*Abg. Dr. van Tongel: Uns nicht!*) Wir werden uns gemeinsam bemühen müssen. Auch Sie von den Freiheitlichen! Ich weiß nicht, ob Sie es tun

werden. (*Abg. Dr. van Tongel: Sie verhindern die Anerkennung unserer Fraktion! Sie und die Kommunisten gemeinsam!*) Verehrter Herr Kollege! Die Fraktion der Freiheitlichen im Gewerkschaftsbund ist ja noch viel kleiner als Ihre hier. Ich muß sie erst suchen, wenn ich sie überhaupt finde, vielleicht ist sie irgendwo vorhanden. Ich sehe sie aber nicht bei Betriebsratswahlen und dergleichen mehr. (*Abg. Dr. van Tongel: Dort sind Sie sehr gemeinsam mit den Kommunisten, trotz Ihrer Distanzierung!* — *Abg. Pay: Neue „Volksfront“!*) Das ist Ihre Auffassung, aber nicht die meine. (*Abg. Dr. van Tongel: Vor der Wahl so, und nach der Wahl so!*) Ich möchte aber hier ausdrücklich festgestellt haben, daß wir in dieser Durchsetzung ... (*Zwischenruf bei der FPÖ.*) Ich weiß nicht, warum die kleinste Partei des Hauses jetzt am meisten Wirbel macht! (*Abg. Dr. van Tongel: Das habe ich von Ihnen gelernt, Herr Altenburger!*) Wie? Von mir gelernt? Da haben Sie auch etwas Gutes von mir gelernt!

Daher glaube ich, daß wir uns im Rahmen von Resolutionen, die auf dem Boden der Demokratie stehen, gegen diese Versuche der Kommunisten zu wehren haben. Denn die stehen nicht in Opposition, sondern diese Gruppe steht im Kampf gegen die Existenzgrundlage dieses Staates überhaupt. Sie können deren Presse ihre Auffassungen und ihre Tendenz entnehmen, sei es in bezug auf die EWG oder etwas anderes. Diese Tendenz ist nicht darauf ausgerichtet, die Vollbeschäftigung zu erhalten, ist nicht darauf ausgerichtet, eventuell den Weg der Opposition zu gehen, wozu Sie bereit sind, oder Ihre Aufgabe im Rahmen des Gewerkschaftsbundes als sozialistische Mehrheit zu teilen, sondern ist darauf ausgerichtet, das zu stören, was die Wähler diesem Hause und was die Regierung diesem Hause vorgelegt hat.

Unser Ziel ist: Mehr Glück, mehr Sonne, größere Freiheit und größerer Ausbau unseres Wohlstandes! Denn dort, wo Wohlstand ist, hat der Kommunismus sein Ende gefunden. Helfen wir mit, daß diese Kraft und dieser Wohlstand das Erkennungszeichen Österreichs sind. Dann habe ich die Überzeugung, daß die Regierungserklärung für uns nicht nur Aufgabe, sondern auch Sinn und Ziel ist und daß wir sie, ob als Opposition oder in anderer Form, doch als Österreicher, die mit Liebe zu diesem Volk und unserem Vaterland stehen, verwirklichen werden und damit die Regierung und dieses Haus der Bevölkerung und dem Wähler beweisen werden, daß wir uns dieser Aufgabe bewußt sind und diese Aufgabe auch erfolgreich leisten werden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel das Wort.

**Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Anschluß an die Erklärung der Freiheitlichen Partei Österreichs, die unser Bundesparteivorstand Abgeordneter Peter heute hier abgegeben hat, habe ich namens der Fraktion der FPÖ-Abgeordneten zur Erklärung der Bundesregierung vom 20. April noch ergänzend Stellung zu nehmen.

Zunächst muß ich aber noch auf den Nationalratswahlkampf 1966 und das Wahlergebnis zurückkommen. Die Österreichische Volkspartei verdankt ihren Wahlsieg vor allem und unter anderem der „Volksfront“-Propaganda und ihrem Kampf um freiheitliche Wählerstimmen.

Hier hat sich im Lande Steiermark in dieser Frage und im Kampf gegen die Freiheitliche Partei vor allem der Präsidentschaftskandidat der Österreichischen Volkspartei im Jahre 1965, Herr Dr. Gorbach, besonders hervorgetan. Ein zweiter Umstand ... (Ruf bei der ÖVP: *Bravo!* — *Heiterkeit bei der ÖVP!*) Ich muß Ihnen sagen: Das war wieder einmal eine politische Meisterleistung! Das „Bravo!“ war eine politische Meisterleistung! (Abg. *Fachleutner: Aber treffend!*) Treffend? Ich beginne an Ihnen zu zweifeln! (Abg. *Dr. Tull: Für die Mehrheitspartei genügt das!*) Sie haben vielleicht einige Einzelheiten meines diesbezüglichen Satzes nicht richtig verstanden, sonst hätten Sie diesen sehr geistvollen Zwischenruf nicht gemacht.

Aber auch noch einem zweiten Umstand verdankt die Österreichische Volkspartei ihren mandatsmäßigen Erfolg, denn das herrschende Wahlrecht ... (Ruf bei der ÖVP: *Ja, ja!*) Ja, ja, so ist es! (Neuerliche Heiterkeit bei der ÖVP.) Das herrschende Wahlrecht hat Sie ebenfalls begünstigt. (Ruf bei der ÖVP: *Die Sprache hör' ich wohl!*) Sie brauchen nach wie vor für eines Ihrer Mandate 25.778 Stimmen, die Sozialisten schon 26.066, wir Freiheitlichen brauchen aber für das gleiche Mandat hier in diesem Hohen Hause 40.433 Stimmen, also um mehr als 50 Prozent mehr als die Herren von der Österreichischen Volkspartei! Es ist daher begreiflich, daß Sie sich gegen jede Wahlreform wehren. Ob allerdings die andere Seite dieses Hauses, die es verabsäumt hat, rechtzeitig eine Wahlreform durchzuführen, darüber auch so glücklich ist, möchte ich füglich bezweifeln.

Auf diese Weise haben Sie, meine Herren und Damen von der ÖVP, mit einer Minderheit der abgegebenen gültigen Wählerstimmen in diesem Hohen Hause die absolute Mehrheit

erreicht. Ich glaube, das muß man feststellen, und zwar gleich in der ersten Sitzung.

Da Sie beide einander heute hier mit Samthandschuhen angreifen und die Sitzung dadurch einen fast langweiligen Charakter hat (*Heiterkeit bei der ÖVP*) und so wesentlich langweiliger ist als so manche Sitzung zur Zeit der trauesten Koalition und „positiven Zusammenarbeit“, so muß ich jetzt etwas diese traute Harmonie stören. (Abg. *Libal: Wird schon noch kommen!*)

Meine Damen und Herren! Wir begrüßen auf jeden Fall das Ende der Koalition, wenn es auch heute hier stark beweint wurde. Denn diese Koalition ist, wie schon mein Parteifreund Abgeordneter Peter ausgeführt hat, seit 1955 Selbstzweck geworden.

Wenn wir heute und in den letzten Tagen Deklamationen gehört haben über die Aufwertung des Parlaments, über die nunmehrige restlose Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes, so ist das nur die Bestätigung unserer jahrelangen Feststellungen hier im Nationalrat, daß vorher so manches nicht im Geiste der Verfassung, also verfassungswidrig war, wie zum Beispiel der Koalitionsakt, der Koalitionsausschuß, die Bindung der Abgeordneten. Einer der Herren hat es heute hier sogar erwähnt. Jetzt auf einmal kommt es zur Aufwertung des Parlaments. Wir sind gespannt, wie sie aussehen wird.

Die Regierungsverhandlungen haben diesmal zwar nur einen Monat gedauert, aber es ist interessant, einmal den geistigen Gehalt dieser Regierungsverhandlungen zu beleuchten.

In allen diesen Besprechungen, die uns Abgeordneter Dr. Withalm heute hier genau mit Tag und Stunde angeführt hat, ist es in keinem einzigen Punkt um eine Grundsatzfrage gegangen. Es ist in keinem einzigen Punkt um ein wesentliches Problem Österreichs gegangen, sondern es ist ausschließlich um Machtpositionen zwischen den beiden großen Parteien dieses Hauses gegangen. Und gescheitert ist die weitere Fortsetzung der Zusammenarbeit und der Koalition zwischen den bisherigen Koalitionsparteien an der Forderung der Sozialisten nach einer Bestandsgarantie für die Dauer der Koalitionsregierung. Wir dürfen feststellen, daß dieser Punkt ... (Abg. *Dr. Withalm: Herr Kollege! Das war doch eine grundsätzliche Frage!*) Ja, eine grundsätzliche Frage für die Parteien. Vom parteipolitischen Standpunkt aus haben Sie vollkommen recht, nicht aber vom Standpunkt Österreichs! Es ist kennzeichnend, und es ist charakteristisch, daß an diesem Punkt die Parteien auseinandergegangen sind. Ausschließlich politische Machtfragen standen zur Diskussion, und die heutige Diskussion über die

**Dr. van Tongel**

Schuldfrage — sie wird sicherlich noch von anderen Rednern beleuchtet werden — beweist, daß beide großen Parteien noch immer und in gleicher Weise von denselben Bedenken befangen sind wie zur Zeit, als sie koaliert waren.

Wir haben heute schon festgestellt, daß die ÖVP für alles und jedes nunmehr die volle und alleinige Verantwortung trägt. Sie hat ja auch den Wahlkampf so geführt, und sie hat nunmehr von der Wählerschaft die Legitimation bekommen, die wir respektieren und anerkennen. Sie kann aber diese Alleinverantwortung jetzt nicht auf andere abschieben, und sie kann nicht Gründe suchen, wenn sie ihre Wahl- und Regierungsversprechen nicht erfüllt.

Lassen Sie mich nun so, wie es in einer Debatte über die Regierungserklärung üblich ist, einige Worte über die Zusammensetzung der neuen Bundesregierung sagen.

Die Zusammensetzung der neuen Bundesregierung, die ja nun eine einfärbige ist, ist charakterisiert durch die Einrichtung bündischer Aufpasser. Hoffentlich besteht dadurch nicht die Gefahr und die Möglichkeit neuer Ausreden, wenn etwa auf Grund dieser bündischen Zusammensetzung die Einstimmigkeit in der neuen Regierung gefährdet sein sollte. (Zwischenrufe.) Wir haben statt des ÖVP-SPÖ-Proporz nun den ÖVP-Bünde-Proporz in der Regierung. Ob dieser Proporz statt des Schwarz-Rot-Proporz ein Fortschritt für Österreich ist, werden wir ja sehen.

Wir hören zum Beispiel — hoffentlich ist er anwesend, ja, er ist da —, daß der Bauernbund einen solchen staatssekretärischen Aufpasser im Innenministerium verlangt hat, das bekanntlich dem ÖAAB zugefallen ist. Der Bauernbund hat diesen Aufpasser verlangt, und er hat ihn in der Person des Herrn Abgeordneten Dr. Haider bekommen. Gleichzeitig — die Zusammenhänge vermag ich als Außenstehender nicht zu überblicken — ist damit Herrn Dr. Haider die Flucht aus der schon an ihrem Beginn erheblich in Schwierigkeiten geratenen Bauernkrankenkasse ins Innenministerium gelungen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Die schwarz-rote Proporzregierung hatte sechs Staatssekretäre. (Ruf bei der ÖVP: Er sägt an seinem Sessel!) Ja, am Bauernkrankenkassensessel, sage ich! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Die schwarz-rote Proporzregierung hatte in der letzten Legislaturperiode sechs Staatssekretäre als gegenseitige Proporzaufpasser. Die gegenwärtige einfärbige Monokolor-ÖVP-Regierung benötigt fünf solche Aufpasser als Staatssekretäre zur gegenseitigen Bündekontrolle. Früher hat ein roter Staatssekretär seinen schwarzen Bundesminister kontrolliert.

Jetzt, im Zeichen der absoluten Mehrheit und des Monokolor-Verfahrens, paßt der ÖVP-Staatssekretär des einen ÖVP-Bundes auf den Bundesminister eines anderen Bundes der gleichen ÖVP auf. So haben wir statt sechs Staatssekretären, die man hätte alle einsparen können, nur einen eingespart, und wir haben jetzt fünf, wobei die ÖVP, die früher nur vier Staatssekretäre hatte, jetzt fünf hat. (Abg. Dr. Kummer: Märchenerzähler!)

Von einer epochalen Neuerung haben wir auch vernommen. Das Dienstauto mit der Nummer W 2, das früher von Herrn Doktor Pittermann — gelegentlich, wie ich zugeben muß — benutzt wurde, fällt nunmehr dem verehrten Herrn Ersten Präsidenten des Nationalrates zu. (Abg. Dr. Gruber: Aufwertung!) Ja, warten Sie nur, das kommt schon! Wir dürfen hoffen, daß das nicht die ganze und alleinige Aufwertung dieses Hohen Hauses ist. (Heiterkeit.)

Das Regierungsprogramm ist auf weiten Strecken fast wörtlich identisch mit einigen früheren Regierungserklärungen verflossener ÖVP-SPÖ-Regierungen. Es ist nach unserer Auffassung vor allem durch das interessant, was es nicht enthält. Ich erwähne hier nur einige dringende Probleme, die darin nicht erwähnt sind.

Zum Beispiel ist nun in der Regierungserklärung kein Wort über das Volksbegehren beziehungsweise über die Frage der Regelung von Rundfunk und Fernsehen enthalten.

Zweitens: Kein Wort über das Pressegesetz. Die Notwendigkeit eines modernen Presserechtes ist unbestritten. Warum darüber kein Wort in der Regierungserklärung steht, kann man gar nicht verstehen.

Es ist keine einzige Bestimmung in der Regierungserklärung über die Absicht der ÖVP oder der Bundesregierung, die aufreizenden Ruhensbestimmungen des § 94 des ASVG zu beseitigen. Die Frau Bundesminister Rehor würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie hier initiativ werden würde.

Kein Wort auch über den Ausbau der direkten Demokratie, außer einer Deklamation in der Regierungserklärung — ich komme darauf noch zurück. Dabei hat die ÖVP bereits den Wahlkampf 1962 mit der Forderung geführt: Ausbau der direkten Demokratie.

Kein Wort über die Notwendigkeit eines Dienstrechtsbereinigungsgesetzes, obwohl alle bisherigen ÖVP-Bundeskanzler seit 1957 die Beseitigung dieses Unrechtes immer wieder versprochen haben; erfüllt wurden die Zusagen nicht.

Kein Wort über die Notwendigkeit strafrechtlicher Bestimmungen zum Schutz des

**Dr. van Tongel**

Brief-, Schriften- und Fernmeldegeheimnisses gegen unbefugtes Telephonabhören. Meine Damen und Herren! In der X. Gesetzgebungsperiode lagen einstimmig von der Regierungskoalition beschlossene Regierungsvorlagen vor; warum dieses Problem im Zeichen des angeblichen Ausbaues und der Sicherung des Rechtsstaates unter den Tisch gefallen ist, ist unverständlich.

Ja es fehlt auch der Hinweis auf die Notwendigkeit einer baldigen Einbringung eines neuen Kraftfahrgesetzes, obwohl wir in diesem Hohen Hause im Handelsausschuß ein solches neues Kraftfahrgesetz in der X. Gesetzgebungsperiode fast vollständig ausgearbeitet und beraten hatten und nur durch die vorzeitige Auflösung die Schlußabstimmung unterblieben ist.

Ein weiteres Charakteristikum der Regierungserklärung des Kabinetts Klaus-Bock ist die Unbestimmtheit ihrer meisten Ankündigungen. Das müssen auch die Herren Mitglieder der Bundesregierung selbst empfunden haben, denn sie haben gestern auf einer Pressekonferenz bedeutend mehr zu einzelnen Problemen gesagt, als hier in diesem Hohen Hause am 20. April mitgeteilt wurde. Sie haben in dieser Pressekonferenz bis ins Detail gehende Kommentare abgegeben. So hat zum Plan der Reorganisation der verstaatlichen Industrie die Tageszeitung „Die Presse“ gestern sehr interessante Einzelheiten veröffentlicht. Nur der Volksvertretung, dem Nationalrat, wurde darüber bisher kein Wort gesagt. (Abg. Steininger: *Darauf hat man vergessen!*) Es scheint uns dies auch ein Beispiel für den Ernst der sogenannten Aufwertung des Parlamentes zu sein.

Und nun, meine Damen und Herren, darf ich mich mit einzelnen Punkten der Regierungserklärung beschäftigen. Es heißt dort zwar, daß die Regierung den Einrichtungen der direkten Demokratie in der kommenden Gesetzgebungsperiode große Bedeutung zu messen wird. Es würde aber doch notwendig sein, diese große Bedeutung dadurch zu realisieren, daß die Regierung dem Nationalrat positive Vorschläge erstattet, zum Beispiel wie man ein Volksbegehren, das nicht rechtzeitig erledigt worden ist, weiterberaten könnte oder welche sonstigen zusätzlichen Bestimmungen die Einrichtung des Volksbegehrens fördern könnten, wie man etwa die Einrichtung der Volksabstimmung — wir Freiheitlichen haben darüber in mehreren Legislaturperioden sehr konkrete Vorschläge und Anträge hier eingebracht — fördern könnte. Darüber kein Wort in der Regierungserklärung.

Es heißt dort weiter: „Das rechtsstaatliche Prinzip ist ein... tragender Grundsatz unserer

Verfassung.“ Sicherlich eine richtige Feststellung, sie wird von jedem aufrechten Demokraten bejaht. Aber es genügt nicht, das nur als Lippenbekenntnis zu sagen, wenn gleichzeitig Willkür, Proporzgeist, Protektion und Korruption weiterbestehen.

Die Neufassung der Grund- und Freiheitsrechte, meine Damen und Herren — ein altes Anliegen meiner Fraktion und immer wieder von uns hier im Hause gefordert, immer wieder gemeinsam niedergestimmt von den Koalitionsparteien — ist noch immer nicht verwirklicht. Es ist anerkennend festzustellen, daß auf Initiative des Herrn Bundeskanzlers Dr. Klaus im Bundeskanzleramt ein Expertenkollegium zur Beratung der Grund- und Freiheitsrechte gebildet wurde und zusammengetreten ist, dem anzugehören ich selbst die Ehre habe. Dieses Expertenkollegium aus hervorragenden Vertretern der österreichischen Rechtswissenschaft — auch der neue Herr Justizminister gehört diesem Kollegium an sowie Vertreter der Verwaltung und auch Vertreter dieses Hohen Hauses — hat bisher in über einjähriger Tätigkeit fruchtbare Arbeit geleistet. Aber es wird notwendig sein, diese Arbeit rascher, zügiger vorwärtszuführen, damit wir endlich zur Schaffung eines neuen Grundrechtskatalogs kommen.

Der geltende Text unserer Bundesverfassung mit ihren vielen Abänderungen — es sollen weit über 100 Änderungen erfolgt sein — muß durch geeignete Maßnahmen klargestellt werden. Bereits der verstorbene Herr Bundeskanzler Raab hat uns im Jahre 1959 diesbezügliche Zusagen gemacht. Aber bis jetzt, meine Damen und Herren, ist dieser Gedanke noch immer nicht verwirklicht worden. Die Unübersichtlichkeit der verfassungsrechtlichen Bestimmungen unserer Grundcharta hat ein Ausmaß erreicht, das nicht mehr erträglich ist, und je länger zugewartet wird, desto unklarer wird die Materie, desto verworren und unübersichtlicher wird sie, und — ich habe das in diesem Hause mehrfach feststellen müssen — umso schwieriger wird die Bereinigung dieser Materie sein.

Über die Rechtsstellung der politischen Parteien ist hier schon gesprochen worden. Es liegt dem Hohen Hause aus der vergangenen Gesetzgebungsperiode ein sehr instruktiver und durchaus beachtlicher Bericht des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt vor. Ich glaube, wir sollten nicht warten, bis seitens des Bundeskanzleramtes eine neue Studie hier einlangt, sondern wir sollten im Verfassungsausschuß möglichst bald — und hier darf ich an den Herrn Vorsitzenden des Verfassungsausschusses, den Herrn Abgeordneten Czernetz, den Appell richten — die Diskussion über dieses

**Dr. van Tongel**

Problem beginnen, wenn auch der Bericht in der letzten Gesetzgebungsperiode eingebracht wurde.

Der nächste Punkt der Regierungserklärung befaßt sich mit der Gewährleistung einer unparteiischen und von politischen Einflüssen freien Rechtsprechung. Meine Damen und Herren, das ist ein allgemeines demokratisches Anliegen, dem aber gegenübersteht, daß noch immer keine zielführenden Maßnahmen über die Sicherung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung getroffen worden sind. Dieser Punkt steht zwar auch in der Regierungserklärung, nur ist seit Jahr und Tag die vom Nationalrat einstimmig geforderte Regierungsvorlage zur Beseitigung der divergierenden Rechtsprechung der Höchstgerichte zwar im Nationalrat eingebracht, vom Parlament aber nicht erledigt worden. Ich glaube, hier ist ein Appell an die Abgeordneten selbst notwendig und auch ein Appell an die Regierung, eine Vorlage baldmöglichst neuerlich einzubringen.

Es heißt in der Regierungserklärung an einer anderen Stelle: „Eine Stärkung der ordentlichen Gerichtsbarkeit erwartet sich die Bundesregierung davon, daß die Staatsanwaltschaften bei Strafverfolgungen streng nach dem Legalitätsprinzip vorgehen werden.“ Es scheint uns notwendig zu sein, daß baldmöglich hier in diesem Hohen Hause das Problem der Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte einer Erörterung unterzogen wird und dieses Problem im modernen rechtsstaatlichen Geiste eine Lösung findet. Manche Vorfälle der letzten Zeit unterstreichen die Dringlichkeit dieser Forderung.

Sehr erfreut waren wir über eine Feststellung des Herrn Bundeskanzlers in einer Passage seiner Erklärung, in der es heißt: Die Regierung sieht es als ihre Aufgabe an, „den Grundsatz des freien Mandates zu respektieren.“ Ich möchte die Frage stellen, ob sich diese Stelle auch auf die 85 Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei bezieht.

Ein Problem, das noch lange nicht gelöst sein dürfte, ist das Problem der EWG. Wir finden einen goldenen Satz in der Regierungserklärung, der leider in der Vergangenheit nicht respektiert wurde. Es heißt nämlich bei der Auslegung unserer Neutralitätserklärung: „Hierbei wird sich die Bundesregierung so wie bisher von dem Grundsatz leiten lassen, daß die Interpretation der aus diesem Bundesverfassungsgesetz erfließenden internationalen Verpflichtungen ausschließlich ihr selbst zu kommt...“

Hätte man diesen richtigen Grundsatz rechtzeitig beachtet und hätte man nicht seit 1949 manchen anderen Staaten die Munition gegen die Teilnahme Österreichs an der EWG ge-

liefert, so, glaube ich, wären wir heute weiter. Ich glaube auch namens meiner Fraktion sagen zu sollen, daß wir endlich zu einem brauchbaren Verhandlungskonzept mit der EWG kommen müßten, sonst werden wir in Brüssel vermutlich noch lange warten müssen. Ein solches brauchbares Verhandlungskonzept muß ehebaldigst erstellt werden, und ich darf Professor Dr. Nemschak zitieren, der in einem Satz die Problematik umrissen hat. Professor Nemschak sagte: „Ein substantielles Abkommen Österreichs mit der EWG, nicht irgendein ‚flaues Arrangement‘ — die Ausdrucksweise ist sehr deutlich und sehr klar — ‚ein ‚flaues Arrangement‘, das nichts kostet, aber auch nichts bringt, sind gegenwärtig zwar die wichtigsten, aber keineswegs die einzigen Probleme einer zielbewußten Wachstumspolitik.“

Die Feststellungen über die Lage unserer Wirtschaft und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten im Regierungsprogramm werden von der freiheitlichen Fraktion unterstrichen. Das ist heute mehrfach hier zum Ausdruck gekommen. Es fehlen aber leider Detailvorschläge für die Maßnahmen, die hier notwendig sind. Hier darf ich noch einmal Herrn Professor Nemschak zitieren, der die Wachstumsaussichten der österreichischen Wirtschaft aus folgenden Gründen als nicht besonders günstig bezeichnet: „erstens, weil weniger Arbeitskräfte als bisher zur Verfügung stehen werden, zweitens, weil unsere Industriestruktur empfindliche Schwächen aufweist; und drittens, weil die Lösung wichtiger Probleme seit vielen Jahren immer wieder aufgeschoben wurde und die Wirtschaftspolitik sich bisher nicht aufraffen konnte, dem Wachstum wirksame Impulse zu geben.“

In diesem Zusammenhang auch ein Wort über die Finanz- und Budgetpolitik. Sicher ist es richtig, daß dabei der Stabilität des Schillings der Vorrang zu geben ist, aber, meine Damen und Herren, diese Deklamation allein genügt nicht. Angesichts der Verminderung der Kaufkraft des Schillings, die ja in Prozenten festgestellt ist, sind die Bemühungen um die Stabilität der Währung nicht immer erfolgreich gewesen. Es müssen daher, wie auch Professor Nemschak sagt, die vorhandenen Strukturschwächen der österreichischen Wirtschaft beseitigt werden, denn diese Strukturschwächen — das sagt die Regierungserklärung ja sehr deutlich und klar — belasten die gesamte Wirtschaft und binden Produktivkräfte in unproduktiven Bereichen.

Die Forderung in der Regierungserklärung nach einem modernen und umfassenden Wachstumskonzept ist daher richtig und wird von uns bejaht, nur vermissen wir Details und

**Dr. van Tongel**

konkrete Vorschläge. Ebenso vermissen wir bei der sehr richtigen Feststellung, daß eine möglichst breitgestreute Entwicklung des persönlichen Eigentums notwendig ist sowie daß vor allem die Arbeitnehmer einen verstärkten Anreiz erhalten sollen, eigenes Vermögen zu bilden, jeden positiven Vorschlag. Wir möchten hoffen, daß die von der Freiheitlichen Partei seit Jahr und Tag vorgelegten Detailvorschläge und Anträge auf diesem Gebiet, vor allem hinsichtlich der Ausgabe von Volksaktien, endlich jetzt einer Verwirklichung zugeführt werden. Die Ankündigung haben wir schon oft gehört, verwirklicht wurde sie nicht, im Gegenteil, unsere Anträge wurden regelmäßig niedergestimmt.

Daß auf einmal in der Regierungserklärung die Notwendigkeit einer „Neuregelung der Einheitsbewertung von Grund und Boden unter besonderer Berücksichtigung des Ertragswertes“ erwähnt wird, steht im diametralen Gegensatz zu dem Beschuß beider Koalitionsparteien im Nationalrat im Jahre 1963 und zu der völlig unzureichenden Novellierung dieser Regelung der Einheitswerte, die später einmal im Nationalrat vorgenommen wurde.

Nun, meine Damen und Herren, zum Problem der verstaatlichten Industrie: Das Problem der verstaatlichten Industrie ist in sehr allgemeinen Worten sowohl in der Regierungserklärung in ihrem Mittelteil, aber auch dann später in den elf Punkten, die vordringlich zu behandeln sind, erwähnt worden. Gestern hat die Tageszeitung „Die Presse“ außerordentlich beachtliche Einzelheiten verkündet, und in diesem Artikel heißt es wörtlich: „Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf, der eine den Normen des Aktiengesetzes entsprechende Verwaltung der Eigentumsrechte des Bundes — bei voller Wahrung der Kontrollrechte des Parlaments — zum Ziele hat, liegt bereits beschlußfertig vor.“ Das steht in der „Presse“, und ähnliche Einzelheiten wurden in der Pressekonferenz erwähnt, aber die Abgeordneten des Nationalrates wissen nichts davon.

Meine Damen und Herren! Nach dieser Veröffentlichung ist geplant, die Verwaltung einer Industrie-Verwaltungs-AG — auch die Abkürzung wurde uns schon verraten, „IVAG“ soll sie heißen — zu übertragen, deren Aktienkapital von 2 Millionen Schilling in Stücken zu 100.000 S bestehen wird. Alles das weiß die Zeitung schon, nur hier wurde uns noch nichts darüber mitgeteilt. Es heißt weiter: In der Hauptversammlung der IVAG wird der Verkehrsminister, der sich dabei im wesentlichen auf seinen Staatssekretär wird stützen können, die Eigentumsrechte des Bundes wahrnehmen. Die Gesellschaft wird

von einem Verwaltungsrat und einem Direktorium geleitet werden. Der Verwaltungsrat mit 15 Mitgliedern wird nach dem Parteiproportz — da haben wir ihn wieder, er ist schon wieder da — entsprechend dem Kräfteverhältnis im Parlament bestellt werden. Und auch den Vorsitzenden dieses Verwaltungsrates erfahren wir bereits aus dieser Veröffentlichung, es wird der frühere Generaldirektor der IBV Dr. Hans Igler sein. Das dreiköpfige Direktorium wird die Aufsichtsräte bestellen, und auch hier erfahren wir, daß der ÖAAB bereits Herrn Ing. Fröhlich von der Sektion IV des Bundeskanzleramtes für dieses Direktorium nominiert hat — das steht alles in der „Presse“! Ich will Sie jetzt nicht weiter mit diesen Einzelheiten behelligen. Ich möchte nur mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, daß solche Ankündigungen über ein so entscheidendes und wichtiges Problem, wie es die Organisation der verstaatlichten Industrie ist, nicht den Abgeordneten bekanntgegeben wurden.

Über die Reform der Lohn- und Einkommensteuer haben wir heute schon sehr viel gehört. Wir hoffen, sehr bald Näheres zu erfahren, wir hoffen, daß der Herr Bundesminister für Finanzen in seiner Budgetrede am 11. Mai uns vielleicht schon die ersten Maßnahmen ankündigen wird.

Zu diesem Thema gehört aber ein Weiteres. Wir haben vermisst, ich habe das schon angekündigt, daß in der Regierungserklärung die Beseitigung der Überstundenbesteuerung sowie der Ruhensbestimmungen des § 94 ASVG erwähnt ist. Wie so oft in früheren Regierungserklärungen ist eine Reform der Umsatzsteuer angekündigt und auch eine Reform der Gewerbesteuer. Auch hier leider keinerlei Einzelheiten. Wir dürfen hoffen, daß wir bald Näheres darüber erfahren werden.

Die Erhaltung der Kaufkraft der Währung wird hier im Zusammenhang mit einem längerfristigen Budgetkonzept erwähnt. Wir bejahren diese Erkenntnis und hoffen nur, daß sie bald zur Durchführung kommt, denn allzulange wird von einem solchen Budgetkonzept schon gesprochen.

Ein weiterer Punkt der Regierungserklärung beschäftigt sich mit dem Budgetbewilligungsrecht des Nationalrates und kündigt ein neues Haushaltsgesetz an. Meine Damen und Herren! Wir stimmen dem durchaus zu, nur erwarten wir, daß in diesem neuen Haushaltsgesetz mit aller Klarheit und Deutlichkeit die Budgetsicherheit des Nationalrates bis zum letzten gewahrt und entscheidend ausgebaut wird.

Die Notwendigkeit des Ausbaus unserer Autobahnen, die Modernisierung des Bundesstraßennetzes ist in der Regierungserklärung

**Dr. van Tongel**

ebenfalls erwähnt, auch hier bedarf es zügiger und rascher Maßnahmen. Gerade der Strengberg-Skandal, dessen restlose Aufklärung, insbesondere hinsichtlich der Schuld- und Verantwortungsfrage wir erwarten, beweist die Dringlichkeit dieses Problems.

In der Regierungserklärung heißt es weiter: Mut wird vor allem auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft notwendig sein. Hier bedarf es keiner zaghaften Einzelmaßnahmen, sondern einer Generalbereinigung. — Über dieses Thema wird dann zu sprechen sein, meine Damen und Herren, wenn uns geeignete Vorschläge für ein solches Gesamtkonzept vorliegen. Die jetzige Ankündigung der Lösung des Wohnungsproblems unterscheidet sich von den bisherigen lediglich dadurch, daß sie diesmal ohne Terminangabe erfolgt ist. Früher hatten wir wenigstens den Trost von Terminen, die dann allerdings nie eingehalten worden sind.

Die Vereinheitlichung der Wohnbaufonds ist eine alte Forderung. Ich glaube, sie wird verwirklicht werden müssen.

Meine Damen und Herren! Abschließend noch einige Worte zu den elf Punkten, von denen die Regierung erklärt, daß sie bereit ist, sie einer raschen und konkreten Verwirklichung zuzuführen, und hinsichtlich derer sie verspricht, sie werde dem Hohen Hause ehestens die notwendigen Regierungsvorlagen unterbreiten.

1. Die Fortführung der Verhandlungen mit der EWG. Meine Damen und Herren! Es hätte uns interessiert, einiges darüber zu erfahren, wie jener Konflikt Bock — Korinek seine Lösung findet, wer sich hier durchgesetzt hat und ob es richtig ist, daß innerhalb der stärksten Regierungspartei auf diesem Gebiet die Meinungen geteilt sind. Auch deshalb wird es notwendig sein, ein klares Konzept baldmöglich zu erstellen und dem Nationalrat mitzuteilen.

Über die Fragen des Südtirol-Problems hat mein Parteifreund, Abgeordneter Peter, bereits gesprochen. Wir dürfen den neuen Herrn Außenminister bitten, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß das Problem auf die Tagesordnung der heutigen UNO-Generalversammlung kommt, wenn bis zum gegebenen Zeitpunkt — ich glaube, das ist Juli — nicht ein Fortschritt in den bilateralen Verhandlungen mit Italien erzielt wurde.

Meine Damen und Herren! Der Sozialbericht wurde bereits erwähnt, er ist eine Selbstverständlichkeit. Ebenso ist der Energieplan, der seit langem gefordert wurde, eine Selbstverständlichkeit. Die Maßnahmen für eine regionale Strukturpolitik sind eine absolute Notwendigkeit, und es ist vor allem die

Reorganisation der verstaatlichten Industrie, wie schon von mir ausgeführt wurde, eine absolute und dringende Notwendigkeit. Hier, meine Damen und Herren, wird es aber notwendig sein, das Hauptproblem zu beseitigen: Weg mit dem Proporz! Es muß gefordert werden, daß an Stelle des schwarz-roten Proporzessort nicht etwa ein neuer Monokolor-proporz der ÖVP entsteht. Nur dann, wenn die befähigtesten Fachleute berufen werden, die verstaatlichten Betriebe zu leiten und zu führen, können hier endlich die verhängnisvollen Folgen des Unwesens des Proporzess, das so verheerende Folgen hatte, saniert werden.

Weil ich schon das Wort Sanierung ausspreche, komme ich nun zum nächsten Punkt: Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen. Nicht einmal zu der Vereinigung der beiden Kraftfahrbetriebe, KÖB und Postverwaltung, hat man sich bisher durchringen können, eine Angelegenheit, die mit einem Federstrich zu lösen wäre. Hier darf ich noch einmal Herrn Professor Nemschak zitieren.

Er führt aus, daß seit 1961, dem Jahre, in dem die letzte Erhöhung der Gütertarife erfolgt ist, das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen von 1,2 Milliarden auf mehr als 3,1 Milliarden Schilling gestiegen ist. Er meint, daß hier ein ungeheuer kompliziertes, vielschichtiges Problem vorliegt, das im Interesse der gesamten Wirtschaft streng sachlich und ohne Demagogie gelöst werden muß. Er stellt fest, daß die Eisenbahn technisch nicht überholt ist, sondern eine große Zukunft hat, aber nur dann, wenn sie sich den veränderten Verkehrsbedürfnissen anpaßt. Professor Nemschak prophezeit, daß die Sanierung und die Reform der Österreichischen Bundesbahnen mindestens zehn Jahre dauern werden, daß diese Reform aber dann, wenn sie planmäßig und schrittweise erfolgt, große Teile der österreichischen Wirtschaft befruchten wird.

Meine Damen und Herren! Wir haben hier nur zu einigen der Probleme der Regierungserklärung Stellung genommen. Manches kam schon, wie erwähnt, in früheren Regierungserklärungen vor, wenig aber wurde erfüllt, und vieles — das meiste! — blieb auf dem Papier. Wir werden sehen, ob die Punkte des Regierungsprogramms auch diesmal nicht ebenso wieder Papier bleiben.

Der große Ernst der Lage, die schwierigen wirtschaftlichen und staatsfinanziellen Probleme erfordern rasche und durchgreifende Lösungen, nicht im Geiste engstirniger doktrinärer Parteipolitik, sondern als wirkliche Reformen. Die absolute Mehrheit, meine Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP,

**Dr. van Tongel**

und die 85 Mandate, welche Sie am 6. März erlangt haben, geben Ihrer Einparteienregierung, dem Kabinett Dr. Klaus II, die Möglichkeit, ihre Ankündigungen und Versprechungen im vollen Umfang zu erfüllen. Österreich wird zur gegebenen Zeit darüber sein Urteil fällen. Uns Abgeordneten im Nationalrat aber obliegt die Aufgabe, darüber zu wachen, daß den Worten nun auch Taten folgen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bayer. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung ist ein Programm und eine Planung für die nächste Legislaturperiode. Sie kann natürlich nur in großen Umrissen all die Probleme aufzeigen, die gelöst werden sollen, und nicht auf verschiedene Einzelheiten eingehen. Wir begrüßen es, daß die Anliegen der Land- und Forstwirtschaft aber doch besonders in die Regierungserklärung aufgenommen und berücksichtigt wurden, und zwar in Form der Agrarstrukturpolitik, der Markt- und Preispolitik und schließlich der so besonders notwendigen und vordringlichen Bildungspolitik.

Wir alle wissen um die Bedeutung der Landwirtschaft, die jetzt schon bis zu 86 Prozent der Ernährung der österreichischen Bevölkerung gewährleistet. Darüber hinaus aber versorgt sie Gewerbe und Industrie mit Rohstoffen und erhält schließlich auch die Kultur- und Erholungslandschaft.

Besondere Bedeutung kommt in dieser Hinsicht unseren Bergbauernbetrieben zu. Vor allen Dingen ist es aber unsere Aufgabe, diese Bergbauernbetriebe, die Familienbetriebe, die kleinen und mittleren Betriebe und die Freude der Besitzer an ihrem Beruf und an der Landwirtschaft zu erhalten. Es bestehen, wie wir alle wissen, große Schwierigkeiten gegenüber anderen Wirtschaftszweigen, denn Grund und Boden als elementare Produktionsgrundlage ist unvermehrbar. Die Abhängigkeit von Klima und Wetter ist gegeben, der Ernteanfall ist stößweise, das Angebot zersplittert, und die Agrarpreise sind gebunden. Wir müssen darum besorgt sein, daß die Disparität nicht größer wird. Durch die steigenden Kosten für das Bauen oder für Betriebsmittel wird es für den Bauern und für die Landwirtschaft immer schwieriger, zu investieren und den Lebensstandard zu erhöhen. Wir sind darum besorgt, daß alle Bevölkerungsgruppen einen höheren Lebensstandard haben sollen und leichter, schöner und glücklicher leben können.

Sicher ist für die Landwirtschaft die in der Regierungserklärung vorgesehene Regelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum gemeinsamen Europamarkt besonders wichtig, denn 80 bis 85 Prozent der Agrarprodukte und 90 Prozent des Holzes gehen in die Länder der EWG-Staaten. Wir müssen einerseits günstige Bezugsquellen für Maschinen und andere Betriebsmittel und andererseits gute Absatzmöglichkeiten für die Agrarprodukte sichern. Damit kann auch ein wesentlicher Beitrag für die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe geleistet werden.

Im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft und für die gesamte Bevölkerung spielt die Landwirtschaft eine entscheidende Rolle. Sie soll und muß durch Maßnahmen der Besitzfestigung, Umstellung, Restelektrifizierung, Netzverstärkung, Komassierung und Verkehrserschließung, durch Aufstockung und Rationalisierung wettbewerbsfähig werden. Und auch hier gilt wieder unser Interesse vor allen Dingen den kleinen und mittleren Betrieben. Durch das Marktordnungsgesetz und das Landwirtschaftsgesetz sind die entsprechenden Grundlagen geschaffen, aber wir müssen weiter trachten, diese auf längere Zeit zu sichern und dadurch der bäuerlichen Bevölkerung die wirksamste Hilfe angedeihen zu lassen.

Wir begrüßen die in Punkt 7 der Regierungserklärung geplanten Maßnahmen für eine regionale Strukturpolitik unter Bedachtnahme auf die in ihrer Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete. Ich denke vor allen Dingen an die schwierige Situation im Grenzland an den verschiedenen Grenzen und in den vielen Grenzgebieten, die wir in Österreich haben.

Schließlich ist auch daran gedacht, einen Elementarkatastrophenfonds zu gründen. Es besteht die Notwendigkeit, im Interesse nicht nur der Landwirtschaft, sondern der gesamten Bevölkerung den Bau der Wasserschutzbauten weiter zu forcieren, die notwendige Hilfe zu leisten und die Sicherung für die Gesamtbevölkerung zu schaffen, die notwendig erscheint.

Wir gelangen zur Bildungspolitik. Wir wissen, daß das Ansehen und die Anerkennung unseres Landes in der Welt von der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und den intensiven Bildungsmöglichkeiten abhängt. Darum wurde auch in der Regierungserklärung dem Vorrang der Bildung besondere Bedeutung zugemessen. In einem echt europäischen Leistungswettbewerb muß das Bildungsniveau gehoben und der bildungswilligen und bildungsfähigen Jugend auch auf dem Lande eine hochqualifizierte Ausbildung ermöglicht werden. Dazu wird es nötig sein, die Unterichtseinrichtungen auf dem Lande zu ver-

**Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer**

bessern, die Landkinder nicht zu deklassieren, sondern für entsprechende Schulen, Klassen, Lehrer und Fahrtunterstützungen zu sorgen.

Wir benötigen eine geordnete Studienförderung für die Bauernkinder, damit sie in weit größerem Maß als bisher die allgemeinbildenden höheren Lehranstalten besuchen können. Und auch die Studienbeihilfen für den Besuch der Pädagogischen Akademien und der Hochschulen müssen geregelt und erhöht werden, weil das Studium gerade der Landkinder ja nicht am Heimatort absolviert werden kann.

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht auf den Punkt 11 der Regierungserklärung hinweisen: die möglichst rasche Verabschiedung der land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetze. Sie wissen, es handelt sich hier um sieben Gesetze, die einerseits die Kompetenzen, anderseits die Bundesschulen regeln, das Landeslehrerdienstrecht, das Privatschul- und das Religionsunterrichtsgesetz, das Gesetz für Berufsschulen und die Organisation der land- und forstwirtschaftlichen Schulbeiräte. Ich darf hier die Bitte an die sozialistische Fraktion aussprechen, doch nicht mit damit unzusammenhängenden Differenzen in einem Bundeslande (*Ruf bei der SPÖ: Niederösterreich!*) die Verabschiedung dieser Gesetze zu junktimieren und zu blockieren, sondern auch für eine rasche Verabschiedung besorgt zu sein. Ich glaube, daß inhaltlich hinsichtlich dieser Gesetze kaum irgendwelche Differenzen bestehen.

Zusammenhängend mit der Bildung ist auf jeden Fall die Forschung, denn sie ist ja eine Grundlage dafür und zugleich auch für unser weiteres Wirtschaftswachstum. Die Fortschritte auf dem Gebiete der Naturwissenschaften — Chemie, Physik, Technik — sind derart enorm, daß wir wirklich alle Anstrengungen machen müssen, um die Forschung in unserem Lande möglichst weitgehend zu fördern. Es handelt sich hier auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft sowohl um die Grundlagen- wie auch um die angewandte Forschung. Ein Beispiel: die friedliche Anwendung der Kernenergie, die in der Regierungserklärung erwähnt ist und für welche wir schon einige Beispiele haben, wie etwa die Konservierung von Fruchtsäften, die Hemmung der Keimung von Kartoffeln, die Verwendung von Isotopen zur Erkenntnis des Nährstoffbedarfes und des -verlaufes in den Pflanzen. Bei der angewandten Forschung erwähne ich beispielsweise die Wichtigkeit der Traktorenschutzverdecke, die ja jetzt genauestens untersucht wurden und für die Sicherheit des Lebens und die Erhaltung der Gesundheit unzähliger Menschen beitragen können.

Auf dem Gebiete der Forschung für die Land- und Forstwirtschaft ist auch die Marktforschung von größter Bedeutung: die Berücksichtigung der Wünsche der Konsumenten und deren Beratung und schließlich die Anpassung der Produktion und Vermarktung an die Markterfordernisse. Werbungs- und moderne Vermarktungsmethoden zum Zwecke der Absatzsicherung im In- und Ausland werden eine Grundlage für die weitere Existenz und für das Wohlergehen der österreichischen Land- und Forstwirtschaft darstellen.

Wir wünschen auch die Schaffung eines Institutes für Raumordnung an der Hochschule für Bodenkultur zur Realisierung eines regionalpolitischen Entwicklungskonzeptes. Aufgabe der Forschung ist es, Erkenntnisse zu gewinnen und zu vermitteln. Für die Vermittlung der Erkenntnisse wird die bewährte bisherige Organisationsform der Landwirtschaftsförderung weiter zu intensivieren sein. Da ist also die Beratung als eine Form der Erwachsenenbildung. Sie benötigt erstklassige Fachkräfte und hilft ebenfalls den Bauern, ihre Existenz zu sichern.

Schließlich gelangen wir zu den sozialen Maßnahmen, die in der Land- und Forstwirtschaft von größter Bedeutung sind. Ich denke hier beispielsweise an die Schaffung von Turnsälen, Bädern und Sportstätten auf dem Lande. Der Herr Unterrichtsminister hat in dankenswerter Weise einen Sportstättenplan ausarbeiten lassen, und wir wissen, daß gerade bei der schweren Landarbeit ein Ausgleich für die Schwerarbeit und für die Verhinderung von Haltungsschäden unbedingt notwendig erscheint.

Aber auch die öffentlichen Mittel für die Wohnbauförderung mögen den Bauernhäusern zukommen, da 50 Prozent unserer Bauernhäuser veraltet sind und oft in keiner Weise den sanitären Anforderungen entsprechen. Daß von nun an der Grundsatz gelten soll, daß Familiengröße und Einkommen zu berücksichtigen sein werden, können wir nur unterstreichen und befürworten.

Im Rahmen der gerechten Gesamtreform der österreichischen Wohnungswirtschaft werden, wie wir alle hoffen, auch die Bauernhäuser eine entsprechende Berücksichtigung finden.

Wir haben in der Regierungserklärung einen Punkt, daß alljährlich ein Sozialbericht zu erstatten sein wird. Ich möchte hier in diesem Zusammenhang sagen: Ich freue mich darüber, daß erstmalig in der Regierung eine Frau als Minister tätig sein wird, und ich glaube, mit mir freuen sich viele, vielleicht Millionen Frauen in Österreich über diese Tatsache.

Wenn wir nun große Hoffnungen auch in den kommenden Sozialbericht setzen, dann

**Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer**

möchte ich die Bitte anschließen, daß auch die Sozialwünsche der Land- und Forstwirtschaft miteinbezogen werden, beispielsweise also die Neuregelung der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung ohne höhere Beitragsleistung als in der übrigen Wirtschaft, ferner die Einführung einer Ausgleichszulage für Rentner, die kein angemessenes Ausgedinge erhalten können. Das, meine ich, ist eine besonders wichtige und notwendige Angelegenheit, wenn man die oft schwierige Situation der alten Menschen in der Landwirtschaft kennt.

Dann die Einführung des Hilflosenzuschusses und der Ausnehmerinnenrente, ein Wunsch, den wir hier immer wieder vorbringen und betonen müssen.

Vielleicht wird es auch notwendig sein, auftretende Härten im Bauern-Krankenversicherungsgesetz zu beseitigen und eine gerechte Bewertung des landwirtschaftlichen Einkommens auf dem Gebiete der Kriegsopferversorgung zu erreichen.

Schließlich meine ich, daß wir alle Institutionen fördern sollen, welche Familienhelferinnen ausbilden und anstellen, um die Bäuerinnen zu entlasten und ihnen in dieser Form eine Art Mutterschutz zu gewähren, wie ihn andere berufstätige Frauen haben, der diesen durch gesetzliche Maßnahmen gewährleistet ist; Familienhelferinnen, die den Bäuerinnen Erholungs-, Kur- und Urlaubaufenthalte ermöglichen.

Hohes Haus! Abschließend darf ich erinnern, daß wir in der Regierungserklärung als „Volksvertreter im vollen Sinne des Wortes“ bezeichnet werden. Wir sollen dem ganzen Staaate dienen. Wir haben die Verpflichtung, eine Politik zum Wohle aller Österreicher zu betreiben. Es soll nicht unfruchtbare Streit, sondern ein fruchtbare Leistungswettbewerb im Zusammenwirken von Regierung und Opposition sein.

Vielleicht darf ich hier den Appell an beide Fraktionen der Hohen Opposition richten: Arbeiten wir alle konstruktiv, sachlich und vor allen Dingen positiv! Denken wir daran, daß uns manches trennt, daß uns aber eines einigt, die Liebe zur Heimat und das aufrichtige Streben, Österreich und seinen Menschen zu dienen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky das Wort. (Abg. Doktor Withalm: Eine Jungfernrede!)

**Abgeordneter Dr. Kreisky (SPÖ):** Hohes Haus! Erlauben Sie mir, daß ich meine Rede mit einer persönlichen Erklärung beginne.

Ich habe mich zu der Zurückziehung der Klage gegen den Herrn Abgeordneten Scheiben-

reif aus zwei Gründen entschlossen: erstens aus Gründen, die in der Person des Herrn Abgeordneten Scheibenreif liegen, und zweitens, weil ich von tiefster Sorge darüber erfüllt war, was die Welt draußen von Österreich denken würde oder denken müßte, wenn die Propagandamethoden der Österreichischen Volkspartei vor allem in Niederösterreich in diesem Hause zur Diskussion gestellt worden wären. Ich habe es aber nicht getan, Herr Kollege Dr. Withalm, um Ihrer Partei damit einen Dienst zu tun, um Ihrer Partei damit zu helfen, über das hinwegzukommen, was Sie sich in diesem Wahlkampf geleistet haben. Das, was Sie sich in diesem Wahlkampf geleistet haben, das hat zu dem, was der Herr Dr. Withalm hier gesagt hat, gepaßt wie die Faust aufs Auge.

Hohes Haus! Normalerweise pflegen die Redner der Opposition überall in den demokratischen Parlamenten, wenn sie zu Regierungserklärungen Stellung nehmen, zu sagen, daß diese Regierungserklärung enttäuschend war, ideenlos gewesen ist, vage, weitschweifig und substanzlos. Sie werden verstehen, daß ich mich heute dieser Übung nicht anschließen kann, denn wenn es gelungen wäre, eine Regierung der Zusammenarbeit zu bilden, so wäre wahrscheinlich die Regierungserklärung in vielen Teilen die gleiche gewesen.

Trotzdem aber möchte ich sagen, daß wir uns mit dieser Regierungserklärung heute nicht identifizieren können, und zwar aus einem sehr einfachen und, wie ich glaube, durchaus logischen Grund: In einer Regierung der Zusammenarbeit muß und mußte man sich — und ich habe das ja 13 Jahre lang erlebt — immer wieder bemühen, Formeln zu finden, die dem anderen zugemutet werden können, und man mußte sich selber Schranken auferlegen. Man hat daher in der Vergangenheit bei der Abfassung der Regierungserklärungen immer dem Bundeskanzler weitestgehend freie Hand gelassen und sich nur auf ein Minimum von Einwänden beschränkt, dort vor allem, wo es um wirklich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gegangen ist. Heute, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, ist das anders! Heute müssen sich die Ansichten der Sozialistischen Partei — sie ist ja jetzt in der Opposition — eindeutig profilieren. Sosehr wir uns in Zukunft bemühen werden, daß sich die Auffassungsverschiedenheiten zwischen den Parteien deutlich bemerkbar machen, weil das zum Wesen des Parlamentarismus gehört, wollen wir nicht so handeln, daß der Eindruck entsteht, daß das, was bis gestern gut war, von heute an schlecht ist.

**Dr. Kreisky**

Sowenig wir es aber der Regierung oder uns selbst leicht machen werden, so ist es in der Demokratie niemals Sache der Regierung, zu entscheiden, wann die Opposition, mit der sie konfrontiert wird, konstruktiv und die Kritik, die an ihr geübt wird, objektiv ist. (*Beifall bei der SPÖ*). Das müssen wir der öffentlichen Meinung überlassen und in höchster und letzter Instanz dem österreichischen Wähler.

Was in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers gefehlt hat und was ich eigentlich als eine grobe und bittere Ungerechtigkeit gegenüber der jüngsten Geschichte unseres Landes empfinde, ist, daß er der 20jährigen Zusammenarbeit keine Zeile seines Manuskripts gewidmet hat. Ich finde das umso sonderbarer, als doch mit dieser Geschichte der 20 Jahre einige der größten Namen Ihrer Partei, meine Herren, verbunden waren: Leopold Kunschak, Julius Raab und Leopold Figl — jeder eine Persönlichkeit für sich, aber herausgehoben zu historischer Bedeutung durch die Zusammenarbeit in dieser ersten großen Epoche unserer Geschichte nach dem Krieg.

Kein Wort über die Zusammenarbeit! Sollte man etwa glauben, daß diese Epoche nun versinken soll? Daß sie nicht wert wäre, erwähnt zu werden? Ist das nicht ein furchtbar schwerer Fehler und ein Unrecht zugleich, das man begeht? Denn sehen Sie, die Leute werden in einigen Wochen und in einigen Monaten, wenn die Schuppen von der Koalition abgefallen sein werden, von der Koalition ganz anders reden, und herauskristallisieren wird sich diese Regierungsform als eine der politischen Zusammenarbeit, als eine Zeit der Toleranz und der vernünftigen Regelungen und letzten Endes eine der Versöhnlichkeit und Sicherheit.

Wenn Sie nicht über die Zusammenarbeit reden, Herr Bundeskanzler, ich kann es Ihnen nicht ersparen, ich werde es tun. Ich werde versuchen, die großen geschichtlichen Leistungen dieser Zeit in ein paar Minuten und in ein paar groben Strichen zu würdigen.

Da war einmal die große und bleibende Wahrheit, die am Anfang stand, daß wir die tragischen Ereignisse des Bürgerkriegs von 1934 nur überwinden können durch dieses tägliche Sich-Bewahren der Feinde von gestern in der Zusammenarbeit.

Ich weiß, meine Herren, Sie empfehlen uns immer wieder, wir sollen doch endlich vergessen, unsere Kinder sollen von dem Schleier der heiligen Agnes mehr erfahren als von dem, was ihre Väter entzweit hat. Was ist denn das für eine Auffassung von

der Geschichte! Sie wollen von uns, daß wir immer wieder vergessen, aber erlauben Sie mir doch eines auch hier im Hohen Hause zu sagen, und lächeln Sie nicht darüber, denn ich bin ja einer, der mit dabei war. Ich bin vor 30 Jahren, im Jahre 1936, im Gefängnis für die Zusammenarbeit der demokratischen Bauern und demokratischen Arbeiter eingetreten, als wir alle sahen, was da kommt. Da habe ich mir erlaubt zu sagen: Es muß der Weg zur Demokratie nicht der einer blutigen Revolution sein. Es kann doch passieren, daß eine Regierung in höchster Not zu einem großen Volksaufgebot auffordert und das große Bündnis der demokratischen Bauern und der demokratischen Arbeiter dieses Landes dringend notwendig haben wird. Das war damals zu spät, wie so oft in der Geschichte unseres Landes die guten Dinge zu spät — auch wenn sie uns rechtzeitig eingefallen sind — von uns in Angriff genommen wurden.

Sie sagen, wir sollen vergessen. Aber ich bitte Sie, doch auch zu bedenken, daß es schwerer ist für den zu vergessen, der die Schläge bekommen hat, als für den, der sie nur gezählt hat.

Und so war die zweite große Weisheit und Erkenntnis der Männer dieser Zeit — neben denen, die ich schon genannt habe, der Präsidenten Renner, Schärf und Körner, des Präsidenten Böhm und des Innenministers Helmer —, daß wir erkannten, daß wir den großen uns täglich, ja ständig umlauernden Gefahren nur standhalten können, wenn wir zusammenhalten, wenn das Parlament in seiner großen und überwältigenden Mehrheit diese Regierung trägt.

Und so war die dritte Weisheit dieser Epoche doch die, daß wir erkennen mußten, daß wir diesen furchtbaren Trümmerhaufen nur werden wegräumen und aus Österreich ein Land machen können, das seinen Bürgern zur Heimstätte wird, wenn wir uns zum gemeinsamen Aufbau entschließen. Und so haben wir das alles erreicht, was wir heute haben, durch die Zusammenarbeit. Und die Krönung dieser Zusammenarbeit war der Staatsvertrag.

Vergessen Sie doch nicht, daß uns der Staatsvertrag furchtbar schwere materielle Lasten auferlegt hat, daß wir sie gemeinsam getragen haben und daß gleichzeitig mit dem Abtragen dieser Lasten die österreichische Wirtschaft ihren größten Aufstieg erlebt hat. Auch das war die Folge der Zusammenarbeit.

Es hat in dieser Epoche einige große historische Augenblicke gegeben und einen menschlichen Höhepunkt — so habe ich es jedenfalls empfunden und ebenso viele

**Dr. Kreisky**

meiner Freunde in der Partei —, das war der Tag, an dem sich vor den Gräbern der Opfer des 12. Februar der damalige Bundeskanzler Dr. Gorbach und der damalige Vizekanzler Dr. Pittermann die Hand reichten. Über das alles kein Wort? Kein Wort in dem Augenblick, in dem die Zusammenarbeit beendet oder — lassen Sie es mich so deutlich sagen, wie ich es sehe — mutwillig zerstört wurde. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Verzeihen Sie mir, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß ich vielleicht in diesen ersten Überlegungen der gebotenen Nüchternheit unserer Beratungen nicht ganz Rechnung getragen habe; ich bin nämlich der Meinung, daß wir uns hier der großen Worte möglichst selten bedienen sollten, nur dann, wenn die feierlichen Anlässe da sind, und daß wir hier das sagen, was nüchternere Beurteilung auch standhalten kann.

Und darum möchte ich Ihnen als einer, der dabei war, nun sagen, warum ich glaube, daß diese Zusammenarbeit zerstört wurde.

Es wird gesagt, die Sozialisten hätten die Kühnheit besessen, zu fordern, daß diese Zusammenarbeit für die ganze Legislaturperiode, sozusagen vertraglich vereinbart wird.

Nun, meine Herren, Sie alle sind im täglichen Leben oft an Verhandlungen beteiligt, Sie wissen, daß man in der ersten Begegnung fragt, ob es nun bei dieser alten Vereinbarung bleibt. Als man uns klar und deutlich sagte — das geschah schon am ersten Tag —, daß von einer solchen Vereinbarung keine Rede sein kann, haben wir das zur Kenntnis genommen, ja noch mehr — und das ist bisher unter den Tisch gefallen —, wir haben erklärt, daß wir zur Kenntnis nehmen, daß die Österreichische Volkspartei die absolute Mehrheit hat und daß sie, was normalerweise bei Koalitionen in der Welt draußen gar nicht üblich ist, somit das Recht hat, Initiativanträge im Parlament zu stellen und auch zu beschließen.

Sehen Sie, das ist die Wahrheit, und das steht sogar im Beschuß unseres Parteitages, schwarz auf weiß. Wir haben 500 Männer und Frauen, die gewählten Vertreter von 700.000 Mitgliedern unserer Partei dazu gebracht, und sie haben genügend demokratische Reife besessen, zu erkennen und zu erklären, daß die größere Partei das Recht haben soll, im Parlament das zu beschließen, was sie für richtig hält; allerdings mit der Einschränkung, daß es doch keinen Sinn hat, unseren Regierungsmitgliedern Kompetenzen zu geben, die man dann durch Abstimmungen im Parlament wieder wegnimmt oder eliminiert.

Wir haben dann versucht, irgendeine Art der Bindung zu finden. Das war sehr schwer. Wir sind dann auf die Idee gekommen, man könnte durch eine begrenzte Verlängerung der Wirtschaftsgesetze eine solche Bindung finden, weil wir gedacht haben, daß vor allem die durch ihre demokratische Gesinnung bekannten Führer der österreichischen Bauernschaft an dem Weiterbestand der Zusammenarbeit besonders interessiert sind. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Der Herr Vizekanzler außer Dienst Doktor Pittermann — man muß sich nach 20 Jahren gewöhnen, daß diese Titel Schall und Rauch sind —, der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann ist sogar so weit gegangen, und das soll der Öffentlichkeit doch nicht vorenthalten bleiben, daß man sich eine Vereinbarung für die Dauer einer Budgetperiode denken könnte. Ja, ist das ein so unbilliges Verlangen in einem Land, in dem die Budgetprobleme so schwer sind, in dem das Budget doch nie Populäres bringen kann, daß wir sagen: Laßt uns zusammenarbeiten, aber wenn wir uns zu einem gemeinsamen Budget durchgerungen haben, dann soll die Zusammenarbeit wenigstens für die Dauer dieses Budgets Geltung haben! Man hat uns mitgeteilt, daß auch das nicht gehe.

Nun zu den Kompetenzen. Viele glauben, daß Kompetenzen Sachen sind, die niemand interessieren, nur Prestigefragen sind. Nein, wenn man die Ministerverantwortlichkeit ernst nimmt, dann muß man ja auch in seinem Ministerium arbeiten können, dann muß man auch die Verantwortung für das übernehmen können, was man zu tun hat. Das sind doch die Wirkungsmöglichkeiten des Ressortchefs. Sie haben von uns verlangt, daß wir uns beinahe in allen unseren Kompetenzen ein Mitbestimmungsrecht eines Ministers Ihrer Partei oder der Gesamtregierung gefallen lassen müssen, während Sie sich unter dem Titel der Kompetenzentflechtung die volle Unabhängigkeit in der Verwaltung Ihrer Ressorts vorbehalten wollten.

Am alarmierendsten für uns — das bitte ich Sie jetzt im Zusammenhang mit dem zu sehen, was ich vorher gesagt habe — war die Forderung, daß praktisch die gesamte Kompetenz und die Verantwortung für Ruhe, Ordnung und Sicherheit dem Innenminister entzogen werden sollte.

Das sind die wesentlichen Gründe, an denen die Verhandlungen gescheitert sind. Ich, der ich bis zum Schluß, ich möchte sagen, beinahe bis zur Selbstaufgabe, weil ich vielleicht allzusehr an die Folgen gedacht habe, die das alles im Ausland haben kann, für die Zusammenarbeit war, bin selbst zu

**Dr. Kreisky**

der Erkenntnis gekommen, daß es doch in Wirklichkeit, wenn man zu allem nein sagt, keine echte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der heute kleineren Partei gegeben hat.

Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß ich auch deshalb für die Zusammenarbeit gewesen bin, weil ich der Meinung war, daß man doch prüfen möge, ob diese neuen Arbeitsformen, über die wir uns im wesentlichen geeinigt hatten, überhaupt zu praktizieren sind, ob es dann dieses freie Spiel der Kräfte im Parlament geben wird. Der ÖVP ist es offenbar nicht einmal dafür gestanden, sich für den Zeitraum eines einzigen Budgetjahres zu binden.

Die Zusammenarbeit gibt es also nicht mehr. Ich glaube, es war notwendig, zu sagen, wie sie zu Ende gegangen ist. Ich bedauere das zutiefst und mit mir alle meine Freunde in der Sozialistischen Partei. Wir haben das gewiß von verschiedenen Seiten her beurteilt und gesehen. Aber wir sind der Meinung, daß zu der modernen gesellschaftlichen Entwicklung, die wir nun erleben, auch die funktionelle Demokratie gehört. Wir glauben nämlich, daß wir im demokratischen Leben nicht mehr mit den Ideen eines Montesquieu und Tocqueville allein auskommen, sondern daß wir im modernen Staat mit seiner Vielfalt, mit seiner Kompliziertheit, mit seiner Verflochtenheit der Demokratie nur die Entfaltungsmöglichkeiten geben können, die sie braucht, und daß die Demokratie mit der modernen wirtschaftlichen Entwicklung nur Schritt halten kann, wenn es zu einer ständigen Konfrontation unserer Staatsauffassungen kommt, zu einer täglichen Konfrontation der sozialen Ideen und zu einer täglichen Konfrontation dieser Auffassungen in der Be- sorgung der Angelegenheiten des Staates. Die Stunden parlamentarischer Debatten allein reichen dazu nicht aus. Deshalb haben viele von uns geglaubt, daß wir uns besonders bemühen müßten um diese Zusammenarbeit. Ich sage Ihnen aber ganz offen: Dieses ewige Insistieren auf Termine, dieser ständige Versuch, Verhandlungen als Gespräche zu erklären, dieses ewige Drängen nach dem Schlußmachen war nicht nur eine ständige Zumutung an uns, sondern in Wirklichkeit — das wird man eines Tages schon erkennen — durchaus nicht weise. Zu einer gemeinsamen Regierung ist es nicht mehr gekommen, und ich möchte darüber nicht mehr viel sagen, sondern nur einen einzigen Gedanken an das Ende dieser Betrachtungen stellen.

Wir hätten an der Zusammenarbeit nicht aus Respekt vor ihrer historischen Leistung festhalten sollen, wir sind auch nicht der Meinung gewesen, daß man an der Zusammen-

arbeit festhalten soll, damit wir auf unseren Ministersthronen bleiben, sondern weil wir glauben — das hat schon der Herr Abgeordnete Benya gesagt —, daß dieser Staat in Wirklichkeit doch die Zusammenarbeit auch in Zukunft dringend notwendig hat. Denken Sie doch an die Probleme, die sich aus der wirtschaftlichen Neustrukturierung Europas ergeben, aus dem Einbau Österreichs in diese neue europäische Wirtschaft, aus dem Bemühen, ihn so frictionsfrei wie möglich zu gestalten. Denken Sie doch an die schwierigen innerösterreichischen Probleme, die kommen werden. Wir werden alles tun müssen, um eine wirtschaftliche Zweiteilung Österreichs zu verhindern. Wir haben doch schon einmal gespürt, was das bedeutet. Denken Sie an die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und an den ständigen Inflationsdruck, dem wir in den nächsten Monaten und vielleicht Jahren ausgesetzt sein werden. In einem Augenblick, in dem man in der Bundesrepublik Deutschland der Meinung ist — Adenauer, Lübke, sie alle haben es gesagt —, daß man die Probleme, die man nun zu lösen haben wird, nicht mehr mit einer kleinen Koalition lösen können wird, sondern sich um eine große bemühen muß — sogar Herr Franz Joseph Strauß war dafür —, in einem solchen Augenblick ist man bei uns in Österreich der Meinung, daß man das alles nicht mehr braucht. Unterschätzen Sie doch nicht die Aufgabe der Reorganisation der verstaatlichten Industrie und der Bundesbahnen, und geben Sie sich doch in der Außenpolitik nicht der Euphorie hin, daß es zu einem Wegwittern des Kommunismus kommen wird. Wir können doch unsere Politik nicht allein von den Strömungen abhängig machen, die es irgendwo in einem kommunistischen Staat gibt. Das alles glaubt man ignorieren zu können. Dabei liegt Österreich, wie ein finnischer Staatsmann von Finnland einmal gesagt hat, „dort, wo es liegt“. Mehr brauche ich Ihnen doch nicht zu sagen.

Nun noch etwas, das so wichtig erscheint. Bisher haben wir die Neutralitätspolitik in der Regierung abgestimmt. Heute muß man damit ins Parlament gehen. Wohin sollen wir denn sonst gehen? In der Schweiz, wo man doch gewiß Erfahrung in Sachen Neutralitätspolitik hat, ist das unter anderem einer der Gründe dieser großen Koalition, die der schweizerische Bundesrat, also die schweizerische Regierung eingegangen sind. Ihr gehören alle staatserhaltenden Parteien an. In diesem Gremium werden die heiklen, komplizierten Fragen diskutiert. Sie werden mir sagen, in Schweden gibt es auch eine Einparteien-Regierung. Aber dort gibt es im königlichen Außenamt eine Kommission, in

**Dr. Kreisky**

der alle Parteien sitzen und die große Vollmachten hat. (Abg. Hartl: Warum keine kaiserliche? — Abg. Rosa Weber: Das war ein gescheiter Zischenruf! — Weitere Zischenrufe bei der SPÖ.) Sie werden von mir doch nicht verlangen, daß ich auf alle Zischenrufe antworte. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Herren! Sie merken doch vielleicht, daß ich mich bemühe, die Dinge so darzustellen, wie wir sie sehen, und Ihnen zeigen will, welche Probleme es gibt.

In Schweden gibt es diese Kommission, die in wichtigen Fragen der Außenpolitik zusammentritt, berät und sogar Entscheidungen trifft. Das gibt es doch bei uns gar nicht. Bei uns gibt es einen Außenpolitischen Ausschuß, der nur davon lebt, ob der Außenminister bei größter Anstrengung etwas dem Parlament herübergeben kann. Ich hätte so gerne einmal eine große außenpolitische Debatte in diesem Hause erlebt. Dazu konnte es in den sieben Jahren, in denen ich Außenminister war, ganz einfach nicht kommen, weil kein echter Anlaß gegeben war und irgend ein Zufallsvertrag diese Diskussion doch hätte als an den Haaren herbeigezogen erscheinen lassen müssen. Sie haben also meiner Ansicht nach nicht alles bedacht, aber wir werden nun sehen.

Ich möchte mich nun den außenpolitischen Fragen zuwenden.

Hohes Haus! Es ist vom Südtirolproblem gesprochen worden, und ich werde dem Herrn Bundeskanzler keinen Vorwurf machen, daß er es in der unverbindlichsten oder, richtiger, in der verbindlichsten Art getan hat, die möglich ist, denn ich hätte von ihm als Außenminister keine schärfere Formulierung verlangt. Ich bin der Meinung, daß Worte in diesem Zusammenhang wenig bedeuten. Ich bin auch der Meinung, daß wir uns nicht zu sehr auf Formulierungen über die Südtirolfrage einlassen sollen, in einen Streit über Worte. Hier geht es um grundsätzliche Fragen.

Erlauben Sie mir, etwas dazu zu sagen. Endlich bin ich dazu in der Lage. Obwohl ich 13 Jahre in dieses Haus gehe und ihm seit 1956, also zehn Jahre, angehöre, habe ich noch nie Gelegenheit gehabt — was mir oft leid getan hat —, von diesem Platz aus zu reden. Aber jetzt kann ich es, das ist auch ein großer Vorteil, und ich freue mich auf die Zukunft.

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, wie das berühmte Pariser Abkommen ausschaut? Da haben Sie es! (Der Redner hält ein aus zwei Blättern bestehendes Schriftstück in die Höhe.) Das ist alles! Auf diesen eineinhalb Seiten haben De Gasperi und Dr. Karl Gruber das Problem der Südtiroler Minderheit zu lösen geglaubt. (Abg. Zeillinger: Wo ist der

Täter?) Daß wir bis heute noch nicht weiter gekommen sind, als wir es in mühsamen Verhandlungen erreichen konnten, ist darauf zurückzuführen, daß wir diese furchtbare Hypothek auf uns lasten haben!

Wollen Sie wissen, was über die Rechte des Südtiroler Volkes da drinnensteht? Das ist das, was ich mit dem „Pardon wird nicht gegeben“ gemeint habe, die harte, echte Auseinandersetzung.

„Der Bevölkerung der oben erwähnten Gebiete wird die Ausübung der autonomen regionalen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt gewährt werden. Der Rahmen für die Anwendung dieser Autonomiemaßnahmen wird in Beratung auch mit den einheimischen deutschsprachigen Repräsentanten festgelegt werden.“

Alles andere, vorher und nachher, sind allgemeine Phrasen, denn was kann denn schon da drinnenstehen? (Der Redner zeigt nochmals die zwei Blätter vor.)

Jetzt werde ich Ihnen sagen, was bei der zweiten Pariser Konferenz herausgekommen ist, die im Dezember 1964 präliminär abgeschlossen wurde. Präliminär — wir waren damit nicht zufrieden — über 100 geregelte Materien! Ich will Sie nicht langweilen, ich könnte sie Ihnen vorlesen: Fragen der Wirtschaft, der sozialen und kulturellen Verwaltung, der Verwaltungsangelegenheiten im allgemeinen, der öffentlichen Ordnung und Gerichtsordnung, der Ansässigkeit, des Wahlrechts, der Stellenbesetzung, der Schule, der Arbeitsvermittlung, der Sprache der Optanten und der besonderen Bestimmungen für die Ladiner.

Das sind einige der Punkte, und jetzt kommt das Wichtigste. Zu all dem hat uns der damalige Außenminister Saragat — der heutige Staatspräsident Italiens — sogar die Zusage gemacht, daß unsere Vereinbarung eine internationale Verankerung finden soll, daß also das alles, wenn es nicht eingehalten wird, vor einen echten internationalen Gerichtshof gebracht werden kann. Das war der zweite „Beinahe“-Pariser-Vertrag. Es hat uns noch einiges dazu gefehlt.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Nun möchte ich Ihnen hier sagen, daß ich auch in Zukunft dafür eintreten werde, daß man vom neuen Außenminister nicht mehr verlangen soll, als man mir hätte zumuten dürfen, aber auch nicht weniger. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.) Ein zweites Mal werden wir einen solchen Pariser Vertrag nicht akzeptieren. Ich will jetzt nicht darüber weiterreden. Es wird Südtiroldebatten geben — davon bin ich überzeugt —, und zu denen werde ich mir erlauben, wenn meine Partei auch der Meinung ist, daß ich es tun soll, das Wort zu ergreifen.

**Dr. Kreisky**

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was ich allen Außenministern, mit denen ich verhandelt habe, immer wieder gesagt habe? Segni, Piccioni, Saragat, allen habe ich immer eines gesagt: Sie müssen uns eine echte internationale Garantie geben. Wissen Sie, warum? Wenn ich nämlich einmal im österreichischen Parlament stehen und dafür plädieren werde, daß man diese Vereinbarungen mit Italien annimmt, dann wird ein Abgeordneter hier und ein Abgeordneter dort aufstehen und sagen: Herr Bundesminister, das ist alles sehr schön, aber was machen Sie eigentlich, wenn die Italiener das nicht halten? Dann möchte ich eine Antwort wissen, eine Antwort, die man mir glaubt, von der man weiß, daß sie richtig ist, und mit der ich auch 20 Jahre nachher, wenn ich es erlebe, bestehen kann. Das ist eine historische Frage. Deshalb müssen Sie uns — sagte ich den Italienern — eine Verankerung geben, eine echte, haltbare, im internationalen Leben gültige Verankerung; ich habe mir — ganz nebenbei gesagt — auch gedacht, daß man bei einem so begabten Volk von Advokaten besonders vorsichtig sein muß, daß man mich nicht in zehn Jahren als den dümmsten Kerl im österreichischen Parlament bezeichnet. Deshalb, Herr Außenminister, fassen Sie das nicht als einen persönlichen Affront auf: Sie können von mir nicht verlangen, daß ich Ihnen gegenüber nachsichtiger bin, als ich es mir gegenüber gewesen wäre.

Eines muß ich auch sagen: Wir sprechen von der gemeinsamen Außenpolitik. Das Südtirolproblem war ein Idealfall, ein geradezu klassisches Beispiel einer gemeinsamen Außenpolitik, denn alle drei Parteien des Hauses — ich glaube, ich sage das Richtige — haben sich hier zu einer gemeinsamen Politik vereinigt. Es war eine konstruktive Politik. Wir haben jede Einzelheit beraten — in New York, in Wien, in Innsbruck. Wir haben diese Politik im Einvernehmen mit den Betroffenen gemacht. Ich bitte Sie, mir zuzubilligen, daß das einigermaßen neu war und daß sich die Italiener erst daran gewöhnen mußten, ihren Staatsbürgern zu erlauben, mit uns über diese Fragen zu reden.

Sollte es eine sonderbare Koinzidenz sein, daß man in dem Augenblick, in dem ein Sozialist das Außenministerium verläßt, den einzigen Sozialisten in der Südtiroler Volkspartei ausschließt, und das am gleichen Tag? Sollte das nur Zufall sein? Ich kann nicht genug warnen vor dieser Entwicklung. Die Südtiroler Volkspartei war schlecht beraten, einen solchen guten Vertreter Südtiroler Interessen aus ihren Reihen zu stoßen, der, nebenbei gesagt, einer der besten Ärzte der Provinz

Bozen ist. Ein angesehener Jurist ist auch mit dabei. Es ist gar nicht gut, die Dinge so zu machen.

Nun zum Integrationsproblem. Herr Vizekanzler und Handelsminister! In dieser Frage war die Situation vollkommen andersgeartet als beim Südtirol-Problem. Hatten wir uns beim Südtirol-Problem zu einer konstruktiven Politik entschlossen, die in allen Teilen, wie ich wohl sagen darf, aus einem Guß war — das wird der Tiroler Landeshauptmann immer bestätigen und der Südtiroler Landeshauptmann ebenso —, so ist das beim Integrationsproblem anders. Es hat gar keinen Sinn, das hier zu verheimlichen.

Ich werde Ihnen lange Auslegungen ersparen und will nun zur Problemstellung kommen. Zwischen dem Herrn Vizekanzler Dr. Bock und mir gab es und gibt es in dieser Frage sehr grundsätzliche Auffassungsverschiedenheiten. Ich sage schon jetzt, daß ich in meiner Partei dafür eintreten werde, daß es in diesem Hause sehr bald eine breite, offene Debatte geben soll. Denn da geht es wirklich nicht nur um eine wirtschaftliche Frage, sondern um eine sehr ernste außenpolitische Frage. Trotzdem ist es jedesmal gelungen — das möchte ich gerne sagen —, vor allem schon erleichtert durch die mangelnde Bereitschaft der Brüsseler Behörden, uns rasch entgegenzukommen, uns auf eine Formel zu einigen, die uns immer wieder für die nächsten Monate weiterhalf. Das ist auch in den jetzigen Verhandlungen geschehen. Der Herr Handelsminister wollte nach den Wahlen einiges durchsetzen. Er hat eingesehen, daß das nicht geht, und wir haben uns wieder auf eine Kompromißformel geeinigt, die uns geholfen hätte, über die nächsten Monate hinwegzukommen. Das ist, Sie werden zugeben, heute auch viel schwieriger geworden. Denn wo soll man und wie soll man denn nun in dieser Frage zusammenarbeiten?

Hohes Haus! Ich kann nicht genug davor warnen, daß es in Zukunft vielleicht manche gibt, die glauben, jetzt sei die Zeit gekommen, in der man alles allein machen könne. Ich habe große Zweifel, ob die Vertragsfähigkeit und Vertragswürdigkeit der österreichischen Bundesregierung in außenpolitischen Angelegenheiten heute die gleiche ist, wie sie es früher war. Denn der Partner will doch die Gewißheit haben, daß die Regierung das auch einlösen kann, was sie verspricht. Ich lasse es dabei bewenden, obwohl ich gerne, und ich werde es später einmal tun, auf die ganze Problematik des Osthandels und des EFTA-Handels eingehen würde.

Warum gibt es denn keine Alternative zu dem Vertragstyp, den man in Brüssel anstrebt?

**Dr. Kreisky**

Warum bemüht man sich denn nicht parallel darum? Ich sage Ihnen eines ganz klar und deutlich: Für die Sozialistische Partei wird bei der Beurteilung der Verhandlungsergebnisse — und wir werden noch eine geraume Zeit darauf warten müssen, die Wahlen sind vorbei, und in der ersten Sitzung nach den Wahlen ist immer die „Stunde der Wahrheit“ gekommen; da hört man auf einmal, wie schwer es ist, die ganze Frage zu lösen, und wie lange man sich noch vorbereiten wird müssen und so weiter — die Schweiz und ihre Außenpolitik in dieser Frage jedenfalls sehr interessant sein! Wir werden uns bei jedem Problem an die in neutralitätspolitischen Fragen so erfahrene Schweiz halten. Da können Sie uns doch nicht vorwerfen, daß das ein Ausfluß unserer „Volksfront“-Gesinnung ist! (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Ich möchte auch erwähnen, daß durch die Außenpolitik, die wir gemeinsam geführt haben, auch die Verträge mit dem Vatikan zustande gekommen sind, Verträge, die für die römisch-katholische Kirche in Österreich und für den Vatikan von großer Bedeutung waren, inhaltlich von großer Bedeutung und juristisch von großer Bedeutung. Wir haben uns sehr bemüht, diese Vereinbarungen zu standezubringen. Ich habe zu denen gehört, die in meiner Partei dafür eingetreten sind, diese Verträge abzuschließen.

Ich habe das auch aus einem Grund getan, über den ich hier kurz sprechen möchte: Die römisch-katholische Kirche nimmt heute — das habe ich bei den Abschlußfeierlichkeiten des Konzils erlebt und erfahren — nicht nur zu den sozialen Problemen, sondern zu allen gesellschaftlichen Fragen eine andere Stellung ein, sie ringt um eine andere Haltung, als das in der Vergangenheit der Fall war. Sie wünscht — das hat man mir oft und oft auch in Rom gesagt — die Annäherung an die demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung. Die österreichischen Sozialisten haben das früh erkannt und haben positiv schon auf die ersten Andeutungen reagiert. Wir können nur hoffen, daß es dabei bleibt. Wir haben daher mit Erstaunen festgestellt, wie sehr eine Partei in diesem Wahlkampf versucht war, die Kirche für ihre Zwecke zu mißbrauchen.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich möchte auch ein Wort zur Landesverteidigung sagen. Sie haben manchmal das Gefühl — und den Jüngeren hier im Hohen Haus billige ich das gerne zu —, Sie haben manchmal die Auffassung verbreitet, als ob die Sozialistische Partei blind wäre für die Erfordernisse der Landesverteidigung, als ob sie nichts für sie übrig hätte. Gewiß, es mag Meinungs-

verschiedenheiten geben; die gibt es überall in der Welt. Aber darf ich Sie daran erinnern, daß die Landesverteidigung in Österreich eine gute sozialistische Tradition hat. Die Generäle Schneller und Körner waren die Männer, die die Armee der Republik nach dem Zusammenbruch von 1918 neu organisiert haben. Der ehemalige sozialistische Landeshauptmann von Kärnten Wedenig hat als Soldat an den Abwehrkämpfen in Kärnten teilgenommen. Der Landeshauptmannstellvertreter von Oberösterreich Bernascheck, der Landeshauptmannstellvertreter von Salzburg Peyerl — sie waren in der Armee, als uns die Ungarn das Burgenland wegnehmen wollten. Im Burgenland haben sie unsere Republik, unser Land verteidigt! Der Herr Bundespräsident selber hat im Lavanttal als Soldat Dienst getan in den Tagen der jugoslawischen Übergriffe gegen Österreich. Gewiß, es mag Meinungsverschiedenheiten geben, aber ich bitte Sie — und ich sage das mit allem Ernst —, mit dem Bundesheer vorsichtigst umzugehen. Ich möchte davor warnen, den geringsten Verdacht aufkommen zu lassen, daß das Bundesheer für andere Zwecke verwendet wird als für die, für die es auf Grund unserer Verfassung da ist. Vergessen Sie nicht, daß jeder Soldat in der Armee ein Staatsbürger und ein Jahr später unter Umständen ein sozialistischer Wähler ist.

Denken Sie auch daran, daß im Heer ein guter demokratischer und guter österreichischer Geist mehr wert sind als so manche kostspielige Waffe. Halten Sie das Bundesheer weit weg von der Politik und von den politischen Einflüssen! Ich richte diesen Appell vor allem an die Offiziere des Bundesheeres, denen die jungen Männer, die jungen Soldaten anvertraut sind: Denken Sie daran, daß die Offiziere der unabhängigen Republik die Offiziere des neutralen Österreichs sind! Und so werden wir auch als Opposition dafür eintreten, daß es im Interesse unseres Staates nicht nur eine gemeinsame Außenpolitik, sondern auch eine gemeinsame Landesverteidigung gibt.

Wir haben durch die Zusammenarbeit in der Zweiten Republik auch die andere Hälfte des österreichischen Volkes zu unserem gemeinsamen Vaterland zurückgeführt. Das war nicht so selbstverständlich nach den Erlebnissen der dreißiger Jahre. Wir haben Hunderttausende gelehrt, wenn die Hymne unseres Staates erklingt, ihr Haupt zu entblößen und die Fahne unseres Staates respektvoll zu grüßen. Auch das ist eine historische Leistung der ersten zwanzig Jahre der Zweiten Republik gewesen.

Das Leben in der Demokratie spielt sich nicht nur im Parlament ab. Es entwickelt

**Dr. Kreisky**

sich in der täglichen Meinungsbildung. Hier fällt vor allem der Presse eine große Aufgabe zu. Ich will mich hier und heute nicht über die Kritik beschweren, die an uns allen in den letzten Jahren geübt wurde. Jeder von uns ist einmal drangekommen, und keiner hat mit besonderer Schonung rechnen können. Über alles das möchte ich nicht reden. Ich möchte lieber ein paar kurze grundsätzliche Bemerkungen machen.

Den österreichischen Journalisten ist es so gegangen wie den österreichischen Beamten, und darin liegt ein großes Stück der Tragödie unserer Demokratie. Im Jahre 1934, als der autoritäre Ständestaat oder, wie wir sagen, die Diktatur in Österreich errichtet wurde, ist damit nicht nur der Parlamentarismus vernichtet worden, sondern auch die österreichische Pressefreiheit. Der Spielraum, der damals den Journalisten gegeben war, war nicht groß. 1938, als die nazistische Diktatur den autoritären Ständestaat abgelöst hat, gab es wieder unter ihren Opfern neben allen den vielen Hunderttausenden die Beamten und die Journalisten.

Ich kann mir gut vorstellen, wie schwer das alles für einen Journalisten gewesen sein muß, der seinen Beruf geliebt hat, der gern geschrieben und immer wieder gehofft hat, daß es ihm doch möglich sein wird, sich ein bißchen Spielraum zu erkämpfen. Aber es ist nicht dazu gekommen. Und so ist ihnen immer wieder ein Stück ihres Rückgrats gekrümmmt oder manchmal sogar gebrochen worden — manchen von ihnen im reinsten Sinne des Wortes.

Als dann 1945 Österreich als freie Republik wiedererstanden ist, da war es gar nicht leicht, sich diesen Verhältnissen so rasch wieder anzupassen. Aber heute, glaube ich, bahnt sich eine neue und gute Entwicklung an. Nicht nur, daß es heute junge Journalisten gibt, die gut schreiben, sondern es gibt auch schon junge Journalisten, die gut denken können und die sich bemühen, den Dingen auf den Grund zu gehen, die in Fragen der Demokratie und der Toleranz sehr entschieden sind. Das kann gerade ich aus den Erlebnissen der letzten Tage in der bekannten Affäre sagen.

Die Sozialisten sind nicht so töricht und intolerant, zu glauben, daß nur der ein guter Journalist ist, daß nur der seine Aufgabe in der Meinungsbildung gut erfüllt, der für uns schreibt. Das glauben wir nicht. Aber was wir uns von einer freien Presse erwarten, ist — und da wiederhole ich den Gedanken des Herrn Abgeordneten Dr. Pittermann —, daß sie der Opposition, die ja heute eine zweifache ist, der sozialdemokratischen und der bürgerlich-freiheitlichen, hilft, ihre politische

Aufgabe auch zu erfüllen. Sie kann diese Aufgabe nur erfüllen, wenn die Presse bereit ist zu einer korrekten und umfassenden Information ihrer Leser.

Ich habe vorgestern beim Betreten dieses Saales eine ganze Reihe junger Journalisten auf unserer Seite getroffen und habe gemeint: Sie tun ganz gut daran, sich dort zu plazieren, denn Sie wissen schon, wo nun die interessante Seite dieses Hohen Hauses ist. (Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Minkowitsch: Das ist eine Arroganz, die nicht mehr anzuhören ist!) Das glauben wir Ihnen versprechen zu können. (Weitere Rufe bei der ÖVP. — Abg. Minkowitsch: Das ist eine Arroganz, die nicht mehr anzuhören ist!) Meine Herren! Es fehlt nur noch ein einziger Ausdruck ... Ich habe das Recht wie jeder frei gewählte Abgeordnete, hier meine Meinung zu sagen. Sie können Ihre Qualifikationen ruhig machen, aber ich habe hier das Recht zu reden. (Beifall bei der SPÖ.) Sie können mich kritisieren, aber Sie haben nicht das Recht, einem Abgeordneten zu sagen, wie er sich Ihnen gegenüber zu verhalten hat. Wenn es Sie ärgert, dann können Sie tun, was Sie wollen. (Abg. Czettel: Er kann ja hinausgehen!)

Dabei sage ich Ihnen eines: Wie harmlos und zahm ist doch das alles, was hier in diesem Parlament gesagt wird, gegenüber dem, was zum Beispiel im britischen Parlament den Mitgliedern der Regierung von der Opposition gesagt wird! (Abg. Dr. Tull: Sie müssen sich an einiges gewöhnen, meine Herren! — Gegenrufe bei der ÖVP. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.) Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt 13 Jahre nicht Gelegenheit gehabt, hier in diesem Haus zu reden. Gewähren Sie mir noch ein paar Minuten. Ich verspreche Ihnen, es wird nicht mehr lange dauern. Außerdem habe ich wirklich das Recht. Es nützt Ihnen nichts, ich habe das Recht, hier zu reden, und ich bin das meinen Wählern schuldig.

Hohes Haus! Ich habe vorhin von den Beamten gesprochen. Es haben mir tatsächlich in den letzten Tagen Beamte geschrieben und ihrer Besorgnis darüber Ausdruck gegeben, was jetzt mit ihnen geschehen wird — durchaus nicht nur sozialistische Beamte, die sich fürchten. Ich glaube nicht, daß diese Besorgnis berechtigt ist. Die Zeiten haben sich geändert, ich glaube, jetzt gibt es mehr Toleranz. Aber Sie dürfen nicht übersehen, daß es diese Besorgnis gibt. Ich rede davon nur deshalb, Herr Bundeskanzler, weil mir in Ihrem Regierungsprogramm etwas fehlt, nämlich die Ausschreibung der Posten in der öffentlichen Verwaltung. Das fehlt mir, und das müßte eigentlich hinein. (Beifall bei der

**Dr. Kreisky**

*SPÖ. — Abg. Dr. Fiedler: Bei der Gemeinde Wien fehlt das schon lange!)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann hat hier schon gesagt, daß es jeder in diesem Land wissen soll: Wenn er sich gekränkt fühlt in seinen Rechten, wenn er glaubt, daß ihm von einem übermächtigen Apparat Unrecht geschehen ist, dann wird er mit der Sozialistischen Partei und ihren Abgeordneten rechnen können. Wir werden für jeden in diesem Hause die Stimme erheben, wir werden jeden Fall von Gesinnungsdruck hier zur Sprache bringen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Natürlich können Sie mich ein paar Sekunden lang daran hindern, es auszusprechen, aber ich werde es doch sagen! Wir werden jedem den Schutz angedeihen lassen, den wir ihm angedeihen lassen können.

Gestern hat mir ein Diplomingenieur geschrieben — ich zitiere —, „daß es notwendig ist, daß wir im Interesse des Ganzen das Schicksal des einzelnen nicht vergessen und daß das Recht“, wie er sagte, „des letzten Bürgers uns so wichtig sein müsse wie die Gesetze“. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. A. Schlager: War das bisher nicht?*) Wir werden Gelegenheit haben, darüber auch zu sprechen, Herr Kollege! (*Abg. Dr. Tull: Lassen Sie sich nur Zeit! Es kommt alles! Nicht auf einmal! Vier Jahre haben wir Zeit!* — *Abg. Glaser: Herr Abgeordneter Tull!* Der Herr Abgeordnete Probst hört ohnehin gut zu, wie ihm jetzt die Leviten gelesen werden! — *Heiterkeit bei der ÖVP.* — *Abg. Probst: Herr Abgeordneter Glaser!* Es tut mir sehr leid, daß ich Sie ohne Prüfung nicht befördern habe können, auch wenn es der Herr Kanzler verlangt hat! — *Heiterkeit bei der SPÖ.* — *Abg. Probst: Das weiß der Herr Kanzler auch, daß er von mir Ihre Beförderung verlangt hat ohne Prüfung! Schweigen Sie lieber! Das stimmt doch!* — *Weitere Zwischenrufe.* — *Ruf bei der SPÖ: Den Mund hat er, aber die Qualifikation fehlt ihm!*)

Meine Damen und Herren! Sie sollen die Debatte, an der wir uns jetzt beteiligen, als eine Art Generaldebatte zur Regierungspolitik in ihrer Gesamtheit betrachten. Die großen Debatten, in denen sich die Geister scheiden, werden erst kommen. Vor allem wird es die Debatte über den Staatshaushalt sein, über das Budget, das ja letzten Endes die Ursache dieser letzten politischen Krise gewesen ist. Wir werden dieses Budget genau prüfen. Wir geben der Bundesregierung keinen Vorschub an Vertrauen; sie trägt die volle Verantwortung für ihre Politik, sie hat es so haben wollen.

Das österreichische Volk indes wird politisch umdenken müssen. Es hat sich 20 Jahre dem

sicheren Gefühl hingegeben: Was immer es an Meinungsverschiedenheiten geben möge, letzten Endes hat doch die Regierung die große, die überwältigende Mehrheit des Nationalrates hinter sich. Die heutige Regierung hat eine solche Mehrheit nicht mehr. Das österreichische Volk wird sehr bald erkennen, daß die heutige Regierung keine starke Regierung ist, auch wenn sie mehr Minister hat als die alte (*Beifall bei der SPÖ*), denn das, was Sie hier präsentiert haben, Herr Bundeskanzler, das ist eine Hypertrophie des Proporz, des bündischen und des föderalistischen, und trotzdem sind die Vorarlberger nicht zufrieden damit. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Sie besteht in Wirklichkeit aus 17 Ministern, denn die fünf Staatssekretäre — ich glaube, daß ich ihnen damit Freude mache — sind ja in Wirklichkeit nur camoufierte Minister. Früher haben wir die Staatssekretäre gebraucht, um die gemeinsame Politik sicherzustellen: im Äußeren, im Inneren (*Abg. Dr. Hauser: Bei der Landesverteidigung!*), in der Landesverteidigung, im Handelsministerium auch und so weiter. Jetzt gibt es diesen Zwang nicht, und ich bin halt als altes Mitglied der Bundesregierung der Meinung, entweder brauchen die Minister jemanden, der ihnen hilft — na dann hätte man sich bessere aussuchen sollen, die das allein treffen (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ*), oder es ist einfach eine innerparteiliche Notwendigkeit — na ja, dann gibt es eben 17 Minister in dieser Regierung. Ich habe gesagt, es ist keine starke Regierung, meine Herren, das ist keine starke Regierung, das werden Sie bei jeder Grippeepidemie bemerken. (*Lebhafte Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Die Sozialistische Partei wird eine konstruktive Opposition betreiben. Unsere Position ist klar profiliert. (*Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Die Grippeepidemie wird auch Sie nicht verschonen!*) Es ist ungewöhnlich, daß die Herren von der Ministerbank Zwischenrufe machen, aber ich verstehe die parlamentarische Übung. (*Ruf des Bundesministers Dr. Piffl-Perčević.*) Ja, ja, das glaube ich schon, aber wann abgestimmt wird, wird für die weniger von der Grippe Befallenen leichter zu entscheiden sein. Hohes Haus! (*Abg. Mitterer: Ihre große Hoffnung ist die Grippewelle!*) Nein, aber wir haben das schon einmal erlebt, Kollege Mitterer, wie ins Parlament einer auf der Tragbahre gebracht werden mußte — die älteren Herren im Hause wissen das —, damit man die Mehrheit rettet. Das wollen wir doch alle nicht haben.

Unsere Position ist klar profiliert: Wir werden eine harte, aber faire Opposition sein. Der sportliche Geist des österreichischen Volkes liebt harte und faire Mannschaften,

**Dr. Kreisky**

die populärste war auch einmal die härteste Mannschaft. Ich werde mich da mit dem Herrn Vizekanzler Dr. Pittermann nicht finden, aber das ist meine Ansicht. (*Heiterkeit.*) Sie aber, meine Herren in der Bundesregierung und Frau Sozialminister, Sie werden sich damit abfinden müssen, daß wir es ernst mit dem, was Sie immer verkündet haben, mit der Aufwertung des Parlaments meinen.

Die Reihe der nächsten großen Debatten wird eingeleitet durch die Budgetdebatte für 1966, ihr wird sehr bald die Budgetdebatte für 1967 folgen. Die Regierung wird gebildet von der Österreichischen Volkspartei, die Opposition von der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei — für sie habe ich kein Recht zu reden —, und es wird eine ständige große, sich immer wieder erneuernde Auseinandersetzung über eine bessere Politik für Österreich sein. Die letzte Entscheidung darüber aber werden die Wähler treffen. Herr Bundeskanzler, bei Philippi sehen wir uns wieder! (*Starker, langanhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hauser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dr. Hauser (ÖVP):** Hohes Haus! Der Entschluß der Sozialistischen Partei, in die Opposition zu gehen, wiegt zweifellos schwer. Für uns alle ist eine neue Situation geschaffen, an die wir uns erst gewöhnen müssen. Jeder Prozeß der Anpassung braucht einige Zeit.

Wir stehen alle, ob links oder rechts oder in der Mitte des Hauses, vor der Aufgabe, einen politischen Stil zu entwickeln, der dieser neuen Situation angemessen ist. Ich glaube nicht, daß man aus dem bisherigen Verlauf der Debatte schon Schlüsse ziehen kann, in welche Richtung diese Stilentwicklung gehen wird. Welchen Stil die neue große Oppositionspartei in diesem Hause entwickeln wird, hängt doch offensichtlich auch noch davon ab, wie jener innerparteiliche Prozeß verlaufen wird, vor dem diese Partei noch steht.

Ich bin sehr froh, Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, daß ich nun nach Ihnen das Wort ergreife. Sie haben im ersten Teil Ihrer Rede die Leistungen der Zusammenarbeit der beiden Parteien in den vergangenen Jahren beschworen. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich mich in der vergangenen Legislaturperiode des öfteren zu dieser Zusammenarbeit hier bekannt habe, und zwar immer dann, wenn die kritischen Phasen dieser Zusammenarbeit am größten waren. Das legitimiert mich vielleicht einigermaßen, an Sie anzuschließen.

Die Periode der Zusammenarbeit im alten Stil der Koalition ist offensichtlich beendet.

Für diese Koalition wurden, auch von ihren Kritikern, meist zwei Gründe genannt, die ihre Existenz gerechtfertigt hätten. Erstens einmal äußere Gründe aus dem Jahre 1945: Die Trümmer situation nach dem Krieg, der Verlust der staatlichen Freiheit, die fremde Besatzung in unserem Land — das alles hätte einen natürlichen Zwang auf die politischen Kräfte dieses Landes ausgeübt, zusammenzuarbeiten. Und zweitens ein menschliches Argument: Jene Männer, die in der Ersten Republik sich als erbitterte Gegner, mitunter auf der Barrikade, gegenüberstanden, haben in den Gefängnissen einer dritten Macht, die dieses Land auslöschen wollte, ihre Irrtümer eingesehen. Und sie zogen aus der Bitternis dieses ihres politischen Lebensweges eine Konsequenz, nämlich die, daß dieser Staat nur im Miteinander und nicht im Gegeneinander wiedererrichtet werden kann.

Nun, so sagten uns manche, seien diese zwei Hauptgründe weggefallen. Die äußere Not, die fremden Mächte, wir kennen sie nicht mehr. Der Staat ist wieder errichtet, wir erfreuen uns eines verhältnismäßig beachtlichen Wohlstandes. Und das zweite menschliche Argument: Jene Männer von 1945 leben nicht mehr oder sie treten von der politischen Bühne ab. Deshalb sei es gewissermaßen natürlich, daß diese alte Koalition in Brüche gehen mußte.

Lassen Sie mich sagen, Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, daß ich diese beiden Begründungen für den Verlust der Berechtigung der großen Koalition für flüchtig halte. Mögen die äußeren Umstände des Jahres 1945 auch ein Anlaß für die Bildung dieser Koalition gewesen sein, wir standen damals als Österreicher doch vor der Notwendigkeit, unsere Aufgaben am Gemeinwesen zu erfüllen. Die Beseitigung der bittersten Not, der Wiederaufbau einer geordneten Verwaltung waren schließlich doch unsere Aufgaben, die Aufgaben für österreichische Politiker. Wir werden immer vor der Aufgabe stehen, unser Leben, unsere Zeit zu bewältigen, mögen die Probleme nun von außen her auf uns zukommen oder aus einer inneren eigenen gesellschaftlichen Entwicklung.

Wir stehen heute nicht vor den gleichen Fragen wie die Männer von 1945, aber vor nicht weniger schwierigen. Auch die Integration, auf die Sie angespielt haben, ist eine solche Aufgabe, die uns gewissermaßen von außen aufgezwungen wird, denn nicht wir gehen nach Europa, Europa kommt auf uns zu. Der Beschuß der größeren Staaten, sich wirtschaftlich zu verbinden, zwingt uns angesichts der Verflechtung unserer Volkswirtschaft mit denen der anderen Länder, uns mit der Frage dieses Prozesses auseinanderzusetzen. Dem Gewicht nach stehen also jene Aufgaben, die in der

**Dr. Hauser**

Regierungserklärung ihren Niederschlag gefunden haben, gleich schwierig und gleich wichtig vor uns wie die Lebensfragen, die wir 1945 zu lösen hatten. Die Kooperation aller aufbauwilligen politischen Kräfte dieses Landes ist heute nicht weniger wünschenswert als vor 20 Jahren.

Das Wegsterben der Alten halte ich für ein besonders frivoles Argument, wenn man meint, nun müßte man es vielleicht als natürlich empfinden, daß die alte Form der Zusammenarbeit im Grunde nicht mehr zeitgemäß wäre. Sollen vielleicht die Angehörigen meiner Generation, die schon in der Ersten Republik geboren wurden, aber noch zu jung waren — vielleicht bemerkte man das von oben nicht so sehr, wie jung ich bin (*Heiterkeit bei der ÖVP*) —, um am Geschehen der Ersten Republik politisch wachen Anteil zu nehmen, sich die Weisheit jener Männer von 1945 erst auf dem gleichen bitteren Wege eirringen müssen? Das kann und das darf doch nicht sein!

Herr Außenminister — und ich kann auch Herrn Vizekanzler a. D. Pittermann zitieren —, immer wieder klang doch in Ihren Reden durch die Sorge um jene politische Entwicklung der Vergangenheit. Darf ich als Junger aber sagen: Wir haben ein hartes Urteil über unsere Väter. Sie haben an diesen Staat seinerzeit nicht recht geglaubt. Sie haben ihn ins Uferlose gestürzt. Vielleicht war es eine tragische, eine schicksalhafte Schuld im Sinne der griechischen Tragödie. Vielleicht wären wir in gleicher Weise mitschuldig geworden, hätten wir damals schon politisch wach gelebt, den Mächten der Zeit verhaftet. Aber eines kann man von uns Jungen doch nicht erwarten: die Fehler der Alten zu wiederholen. (*Beifall bei der ÖVP*) Ich brauche kein Konzentrationslager, keine Barrikade des Bürgerkrieges, um mich so zu verhalten, daß diese Zustände nie wieder in diesem Lande eintreten. Was ich aber an manchen unserer Väter doch bewundert habe, ist, daß sie am Ende ihres Lebensweges den Mut gehabt haben, ihre Fehler einzusehen, und daß sie den Entschluß faßten, es noch einmal anders zu versuchen.

Wir Jüngeren in diesem Parlament stehen nun vor der schweren Aufgabe, ohnedie bitteren Umwege und Irrwege unserer Väter zu jener Einsicht vorzudringen, die sie erst nach der Bitternis von Gefängnis und allenfalls auch Tod in ihren Reihen erlebt haben. Vielleicht haben wir Jungen es schwerer als sie, vielleicht ist es nämlich schwieriger, durch bloße Einsicht und durch strenge Zucht gegen sich selbst und seine aufflammenden politischen Leidenschaften zur gleichen politischen Reife zu gelangen. Niemand von den Angehörigen meiner Generation, in welchem Lager immer er steht, sollte sich dieser Selbstzucht entheben.

Nun zur Frage: Wenn einer so denkt, wieso kommt es nicht mehr zur alten Koalition? Sie ging doch offenbar zu Ende. Ich glaube, der Hauptgrund liegt nicht im Verlust natürlicher Aufgabenstellungen für die Koalition, aber die Mängel eines politischen Stils, der sich in der letzten Zeit im Rahmen der Koalition bemerkbar gemacht hat, er war der wahre Totengräber der alten Koalition. (*Beifall bei der ÖVP*)

Der Ausgang der Wahlen vom 6. März, meine Herren von der linken Seite, war ein Verdikt gegen diesen Stil von Politik. Und er wurde von bestimmten Männern Ihrer Partei verkörpert, und die Bevölkerung hat sie mit ihm personifiziert. Diese Männer sollten an ihre Brust klopfen, wenn sie heute einen Nekrolog auf die alte Koalition halten. Diese Männer sitzen heute nicht mehr in der Bundesregierung. Sie wären auch, wenn wir richtig unterrichtet waren, nicht in einer Bundesregierung gesessen, die eine Zusammenarbeitsregierung gewesen wäre. Sie werden aber nach wie vor in diesem Hohen Hause sitzen und den Gang des parlamentarischen Geschehens hier wieder beeinflussen.

Die Frage, warum es nicht doch noch gelang, eine Einigung zu erzielen, kann ich vielleicht nicht so sicher beantworten. Ich war bei diesen Verhandlungen nicht dabei. Aber, Herr Außenminister a. D. Kreisky, ich war persönlich Zeuge, als am Samstag der letzten Woche von Männern unserer Partei über den Verlauf der Gespräche referiert wurde, und alle waren der festen Meinung: Es wird zu dieser Regierung der Zusammenarbeit kommen! Es liegt nicht daran, daß hier von uns aus mit der festen Absicht verhandelt wurde, eine Alleinregierung zu bilden. Unsere eigenen Männer, die verhandelt haben, waren aus dem Eindruck, den sie von Ihren Verhandlungspersonen hatten, der Meinung, daß es schon noch klappen werde. Aber offenbar haben Sie sich in Ihrem Gremium mit den Auffassungen, die Sie noch für vertretbar hielten, nicht durchsetzen können, und das ist der wahre Grund, warum es offensichtlich nicht zu dieser Regierung kam. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Es ist sehr schwer, zu beurteilen, was für den einen noch zumutbar ist und was für den anderen. Darüber gibt es naturgemäß immer wieder in einer Verhandlung verschiedene Auffassungen. Aber verstehen Sie doch bitte auch: Auch aus Ihrer Rede ging hervor, daß wir jene Bedingungen, die das Wesen des alten Koalitionsstils waren, auf Grund des Wahlergebnisses vom 6. März nicht akzeptieren konnten, daß Sie da nicht in Widerspruch mit harten Verhandlungen der Volkspartei, sondern in Widerspruch zur Auffassung der österreichischen

**Dr. Hauser**

Bevölkerung gerieten, wenn Sie diese Bedingungen weiterverfolgten.

Der Versuch, eine zeitliche Bindung in irgendeiner Form dennoch durchzusetzen, und sei es letztlich auch nur für die Dauer einer Budgetperiode, war ein solcher dem Wahlergebnis widersprechender Versuch, eine Bedingung zu setzen. Ein Jahr gebunden kann nach den Methoden, die uns Vizekanzler Pittermann in den letzten zwei, drei Jahren vorgeführt hat, ein Jahr Verlust dieser Regierungsperiode bedeuten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Und das sollte der Österreichischen Volkspartei zugeschrieben werden, das Risiko, ein Jahr von jenen Möglichkeiten ausgeschlossen zu sein, die ihr die Wähler auf Grund des Ergebnisses der Wahlen eingeräumt haben.

Ich möchte mich nun doch noch mit der Frage befassen, wie wir uns hier verhalten werden, wenn wir in den neuen Formen regieren und opponieren müssen. In jeder Demokratie des Westens ist es eigentlich eine große Selbstverständlichkeit, der Zustand, den wir heute vorfinden, ist nichts Ungewöhnliches. Man sage nun nicht, für uns stelle er wegen des traumatischen Erlebnisses unserer Vätergeneration eine Gefahr dar. Lassen Sie mich sagen, daß es hier in diesem Hause allmählich auch noch eine andere Mehrheit geben wird, die Mehrheit nämlich der Angehörigen meiner Generation. Sie wird auch sehr bald eine Mehrheit in diesem Hause sein.

Wir wollen Politik für die Zukunft machen. Die Gespenster der Vergangenheit fürchten wir umso weniger, als ich in jenem Geiste spreche, den ich hier oft bekundet habe. Wenn Sie vom Jahre 1934 reden, muß ich fragen: Welchen Sinn hätte es, mir einen solchen Zwischenruf zu machen? Ich war damals 12 Jahre alt. Ich sage Ihnen, welch ein Gefühl ich damals als 12jähriger Knabe hatte. Ich habe das erste Mal in meinem Leben Kanonen schießen gehört. Ich war damals im humanistischen Gymnasium, und als heranwachsender Mensch, der vom Griechischlehrer über die Demokratie der alten Griechen informiert wurde, habe ich das Gefühl entwickelt, daß in diesem Staate damals etwas nicht in Ordnung war. Aber identifizieren Sie nicht mich oder (*auf die ÖVP zeigend*) diese Partei mit 1934! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir haben Bilder aus unserer Jugenderinnerung. Lassen Sie mich Ihnen noch so ein Bild aus den dreißiger Jahren vortragen — ob das vielleicht schon 1932 oder erst 1935 war, weiß ich nicht —: Ich sehe vor mir eine Wiener Straße. Durch diese Straße läuft ein Mann mit einer großen Trommel vor dem Bauch, und hinter ihm läuft in einem Abstand ein Polizist. Ich habe dieses Bild in meiner Erin-

nerung. Als ich damals diesen Lauf des Trommlers erlebte, habe ich seine sportliche Kondition bewundert. Er lief nämlich so schnell, daß ihm der Polizist nicht einholen konnte. Nach einer Zeit der Reife habe ich, dieses Bild noch vor Augen, zur Kenntnis nehmen müssen, daß hinter diesem Bild bittere Not gestanden war. Das war nämlich ein Straßenmusikant, ein arbeitswilliger, aber arbeitsloser Wiener, der damals in den Straßen Wiens Musik machen mußte.

Glauben Sie nicht, daß sich Leute, die das erlebt haben, mit dem identifizieren, was damals war! Wir wollen und werden es nicht zulassen — gerade weil wir das alles auch noch als junge Menschen erlebt haben —, daß man uns mit den Argumenten von gestern heute Politik bereitet.

Auch die neuen Formen des Regierens und Opponierens müssen durchaus nicht den gänzlichen Verlust oder den Verzicht auf die Kooperation aller besonnenen Kräfte bedeuten. (*Beifall bei der ÖVP.*) In einer wirklichen Demokratie gibt es doch dieses Zusammenwirken von Regierung und Opposition in entscheidenden Lebensfragen des Volkes. Ich möchte ganz bewußt als junger Abgeordneter der neuen großen Oppositionspartei und in ihren Reihen wieder den Jungen zurufen, solche Möglichkeiten nicht aus dem Auge zu verlieren. Es steht doch wohl fest, daß die Fortsetzung jenes von der österreichischen Bevölkerung abgelehnten politischen Stils in der Opposition nur noch die Übersteigerung jener Fehlhaltung wäre, die Ihre Herren uns gegenüber drei Jahre lang in der Bundesregierung bekundet haben. Die Fortsetzung eines solchen Stils hätte sicherlich auch die gleichen Wirkungen, die gleichen fatalen Wirkungen in jeder Beziehung. Sie würde die Sozialistische Partei, so meine ich, noch unglaublich und noch weniger wählbar machen. Sie hätte aber sicherlich auch zur Folge, daß diesem Land in entscheidenden Fragen wieder Schaden zugefügt wird.

Ich gehe so weit, zu sagen, daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei nichts davon hätten, wenn wir 1970, bei den nächsten Wahlen, vielleicht noch mehr Mandate auf Kosten der Sozialistischen Partei gewinnen, wenn dies um den Preis erkaufte wäre, daß Existenzfragen unseres Staates schlecht gelöst oder auf Jahre durch destruktive Opposition verhindert worden wären. Daß dies in der einen oder anderen Frage trotz der gegebenen Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause möglich wäre, geben wir freiweg zu. Aber alle, denen Politik nicht ein Spiel mit der Macht ist, sondern eine Ordnungsaufgabe, würden diese Entwicklung bedauern.

**Dr. Hauser**

Wir sollen uns aber auch alle bewußt sein, daß mit jener unguten Art von Politik die öffentliche Meinung immer mehr ins Gericht gehen wird. Unsere Bevölkerung hat Gott sei Dank ein wachsendes Verständnis für das rechte Maß in diesen Dingen. Dieses rechte Maß habe ich schon einmal hier beschworen. Ich glaube auch, einigen Eindruck erweckt zu haben, denn damals — ich erinnere mich — haben manche Abgeordnete, Frau Rosa Weber und unsere damalige Kollegin Rehor, in ihren Reden noch lange oszilliert um dieses rechte Maß. Ich glaube, es gilt — und dessen müssen wir uns bewußt sein —, dieses rechte Maß nicht nur im parlamentarischen Getriebe zu bewahren, sondern auch in den anderen Bereichen des öffentlichen Lebens. Zahlreiche Abgeordnete, ich schließe mich selbst ein, kommen beruflich aus der gesetzlichen Interessenvertretung, aus den Gewerkschaften. Das Zusammenwirken dieser Institutionen unseres sozialen Selbstverwaltungsrechtes hat zweifellos zwischen den Sozialpartnern in den letzten 20 Jahren zum Guten beigetragen. Auch hierin unterschied sich ja diese Zweite Republik wohlzuend von der Ersten. In den kritischen Phasen der politischen Koalition war die weiterwirkende Verständigung zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden oft ein ruhender Pol. Ich habe mir heute die Worte des Herrn Präsidenten Benya in dieser Richtung genau angehört.

Wir glauben, daß die Paritätische Lohn-Preiskommission einschließlich ihres Beirates als ein freiwillig gewählter Ort der Begegnung heute vielleicht noch größere Bedeutung als bisher hat. Die österreichischen Unternehmer bekennen sich jedenfalls ausdrücklich dazu, und wir hoffen, daß sich hier nichts ändern möge.

Bedenken wir dabei noch eines: Unsere Rechtsordnung überläßt die Gestaltung dieses wichtigen Bereiches der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Wege einer Delegation der Selbstverwaltung der unmittelbar Beteiligten. Auf die Lohnpolitik im engeren Sinne hat der Staat, hat die Regierung praktisch keinerlei Einfluß. Aber es ist hier eine irreversible Situation. Es steht doch zweifellos fest, daß man von der Lohnpolitik her die wirtschaftspolitischen Ziele der Regierung bedrohen und in Frage stellen könnte. Wenn nun der Staat diesen Interessenverbänden eine Befugnis eingeräumt hat, die sonst ihm selbst immanent ist, nämlich die Befugnis, Recht zu setzen — Kollektivverträge sind Rechtsnormen —, dann sollte uns dieser Umstand zu denken geben, nämlich in folgender Richtung: Alle, die in diesem Bereich Funktionen ausüben, haben wie Staatsmänner zu handeln! Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir von den Ver-

bänden der sozialen Selbstverwaltung diese Haltung verlangen. Angesichts der tiefgreifenden Wirkungen des lohnpolitischen Prozesses, angesichts der Interdependenzen, die da herrschen, der Rückwirkungen auf Wirtschaft, auf Budget, auf unseren Export, muß man buchstäblich verlangen, daß jeder, der in diesem Prozeß mitwirkt, staatspolitische Haltung bekundet.

Ich bin gespannt, wie wir uns in dieser Richtung in der nächsten Zeit bewegen werden. Ich hoffe, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund in diesem Punkte endlich zu einer solidarischen Lohnpolitik findet. Diese kann man aber nicht nur proklamieren, diese gilt es auch zu realisieren. Die starken, die lohn-führenden Gewerkschaften müssen endlich Zurückhaltung üben, damit nicht die Fachgewerkschaften der wirtschaftlich schwächeren Branchen ewig im Hintertreffen bleiben.

Wenn da vor einiger Zeit der Herr Abgeordnete Ulbrich aufgetreten ist und erklärt hat, der öffentliche Dienst habe ein Anliegen nach Regulierung seiner Bezüge, und er die Regierung auf diese gewichtige Forderung aufmerksam machte, dann rate ich ihm — nicht daß ich die Regierung von dieser Verantwortung befreien werde —, sich noch vorher und recht eindringlich mit seinen Kollegen aus den Fachgewerkschaften der privaten Wirtschaft auseinanderzusetzen.

Es geht nicht um ein Einfrieren des Lohnes, ich plädiere nicht für so etwas, dazu kennen Sie mich schon zu gut, aber in der Höhe des Lohnzuwachses, den wir erwarten, gilt es, etwas Realismus zu bekunden. Die Lohnsteigerungen, real gesehen, würden vielleicht genauso gut verlaufen, wenn wir nominal etwas weniger bekommen. Es sind heute schon Professor Nemischak und seine Andeutungen in dieser Richtung oft zitiert worden. Weniger kann da oft mehr sein. (Abg. Dr. Kleiner: Und wie ist das mit der Preispolitik?) Die Preispolitik ist eine Aufgabe der Regierung, aber daß wir, Herr Kollege Dr. Kleiner, die Zusammenhänge zwischen Lohn und Preis erkennen, das wäre doch wohl zu billig. (Abg. Dr. Kleiner: Das stimmt doch nicht!)

Ich möchte schon zum Schluß kommen. Ich war eigentlich in erster Linie daran interessiert, auf Herrn Dr. Kreisky zu erwidern. Mir schien es am Anfang wichtig, gerade in dieser ersten Debatte den Geist zu beschwören, der uns in dieser neuen Form des Kooperierens leiten sollte. Zum großen Fortschritt — ich gebe da manchen Herren von der linken Seite recht —, der die Zweite Republik von der Ersten Republik unterscheidet, gehört die geschichtliche Tatsache,

**Dr. Hauser**

daß die Integration der Arbeiterschaft in den Staat gelungen ist. Niemand in diesem Staat braucht mehr gegen ihn zu stehen, und dabei soll es bleiben.

Meine Herren von der Linken! Ich bitte einzusehen, daß es nicht ein Monopol Ihrer Partei ist, so zu denken! So denken wir alle, und so denkt auch die Österreichische Volkspartei (*Beifall bei der ÖVP*), die von hunderttausenden Dienstnehmern gewählt wurde.

An der friedlichen Entwicklung der Gemeinschaft weiterzuarbeiten soll die Aufgabe dieser Regierung und dieses Parlaments sein, mag nun auch, weil Sie sich zur Opposition entschlossen haben, die Regierung „monokolor“ sein, wie der neue Ausdruck lautet, den ich in der Presse gelesen habe, und das Parlament „polykolor“. Sollten wir aber in unserem demokratischen Dialog hier im Hause hin und wieder ins Stocken geraten, würde ich ein Mittel empfehlen: die Besinnung auf eine Gabe, die uns der Schöpfer gegeben hat, um uns von anderen Lebewesen zu unterscheiden, die Besinnung auf die menschliche Vernunft. Für alle, die Politik noch immer in Farben zu sehen gewohnt sind, möchte ich sagen: Diese Vernunft hat eine Eigenschaft — sie ist weder schwarz noch rot! (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP*.)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Häuser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Ing. Häuser (SPÖ):** Sehr geehrte Volksvertreter! Wenn ich mit dieser etwas ungewöhnlichen Anrede meine Stellungnahme zur Regierungserklärung einleite, die sich vorwiegend mit sozialpolitischen Problemen beschäftigen wird, so deshalb, weil ich zum Ausdruck bringen möchte, daß die Damen und Herren dieses Hauses nicht erst seit dem 6. März diese hohe Funktion innehaben, wie das aus der Regierungserklärung zu entnehmen ist. Auch in der Ersten und in der Zweiten Republik, bei all den Wahlen zu diesem Parlamente, waren die Vertreter dieses Hauses Volksvertreter im wahrsten Sinne des Wortes. Das ändert sich nicht, wenn eine Partei dann um einige Abgeordnete mehr hat. Die gesetzgebende Körperschaft ist nun einmal verfassungsmäßig dazu bestimmt, die Interessen des österreichischen Volkes wahrzunehmen. Wir Sozialisten haben diesen Standpunkt und diese Einstellung immer bezogen. Wir waren immer der Meinung, daß wir Beauftragte und Bevollmächtigte der Wähler sind und daß wir sie auf Grund des Vertrauens, das sie uns geschenkt haben, hier zu vertreten haben.

Ich möchte daher sehr deutlich für all die Differenzen, die es wegen der Meinungs-

verschiedenheiten in diesem Hause geben wird, sagen, daß wir in unseren Ausführungen, in unseren Stellungnahmen, in unseren Vorschlägen hier stets den Willen der sozialistischen Wähler vertreten werden. Ich möchte die stärkere Partei bitten, diese Tatsache zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben dieser Realität bereits in unserer Entschließung des Partietages sehr eindeutig und klar Rechnung getragen, schon aus unserer demokratischen Grundeinstellung heraus, und wir haben offen zur Kenntnis genommen, daß wir bei den vergangenen Wahlen weniger erfolgreich waren. Aber auch hier bitte ich um die sachliche Feststellung und um Kenntnisnahme, daß wir immerhin den Willen von 42,5 Prozent der österreichischen Wähler vertreten.

Wenn man sich in der Regierungserklärung und auch heute in einigen Diskussionsbeiträgen so stark auf den überragenden und klaren Ausdruck des Wählerwillens bezieht — der Herr Abgeordnete van Tongel hat schon auf einige mathematische Relationen hingewiesen (*Abg. Dr. Gorbach: So wie in England!*) —, so erlauben Sie mir, daß ich ebenfalls mathematische Feststellungen treffe, damit diese Optik hier nicht allzu überschwenglich in Erscheinung tritt. Wenn Sie nämlich versuchen, den in diesem Hause vertretenen Wählerwillen festzustellen, dann werden Sie daraufkommen, daß Sie nur um 19.607 Wähler mehr vertreten als — bei mathematischer Addition der Stimmen — die beiden Oppositionsparteien. Ich weiß nicht, ob das so überragend ist, daß man dann die Dinge so darstellt, als wenn der ganze Weg, den man jetzt zu beschreiten beabsichtigt, die ganze neue Form von der entscheidenden Mehrheit des österreichischen Volkes getragen wäre.

Wollen wir uns also unserer gemeinsamen Aufgaben, unserer Arbeit und des Weges, der vor uns liegt, bewußt sein, wollen wir aber auch das, was in der Regierungserklärung so deutlich zum Ausdruck gekommen ist, daß es in der Demokratie auf Dauer weder Sieger noch Besiegte gibt, zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren! Noch ein Wort zu den Appellen, die auch heute wieder mehrfach ausgesprochen wurden: Nicht gegeneinander, sondern gemeinsam! Fruchtbare Leistungswettbewerb! Dem österreichischen Volke dienen! — Zum letzteren bedarf es keines Appells an die sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses, denn das ist seit jeher unsere erste und vordringlichste Aufgabe.

Wir müssen uns aber doch auch im klaren darüber sein, daß die Zusammenarbeit der

**Ing. Häuser**

einzelnen gesellschaftlichen Gruppen — ob das nun die politischen Parteien sind oder die beruflichen Interessenvertretungen — nach verschiedenen Formen, nach differenzierten Regeln vor sich geht. Aber all diesen Formen und Regeln der Zusammenarbeit ist eines gegeben: sie müssen erfüllt sein von Verantwortungsbewußtsein. Wir dürfen ohne Überheblichkeit feststellen, daß wir diese Verantwortung beim Aufbau der Zweiten Republik getragen haben, daß wir mitgeholfen haben, in die Phase der Wirtschaftsentwicklung und des Wirtschaftsaufstieges zu kommen, und daß wir ganz besonders seit jener Zeit Verantwortung getragen haben, in der sich das Wachstum der österreichischen Wirtschaft verflacht hat und geringer geworden ist.

Wir werden in dem Maße auch weiter diese Verantwortung tragen, als man uns neben der Mitsprache auch eine entsprechende Mitbestimmung gibt. Man kann nur so lange vom anderen die Mitverantwortung verlangen für Maßnahmen und Regelungen, die man setzt, wenn man ihm auch die Möglichkeit gibt, selbst Einfluß auf diese Maßnahmen und Regelungen zu nehmen, wenn der andere also mitgestalten kann. Wer Verpflichtungen übernimmt, muß auch die Rechte und Sicherheiten haben, die mit diesen Verpflichtungen einhergehen. Wer Vereinbarungen trifft, muß auch die Überzeugung haben, daß der andere diese Vereinbarungen einhält.

Herr Abgeordneter Dr. Hauser hat einen Appell an den Österreichischen Gewerkschaftsbund gerichtet. Ich habe bei der Sitzung am Mittwoch mit Herrn Präsidenten Sallinger eine kurze Aussprache gehabt. Dabei habe ich ihm dasselbe gesagt, was ich jetzt Herrn Dr. Hauser antworte: Echter Partner ist man nur dann, wenn jeder den anderen respektiert in dem Wissen, daß ihn auch der andere braucht. Solange Sie diese Basis in der Zusammenarbeit einnehmen werden, so lange werden Sie auch von seiten des Gewerkschaftsbundes — oder um nicht wieder meinen Freund Altenburger irgendwie zu reizen, obwohl er nicht anwesend ist — beziehungsweise von der Mehrheit im Rahmen dieses Gewerkschaftsbundes eine derartige Zusammenarbeit finden. Das kann aber nicht so aufgefaßt werden, daß man glaubt, daß wir all das, was hier geschieht, allein nur deswegen billigen, weil man sagt, das liege im Interesse des Ganzen und wir auch Verantwortung tragen müssen.

Es mag stimmen, was in der Regierungserklärung steht, daß es in alten Demokratien nach harten Wahlkämpfen eine Selbstverständlichkeit ist, dem politischen Gegner die Hand zu reichen. Aber ebenso, meine Damen und

Herren von der rechten Seite dieses Hauses, stimmt es, daß es in alten Demokratien üblich war, auch in den härtesten Wahlkämpfen ein fair play an den Tag zu legen. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Es gibt dort nämlich ein Tabu bezüglich wissentlich unwahrer Unterstellungen gegenüber dem politischen Gegner, und es gibt dort auch ein Tabu in bezug auf persönliche Diffamierung und Verteufelungen. In all diesen alten Demokratien achtet man die Meinung des anderen, übt Toleranz, anerkennt Arbeitsleistung und Erfolg auch des politischen Gegners und versucht nicht, durch irgendwelche wissentlich falsche Behauptungen Leistungen der anderen als eigene auszugeben. Wenn Sie diese Spielregeln und diese Grundsätze als Voraussetzung des Miteinander betrachten — wir haben uns immer dazu bekannt —, dann wird es einen gemeinsamen Weg in vielen Bereichen geben.

Nun zu den Fragen der Sozialpolitik, die ich im besonderen zu behandeln habe. Ich folge dabei einer Linie der Opposition, die der Herr Abgeordnete Kreisky vorgetragen hat, wenn ich in dem, was einem die anderen vorschlagen, Unzulänglichkeiten und Unvollkommenheiten sehe. Ich glaube aber, Ihnen beweisen zu können, daß ich das nicht deshalb tue, um für unsere Sozialistische Partei eine bessere Position zu erringen. Alles, wovon ich jetzt sachlich feststelle, daß es Mängel der Regierungserklärung sind, betrifft nicht etwa Gesichtspunkte, die wir erst heute angesichts der neuen Situation in diesem Hause vortragen, sondern all das sind Anliegen, die wir schon Jahre hindurch als Forderungen der Sozialisten, als Forderungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und damit aller Gruppen in diesem Bereich erhoben haben.

Wer sich die Regierungserklärung genauer ansieht, wird feststellen, daß dieser so umfangreiche Bereich der Sozialpolitik in fünf kurzen Abschnitten mit 23 Zeilen einigermaßen behandelt wurde. Es wird dann noch in einem der „harten Kerne“, wie es ausgedrückt wird, im Punkt 5 die Zusicherung gemacht, daß in Zukunft ein Sozialbericht erstattet wird. Der Herr Vizekanzler — Verzeihung, der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann hat schon in seiner Rede darauf hingewiesen, daß dieser Punkt über Wunsch der Sozialisten in die Regierungserklärung gekommen ist. Es war schon eine alte Forderung von uns, daß man ähnlich wie den Grünen Bericht jetzt auch zwar nicht einen „Roten Bericht“, aber einen Sozialbericht erstellt. Wir werden vielleicht aus diesem Bericht manches besser ersehen. Aber wir werden nicht etwa warten,

**Ing. Häuser**

bis dieser Bericht erstellt wird, wir werden nicht warten, bis die Analysen dieses Berichtes zu Konsequenzen führen, die man dann in gesetzgeberische Maßnahmen umsetzen kann, sondern wir haben uns sehr konkret mit den notwendigen Bereinigungen in der Sozialpolitik zu beschäftigen.

Auch der konkrete Inhalt dieser 23 Zeilen der sozialpolitischen Zielsetzung der neuen Bundesregierung ist äußerst bescheiden. Zum Teil ist er sehr problematisch, er mahnt zum anderen Teil zur größten Vorsicht und läßt die Skepsis aufkommen, daß damit Dinge verbunden oder verschleiert werden, die man nicht gerne öffentlich sagt.

Es ist selbstverständlich, daß man in einer Regierungserklärung keine Detailfragen behandeln oder etwa gar einen Gesetzestext vorlegen kann. Ebenso klar ist aber auch, daß man uns nicht mit dem Argument kommen soll, daß der Fortschritt in der Sozialpolitik natürlich nur auf dem Fundament einer gesunden Wirtschaftsentwicklung, einer Wirtschaftsentwicklung mit einem realen Wertzuwachs erfolgen kann. Wir haben diese Tatsache nämlich immer wieder als richtig anerkannt und haben uns in allen diesen Fragen schon in dem Moment, als wir in unserem Bereich Vorschläge erstattet haben, überlegt — es tut mir leid, daß Kollege Altenburger nicht da ist, denn ich möchte auf ihn replizieren —, ob das, was wir verlangen, auch wirtschaftlich vertretbar ist. Wir kommen nicht als Interessenorganisation in dieses Haus, um über diese Fragen zu diskutieren, sondern hier müssen wir bei derartigen Vorschlägen schon wissen, ob sie im Interesse des gesamten Staates vertretbar sind und von der Wirtschaft auch getragen werden können.

Wir haben auch auf vielen anderen Gebieten versucht, die Voraussetzungen zu schaffen; einiges hat mein Kollege Benya schon erwähnt. Darf ich, meine Damen und Herren, daran erinnern, daß wir uns seit 1963 bemühen, das Wirtschaftswachstum, das sich seit 1961 so verkleinert hat, das geringer geworden ist, wieder etwas zu beleben. Die Gewerkschaften haben im Jahre 1964 auf Grund der Vorschläge zur Stabilisierung selbst Opfer auf sich genommen, indem sie eine zurückhaltende Lohn- und Gehaltspolitik betrieben haben. Wenn jetzt im letzten Heft des Wirtschaftsforschungsinstitutes zu lesen ist, daß man 1965 die Dinge überspannt hat, so höre ich schon wieder die Stimmen der Unternehmerschaft oder vielleicht noch breiterer Kreise mit dem Vorwurf: Da sieht man ja, wo die Schuldigen sind.

Ich bitte, gerade diesen Bericht des Jahres 1965 sehr eng mit dem Bericht des Jahres 1964 zu beurteilen. Wenn Sie uns dann für beide Jahre den Vorwurf machen können, daß wir eine Kollektivvertragspolitik über die Steigerung des nominalen Sozialproduktes hinaus beschritten hätten, dann hätten Sie recht. Aber diesen Beweis werden Sie nicht zustande bringen.

Man komme uns auch nicht mit dem Slogan, den Herr Dr. Hauser schon wieder leicht hat anklingen lassen und den man jetzt seit einigen Wochen in einer Tageszeitung findet: Gewinn ist Nutzen für alle! — Aus seinen Äußerungen hat förmlich herausgeklungen: Wir sollen jetzt die Starken bremsen, damit die Kleinen nachkommen können. Ich bin mit Herrn Dr. Hauser durch die gewerkschaftliche Tätigkeit sehr eng verbunden, und wir haben uns eigentlich immer sehr gut verstanden. Aber ich möchte sehr deutlich sagen: Wie wir unsere solidarische Gehaltspolitik oder überhaupt unsere Gehaltspolitik machen, das sollen uns nicht die Herren der Bundeswirtschaftskammer sagen, sondern das werden wir in unseren eigenen Bereichen selbst bestimmen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Aber natürlich ist ein Körnchen Wahrheit darin enthalten. Nur hat man bewußt hier ein Wort geprägt, das eigentlich anders lauten sollte. Man müßte nämlich sagen, daß steigender Wirtschaftsertrag Nutzen für alle ist, aber nicht Gewinn! Gewinn ist etwas ganz anderes als Wirtschaftsertrag, und vor allem steht eines fest: Beim Ertrag wird niemand von Ihnen abstreiten können, daß er nicht nur dank derer erfolgt, die die Betriebe führen oder die die Produktionsmittel in Händen haben, sondern der Wirtschaftsertrag ist auch dem Fleiß und der Arbeit der hunderttausenden in dieser Wirtschaft Beschäftigten zu danken. Es ist nur selbstverständlich, und ich brauche dazu keine Annonce, die 35.000 S kostet, um festzuhalten, daß dieser gemeinsam erarbeitete Wirtschaftsertrag natürlich auch an alle jene verteilt wird, die für sein Zustandekommen gesorgt haben. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß der Wirtschaftsertrag sozial gerecht verteilt wird.

Auch hier einen Ausflug in die bisherige Diskussion, die dadurch ausgelöst wurde, daß die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Benya hier mißverstanden wurden, indem man meint, wir wollten, daß die Bundesregierung auf unsere Lohn- und Gehaltspolitik Einfluß nehmen möge. Diese Absicht haben wir nie gehabt und werden wir nie haben.

Wenn man glaubt, daß wir unsere Forderungen als selbständige Körperschaft im Ver-

**Ing. Häuser**

handlungswege mit unserem Wirtschaftspartner zu vertreten haben, dann möchte ich sagen, daß es schon eine Einflußnahme der Bundesregierung in einer indirekten Form auf die Lohn- und Gehaltspolitik gibt. Wir haben auch hier einvernehmlich, alle Fraktionsgruppen im Rahmen des Gewerkschaftsbundes, zu jenen Belastungen Stellung genommen, die wir seit 1961 mit unserer Kollektivvertragspolitik immer wieder zu übernehmen hatten. Diese Belastungen liegen darin, daß wir primär trachten müssen, das einmal gehabte Realeinkommen wiederherzustellen, weil die Preise exorbitant erhöht wurden. Wir sagen hier sehr deutlich — und das geht an die Bundesregierung —:

„Gesetzliche Maßnahmen müssen getroffen werden, um die Konsumenten vor Kartellbestimmungen und anderen Praktiken, die zu überhöhten Preisen führen, vor Ausbeutung zu schützen. Notwendig ist auch die Überprüfung der Handelsspannen, der Abbau der Hemmungen, die den Wettbewerb behindern, die Herabsetzung der Zölle und die Liberalisierung der Einfuhr von Agrarprodukten.“

Hier kann die Bundesregierung sehr stark mithelfen. Wir haben doch schon 1964 sehr konkrete Vorschläge in dieser Hinsicht gemacht. Wir wollen nur hoffen, daß die Bundesregierung, die jetzt nicht „gehemmt“ ist, diese Maßnahmen zu treffen, weil sie allein über die Dinge entscheidet, nun diese Forderung vom Jahre 1964 endlich erfüllt. (Abg. Mitterer: Sie haben sie bisher gehemmt!) Wir haben sie gehemmt? Daß man die Handelsspannen senkt, daß man die Wettbewerbsbestimmungen verbessert, das nennen Sie hemmen? (Abg. Mitterer: Sie haben es ja gerade gesagt!) Herr Abgeordneter Mitterer, seien Sie vorsichtig, ich werde mich noch mit Ihren Einstellungen beschäftigen.

Wir wollen von diesen wirtschaftlichen Gedankengängen wieder zur Sozialpolitik zurückkommen. Ich glaube, daß wir von einer Regierungserklärung erwarten können, daß man wenigstens einige der Wünsche, die die großen Interessensorganisationen der arbeitenden Menschen, nämlich der Arbeiterkammertag und der Österreichische Gewerkschaftsbund, schon lange, lange vorher vorgelegt haben, in das Regierungsprogramm aufnimmt. Wenn sie nicht enthalten sind, dann muß doch der Verdacht aufkommen, daß man auf diesem Gebiete nicht allzu offen, allzu weitherzig vorgehen will.

Darf ich daher, sozusagen rein theoretisch, einige Formulierungen sagen, wie wir uns vorgestellt hätten, daß man sozialpolitisch notwendige Maßnahmen in das Regierungs-

programm aufnimmt. Auch darüber ist schon in der Diskussion gesprochen worden.

Ich beginne mit einem uns wichtig scheienden Punkt: der Arbeitszeitverkürzung. Auch dann, wenn man davon redet, daß es so viele Feiertage gibt, muß ich sagen, daß wir auf die Dauer nicht darum herumkommen werden, diese alten Arbeitszeitbestimmungen zu beseitigen. Kein Wort davon ist in der Regierungserklärung enthalten! Ich stelle mir aber doch vor, daß man auch zur Überlegung kommen müßte, daß die ständig steigenden physischen und psychischen Belastungen durch die fortschreitende Technisierung und den hektischen Arbeitsrhythmus die Gesundheit der arbeitenden Menschen bedrohen und damit die Erhaltung der Arbeitskraft gefährden, daß daher ein Arbeitszeitgesetz mit der Zielsetzung einer schrittweisen Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Einkommensminderung sowie die Zusammenfassung der Ruhensbestimmungen für die Sonn- und Feiertage als vordringlich zu erstellen sind. (Abg. Dr. Gorbach: Der Pfusch!)

Wir reden von der Assozierung. Meine Damen und Herren! Glauben Sie, wenn wir — vielleicht haben Sie die Hoffnung, daß dies noch sehr lange dauern wird — etwa in einem größeren Wirtschaftsraum leben und in allen Ländern, mit denen wir dann wirtschaftlich zusammenarbeiten, schon die 40-Stunden-Woche besteht und teilweise sogar noch eine kürzere Arbeitszeit, daß man dann den österreichischen Arbeitern und Angestellten zutun kann, daß sie bei ihrer 45stündigen Arbeitszeit bleiben? (Abg. Mayr: Dafür noch mehr Pfusch! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich möchte auch nicht die Ausrede gelten lassen: Darüber können wir in den nächsten vier Jahren reden. Ich sage das gleich für alle meine Vorschläge, denn Sie haben ja hier ein Regierungsprogramm für vier Jahre erstellt. Sie haben deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Sie in den nächsten vier Jahren nicht daran denken, ein modernes Arbeitszeitgesetz mit einer schrittweisen Verkürzung der Arbeitszeit in Angriff zu nehmen.

Zu der Formulierung, wie sie bezüglich der Kodifikation festgehalten ist, daß man sachgerechte grundsätzliche Klärungen herbeiführen werde, möchte ich feststellen: Ich glaube, die Klärungen sind schon durch die langen Beratungen, die wir darüber gehabt haben, vollzogen. Ich brauche also keine weitere grundsätzliche Klärung über dieses Thema, sondern was wir erwarten, ist, daß man sehr präzise sagt, wie man sich diese Kodifikation vorstellt. Und auch hier sehr konkret, meine Damen und Herren: Die Schaf-

**Ing. Häuser**

fung arbeitsrechtlicher Normen für alle Arbeitnehmer soll durch eine Kodifikation des Arbeitsrechtes im Sinne der Vorschläge des früheren Sozialministers Proksch erreicht werden. Als vordringlich für diese Zielsetzung gelten — und jetzt können Sie noch mehr hineinnehmen, als ich hier in diesen drei Punkten habe, die Tore sind also vollkommen offen — : gesetzliche Regelung der Urlaubsvorschriften durch Anpassung an besseres Recht sowie eine Urlaubsentschädigung, Gleichstellung der Entgeltsbestimmungen im Falle der Erkrankung, gesetzliche Bestimmungen hinsichtlich des Abfertigungsanspruches sowie des Kündigungs- und Entlassungsschutzes.

Das sind einige Ziele. Wir werden das in der nächsten Legislaturperiode schrittweise durchsetzen, und dann kann man bei den Betroffenen den Eindruck erwecken, daß man es mit der Kodifikation ernst meint. Wenn man nur sachliche grundsätzliche Klärungen herbeiführt — das wird, wenn auch ich Ihnen einmal einen Rat geben darf, wir haben ja heute schon so viele Ratschläge von Ihnen, wie wir uns zu verhalten haben und was wir zu tun haben, bekommen (Abg. Reich: *Umgekehrt auch!*), also möchte auch ich Ihnen einmal einen Rat geben und Ihnen sagen, wie Sie besser an die Schichten der arbeitenden Menschen herankommen ... (Abg. Dr. Weißmann: *Die gibt es nur in Ihren Reihen!* — Abg. Dr. Gruber: *Siehe die letzten Arbeiterkammerwahlen! Die kommenden!*)

Wir vermissen in der Regierungserklärung auch eine klare Stellungnahme zur sozialen Gerichtsbarkeit. Auch diese, müssen wir feststellen, ist doch so weit fortgeschritten, wir haben einen Vorschlag, man hat sich weitestgehend auf diesen Vorschlag geeinigt. Nicht ein Wort findet man darüber in der Regierungserklärung.

Wir vermissen einen Hinweis auf eine Novelle zum Angestelltengesetz. Ich darf daran erinnern, daß auch während dieser unproduktiven Zeit der letzten Regierungsperiode vom Justizministerium ein Regierungsvorschlag vorgelegen war, der allerdings nicht den Weg bis in dieses Haus genommen hat. Er ist vorher in diesem Arbeitskreis der Koalitionsparteien besprochen worden. Ich hatte die Ehre, als Vertreter meiner Partei daran teilzunehmen, und ich muß feststellen, daß die ÖVP 1964 diese Frage zurückgeschoben hat mit dem Hinweis, man müsse erst die Pensionsdynamik erledigen. Die Pensionsdynamik haben wir seit dem Mai des vergangenen Jahres gesetzlich erledigt. Aber nicht nur, daß in dieser Zeitetappe von fast einem Jahr bis jetzt kein Wort darüber von Ihnen verlautet wurde, sondern wir finden auch kein

Wort darüber in der Regierungserklärung. (Abg. Libal: *Das haben sie vergessen!*) Ich hoffe, daß unsere Kollegen von der christlichen Gewerkschaftsfaktion und vor allem auch vom ÖAAC, die ja das auf ihr Programm gestellt haben — ich las es schwarz auf weiß gedruckt —, doch eine Forderung, die seit vielen, vielen Jahren in diesem Hause immer wieder als Initiativanträge der linken und als Initiativanträge der rechten Seite vorliegt, endlich einmal erledigen. Oder wollen wir — und dann trifft das die linke Seite nicht, bitte mir jetzt nicht über den Vorwurf böse zu sein — nur nach außen hin sagen, wir sind dafür, aber dann lassen wir es halt wieder auf einige Jahre unter den Tisch fallen? Hier wird es in Zukunft sehr klare Fronten geben, und Sie werden es nicht so leicht haben, sich um diese oder jene Frage zu drücken.

Ich darf feststellen, daß auch hinsichtlich der Berufsausbildung und hinsichtlich der Arbeitsvermittlung dieselbe Formulierung wie für die Kodifikation getroffen wurde, daß man also diese Probleme erst grundsätzlich klären muß. Ich stelle fest, daß es hinsichtlich der Berufsausbildung sehr weitgehende Grundlagen einer Lösung gibt, die auch zum Teil mit der Arbeitgeberseite weitestgehend abgesprochen worden sind, und daß es hier kaum Schwierigkeiten gibt, die nicht gemeinsam gelöst werden könnten. (Abg. Altenburger: *Das steht ja in der Regierungserklärung!*) Lieber Freund Altenburger! In der Regierungserklärung steht von einem Berufsausbildungsgesetz nichts drinnen. Wir sollen doch die Regierungserklärung so lesen, wie sie ist, und auch unsere Kollegen werden sie draußen so lesen. Steht da drinnen: „Die Regierung hat die Absicht, ein Berufsausbildungsgesetz dem Parlament vorzulegen“, steht das drinnen oder nicht? Ich stelle fest, daß hier lediglich steht: „Neben ... werden die Fragen der Berufsausbildung ... grundsätzlich zu klären sein.“ (Abg. Prinke: *Was soll denn mehr drinnen stehen?*) Aus, fertig, Schluß, nicht mehr und nicht weniger. Es ist also gar nicht von einem wirklichen Gesetzesvorschlag der neuen Bundesregierung die Rede. (Abg. Machunze: *Die Regierungserklärung ist der Rahmen, aber doch nicht das fertige Bild!*)

Ich möchte auch noch ein paar Gedanken-gänge zur Frage der Krankenversicherung vorbringen, denn auch hier müßte man doch Klarheit darüber erhalten, was es heißt: „Auf dem Gebiet der Krankenversicherung wird sicherzustellen sein, daß die Krankenversicherungsanstalten die für die Versicherten entscheidenden Leistungen erbringen können. Deshalb werden insbesondere die Bedingungen für einen zweckmäßigeren Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel herzustellen sein.“

**Ing. Häuser**

Ich bin jahrzehntelang in der Sozialversicherung tätig, aber ich kann niemandem Antwort geben auf die Frage, was mit dieser Formulierung für Absichten verbunden sind. Da ich halt skeptisch gegenüber Ihrer ganzen Regierungserklärung eingestellt bin und vorläufig noch keinen Vorschußvertrauensbeweis liefern kann, muß ich sagen, daß man sehr, sehr vermuten kann, daß man hier Leistungsverschlechterungen beabsichtigt. (Ruf bei der ÖVP: *Kein Wort davon!*) Die Wünsche, die wir als Interessenorganisation der arbeitenden Menschen für die Aufrechterhaltung des Leistungsvolumens der Krankenversicherung gemeinsam vorgeschlagen haben, hätte man hineinnehmen können. Wo man es schon so bei der Kompetenzbereinigung und der Kompetenzflechtung war, hätte man doch auch einen Zustand herstellen können, wie er früher einmal war, daß nämlich die einzelnen Gebietskörperschaften für die Kosten der Spitalsbehandlung entsprechende Beiträge mit übernehmen. Kein Wort findet man darüber in der Regierungserklärung. Diesen Zustand, diese Belastung überläßt man also nach wie vor den arbeitenden Menschen selbst.

Und noch einen Punkt möchte ich ganz besonders herausstreichen, und damit komme ich wieder auf ein Wort, das anscheinend zum Oppositionswort werden wird. Abschließend heißt es zur Sozialpolitik: „Eine moderne Sozialpolitik muß aber auch neue Aufgaben erkennen, neuen Gefahren entgegentreten und asoziale Verhältnisse durch den Mut zu einer Neuordnung beseitigen.“ Ja, meine Damen und Herren, was heißt denn das? Ich höre nämlich immer, daß man dann, wenn man so viel von Mut redet, irgend etwas verschletern will. Denn wenn man nur vernünftige Regelungen oder Verbesserungen vorschlägt, dann braucht man nicht viel Mut dazu, denn dann muß das Argument wirken. Wenn man aber Mut braucht, dann fürchte ich sehr, sehr stark, daß auch hier Dinge vorbereitet werden, die nicht unbedingt zum Wohle der arbeitenden Menschen gereichen. Aber wir werden es ja erleben (Abg. Prinke: *Abwarten und Tee trinken!*), was in Wirklichkeit hinter diesem Text steht. Vielleicht kann Kollege Kummer, der nach mir sprechen wird, einige Aufklärungen geben; es wird sehr vorteilhaft sein. (Abg. Dr. Kummer: *Ich werde es versuchen!* — Abg. Altenburger: *Den Mut hat der Kollege Hillegeist viel mehr als Sie! Fragen Sie den Kollegen Hillegeist, was Mut heißt — außer Popularität!*) Kollege Altenburger, ich habe mir vorgenommen, daß ich hier im Haus, wenn du bei mir Zwischenrufe machst, wo wir uns sonst in den anderen Körperschaften, wo wir zusammenarbeiten, an sich so gut verstehen (Abg. Dr. Gorbach: *Hört! Hört!*),

darauf überhaupt nicht mehr reagieren werde. (Abg. Dr. Kummer: *Das werden wir uns merken!*) Ich bitte, das gleich für die ganze Gesetzgebungsperiode zur Kenntnis zu nehmen. (Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Doktor Kummer: *Das bringt ihr ja gar nicht zusammen!* — Abg. Libal: *Altenburger muß sich ja rechtfertigen!* — Abg. Probst: *Jeder Mensch braucht ein Alibi; das kenne ich schon seit 20 Jahren beim Altenburger!*)

Ich möchte aber bei der Aufzählung dieser unserer sozialpolitischen Forderungen auch auf Dinge hinweisen, die mehrfach für andere Bereiche angesprochen wurden. Man hat nämlich gesagt, daß in dieser Stagnation der Koalition nichts mehr weitergegangen ist, alles sei durch die Verhandlungstaktik der Sozialisten gebremst worden und so weiter. Ich habe eigentlich nicht das Gefühl, daß es uns Sozialisten bei den Gesetzen auf sozialpolitischem Gebiet besser gegangen ist. Hier scheint also der Widerstand auf der anderen Seite gegen die Zustimmung zur Erfüllung dieser Forderungen gelegen zu sein. Denn ich habe schon einleitend gesagt: Eine Reihe dieser Wünsche sind ja nicht erst jetzt geboren worden, sondern liegen seit Jahr und Tag in den Körperschaften, mit Zustimmung aller arbeitenden Menschen beschlossen. Sie sind eingebracht, aber sie sind nicht erfüllt worden.

Sehen wir uns nur einige der sozialpolitischen Gesetze an, die wir in der vergangenen Legislaturperiode erledigt haben. Kollege Kummer, wir sind damals deswegen in einen Streit geraten. Bei sozialpolitischen Fragen — ich denke hier an das Dienstnehmerhaftpflichtgesetz, auf das wir sieben Jahre gewartet haben, und ich denke an das Gesetz „Krankheit unterbricht den Urlaub“, auf das wir zwölf Jahre gewartet haben —, auch wenn es sich um noch so bescheidene sozialpolitische Fortschritte gehandelt hat, haben Sie keine so große Bereitschaft zur expeditiven Arbeit an den Tag gelegt. (Abg. Prinke: *Gut Ding braucht Weile!*) Sie sind nur gekränkt wenn zum Beispiel bei Wirtschaftsfragen die Sozialisten nicht gleich ja gesagt haben, weil damit vielleicht Belastungen für die arbeitenden Menschen verbunden waren. Das ist unsere Verantwortung, die müssen Sie uns überlassen. Aber man kann doch wahrlich nicht sagen, daß Sie auf dem sozialpolitischen Gebiet alles so rasch erledigt haben, wie Sie es gerne von uns verlangen. (Abg. Dr. Kummer: *Was ist denn mit unseren Wünschen, Kollege Häuser?*)

Noch eines darf ich feststellen: Manche Gesetze — ich habe das schon bei der Novelle zum Angestelltengesetz gesagt — sind in der damaligen gemeinsamen Regierung auf Grund eines Vetos eines Mannes gescheitert. Das

**Ing. Häuser**

Arbeitszeitgesetz ist nie weitergegangen, das Urlaubsgesetz ist nicht weitergegangen. Das haben wir Parlamentarier nicht einmal hierherbekommen. Auch da sind nun klare Fronten geschaffen worden. Es wird nicht so leicht sein, die Dinge ganz einfach unter den Tisch fallen zu lassen.

Ich darf abschließend sagen: Wir werden zu Dingen, die positiv sind — das haben einige meiner Fraktionskollegen schon ausgedrückt —, nicht deshalb nein sagen, weil Sie sie gebracht haben. (Abg. Dr. Gorbach: Hoffentlich!) Dessen können wir Sie voll und ganz versichern. Aber wir werden sehr darüber wachen, meine Damen und Herren, ob die Gesetzesvorschläge, die Sie dem Hohen Hause vorlegen, wirklich dem Volkswillen und dem Interesse des österreichischen Volkes dienlich sind oder ob sie nicht vielleicht unter dem Vorwand, daß man zuerst sozusagen die Grundlage, das Fundament schaffen muß, einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, die auf Kosten der anderen auf Grund der Mehrheitsverhältnisse jetzt bevorzugt werden, Privilegien geben. Die breite Masse — nehmen wir das doch zur Kenntnis, wenn wir vom Volk reden —, also die Arbeiter, Angestellten und Beamten, sie sind die überwiegende Mehrheit des österreichischen Volkes (Abg. Kern: Das ist nichts Neues!), sie werden sich nicht damit zufriedengeben, wenn Sie ihre sozialpolitischen Belange unzureichend oder ungenügend vertreten. (Abg. Hartl: Sie meinen nach wie vor, die ÖVP sei die „Partei der Kapitalisten“!) Sie werden sich auch nicht damit abfinden, wenn Sie diesen suggestiven Slogan von „Gewinn ist Nutzen für alle“ etwa in den Vordergrund schieben wollen.

Wir glauben, daß man die Sozialpolitik weiterentwickeln muß. Das ist ein dringliches Anliegen aller arbeitenden Menschen. Wir Sozialisten haben in der Vergangenheit diese Belange immer wieder vertreten. Wir haben neuerlich einige der wichtigsten konkreten Vorschläge vorgebracht, und wir Sozialisten werden dafür sorgen, daß auch in Zukunft der sozialpolitische Fortschritt nicht zum Stillstand kommt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kummer. Ich erteile ihm das Wort. (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kummer: Kollege Hauser hat mir ja Stoff geboten!)

Abgeordneter Dr. Kummer (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit den Ausführungen des Kollegen Häuser werde ich mich im zweiten Teil meines Referates beschäftigen. Zunächst möchte ich auf die sozialen Probleme Südtirols zu sprechen kommen.

Ich möchte aber vorher zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kreisky über Südtirol feststellen, daß er uns nichts Neues gesagt hat. Wir kennen den Vertrag von 1946, und wir kennen den Vertrag von 1964. Natürlich waren die Verhältnisse 1946 und 1964 ganz verschieden, und aus diesem Gesichtspunkt heraus muß man eben die Situation verstehen. (Abg. Konir: Die Außenminister waren verschieden! — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Was den Ausschluß des Abgeordneten Jenny aus der Südtiroler Volkspartei anlangt, Herr Abgeordneter Kreisky: Das, was Sie hier in Zweifel gezogen haben, nämlich, daß gewisse Verbindungen bestehen, glauben Sie wohl selbst nicht. (Abg. Dr. Kreisky: Hoffen wir, daß es nicht so ist!) Es hat ein Schiedsgericht entschieden. Ich glaube, das ist ein Einzelfall, in den wir uns am besten nicht hineinmischen sollten.

Nun zu den Problemen Südtirols, und zwar zunächst zu den sozialen Problemen. Mit Recht betont die Regierungserklärung, daß den Worten nunmehr endlich Taten folgen sollten. Ein weiterer Aufschub ist im Interesse der betroffenen Bevölkerung vor allem aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht mehr länger zu vertreten. (Ruf bei der SPÖ: Das wissen wir schon lange!)

Das vom Abgeordneten Kreisky kritisierte Pariser Abkommen vom 5. September 1946 sieht unter anderem auch die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung der Südtiroler vor. Wie steht es aber um diese wirtschaftliche Sicherung? Vor allem in Bozen wurde eine Industrie aufgebaut, in der fast ausschließlich Italiener beschäftigt sind. Die Beschäftigungsmöglichkeit der Südtiroler Bevölkerung ist weitgehend beschränkt auf Mittel- und Kleinbetriebe, sodaß die wirtschaftliche Existenz der deutschsprachigen Südtiroler in keiner Weise gesichert erscheint. Es ist kein Wunder, wenn tausende Südtiroler ausgewandert sind, um in der Fremde ihr Brot zu verdienen. Die sozialen und vor allem arbeitsrechtlichen Verhältnisse sind zum Verzweifeln. Wer einigermaßen das italienische Arbeitsrecht kennt, der weiß, wie kompliziert dieses ist und wie es vor allem dem einfachen Arbeiter dort nicht möglich ist, sich darin zurechtzufinden. Ich richte an unsere Vertreter bei den kommenden Verhandlungen mit Italien den dringenden Appell, auch diese wirtschaftlichen Verhältnisse zur Sprache zu bringen, alles zu tun, damit sie verbessert werden.

Es ist nicht zu verwundern, daß sich in Südtirol seit September 1964 ein eigener Autonomer Südtiroler Gewerkschaftsbund gegründet hat, der den Arbeitern, Angestellten und Pensionisten der deutschen Volksgruppe

**Dr. Kummer**

gewerkschaftlichen Schutz und Hilfe bietet. Bis zu diesem Zeitpunkt nämlich wurden die Interessen der Südtiroler Arbeitnehmer hauptsächlich von der CISL, dem freien Gewerkschaftsbund, vertreten, dem sich auch schon früher der Südtiroler Gewerkschaftsbund, SGB genannt, anschloß, dem die Aufgabe zufallen sollte, innerhalb der CISL die deutschsprachigen Arbeiter und Angestellten zu vertreten. Diese Gründung aber war zum Scheitern verurteilt, weil es sich als unmöglich erwiesen hatte, daß die Interessen der Südtiroler Arbeiter und Angestellten durch eine gewerkschaftliche Zentrale wahrgenommen werden könnten, deren von der römischen Gewerkschaftszentrale ausgehende Weisungen die besonderen und eigenständigen Erfordernisse der Südtiroler mehr oder weniger unberücksichtigt ließen. Die überwiegend der italienischen Volksgruppe angehörenden Gewerkschaftsbeamten konzentrierten sich, den Gegebenheiten und ihrer Mentalität entsprechend, fast ausschließlich auf die durch ihre Ballung leichter organisierbaren Industriearbeiter, besonders der Bozener Industriezone, sodaß für die Wahrung und den Schutz der Belange der Südtiroler Arbeitnehmer nur ein kümmerlicher Rest an Zeit verblieb.

Es ist daher auch nicht zu verwundern, daß die Zahl der deutschen Mitglieder bis 1964 enorm zurückgegangen ist, eben deshalb, weil sich die Südtiroler innerhalb der CISL nicht mehr vertreten fühlten. Einige Beispiele hiezu: Mitteilungen an die Mitglieder durch Rundschreiben wurden überhaupt nicht herausgegeben. Eine Zeitung wurde nach einem kläglichen Versuch ihres Erscheinens wieder eingestellt. Kein einziger Kollektivvertrag wurde — nicht einmal auszugsweise — ins Deutsche übersetzt. Versammlungen und Landeskongresse wurden nur in italienischer Sprache abgehalten. Der deutsche Generalsekretär war nur nebenberuflich, der italienische aber hauptberuflich angestellt. Die Sekretäre der Fachgewerkschaften waren meist Italiener. Die Südtiroler waren zwar im Vorstand vertreten, es wurde dieser aber nur alle zwei Jahre einberufen und die deutschen Mitglieder außerdem zu spät verständigt, sodaß sie nicht einmal teilnehmen konnten. In den verschiedenen Kommissionen der Sozialversicherungsträger, des Wohnungsbau und so weiter waren die deutschsprachigen Arbeiter nicht vertreten, sodaß die aktuellen Probleme dort auch nicht erörtert werden konnten. Rechtsschutz war überhaupt nicht vorhanden, das wohl wichtigste Instrument einer Gewerkschaft fehlte, sodaß das einzelne Mitglied bei einem Rechtsstreit einen Rechtsanwalt beauftragen und damit Anwalts- und Gerichtskosten selbst zu tragen hatte. Bei Besetzung von

Posten beim Staat, bei der Eisenbahn, bei der Post kamen nur italienische Mitglieder in Frage. Ja man muß sagen: Es ist empörend, wenn der Fremde, der eine deutsche Stadt Südtirols besucht, an den Schaltern der Postämter nur italienisch sprechende Beamte vorfindet und diese die Parteien in einer geradezu skandalösen Weise bedienen. Bei staatlichen Stellen kamen und kommen bis heute Angehörige der deutschen Volksgruppe überhaupt nicht zum Zuge. Wurde ein Italiener entlassen, dann kam es zu Aktionen durch die CISL, war der Entlassene ein Deutscher, so geschah nichts.

Aus der Fülle der Fälle, die ich eben herausgegriffen habe, geht deutlich die Notwendigkeit hervor, daß sich eine eigene Gewerkschaft, nämlich der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund, gründen mußte und sich auch in kurzer Zeit zu einer beachtlichen Organisation entwickelte. Es war also nicht Nationalismus der deutschen Arbeiter und Angestellten, wie von italienischer Seite behauptet wird, sondern die Not und die Notwendigkeiten waren es, die die deutschen Arbeiter und Angestellten zwangen, eine eigene Organisation zu gründen.

Meine Damen und Herren! Was ist nun die interessante Folge? Daß sich alle in Italien bestehenden Richtungsgewerkschaften, die CISL, die kommunistische CGIL, die faschistische CISNAL und die UIL unabhängig von ihren weltanschaulichen Gegensätzen gegen diesen Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund zusammenschlossen und ihn bekämpfen, wo es nur möglich ist. Das geht so weit, daß selbst die Behörden mittun. Bei Verhandlungen aller Gewerkschaften kommt es zu einem geschlossenen Block der italienischen Organisationen, und sie fordern von den Vertretern der Arbeitgeber und ohne jede Rücksicht auf gewerkschaftliche Solidarität nichts Geringeres als die Ausschließung des Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes, den sie als nicht vertretungsberechtigt erklären.

Es kann daher nicht wundernehmen, wenn sich die Südtiroler Arbeiter, Angestellten und Beamten als Staatsbürger zweiter Klasse fühlen. Hiefür gibt es eine Reihe von Belegen, die dem monatlich erscheinenden Blatt des ASGB „Echo der Arbeit“ zu entnehmen sind. Aus diesen Berichten geht auch hervor, welch unglaubliche Zustände zum Beispiel bei einem Marmorwerk im Vintschgau herrschen, wo den Arbeitern seit Monaten der Lohn vorenthalten wird, also Zustände, die wir nach unseren Begriffen für unmöglich erachten würden. Erschütternd zugleich ob der Zwielichtigkeit, mit der hier auf Kosten sozialer und gewerkschaftlicher Ordnungsarbeit trübe Machenschaften getrieben werden, schreibt das ge-

**Dr. Kummer**

nannte Blatt, Machenschaften, bei denen sich Gewerkschaftsfunktionäre der CISL und der kommunistischen CGIL brüderlich die Hände reichen, um gegen den Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund vorzugehen, der in diesem Marmorwerk dafür eintritt, daß den Arbeitern endlich einmal ihr längst fälliger Lohn ausbezahlt wird. Das sind die Zustände in Südtirol, und das ist der Kampf des neuen Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes, diese Zustände zu ändern, ein Kampf, den ich hier von dieser Stelle aus einmal ganz besonders hervorheben möchte.

Meine Damen und Herren! Wie sieht es aber mit der Wiederingangbringung der Verhandlungen mit Italien aus? Den Stellungnahmen des Ministerpräsidenten Moro und des Außenministers Fanfani ist zu entnehmen, daß sich in der letzten Zeit die Einstellung der italienischen Regierung zur Frage Südtirol verschlechtert hat. Es hat den Anschein, als ob Moro beabsichtige — mit voller Zustimmung Fanfanis —, die Ergebnisse der Neunzehnerkommission vielleicht innerstaatlich durchzuführen, wenn auch nicht mit allen Ergebnissen und dazu außerdem mit neuen Klauseln und verstärkten Garantien für die Italiener in Südtirol. Die Haltung Fanfanis, daß die Südtirol-Frage eine rein inneritalienische ist, verstärkt die Befürchtung, daß Moro und Fanfani von den internationalen Verankerungen abgehen wollen. Daher bitte ich den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Außenminister und die gesamte Bundesregierung, die beschleunigte Wiederaufnahme von Verhandlungen zu fordern.

Meine Damen und Herren! Helfen wir den Brüdern in Südtirol! Dies ist der vielfach ausgesprochene Wunsch der Südtiroler Abgeordneten. Die Verhandlungen zu beschleunigen ist schon deshalb notwendig, weil 1968 in Italien wieder Neuwahlen sein werden und daher aller Voraussicht nach bereits 1967 die Arbeit in Italien darunter leiden wird. Es ist auch zu befürchten, daß sich in Südtirol eine gewisse Verschärfung abzuzeichnen beginnt, weil die Hoffnung auf eine bilaterale Lösung langsam verlorengeht und dadurch die Radikalisierung fortschreitet. Gerade um dieser Radikalisierung zu begegnen, sind Verhandlungen so rasch wie möglich notwendig. Sollte es aber nicht möglich sein, durch bilaterale Verhandlungen zu einem für die Südtiroler befriedigenden Ergebnis zu kommen, dann müßte das friedliche Mittel des Artikels 33 der UNO-Charta neuerlich aufgegriffen werden, das heißt, daß eine neuerliche Befassung der UNO mit dem Südtirol-Problem in Angriff genommen werde. In diesem Zusammenhang bitte ich auch den neuen Herrn Außenminister, zu überlegen, ob es nicht vielleicht

wieder angezeigt wäre, eine eigene Südtirol-Abteilung im Außenministerium zu errichten.

Nun möchte ich mich im zweiten Teil meiner Ausführungen mit sozialpolitischen Problemen befassen und namentlich auf die Ausführungen des Kollegen Häuser eingehen. Wenn ich mir das Memorandum des Bundesvorstandes des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und des Vorstandes des Österreichischen Arbeiterkammertages und die Regierungsvorlage hernehme, so muß ich wohl sagen: Bestreiten kann man das nur, wenn man nicht zugeben will, daß darin viele Forderungen des Gewerkschaftsbundes und des Arbeiterkammertages enthalten sind. (Abg. Ing. Häuser: *Auf dem sozialpolitischen Sektor?*) Auf dem sozialpolitischen Sektor! (Ruf bei der SPÖ: *Unverbindliche Redensarten!*) Kollege Häuser! Gerade die Fragen, die Sie angeschnitten haben — Arbeitsvermittlung, Berufsausbildung ... (Abg. Ing. Häuser: *Das Wort steht drinnen!*) Kollege Häuser! Was wollen Sie mehr in einer Regierungserklärung (Ruf bei der ÖVP: *Sehr richtig!*), die knapp gefaßt sein muß? Trotzdem hat der Herr Bundeskanzler zu seiner Regierungserklärung, die alle Probleme umfassen muß, fünf Viertelstunden gebraucht. Man kann nicht zu jedem einzelnen Problem, so wie Sie es anscheinend wollen, weit ausholen und die Sache näher ausführen. (Ruf bei der SPÖ: *Eindeutiger!* — Abg. Altenburger: *Das kommt dann im Sozialbericht!*) Ich glaube, die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers enthält eine Reihe von sozialpolitisch interessanten Feststellungen. Der Herr Bundeskanzler spricht von der Förderung der längerfristigen Kapitalbildung und eines möglichst breit gestreuten persönlichen Eigentums; vor allem sollen Arbeitnehmer in verstärktem Maß einen Anreiz erhalten, Vermögen zu bilden. Die Diskussion über die Vermögensbildung der Arbeitnehmer nahm und nimmt bei uns, aber auch in der deutschen Bundesrepublik einen sehr breiten Raum ein. In der deutschen Bundesrepublik hat diesen Gedanken die CDU aufgegriffen. Auch wir müssen uns mit diesen Fragen beschäftigen, vielleicht noch mehr, als dies bisher geschehen ist.

Kollege Häuser! Vor allem vermisste ich, wie ich das schon einmal gesagt habe, daß sich auch die Gewerkschaften mit diesem Problem beschäftigen. Leider ist das bisher fast nicht geschehen. (Abg. Ing. Häuser: *Da haben wir noch zu niedrige Löhne und Gehälter, um die Eigentumsbildung zu fördern!*) Nein, Herr Kollege, ich glaube, daß hier manches zu machen wäre, wenn der Wille auf Ihrer Seite bestünde, auf diesem Sektor der Eigentumsbildung etwas zu tun. (Abg. Dr. Gorbach: *Bravo!*) Bekanntlich besteht in der Bundes-

**Dr. Kummer**

republik Deutschland schon seit etlichen Jahren das sogenannte 312 DM-Gesetz, das erst im vergangenen Jahr novelliert wurde. Es wird immer wieder behauptet, daß dieses Gesetz nur wenig realisiert wurde. Nach einer Untersuchung, die im Auftrage des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom Institut für Demoskopie in Allensbach durchgeführt und im Bundesarbeitsblatt Nr. 12/1965 veröffentlicht wurde, geht gerade das Gegenteil hervor, daß nämlich dieses Gesetz eine beachtliche Bedeutung in der Bundesrepublik Deutschland erlangt hat. Ich glaube, daß es im Zusammenhang mit der Regierungserklärung notwendig ist, diesem Problem mehr Augenmerk zuzuwenden, als dies bisher der Fall war.

Ein wesentlicher Bestandteil moderner Sozialpolitik scheint mir die Eigentumsbildung, die Eigentumspolitik überhaupt zu sein, die ebenfalls in die Regierungserklärung aufgenommen worden ist.

Weiters spricht die Regierungserklärung davon — und das hat Kollege Häuser anscheinend auch nicht verstanden —, daß eine moderne Sozialpolitik auch neue Aufgaben erkennen, neuen Gefahren entgegentreten und asoziale Verhältnisse durch den Mut zu einer Neuordnung beseitigen muß. Herr Kollege Häuser! Gerade das habe ich mir vorgenommen, zu erörtern. Sie haben das anscheinend nicht verstanden und lesen besonders daraus etwas Negatives heraus, da Sie sagen: Wo man von Mut spricht, da ist schon irgendwas... (*Abg. Ing. Häuser: Gefährlich!*) gefährlich, weil da irgendeine Verschlechterung droht. Kollege Häuser! Eine solche Auffassung kann man nur haben, wenn man wie Sie als Oppositionsredner (*Abg. Ing. Häuser: Erfahrung hat!*) die Regierungserklärung kritisieren muß. (*Ruf bei der SPÖ: Wir lassen uns gerne überzeugen!*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir uns immer wieder vor Augen halten müssen, daß wir in einer Zeit eines kolossalen Umbruches und Aufbruches leben, der uns vielleicht noch gar nicht so richtig zum Bewußtsein gekommen ist. Wir leben in einer Welt, in der die Dinge um uns ständigen Veränderungen unterworfen sind. Wenn noch manches vor Jahren als richtig erkannt wurde und auch richtig schien, so sind wir heute schwankend geworden ob der geänderten Verhältnisse, ob die Auffassung von damals auch heute noch richtig ist. Wie sich in der Wirtschaft ständig Veränderungen ergeben und sich die Wirtschaft ihnen anpassen muß, so trifft dies auch für die Sozialpolitik zu. Eine moderne Sozialpolitik, wenn sie fortschrittlich sein will, muß diese ständigen Veränderungen erkennen

und sich ihnen anpassen. Sie muß daher beweglich sein, sie muß sich von einem Dogmatismus befreien. Die Sozialpolitik von heute ist kein Interessenmonismus mehr, da es keine Klassen im althergebrachten Sinn mehr gibt, sondern wir sprechen mit Recht von einer Vielgestaltigkeit unserer Gesellschaft. Innerhalb ihrer Schichten muß sich der Ausgleich vollziehen. Es muß daher die Sozialpolitik ständig auf den Interessenausgleich gerichtet sein. Es gehört oft viel Mut dazu, sich den geänderten Verhältnissen anzupassen (*Abg. Ing. Häuser: Wo sind die asozialen Verhältnisse?*), aber eben den Mut müssen wir haben. Daher wird gerade in dieser Legislaturperiode dem Bundesministerium für soziale Verwaltung eine große Bedeutung zukommen. Die Aufgaben, die der Frau Minister übertragen sind, sind groß, aber es sind schöne und dankbare Aufgaben, die ihr zur Erfüllung zufallen.

Die Regierungserklärung erwähnt die Kodifizierung des Arbeitsrechtes, um auf diesem Gebiet, wie es beabsichtigt wird, zu einer Übersichtlichkeit und Vereinfachung zu kommen, wie wir uns überhaupt bemühen sollten, zu einer Vereinfachung der Gesetzgebung zu kommen. Abgeordneter Dr. Pittermann hat in seiner Eingangsrede auch von der einfachen Sprache gesprochen. Ich glaube, das ist richtig.

Es wird auch notwendig sein — und ich glaube, auch das hat Kollege Häuser übersehen —, die Gesetze über die Arbeitsorganisation und die Arbeitsvermittlung zu verabschieden.

Kollege Häuser! Schon in der vorigen Legislaturperiode lag von uns ein Initiativ-antrag im Hause. Warum wurde er von Ihnen abgelehnt? Einfach deshalb, weil Ihr Sozialminister unbedingt seinen Gesetzentwurf durchbringen wollte. Eine Neuregelung ist schon deshalb notwendig, weil wir auf diesem Gebiet noch immer mit deutschen Gesetzen operieren.

Kollege Häuser! Ich gebe Ihnen recht, daß zu überlegen sein wird, ob wir nicht auch auf dem Gebiet der Arbeitszeit zu einer befriedigenden Lösung kommen könnten, aber ob eine solche Neuregelung schon mit einer Verkürzung im Gesetz verbunden sein soll, das ist die große Frage. Wir sollen auch hier zu einer Neuregelung kommen, weil wir es auch hier noch mit einem alten deutschen Gesetz zu tun haben. (*Abg. Ing. Häuser: 20 Jahre!*) Ich habe von der Flexibilität gesprochen. Um auch in diesem Gesetz den sich immer wieder ändernden Verhältnissen Rechnung zu tragen, soll man sich überlegen, ob man sich nicht dazu entschließen kann, auf diesem Gebiet nur ein Rahmengesetz mit den

**Dr. Kummer**

notwendigsten Bestimmungen zu beschließen und die ausführende Regelung den Sozialpartnern in den Kollektivverträgen zu überlassen. Ich glaube, daß das ein Ausweg wäre, hier zu einer Regelung zu kommen.

Mit Recht betont die Regierungserklärung, daß auch der Ausbau des Familienlastenausgleiches zu den Zielen unserer Sozialpolitik gehört. Aber die Familienpolitik tritt nicht nur in der Sozialpolitik in Erscheinung, sie ist sozusagen in allen Ressorts daheim. Vor allem wird es notwendig sein, gerade auf dem Steuersektor den Wünschen und Bedürfnissen der Familie Rechnung zu tragen.

Und nun komme ich zu dem, was Kollege Häuser anscheinend nicht verstanden hat, wenn er von Gefahren spricht, wie es in der Regierungserklärung steht. Der Mensch von heute ist ständigen Gefahren ausgesetzt (Abg. Ing.

*Häuser: Das ist nur dasselbe Wort! ), ob dies der Lärm ist (Abg. Ing. Häuser: Also der Lärm!), ob es die Verpestung der Luft ist, ob dies die Einwirkung von Strahlen ist, der Mißbrauch von Medikamenten, die falsche Ernährung oder sonstige Gefahren sind. (Abg. Ing. Häuser: Das ist nur eine Seite früher!) Kollege Häuser, diese Gefahren sind gemeint. Es sind die Gefahren für Leben und Gesundheit. Wir müssen feststellen, daß zum Schutz des Menschen auf diesen Gebieten bis heute fast nichts geschehen ist, und es wird ebenfalls in den Bereich des neuen Sozialministers fallen, die Lösung dieser Probleme raschestens in Angriff zu nehmen.*

Es wurde schon in den sogenannten parlamentarisch-wissenschaftlichen Gesprächen versucht, diese Probleme zu behandeln. Es wurden hier auch schon Voraarbeiten geleistet, und ich glaube, wir sollten diese ins Leben gerufene Einrichtung fortsetzen.

Aber namens des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes möchte ich noch auf eine Reihe von Problemen verweisen, die einer Lösung bedürfen. Infolge der Haltung der sozialistischen Fraktion war es bisher nicht möglich, eine Lösung herbeizuführen. So zum Beispiel die Regelung von Betriebsvereinbarungen im Kollektivvertragsgesetz, die derzeit absolut unzureichend sind und die auf eine rechtlich einwandfreie Basis gestellt werden müssen. Ich nenne weiterhin die Publikation von Kollektivverträgen. Besonders die Arbeitnehmerschaft vermißt oft sehr empfindlich die Möglichkeit, sich über den für ihr Dienstverhältnis geltenden Kollektivvertrag ausreichend zu informieren, da der Inhalt des Kollektivvertrages offiziell nirgends publiziert wird. Ich halte die jetzt praktizierte Form der Publizierung von Kollektivverträgen vom

verfassungsrechtlichen Standpunkt aus für äußerst bedenklich.

Zum Betriebsrätegesetz haben wir eine Reihe von Wünschen, die bisher infolge der Haltung des sozialistischen Sozialministers nicht erfüllt wurden, so die schon seit x Legislaturperioden eingebrachten Initiativanträge zur Änderung des § 25 des Betriebsrätegesetzes in der Weise, daß dem gekündigten Dienstnehmer auch bei Zustimmung des Betriebsrates zur Kündigung das Recht eingeräumt wird, die Kündigung beim zuständigen Einigungsamt anzufechten. Weiters wird es notwendig sein, die Anzahl der für einen Wahlvorschlag notwendigen Unterschriften, die derzeit doppelt soviel beträgt, als Mitglieder in den Betriebsrat zu wählen sind, auf die Hälfte herabzusetzen, um auch Minderheiten in Betrieben das Einbringen von Wahlvorschlägen zu ermöglichen und zu erleichtern.

Schon jahrzehntelang, kann man sagen, kämpfen wir um eine gerechte Arbeiterkammer-Wahlordnung, die es ermöglicht, alle Kammerzugehörigen zu erfassen und zur Wahlurne zu bringen. Ich hoffe, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen ist, daß wir endlich auch die Erfüllung dieses unseres Wunsches erreichen.

Im Zusammenhang mit der Kodifizierung des Arbeitsrechtes wird es notwendig sein zu überlegen, diese in Teilabschnitten zu realisieren. Ich glaube, daß einer dieser Teilabschnitte, der vielleicht am leichtesten zu verwirklichen ist, die Vereinheitlichung des Urlaubsrechtes ist, das derzeit in verschiedenen Gesetzen verstreut ist. Bekanntlich haben sich schon die beiden Sozialpartner um eine weitgehende Angleichung der Urlaubsrechte der Arbeiter an die der Angestellten in einem Generalkollektivvertrag bemüht. Der nächste Schritt müßte sein, ein einheitliches Urlaubsgesetz zu schaffen, um auch jene Dienstnehmer einbeziehen zu können, die der erwähnte Generalkollektivvertrag nicht erfassen konnte.

Schließlich wird in diesem Zusammenhang auch zu überlegen sein, ob nicht ein eigenes Saisonarbeiterurlaubsgesetz zu schaffen sein wird, um nicht nur den Sonderheiten im Bauwesen, sondern der Saisonbetriebe im allgemeinen Rechnung zu tragen.

Endlich werden auch die Bestimmungen über den technischen Arbeitsschutz der Dienstnehmer auf eine neue gesetzliche Basis zu stellen sein, da sie jetzt hauptsächlich in Verordnungen enthalten sind, für die die derzeitige gesetzliche Basis in der Gewerbeordnung nur sehr schmal ist und ebenfalls verfassungsrechtliche Bedenken auslöst.

Meine Damen und Herren! Ich habe im Zusammenhang mit der Regierungserklärung

**Dr. Kummer**

versucht, einige sozialpolitische Probleme aufzuzeigen. Ich betone ausdrücklich, daß diese Aufzählung keine taxative war und daß noch eine Reihe von Problemen zu lösen sein wird. Es wird noch bei anderen Anlässen Gelegenheit sein, diese vorzubringen.

Hohes Haus! Die Technik ist im Fortschreiten, das industrielle Zeitalter schreitet weiter, dessen Endziel können wir heute nicht abschätzen. Eines ist sicher: daß es uns noch vor große Aufgaben, die zu lösen sein werden, stellen wird. Um diese Probleme zu lösen, die wir heute vielleicht noch gar nicht kennen und erfassen können, müssen wir vorbereitet sein. Die Sozialpolitik des 20. Jahrhunderts geht alle an. Sie ist schon längst nicht mehr die Angelegenheit einer Klasse, einer Gesellschaftsschicht, sondern sie hat alle erfaßt. Ein Ziel aber müssen wir mit aller Deutlichkeit erkennen, das diese Sozialpolitik erstreben und erreichen muß: die Wahrung der Freiheit und Würde des Menschen! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! (Rufe bei ÖVP und SPÖ: Lauter! Lauter!) Das wird schon kommen! Sie können es offenbar nicht erwarten! (Abg. *Probst*: Sie müssen sich halt auch ein bißchen anstrengen mit der Opposition! — Heiterkeit.) Herr Kollege! Ich brauche mich nicht anzustrengen, wir haben eine 17jährige Erfahrung, aber Sie müssen sich als Neulinge anstrengen, um zu beweisen, daß Sie es auch zusammenbringen können (lebhafte Heiterkeit), denn nach dem, was heute geboten worden ist, bin ich davon noch nicht völlig überzeugt. (Abg. *Konir*: Jetzt haben Sie eine Konkurrenz!)

Ich wollte gerade erzählen, ich habe im Laufe meiner Tätigkeit als Anwalt schon manche Scheidung miterlebt. Ich habe Menschen gesehen, die vernünftig auseinander gegangen sind, Menschen, die gestritten haben, die tätlich geworden sind, die sich beleidigt haben. Aber eine Scheidung, bei welcher derjenige Teil, der die Scheidung verlangt hat, dann derartige Trauergesänge angestimmt hat und so enttäuscht gewesen ist, daß die Scheidung durchgegangen ist, ich muß Ihnen ehrlich sagen, das habe ich noch nicht erlebt. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich muß Ihnen ehrlich sagen, das, was heute geboten wurde, hat mich nicht überzeugt. Oder haben Sie wirklich erwartet, daß Ihnen Ihr Partner durch 20 Jahre hindurch jetzt einen Blumenstrauß zum Dank überreichen wird?

(*Erneute Heiterkeit.*) Als Vertreter der Opposition kann ich Ihnen sagen: Den Dank in diesem Haus bekommen Sie nie, weder als Regierung noch als Opposition. (Abg. *Probst*: Ein Anwalt verdient so und so!) Nun, das ist sein Beruf.

Eigentlich haben wir unser Wahlziel besser erreicht als Sie von der Sozialistischen Partei. Sie haben vor der Wahl gesagt, Sie wollen weiterhin die Zusammenarbeit mit der ÖVP, wir aber haben gesagt, wir werden alles tun, um diese Koalition zu beenden. Also eigentlich haben wir Freiheitliche unser Wahlziel erreicht. (Allgemeine lebhafte Heiterkeit. — Abg. *Glaser*: Ihr habt auch immer gesagt, die Opposition muß stärker werden!) Jawohl, das ist auch völlig richtig. Meine Herren! Ich will Sie nicht aufhalten mit all den Wahlzielen, die wir erreicht haben. Wir haben gesagt, die Koalition muß beendet werden, die Opposition muß gestärkt sein. Beides ist eingetreten. (Erneute Heiterkeit. — Ruf bei der ÖVP: Nur san's schwächer worden dabei! — Abg. *Konir*: Sie müssen doch dankbar sein!) Ob wir dankbar sein werden, das weiß ich nicht, wir haben noch zuwenig von einer Opposition gegen die Regierung gespürt, Herr Kollege!

Wir haben heute zur Diskussion die Erklärung der neuen Bundesregierung, der Einfarbenregierung, wie sie mein Fraktionskollege Dr. Tongel benannt hat. Dabei ist ein einmaliges Ereignis festzustellen: Einer kam nicht, der 17. Mann ist nicht mitgekommen. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Bei allem sozialen Verständnis — ich bin auch dafür, daß Krankheit den Urlaub unterbricht (Heiterkeit) —, aber daß eine Regierungsberufung einen Urlaub nicht unterbricht, ist in diesem Hohen Hause wohl einmalig. Ich glaube, das gehört nicht nur festgestellt, sondern es gehört dem Herrn, wenn er kommt, auch mitgeteilt, daß er etwas mehr Achtung vor dem neuen Haus an den Tag legen müßte. Wir haben in der Zeitung gelesen, daß der neue Staatssekretär Dr. Gruber, dem laut Pressemeldungen die Aufgabe zukommen soll, den Herrn Kanzler in diesem Hause zu vertreten — ich würde es allerdings sehr bedauern, wenn der Herr Kanzler seine Agenden nicht persönlich wahrnehmen könnte —, sein Auto in Spanien nicht stehenlassen wollte. Sein Auto wollte er nicht stehenlassen, aber den Herrn Kanzler hat er sitzenlassen. (Allgemeine lebhafte Heiterkeit. — Abg. *Probst*: Wer andern einen Gruber gräbt, fällt selbst hinein!) Herr Kollege, ich habe mit dem ehemaligen Außenminister Gruber, der jetzt als Staatssekretär zurückkehrt, noch keine Erfahrung. Wir Freiheitlichen werden unsere

## Zeillinger

Erfahrungen mit ihm erst machen. Aber es ist jedenfalls ein etwas merkwürdiger Umstand. Wir haben hier eine Regierungserklärung vorgelegt bekommen, von der die Regierung nicht einmal sagen kann, daß es eine Erklärung der gesamten Regierung ist, weil ein Herr nicht im Hause erschienen ist. Wir wollen nur hoffen, daß wir nicht den ganzen Tag umsonst geredet haben und sich der 17. Mann, Dr. Gruber, wenn er kommt, nachträglich ebenfalls einverstanden erklärt. Sonst müßten wir vielleicht die ganze Regierungsdebatte noch einmal von vorn beginnen.

Im übrigen können wir Dr. Gruber nur sagen, er soll sich mit dem Kommen beeilen, sonst kommt er vielleicht zu spät. (*Heiterkeit.*) Ich meine jetzt nicht, daß vielleicht die Regierung in so kurzer Zeit gestürzt wird, aber es ist ein rascher Wechsel. Der Herr Kabinettsdirektor zum Beispiel hat die ersten Stunden der neuen Regierung nicht überlebt, am Ballhausplatz scheint momentan ein sehr starker neuer Personalwind zu wehen. Heute ist auch schon so viel über Südtirol gesprochen worden — ich möchte mir auch erlauben, noch einiges darüber zu sagen —, daß es zu verstehen ist, daß Dr. Gruber bei der heutigen Debatte nicht anwesend sein wollte. (*Heiterkeit.*)

Mein Fraktionskollege Dr. Tongel hat bereits über die Konstruktion der neuen Regierung gesprochen und über die neuen bündischen Aufpasser — ein System, das von der alten zweifärbigen Koalitionsregierung in die neue einfärbige herübergenommen worden ist. Damals war es Sitte, daß man einem ÖVP-Minister immer einen Sozialisten als Aufpasser und einem sozialistischen Minister einen ÖVP-Aufpasser beigegeben hat. Die freiheitliche Opposition hat das seinerzeit schon kritisiert und nicht verstanden. Noch weniger können wir dieses Staatssekretärsystem, wie es jetzt noch weiter ausgebaut worden ist, verstehen. Aber am allerwenigsten können wir das Staatssekretärballett verstehen, das hier veranstaltet worden ist. Der Kassenobmann und letzten Endes Sozialfachmann Dr. Haider ist in das Innenministerium gegangen, dafür ist der erfahrene Innenpolitiker und Staatssekretär des Innern Soronies in das Sozialministerium hinübergesetzt worden. Die Regierung darf sich daher nicht wundern, wenn wir der Ansicht sind, daß die Staatssekretäre dem Minister tatsächlich nur auf Grund bündischer Überlegungen und bündischer Auffassungen zur Seite gesetzt worden sind. Das Volk wird wahrscheinlich wenig Verständnis dafür haben, daß es für die Differenzen innerhalb der Österreichischen Volkspartei noch Staatssekretäre bezahlen muß.

Aber ein Gutes hat das Ganze. Wir Freiheitlichen fordern schon seit vielen Jahren das Kompetenzgesetz. Es ist nie gekommen. Immer wieder haben wir es verlangt. Jetzt hören wir, daß das, was wir bei der Regierung nicht erreichen konnten, anscheinend die Differenzen und Schwierigkeiten innerhalb der ÖVP und der Bünde erreichen: daß das Kompetenzgesetz nun doch endlich ins Parlament kommen und beschlossen werden wird.

Wir haben in einer sechsstündigen Debatte bisher sehr viel gehört, sehr viel Interessantes, unter anderem auch die Feststellung eines Regierungssprechers, daß der ÖVP-Klub hinter der Regierung steht, was wir zwar nicht angezweifelt haben, denn im Interesse der Regierung hoffen wir, daß er geschlossen hinter der Regierung stehen wird.

Ich habe die Regierungserklärung nicht nur angehört, sondern sie auch genau studiert, und ich muß sagen, daß trotz der Länge vieles noch einer Präzisierung bedarf hätte. Bedauerlich ist nur, daß wir Abgeordnete uns heute erst die Tageszeitungen kaufen mußten. Hätte einer die Zeitungen nicht abonniert, dann hätte er von der Präzisierung des Regierungsprogramms, die der Presse erteilt wurde, gar nichts erfahren. Sehr viel von dem, was heute als Antwort auf die Regierungserklärung gesagt worden ist, müssen wir eigentlich den Journalisten danken, die freundlicherweise eingesehen haben, daß die Regierungserklärung hier im Hause völlig unzulänglich war, und daher die Bundesregierung eingeladen haben, sie vor der Presse und damit vor der Öffentlichkeit zu präzisieren. Wenn Sie das Protokoll nachlesen, werden Sie sehen, daß Sie sich als Regierungssprecher genauso wie die Sprecher der Oppositionsparteien mit manchem nur deswegen beschäftigen konnten, weil die Presse entgegenkommenderweise das erreicht hat, was weder Sie als Regierungsfraktion noch wir, die oppositionellen Fraktionen, im Hohen Haus erreichen konnten, nämlich eine Präzisierung des sehr oberflächlich gehaltenen Regierungsprogramms.

Nun darf ich zu einem konkreten Punkt kommen. Es ist der erste Punkt in der Regierungserklärung, das sogenannte Integrations- oder EWG-Konzept. Die Regierungserklärung drückt sich darüber nur sehr dürfzig aus, und es ist daher die Frage durchaus berechtigt: Haben sich die Minister intern bereits über ein neues EWG-Konzept geeinigt? Wir Freiheitlichen dürfen das deswegen mit Recht urgieren, weil wir das EWG-Konzept bereits zu einer Zeit vertreten haben, als nur vereinzelte Herren der ÖVP bereit waren — möglichst weit weg vom Parlament —, ebenfalls für die EWG einzutreten, zu einer Zeit, als

**Zeillinger**

sich die Regierungsmitglieder der Volkspartei noch geschlossen gegen das seinerzeit von Dr. Gredler, Dr. Kandutsch und dann von Dr. van Tongel immer wieder hier im Hause vertretene EWG-Konzept ausgesprochen haben. Nun würde es uns natürlich sozusagen als alte EWG-Vorkämpfer (*Abg. Dr. Weißmann: Alte Kämpfer!*) interessieren, wie dieses europäische Konzept aussieht. Ich habe gesagt: alte EWG-Vorkämpfer. Sie brauchen nicht immer mit den „Alten Kämpfern“ anzufangen! Ich habe ein reines Gewissen, aber wenn ich so herumschau — nein, jetzt sitzt er nimmer oben. (*Heiterkeit.*) Ich habe heute schon einen von Ihrer Partei auf der Galerie sitzen sehen, der sich lange vergeblich bemüht hat, mich zu einem Alten Kämpfer zu machen. Er war dabei. (*Heiterkeit.*)

Ich darf der Regierung den Wunsch übermitteln, daß wir Abgeordnete etwas mehr über das EWG-Konzept zu hören bekommen, denn außer der Tatsache, daß gewisse differente Auffassungen etwa zwischen dem Vizekanzler und dem Minister Korinek bestehen, wissen wir relativ wenig, und das, was in der Regierungserklärung darüber steht, ist zweifellos zuwenig.

Wir wissen, daß wir in Europa vor allem darunter leiden, daß man zu uns als Verhandlungspartner kein Vertrauen hat, weil man genau gewußt hat, es kommt darauf an, mit wem man spricht, wer gerade der Gesprächspartner aus Österreich ist. Es ist nun die Frage, ob es der Regierung gelungen ist, sich auf ein EWG-Konzept zu einigen. Wenn es nicht gelungen ist, dann ist das bedauerlich, und wenn es gelungen ist, dann ist es unverantwortlich, daß es dem Parlament nicht mitgeteilt worden ist, denn eine Regierungserklärung ist dazu da, daß man das sagt, was man weiß, aber nicht dazu, daß man das verschweigt, worüber man sich geeinigt hat. (*Ruf bei der ÖVP: Wir wissen zuviel!*)

Ich möchte auch in der Frage der Europapolitik eine Abgrenzung treffen. Der ehemalige Außenminister ist nun wieder hier, und auch er hat bereits die Frage der Europapolitik aufgegriffen. Es wird sicher Berührungspunkte mit der Opposition geben, aber ich glaube kaum, daß es in der Frage der Europapolitik irgendeinen Berührungs punkt zwischen den beiden Oppositionsparteien geben wird. Wir haben nicht nur eine andere Auffassung als die ÖVP gehabt, wir haben immer auch eine andere Auffassung als die sozialistische Fraktion gehabt. Wir haben die Hoffnung, daß die ÖVP-Fraktion nach Jahren mit großer Verspätung, die nicht mehr aufgeholt werden kann, für die breite Gruppen unseres Volkes noch die Rechnung bezahlen werden müssen, nun auf jenes von den Freiheitlichen vertretene

EWG-Konzept einschwenkt. Wenn es ein im Interesse Österreichs liegendes EWG-Konzept ist, sind wir durchaus bereit, in dieser Frage mit der Regierung zu gehen. In dieser Frage werden wir kaum einen Berührungs punkt mit der anderen Oppositionspartei haben.

Herr Außenminister a. D.! Zur Schweiz als Vorbild. Bei aller Hochachtung vor der Schweiz — ich schätze sehr viel an der Schweiz — muß ich doch sagen: Wir machen hier im Haus österreichische Politik und nicht Schweizer Politik! Wir wollen nicht über die Grenzen schauen, weder nach dem Osten noch nach dem Westen, weder nach Ungarn noch nach Deutschland, auch nicht nach der Schweiz, sondern wir wollen schlicht und einfach die Politik machen, die für Österreich am besten ist. (*Abg. Dr. Kreisky: Aber ein bissel lernen kann man schon!*) Herr Kollege! Lernen könnte man sehr viel. Man hätte vor allem einmal lernen können, in der Europapolitik nicht so viele Jahre verstreichen zu lassen. Wir werden wohl kaum mehr in der Lage sein, diesen Rückstand aufzuholen.

Ich darf nun auf einen zweiten, hier mehrmals angeschnittenen Punkt zu sprechen kommen. Herr Kollege Dr. Kummer! Er ist leider draußen, er wird mir jetzt nicht Auskunft geben können. (*Ruf bei der ÖVP: Er ist da!*) Er ist also hier. Er hat gesagt: Wir kennen den Vertrag von 1946 und den Vertrag von 1964. Ich gehöre in meiner Partei zu jener Gruppe, die sich mit Südtirol sehr eingehend befaßt hat. Wie Sie wissen, habe ich mit Herren Ihrer Partei, beider Regierungsparteien, sehr oft gemeinsam in der Südtirol-Kommission gearbeitet. Ich kenne einen Vertrag aus 1946, aber ich kenne keinen Vertrag aus 1964!

Ich wäre Ihnen, Herr Kollege Kummer, da Sie das heute erstmals hier für Österreich deponiert haben, sehr dankbar, wenn Sie uns den Vertrag aus 1964 mitteilen würden. Sie haben wörtlich gesagt: Ich kenne den Vertrag von 1946 und von 1964. — Wir Freiheitlichen kennen keinen Vertrag von 1964. Wir kennen Gespräche, wir kennen eine Art von Vorvertrag, aber wir kennen keinen Vertrag; es war auch keiner hier im Hause. Es müßte also die alte Koalitionsregierung noch irgendein Abkommen geschlossen haben, das wir nicht kennen. Ich muß aber sagen: Wir kennen den Vertrag von 1946 sehr genau. (*Abg. Glaser: Das war ein „k. und k.-Vertrag“, nämlich Kreisky und Kummer!*) Es war also offenbar nur ein „Kreisky-und-Kummer-Vertrag“, also ein „k. und k.-Vertrag“.

Aber, Herr Kollege Kummer, in der Beurteilung der Frage Südtirol und des Vertrages von 1946 können wir keine Basis mit Ihrer Partei finden, wenn Sie glauben, daß der

**Zeillinger**

Vertrag 1946 auch nur im geringsten dazu ausgereicht hat, die Interessen unserer Brüder in Südtirol zu fördern, das Volkstum in Südtirol zu erhalten.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Der Pariser Vertrag allein rechtfertigt nicht die Berufung des damaligen Außenministers in die jetzige Regierung. Ich persönlich begrüße es allerdings, wenn er in die Regierung kommt, denn es wird sich Gelegenheit bieten, auch wenn er jetzt im Kanzleramt sitzt, manches offene Wort in seiner Gegenwart darüber zu reden. Wenn das richtig ist, was Sie sagen, dann gibt es ja sehr viel, was uns der bisherige Botschafter Gruber offenbar verheimlicht hat.

Aber alle drei Parteien waren sich darüber einig — diese Einigkeit stand über den Parteien —, daß der Vertrag von 1946 ein Hindernis bei unseren Bemühungen war, für die Südtiroler Volkstumsgruppe einzutreten. Es wäre etwas Neues, wenn Sie nun plötzlich sagen würden, der Vertrag von 1946 wäre ausreichend gewesen. (Abg. Dr. Kummer: *Das habe ich nicht behauptet!*) Ich möchte Sie sehr davor warnen, Herr Kollege, das in diesem Hause zu behaupten. (Abg. Dr. Withalm: *Das hat er nicht behauptet!*) Sicher, er hat den Vertrag von 1946 in Schutz genommen, während wir uns bisher darüber einig waren, ihn nicht zu erwähnen. Ich hätte ihn auch von mir aus gar nicht erwähnt, wenn Sie es nicht zuerst getan hätten. (Abg. Dr. Withalm: *Zuerst hat ihn Minister Dr. Kreisky erwähnt!*) Entschuldigen Sie, aber das, was die anderen Parteien dürfen, dürfen wir auch. Daher dürfen wir Freiheitlichen sagen: Wir sehen den Vertrag des Jahres 1946 eher als ein Unglück und ein Hindernis für unsere jetzigen Bemühungen an. Unter Bedachtnahme auf die Mentalität der Italiener möchte ich fast sagen: Wenn der Vertrag von 1946 in dieser Form nicht existieren und den Italienern in manchen Fragen nicht den Rücken stärken würde, wären wir in dieser Frage vielleicht schon weitergekommen.

Ich darf aber auch um der Gerechtigkeit willen daran erinnern, daß es Zeiten gegeben hat, in denen die Freiheitlichen, damals die einzige Opposition in diesem Hause, das Herantragen des Südtirol-Problems an die UNO und die Internationalisierung des Problems gefordert haben. Das damalige Außenministerium hat starken Widerstand geleistet, und erst ein Wechsel im Außenministerium hat überhaupt die Internationalisierung des Problems möglich gemacht. Wenn Sie das in den Protokollen nachgelesen hätten, Herr Kollege Dr. Kummer, hätten Sie es für besser gehalten, diese Frage in dieser Form hier nicht anzuschneiden. Meine Absicht war

es jedenfalls nicht, darüber eine Diskussion zu führen oder fortzusetzen.

Nun wieder zurück zur Regierungserklärung. Wir haben heute schon viel darüber gehört. Ich möchte die ohnehin schon sehr lang dauernde Debatte nicht ungebührlich in die Länge ziehen. Die Regierungserklärung geht in manchen Fragen sehr weit ins Detail. Das ist begrüßenswert. Dies läßt aber dann natürlich die Frage offen, warum man weite Gebiete völlig vernachlässigt hat. Es ist heute schon sehr viel erwähnt worden. Es wurde mit keinem Wort erwähnt, wie sich die Regierung — das ist wohl das aktuellste Problem und das größte Wahlversprechen der Volkspartei — die Verwirklichung der Gedanken des Volksbegehrens vorstellt. Weiter findet man kein Wort über das Pressegesetz. Und es wäre ein Undank gegenüber jener Presse, die Ihnen in den letzten Monaten sicher große Hilfe geleistet hat, wenn nun, nachdem jene Leute, die den Hauptwiderstand gegen das von der Presse verlangte moderne Pressegesetz geleistet haben, nicht mehr im Parlament sind, auch diese Frage nicht mehr angeschnitten würde.

So könnte man endlos die Aufzählung all dessen fortsetzen, was nicht in der Regierungserklärung steht. Man müßte sagen: Es steht viel mehr nicht drinnen, als eigentlich drinnensteht. Man liest in ihr wohl viele Worte über Rechtsstaat, über Freiheit, über Sicherheit. Ich möchte darüber kein Wort verlieren. „Die Botschaft hör' ich wohl“, allein uns fehlt nach 17 Jahren Opposition verständlicherweise der Glaube, und ein Vertrauensvorschuß — Herr Justizminister, das geht nicht auf Ihre Person, das geht auf die Regierung — wäre zuviel verlangt. Es sind noch zu viele aus der Vergangenheit — ich meine jetzt: aus der Regierungsvergangenheit — belastete Männer in der neuen Regierung wiederzufinden. (Heiterkeit.)

Es ist, das wollen wir anerkennen, viel freiheitliches Gedankengut in der neuen Regierungserklärung. Es sieht fast so aus, als ob die ÖVP bisher so unter sozialistischen Fesseln gelitten hätte, daß sie erst jetzt nach der Befreiung aus der Koalition in sehr vielen Belangen auf das einschwenken könnte, was die Freiheitlichen schon bisher vertreten haben. Ich darf wiederholen: Wir sind nicht Opposition um der Opposition willen, sondern wir sind durchaus bereit, dort, wo sich unsere Gedanken treffen, selbstverständlich auch eine Regierungspolitik dieser Form zu unterstützen.

Wir haben von einem Herrn, der noch bis vor wenigen Tagen in der Regierung war, gehört, daß die Opposition von der Regierung rasche Arbeit verlangen kann, was wir begrüßen. Mein Gott, wie oft haben wir Freiheitlichen

**Zeillinger**

das im Haus gesagt, und damals war sich die große Mehrheit dieses Hauses darüber einig, daß dieses Recht einer freiheitlichen Opposition natürlich nicht zustehe. Wir sind aber völlig einig mit den Herren der Sozialistischen Partei, wenn sie in dieser Frage jetzt eingeschwenkt haben. Wir sind völlig einer Meinung: Die Opposition kann nicht nur ordentliche, sondern auch rasche Arbeit von der Regierung verlangen, und wir sind mit Ihnen völlig einer Meinung, wenn Sie jetzt nach verständlichen Gesetzen rufen. Wie oft ist das in diesem Hause schon geschehen! Aber es klingt etwas merkwürdig, wenn man 20 Jahre lang für die Gesetze verantwortlich war und jetzt acht Tage nicht verantwortlich ist und plötzlich in den Ruf nach verständlichen Gesetzen ausbricht. (Abg. Prinke: Das ist richtig!)

Die Regierungserklärung ist so, daß es besser ist, wie es auch der Herr Bundeskanzler angekündigt hat, zuerst einmal die Leistungen abzuwarten. Wir können der Regierung daher nur sagen: An die Arbeit, wir wollen über die Leistungen urteilen! Das Budget, das wir in den nächsten Tagen bekommen werden, wird uns einen Einblick in das geben, was wir zu erwarten haben.

Eines jedenfalls steht fest, und da sind sich, wie ich glaube, Opposition und Regierung einig: Ein wichtiger Punkt, der immer wieder über dem Parlament schwelte, fällt in Zukunft weg: Ob die Leistungen gut sind oder ob Sie keine Leistungen erbringen und was immer Sie tun werden, es wird in Zukunft keine Ausreden auf den Koalitionspartner mehr geben! Was Sie tun, haben Sie allein zu verantworten. Sie können auch allein bestimmen, wenn Sie wollen, was Sie künftig tun zu haben. Sie gehen ans Werk, und wir Freiheitlichen können nach 17jähriger Praxis nur sagen: Wir werden weiterhin genaue und strenge Richter darüber sein, ob Sie bereit sind, auch nur einen Bruchteil dessen, was Sie vor der Wahl versprochen haben, wovon Sie nach der Wahl nur einen Bruchteil in die Regierungserklärung übernommen haben, einzulösen. (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mitterer. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Mitterer (ÖVP):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es wurde heute schon sehr viel über eine ganze Reihe von Fragen gesprochen, die in der Regierungserklärung enthalten sind. Dem einen waren sie zuwenig spezialisiert, die anderen haben es als ein Zuviel gefunden, sie hätten eine kürzere beziehungsweise eine detailliertere Darstellung für richtiger gefunden.

Aber ich glaube, es ist gar nicht anders möglich, als daß eine Regierungserklärung doch nur den Rahmen steckt, in dem wir uns dann im einzelnen zu befassen haben werden.

Gestatten Sie mir, daß ich mich mit einer Reihe von Dingen befassen werde, die der Herr Abgeordnete Benya und der frühere Herr Außenminister, Abgeordneter Dr. Kreisky, zur Sprache gebracht haben.

Kollege Benya hat sicher mit Recht die Frage der Preise und Löhne, aber leider sehr wenig die Frage der Kosten in den Mittelpunkt seiner Überlegungen gestellt. Es ist zweifellos so, daß in allen Ländern, in allen europäischen und auch außereuropäischen Ländern, aber insbesondere in Europa, die Preise im vergangenen Jahr eine starke Aufwärtsbewegung erfahren haben, ausgelöst zum Teil durch Umstände, für die wir alle nicht können, weder im Ausland noch im Inland. Zum Teil hat es sich gezeigt — nicht nur in Österreich —, daß die Kosten stärker gestiegen sind, als dies bisher der Fall war. Wir müssen doch erkennen — das insbesondere in Österreich, wo wir keine großen Serien produzieren können —, daß der Kostenfaktor eine entscheidende Rolle bei der Preiserstellung spielt. Die Frage, ob zuerst die Lohnfrage oder die Preisfrage kommt, entspricht der Frage, ob zuerst die Henne oder das Ei kommt. Das eine bedingt das andere, und es ist tatsächlich so, daß die Kosten im vorigen Jahr über Gebühr gestiegen sind. Wenn man bedenkt, daß auch die Schweiz — die heute schon angeführt wurde und zu der ich dann noch etwas sagen möchte — einen Preissteigerungsfaktor von über 5 Prozent ausgewiesen hat, so ist das zwar kein Trost, aber es ist eine Tatsache für uns, daß auch ein sehr konsolidiertes Land mit dieser Situation zu rechnen hatte.

Es ist selbstverständlich das klare Recht des Arbeitnehmers, seinen Anteil am Sozialprodukt zu fordern, und es wird ihm das auch niemand streitig machen. Wir müssen aber eines klar erkennen: Dort, wo die Forderungen nach höheren Löhnen die Produktivität übersteigen, dort kommt es nolens volens zu Preiserhöhungen, weil irgendwie ja die Differenz abgedeckt werden muß. Wenn Sie die Ertragslage sowohl der verstaatlichten als auch der Privatwirtschaft in den letzten Jahren verfolgt haben, dann werden Sie zugeben müssen, daß diese Ertragslage bedenklich zurückgegangen ist, und dies auch nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Ländern.

Wir müssen also klar sehen, daß die Frage der Preise und der Löhne sowie der Kosten zusammen betrachtet werden muß und nicht

**Mitterer**

im einzelnen, daß man immer nur von der Preisfront oder von der Lohnfront spricht, nicht aber von der Lohnfront und umgekehrt.

Herr Abgeordneter Benya hat in sehr konzentrierter Form Forderungen aufgestellt und sich auch mit der Frage des Wirtschaftswachstums sehr befaßt. Er hat darauf hingewiesen, daß das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden müsse. Ich glaube, darüber besteht im ganzen Haus überhaupt kein Zweifel, denn die Rate des Wirtschaftswachstums ist in den letzten Jahren bedenklich zurückgegangen. Wenn Sie bedenken, daß wir in den stürmischen Entwicklungsjahren 7 oder 8 Prozent oder sogar noch mehr Prozent erreichten, so muß man zugeben, daß eine Rate, die kaum mehr 3 Prozent ausmacht, zweifellos zu Bedenken Anlaß gibt.

Die Frage des Wirtschaftswachstums ist daher absolut nicht eine Frage der Unternehmer, seien sie staatlicher oder privater Herkunft, sondern sie ist eine Frage aller Österreicher, denn ohne Wirtschaftswachstum gibt es keine konstruktive Sozialpolitik und ohne Wirtschaftswachstum ist auch die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährdet! Wir müssen daher — ich glaube, das ist gar nicht bestritten worden — ein verstärktes Wirtschaftswachstum fordern.

Es gehen nun die Meinungen darüber auseinander, in welcher Weise das zu geschehen haben sollte. Es wird immer so dargestellt, als seien die Wirtschaftswachstums-gesetze — die wir ja schon in vielen Foren, auch in den Ausschüssen, denen Sozialisten angehört haben, durchberaten haben — ein Geschenk für die Unternehmer, ein verklausuliertes Geschenk. Ich darf Sie nur daran erinnern, daß in Ihrer eigenen Zeitschrift, im „Forum“, Herr Mellich sehr ausdrücklich und klar zum Ausdruck gebracht hat, daß auch die Sozialisten in der Frage des Wirtschaftswachstums werden umdenken müssen. Denn es geht hier nicht um die Frage, ob man einem Unternehmer etwas schenken soll oder nicht, sondern um die Frage, wie wir eine stärkere Investitionstätigkeit herbeiführen können und wie wir die Kapitalkraft der Wirtschaft stärken können, denn ohne Kapitalkraft der Wirtschaft geht es weder auf dem verstaatlichten noch auf dem privaten Sektor. Das gilt ja sogar auch in kommunistischen Ländern.

Glauben wir also doch bitte nicht, daß die Kapitalbildung eine Frage irgendeines Unternehmers ist, oder sagen wir doch nicht, daß Investitionstätigkeit eine Begünstigung für einen Unternehmer sei, sondern erkennen wir doch klar, daß das Wirtschaftswachstum als solches zur Voraussetzung hat, daß die Unterneh-

mungen wettbewerbsfähig bleiben, ja leider muß man heute schon teilweise sagen, wieder werden können, denn sie sind es zu einem Teil nicht mehr, weil andere Länder einen wesentlich stärkeren Impuls in dieser Richtung gegeben haben.

Professor Bouffier hat gestern einen Vortrag über die Gewinnentwicklung in den Industriebetrieben gehalten und hat darauf hingewiesen — ich glaube, auch das sollen wir immer wieder sagen, wenn es auch schon einige Male erklärt wurde —, daß die Ertragslage der Betriebe heute selbst in Betrieben des Ostens wieder mehr zum Ausdruck kommt und daß Betriebe, die keinen Ertrag abwerfen, auf die Dauer auch nicht werden bestehen können. Das ist heute Allgemeingut, ja sogar in den östlichen Ländern hat man das erkannt. Ich brauche ja die bekannten Ausführungen der verschiedenen Nationalökonomien in Rußland und in anderen Ländern nicht näher zu zitieren.

Wenn man also Erträge aus den Betrieben herauswirtschaften soll und muß, dann muß man diesen Betrieben die Möglichkeit geben, Kapital zu bilden, weil ja auch die ewige Erklärung, sie mögen doch mehr auf den Kapitalmarkt gehen, dann nichts nützt, wenn diese Privatbetriebe nicht die eigene Kapitaldecke besitzen, um kreditwürdig zu sein.

Die Frage des Wirtschaftswachstums betrifft daher alle Betriebe, gleichgültig, in welcher Hand sie sind, und ist insbesondere für die Klein- und Mittelbetriebe wichtig; wir haben ja in Österreich nun einmal sehr viele Klein- und Mittelbetriebe. Diese Frage des Wirtschaftswachstums darf nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Wir dürfen nicht immer wieder die Wirtschaftswachstumsgesetze, diese Betriebsstärkungen, mit einer Einkommensteuerermäßigung etwa oder einem besseren Leben des Unternehmers verwechseln. Die Frage des Einkommens ist eine völlig separate Angelegenheit, die damit nichts zu tun hat. Wenn wir hier immer koppeln und sagen, daß die Einkommen- und Lohnsteuerfrage irgendwie konnex mit dem Wirtschaftswachstum ist, dann stimmt das nicht, wenngleich wir versuchen sollen, in einem Land, das zu den Ländern mit den höchsten Steuern der westlichen Welt zählt, die Einkommen- und Lohnsteuer gerade in den mittleren und unteren Gruppen einigermaßen wieder zu senken, weil diese Steuer heute durch die Geldentwertung praktisch den Ertrag der Leistung des Einzelmenschen aufzufressen beginnt.

Es ist aber sicher nicht leicht, mit einem Budget, das über 90 Prozent gebundene Mittel aufweist, bei denen überhaupt keine

**Mitterer**

Möglichkeit einer Disposition gegeben ist, auf einmal alle Fragen zu erledigen. Es muß uns klar sein, daß wir nur Schritt auf Schritt sowohl in der Frage des Wirtschaftswachstums als auch in der Frage der Lohn- und Einkommensteuer vorgehen können, daß wir also — man nennt das „timing“ — terminiert in verschiedenen Jahren Schritt für Schritt setzen, um den Betrieben Kapital zuzuführen, die Kapitalbildung zu ermöglichen, die Investitionsrate zu erhöhen, die bedenklich zurückgegangen ist, um dann auch jenen Schritt zu tun, der für den Lohn- und Einkommensempfänger eine bessere Situation darbietet.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit doch noch etwas sagen, was man, wie ich glaube, nicht oft genug wiederholen kann: Das Wirtschaftswachstum kann man weder in einer Kommission noch in diesem Hause hier beschließen. Man kann es ja nicht einmal empfehlen, sondern man muß Taten setzen, um ein solches Wirtschaftswachstum auszulösen, denn dieses Wirtschaftswachstum ist zum erheblichen Teil — darüber sind sich heute alle Nationalökonomien einig — auch eine Frage des Vertrauens der Betriebsführer zum Staat und zur Wirtschaftspolitik. Denn wenn der Betriebsführer, ob er nun aus einem verstaatlichten Sektor oder aus einem privaten sein mag, kein Vertrauen in eine sehr starke wirtschaftliche Entwicklung hat, wird er auch keine Investitionen setzen. Ohne Investitionen gibt es aber in einer modernen Wettbewerbswirtschaft nur einen Stillstand und damit einen Rückschlag. Glauben wir also bitte doch nicht, daß das eine Frage einiger Unternehmer sei, sondern erkennen wir, daß Arbeitsplatz, Rentabilität, Investitionen, Kreditwürdigkeit und Stabilität so konnex sind, so zusammenhängen, daß ein Trennen dieser ganzen Begriffe überhaupt nicht möglich erscheint.

Ich glaube, man sollte es endlich einmal doch auch aufgeben, immer wieder so häßliche Worte zu sagen wie: Die verstaatlichte Wirtschaft wird verjankert, und ähnliches. Kein Mensch denkt heute bei uns daran, die verstaatlichte Wirtschaft zu verkaufen, zu veräußern, sie auf den Markt zu bringen, sondern wir denken nur daran, daß in einem Budget, das ganz voll ist von Ausgaben, in Wirklichkeit gar keine Mittel vorhanden sind, um den Kapitalwunsch dieses Sektors überhaupt zu erfüllen. Daher muß auch die verstaatlichte Wirtschaft auf den Kapitalmarkt gehen und durch Ausgabe von Emissionen, von Aktien und dergleichen sich zusätzlich Kapital beschaffen, nicht aber den Betrieb verkaufen. Denn wenn eine Aktiengesellschaft — wir

führen diese Betriebe bewußt nach dem Aktienrecht — Kapital aufnimmt, so hat sie noch lange nicht ihren Betrieb veräußert, wenn sie zusätzliche Mittel durch Aktienausgabe aufbringt.

Wir werden zu diesem System, zu dem sich auch zum Beispiel die von Ihnen sehr oft zitierte schwedische verstaatlichte Wirtschaft bekennt, endlich auch finden müssen, wenn wir nicht gezwungen sein wollen, unsere halböstliche Politik weiter fortzusetzen, sondern wenn wir Erfolge haben wollen. Wir werden zu jenem System kommen müssen, daß die verstaatlichte Wirtschaft nach den Wettbewerbs- und westlichen Wirtschaftsgrundsätzen geführt wird, damit sie bestehen kann und ausgebaut werden kann, denn wir alle sind daran interessiert. Wir sind weder daran interessiert, daß die verstaatlichte Wirtschaft zurückgeht, noch sind wir daran interessiert, daß der privatwirtschaftliche Sektor einen Rückschlag erleidet, sondern nur dann, wenn beide wichtigen Wirtschaftszweige reüssieren werden, werden wir letzten Endes auch die sozialpolitischen Anforderungen erfüllen und den Arbeitsplatz aller Menschen in diesem Lande sichern können.

Es wurde auch kritisiert — Herr Abgeordneter Benya hat darüber gesprochen —, was der Herr Bundeskanzler in seiner Erklärung über die nichtausgenützten Arbeitsreserven gesagt hat, und es wurde gefragt, ob er meint, daß in der verstaatlichten Wirtschaft weniger gearbeitet wird. Ich bitte doch von solchen Unterstellungen Abstand zu nehmen und zu erkennen, daß Betriebe, wie sie etwa der Rechnungshofbericht vor einigen Jahren aufgezeigt hat, bei denen ein Arbeitsplatz 240.000 S im Jahr kostet, bei denen es also laut dem damaligen Rechnungshofbericht billiger wäre, dem Arbeitnehmer ein Gehalt zu zahlen und ihn spazierengehen zu lassen, daß solche Betriebe nicht als arbeitstechnisch ausgelastet gelten können und daß daher in vielen solchen Fällen große Arbeitsreserven vorhanden sind.

Es ist niemals gesagt worden, daß der Arbeiter und Angestellte in den verstaatlichten Betrieben nicht arbeitet, aber man kann eben — auch im Osten! — Betriebe, die keine Lebensfähigkeit mehr besitzen, nicht weiterführen und sie nicht aus Staatsmitteln subventionieren. Das war mit der Ausschöpfung der Arbeitsreserven gemeint. Ein prominenter Sprecher der Sozialistischen Partei hat einmal geschrieben: Der Arbeitsplatz ist nicht pragmatisiert. Wir müssen also erkennen, daß eine gewisse Beweglichkeit auch auf dem Arbeitsmarkt notwendig sein wird, um letzten Endes allen zu dienen.

**Mitterer**

Ich bitte auch nochmals darauf hinweisen zu dürfen, daß der Anreiz einer besseren steuerlichen Behandlung bei Investitionen, bei einem Sparen im Betrieb, also bei einem Nichtverausgaben, bei einem Nichtumwandeln in Konsumkraft, eben bei einem Sparen im Betrieb eine Notwendigkeit darstellt in einem Land, das ohnedies durch Kriegs- und Nachkriegszeit äußerst kapitalschwach geworden ist.

Und nun darf ich mich bitte mit einigen anderen Fragen befassen. Es wurde hier ein Ausdruck gebraucht, der mich hat erschauern lassen. Der Herr Abgeordnete — bitte mich zu verbessern, wenn ich es nicht mehr wortwörtlich im Kopf habe — hat gemeint, die jetzige Regierung sei hinsichtlich der EWG nicht mehr vertragswürdig und auch nicht mehr so vertragsfähig. (*Abg. Dr. Kreisky: Im allgemeinen ist eine schwache Regierung nicht so vertragswürdig!*) Diese Vertragsfähigkeit sei ihr gewissermaßen gar nicht möglich.

Ich glaube, wir sollten doch von solchen Formulierungen absehen. Meine Damen und Herren! Was muß denn das für einen Eindruck im Ausland machen? Letzten Endes sitzen wir doch alle in einem Boot! (*Abg. Rosa Jochmann: Wir sitzen nicht mehr in einem Boot! Das ist es ja!*) Selber schon zu sagen, daß eine solche Regierung nicht vertragswürdig ist, nur wenn nicht mehr Sozialisten auf der Regierungsbank sitzen, so weit kann man doch nicht gehen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich komme auf die Regierungsbildung noch zu sprechen. Aber eines steht fest: Wenn es bei den Regierungsverhandlungen nicht zu einem Akkord geführt hat, kann man es doch nicht so formulieren, daß die Regierung, die, auf demokratischem Recht basierend, zustande gekommen ist, nicht vertragswürdig oder nicht vertragsfähig sei, weil sie Ihren Wünschen nicht entsprochen hat. Das, glaube ich, ist eine sehr gewagte Konstruktion. (*Abg. Rosa Jochmann: Sie wissen genau, wie es gemeint war! — Abg. Dr. Kreisky: Sie können es ja im Protokoll nachlesen!*) Man kann alles sehr geschickt formulieren; ich werde darauf noch zurückkommen. Ich weiß es ganz genau, der Herr Abgeordnete hat es ja jetzt wiederholt

Herr Dr. Kreisky hat auch darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen bisher, was die EWG anbelangt, nur sehr mühsam dahingegangen sind, daß man sich aber doch immer irgendwie von Monat zu Monat geeinigt hat. Aber wir wissen doch alle, und ich glaube, daß das nicht bestritten werden kann, daß man zugleich durch Reden im Ausland und im Inland, wenn unsere Unterhändler bei der EWG-Behörde verhandelt haben, immer wieder versucht hat, zu konterkarieren und darzulegen, daß es noch nicht so weit sei. Ja man war förmlich froh

— es ist auch aus einigen Zwischenbemerkungen, die die Redner hier heute selber gemacht haben, herausgeklungen —, daß es noch sehr lange dauern würde, bis wir so weit sind.

Darf ich auch dazu ein offenes Wort sagen, meine Damen und Herren! Hier kann man nicht mit Emotionen arbeiten und argumentieren, sondern nur mit realen Tatsachen. Bei der Wirtschaftspolitik und der Nationalökonomie kann man nicht emotionell argumentieren, sondern dort zählen harte, reale Tatsachen. Und die Tatsachen sprechen dafür, daß der überwiegende Teil unserer Exportnehmer sich im EWG-Raum befindet, während der Export nach der EFTA wesentlich geringer ist.

Wir müßten also mit Blindheit geschlagen sein, wenn wir nicht versuchen wollten, uns unsere Exportsituation zu erhalten. Das ist nicht die Angelegenheit einiger großer Betriebe, seien sie verstaatlicht oder privat, sondern eine Frage der ganzen österreichischen Bevölkerung. In einem Land, das zu mehr als 30 Prozent aus- und einfuhrabhängig ist, ist und bleibt die Frage der Exportfähigkeit eine Lebensfrage für die gesamte Bevölkerung. Daher wäre es doch richtig, wenn wir erkennen würden, daß es sich hier nicht um irgendwelche finstere Machinationen handelt, sondern einfach um das reale Bemühen, unserer Exportwirtschaft jenen Raum zu sichern, den sie braucht, um den Lebensstandard der Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Vor allem darf man eines nicht übersehen: Wir haben ja nicht deklariert und dekretiert, daß wir dann mit keinem anderen Land mehr Geschäfte machen wollen. Aber von dem, was manche sich vorstellen — auch das muß ganz deutlich gesagt werden —, daß man von allen nur die Vorteile holt und glaubt, daß auch die anderen dieses Bestreben unterstützen, davon wird man sich distanzieren müssen. Es ist klar, daß eine gewisse Übergangsschwierigkeit entstehen wird, daß wir damit Strukturänderungen werden in Kauf nehmen müssen. Aber es ist ebenso klar, daß es ohne eine Großraumwirtschaft in einer Zeit, da alle anderen bereits in Großraumwirtschaften zusammengefaßt sind, letzten Endes keine Existenz geben wird. Die Frage lautet daher nicht: Ja oder nein ?, oder: Welche Schwierigkeiten werden entstehen ?, sondern es geht nur darum, daß wir eine Lösung finden, unter voller Wahrung der staatsvertraglichen Verpflichtungen an dem EWG-Raum teilzunehmen. Das, glaube ich, ist die entscheidende Frage.

Und noch eines: Es geht nicht nur um die Zölle, meine Damen und Herren, denn die könnte man nach ein paar Jahren vielleicht auch noch koordinieren. Es geht auch darum,

**Mitterer**

daß in diesen großen Wirtschaftsräumen heute bereits Verzahnungen stattfinden, die es der ganzen Wirtschaft überhaupt möglich machen, zu bestehen. Um diese Verzahnungen geht es genauso wie um die Zölle. Es wird immer so dargestellt, als sei das nur mehr eine Zollfrage. Nein, weit gefehlt, es ist eine immer stärkere Integrierung der Wirtschaft, unabhängig von den Zöllen, ein immer stärkeres Zusammenfließen. In einer Zeit, da die größten Konzerne wieder Zusammenschlüsse durchführen — wir haben es erst jüngst aus verschiedenen Ländern gehört —, muß es doch zu denken geben, wenn wir abseits stehen und von den Vorteilen, in dieses Gefüge eingeschaltet zu werden, Abstand nehmen oder uns außerhalb stellen. Bitte also auch hier die Dinge real und nüchtern zu sehen.

Man hat die Schweiz als Vorbild angeführt. Herr Abgeordneter Dr. Kreisky hat die Schweiz hier besonders herausgestellt: Von dort müßten wir alle möglichen Sachen nachmachen. Aber man kann ja nicht abwechselnd die Schweiz nehmen, wenn es um die EWG geht, und andere Länder, wenn es um andere Dinge geht. Wenn man schon Vorbilder nimmt, dann muß man sie total nehmen.

Und da muß ich Ihnen sagen: Schauen Sie sich in der Schweiz einmal den Sozialanteil bei den Löhnen an! Das kann man doch überhaupt nicht vergleichen! (Abg. Rosa Jochmann: *Die Löhne sind höher als bei uns!*) Der Sozialanteil ist viel kleiner. In der Schweiz ist nämlich der Reallohn viel größer als bei uns, aber der Sozialanteil ist wesentlich kleiner. Das ist nicht eine Behauptung von mir, Sie können es jederzeit in Statistiken nachlesen. Man kann nicht Dinge dadurch aus der Welt schaffen, daß man dagegen opponiert.

Wenn man die Schweiz als Vorbild nehmen würde, meine Damen und Herren ... (Abg. Dr. Kreisky: *Herr Kollege, als Vorbild für die Neutralität!*) Sie haben gesagt: Wir werden uns in jeder Weise bei der Frage EWG nach der Schweiz richten. (Abg. Dr. Tull: *Neutralität!*) Sie haben nicht nur Neutralität gesagt, sondern in jeder Frage. (Abg. Dr. Kreisky: *Bei der Neutralität!*) Bei der Frage EWG sollen wir uns in jeder Hinsicht nach der Schweiz richten. (Abg. Dr. Kreisky: *Soweit es die Neutralitätspolitik betrifft!*)

Bitte aber doch nicht zu vergessen, meine Damen und Herren, daß die Situation der Schweiz sowohl ökonomisch gesehen als auch in anderen Fragen völlig verschieden ist von der Österreichs. Wir wissen, daß die Schweiz einige, man kann nicht direkt sagen, Monopole, aber monopolartige Exportsituationen und Exportwirtschaften hat. Wir wissen, daß die Abhängigkeit der Schweiz vom EWG-Raum

wesentlich geringer ist als etwa die Österreichs. Das ist eine Strukturangelegenheit, an der man nichts oder nur sehr wenig ändern kann. Man kann also die ökonomische Situation der Schweiz mit der Österreichs nicht vergleichen.

Im übrigen möchte ich feststellen — das hat auch schon mein Vorredner gesagt —: Wir sollen hier keine Politik der Bundesrepublik, der Schweiz und anderer Länder machen, sondern eine österreichische Politik — auch in der Frage der EWG. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky hat dann von der mutwilligen Zerstörung der Zusammenarbeit gesprochen. Am Samstag abend waren aber — ich kann das wirklich bezeugen — der Herr Bundeskanzler und der Herr Generalsekretär Dr. Withalm noch der Meinung, die Sache werde in Ordnung gehen, wir werden am Montag ein gemeinsames Kabinett bilden. Offenbar konnte sich aber der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky — das ist kein Vorwurf, sondern eine Tatsache oder zumindest etwas, was sehr naheliegt — nicht durchsetzen mit den Vereinbarungen, die dann vorbehaltlich der Zustimmung der Parteigremien getroffen wurden.

Man wollte also nicht mutwillig zerstören, denn wenn man das gewollt hätte, meine Damen und Herren, dann hätten wir nicht vier Wochen bis zur Erschöpfung verhandeln müssen. (Abg. Czettel: *Ein Alibi braucht man ja auch!*) Wir brauchen kein Alibi. (Abg. Rosa Jochmann: *O ja! Das haben Sie gebraucht!*) Eine Mehrheit ist eine Mehrheit. Wir hätten ohne weiteres allein die Regierung bilden können, ohne jedes Alibi. Das Alibi existiert nur in den Wahnvorstellungen, daß die Nichtkoalition den Bürgerkrieg bedeutet. (Ruf bei der SPÖ: *Sie haben ja nur 48 Prozent der Stimmen!* — Gegenruf bei der ÖVP: *Fragen Sie die Labour Party!* — Abg. Hartl: *Wie schaut es im Wiener Rathaus aus?*) Ich kann Ihnen dann einmal die Zahlen vorrechnen. Wenn Sie auf die Frage Labour Party eingehen, dann rechnen Sie sich einmal Zahlen aus. Wenn Sie dann die Mandatszahl dazusetzen, werden Sie draufkommen, daß die Mandatszahl bei der englischen Labour Party viel größer ist, als es dem Stimmenanteil entsprechen würde. (Abg. Dr. Withalm: *Bei der Gemeinde Wien!*)

Ich möchte die Sache nicht aufheizen und will die Frage, wie es bei der Gemeinde Wien üblich ist, überhaupt nicht in Rechnung stellen. Man antwortet mir dann immer darauf: Hier ist eben die Bundesebene und nicht die Landesebene. In Wien gibt es eine Koalition. Da wird uns aber gleichzeitig erklärt, wenn wir etwas haben wollen; dann wird die Mehrheit gegen euch entscheiden, und damit

**Mitterer**

Schluß. Also gar so demokratisch und so konziliant sind Sie ja nicht, weil Sie seit jeher den Standpunkt vertreten haben: Wenn Sie gewinnen, sind Sie die Sieger, aber wenn Sie verlieren, sind Sie die Brüder. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky hat auch dargelegt, daß man dem Innenministerium jede Kompetenz ausräumen wollte, daß man es also praktisch jeder Kompetenz entkleiden wollte. Es ist eine Tatsache, die man gar nicht irgendwie in Streit zu stellen braucht, daß in dieser Frage weitgehende Konzessionen und Kompromißvorschläge gemacht wurden. (Abg. Rosa Jochmann: *Das stimmt gar nicht!*) Tatsächlich waren die Sicherheitsdirektionen nach 1946 eine Länderkompetenz. Wir stellen eindeutig fest, daß wir auch in dieser Frage weitgehende Konzessionen gemacht haben. (Abg. Dr. Kreisky: *Welche?* — Abg. Czettel: *Präziser müssen Sie das sagen!*) Warum muß ich das präziser sagen? Sie wissen es ja ganz genau. Das sind keine Behauptungen. Wir haben weitgehend eine Konstruktion gefunden, die jede Unklarheit ausschließen würde, weil wir nicht haben wollten, daß Sie glauben, es sei wieder ein Gespenst erweckt worden, das überhaupt nicht existiert. (Abg. Libal: *Das glauben Sie aber selber nicht!*) Die Situation hat sich geändert.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen eines sage, meine Damen und Herren. Als das von Ihnen so oft zitierte Jahr 1934 über die Bühne ging — es war ein sehr trauriges Jahr —, war ich 15 Jahre alt. Sie können, wenn Sie nicht die Sippenhaftung in Anspruch nehmen wollen (Abg. Benya: *Die haben wir nie gehabt!*), wie Sie sie in einem anderen Fall immer wieder exerzieren . . . (Rufe bei der SPÖ: *Wo?* — Abg. Dr. Tull: *Wo? Sagen Sie es!*) Bei einem anderen Fall exerzieren Sie ja die Sippenhaftung. (Neuerliche lebhafte Rufe bei der SPÖ: *Wo? — Abg. Dr. Tull: Wo? Sagen Sie es doch, wo ist die Sippenhaftung?* — Abg. Dr. Kreisky: *Behauptungen aufstellen ohne Begründung gibt es nicht!* — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Sie wollen die Sippenhaftung dort, wo Ihnen eine andere Situation nicht paßt, immer wieder einführen, indem Sie sagen: Weil die Vorgänger, weil die Vorfahren dieses oder jenes gemacht haben, werden auch die Nachkommen mit diesem Stigma belastet. Ich glaube, das ist falsch. Man soll sich einmal davon lösen und nicht immer in der Vergangenheit herumwühlen, wenn man die Zukunft meistern will. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, Sie haben auch dargelegt — ich glaube, Sie waren es, sollte ich mich irren, dann war es einer der nachfolgenden Redner —, daß man doch sehr

bescheiden von Ihrer Seite wenigstens eine Bindung für ein Jahr, für das Budgetjahr verlangt hätte. Wenn Sie das mit vier multiplizieren, denn ein Budget gibt es ja bekanntlich viermal in einer Legislaturperiode, dann haben Sie genau die Bindung auf vier Jahre. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Selbstverständlich, dann hätten Sie jedes Jahr dasselbe aufgeführt, was Sie schon seinerzeit aufgeführt haben. (Abg. Czettel: *Das wäre nur recht und billig gewesen!*) Das ist gar nicht recht und billig. Warum müssen Sie jedes Jahr kurz vor dem Budget jene Forderungen stellen, von denen Sie wissen, daß Sie sie nur dann durchsetzen können . . . (Abg. Czettel: *Dann hätten Sie uns hinausschmeißen können!*) Nein, das ist doch keine Lösung. Herr Kollege, Sie sind dieser Meinung. Der Schelm denkt so, wie er ist. (Zwischenruf des Abg. Ing. Häuser.) Herr Kollege, ich kann nur mit einem Herrn sprechen. — Wenn Sie vom Hinausschmeißen reden: Wir gehen keine Koalition ein, wenn wir sie nicht ehrlich halten wollen. Wenn wir also mit Ihnen die Vereinbarung getroffen hätten, dann wären wir dazu gestanden. Wir haben es ja schon einmal getan. Es wäre also nicht das erste Mal gewesen. (Abg. Ing. Häuser: *Die Vorwahlzeit hat etwas anderes bewiesen!*) Das ist es ja eben, daß Sie grundsätzlich mit einem Mißtrauen in eine solche Vereinbarung gehen und sehr überrascht sind, wenn man Ihnen nicht Dinge konzidiert, die man auf Grund des Wahlergebnisses leider nicht konzidiert konnte. Die echte Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die Sie hier immer reklamieren — Sie sagen immer, es war kein echter Geist zur Zusammenarbeit vorhanden —, die kann man gerade diesmal den Verhandlern nicht absprechen. Sie haben sich redlich bemüht, gestützt auf dieses Wahlergebnis, die denkbar größten Konzessionen zu machen. Aber verlangen Sie nicht von Ihrem Partner das, was Sie selbst zu geben nicht bereit wären. Denn stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren, Sie hätten die Wahl gewonnen, so gewonnen wie die Österreichische Volkspartei! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Lanc: *Dann hätten wir unser Wahlversprechen gehalten!* — Heiterkeit.) Das glaube ich schon, daß Sie das getan hätten: eine Koalition, bei der wir nicht einmal bei der Tür hereingekommen wären. (Abg. Rosa Jochmann: *Wie der Schelm denkt, so ist er!*) So à la Wien. In Wien kennen wir ja die Koalition.

Darf ich nun bitte weiter auf die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky eingehen, der eine Art Nekrolog auf die vergangene Zeit gehalten hat. Ich habe schon eingangs erwähnt: Ich war im Jahre 1934 15 Jahre alt. Da habe ich also noch keine sehr aktive Politik betrieben oder mich betätigt. Aber

**Mitterer**

eines stelle ich jedenfalls fest: Für mich beginnt Österreich nicht im Jahre 1934, nicht im Jahre 1918, sondern ich bin stolz auf eine tausendjährige Geschichte. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und die anderen, habe ich mir sagen lassen, haben sich im Jahre 1934 auch nicht gar so harmlos verhalten, sondern sie haben auch ihren Teil dazu beigetragen. (*Abg. Rosa Jochmann: Sie sind ja nicht gesessen! Aber wir sind gesessen! Das ist ein Unterschied!*) Sie können es also nicht immer nur auf eine Seite abwälzen. Es ist sehr traurig, daß es diese Zeit gegeben hat. Aber ich glaube, wenn man auf eine tausendjährige Geschichte zurückblickt, dann kann es immerhin Perioden geben, die sehr unangenehm und sehr traurig sind und die wir niemals wieder haben wollen. Aber daraus ein ständiges Aufröhren zu entwickeln und immer wieder dieses Jahr zu bringen in der Hoffnung, daß es Emotionen bei der älteren Generation auslösen wird, das ist, glaube ich, keine Methode, um die Zukunft zu meistern. (*Abg. Rosa Jochmann: Sie haben angefangen!*) Sie haben also jedenfalls ... (*Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ich glaube also, daß man mit permanenten Ressentiments keine Geschichte der Zukunft machen kann. Die permanenten Ressentiments sind einer der bösesten Begleiter der ganzen Sache, denn es werden immer wieder alle jene alten Wunden aufgerissen, die man endlich schließen sollte, nicht weil wir uns fürchten, über diese Fragen zu reden, sondern weil wir endlich einmal die Zukunft und nicht die Vergangenheit zu meistern haben.

Nun, meine Damen und Herren, wenn man die Rede des Herrn Abgeordneten Kreisky, die ausgezeichnet und sehr gut formuliert war, anhörte, dann muß man sich fragen: War das der Führer der Opposition oder hat der vorher gesprochen, es war mir das nicht ganz klar, jedenfalls hat er in sehr beredter Form eine Reihe von Fragen angeschnitten. Darf ich nun zu einigen solchen Punkten noch Stellung nehmen.

Wenn von sozialistischer Seite in den letzten Jahren so viel von Zusammenarbeit gesprochen und für sie getan worden wäre, wie der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky nun den Eindruck erweckt hat, dann bin ich überzeugt, würde hier eine Zweiparteienregierung sitzen. Die Mahnung aber, nicht zu vergessen, nehmen wie bei Gott ernst. Zwischen dem Schleier der heiligen Agnes — ich glaube, so haben Sie gesagt —, dem Jahre 1934 und dem Jahre 1955 und der Gegenwart liegen doch einige Jahre, die noch in frischer Erinnerung sind und die wir bestimmt nicht vergessen haben. Das Jahr 1963, in dem die

Sozialistische Partei als zweitstärkste Partei den Führungsanspruch erhoben hat und mit der Bildung einer kleinen Koalition gedroht hat, die die ÖVP als stärkste Partei hätte ausschließen sollen und zur Oppositionspartei hätte verurteilen sollen, das haben wir zweifellos nicht vergessen, wir haben es zur Kenntnis genommen. Das Jahr 1964, in dem die Olah-Affären enthüllt worden sind, hat erst gezeigt, wieweit die Vorbereitungen schon vorgetrieben worden waren und welche personellen und finanziellen Vorkehrungen dafür getroffen worden waren. Wir haben das nicht vergessen. Es ist ja Tatsache, meine Damen und Herren. (*Abg. Rosa Jochmann: Welche Vorkehrungen? — Abg. Dr. Withalm: Eine Koalition! — Abg. Ing. Kunst: Wir haben nicht vergessen, daß Sie mit Kommunisten verhandelt haben! Figl-Fischerei! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Mit Überraschung haben wir auch vernommen ... (*Weitere Zwischenrufe.*)

Mit Überraschung haben wir auch vernommen ...

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Das Wort hat der Abgeordnete Mitterer!

Abgeordneter **Mitterer** (*fortsetzend*): Mit Überraschung, Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, haben wir vernommen, daß hier zum Zeugen einer großen Koalition Franz Joseph Strauß und zum Zeugen einer gemeinsamen Außenpolitik eine Königliche Kommission auf den Plan gerufen hätte werden sollen. Aber — ich glaube, das Erbe Julius Raabs zu wahren — das soll man doch getrost der Volkspartei überlassen.

Wenn wir an Raab denken, dann denken wir auch daran, wie wenig Zusammenarbeit gerade in den letzten zwei Jahren es mit Raab gegeben hat und wie damals der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann alles getan hat, um den leider damals schon kranken Altkanzler Raab in immer neue Schwierigkeiten zu bringen. Er war der Mann der Versöhnung und der Zusammenarbeit, aber in den letzten zwei Jahren von Raabs Regierung haben Sie alles getan, um ihm sein Leben so sauer wie möglich zu machen. (*Zustimmung bei der ÖVP.* — *Abg. Benya: Den haben Sie doch selbst abgeschossen!* — *Abg. Rosa Jochmann: Sie haben ihn abgesägt, nicht wir!* — *Abg. Dr. Tull: Abgesägt haben ihn die Reformer!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Ich kann leider 20 Zwischenrufe auf einmal nicht verstehen. Es tut mir leid. (*Abg. Rosa Jochmann: Sie sollten sich daran erinnern, daß Sie es waren, die den Kanzler Raab abgesägt haben!* — *Abg. Czettel: Dr. Gorbach schweigt!* — *Abg. Dr. Withalm: Den hat niemand „abgesägt“!*) Wenn Sie nun sagen, daß Sie uns hier vor der Unterschätzung

**Mitterer**

der kommunistischen Gefahr bewahrt haben, dann erinnern wir uns an die Tatsache, daß noch am Beginn dieses Jahres die SPÖ die kommunistische Unterstützung widerspruchslös zur Kenntnis genommen hat. Als Herr Abgeordneter Dr. Kreisky in Caux gesprochen hat, ist seine Stimme bis nach Wien leider nicht durchgesickert, damals, als er genau die richtige Einstellung zur Kommunistischen Partei bezogen hatte. (Abg. Libal: *Das Märchen glaubt Ihnen niemand! — Ruf bei der SPÖ: Schauermärchen!*) Das sind gar keine Schauermärchen, der Abgeordnete Kreisky hat in Caux gesprochen, das ist kein Schauermärchen, aber das, was er gesprochen hat, haben Sie ja nie geschrieben (Abg. Dr. Kreisky: *Das ist nicht richtig!*), weil es Ihnen offenbar unangenehm gewesen ist, daß damals bei dem Tête-à-tête oder bei dem Versuch, mit den Kommunisten ein Arrangement zu finden, irgendwie eine Stimme der eigenen Partei dazwischengekommen wäre. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kreisky: *Herr Kollege Mitterer! Im Zitieren sind Sie genau so schwach wie beim Rechnen! Das ist in Wien veröffentlicht worden!*)

Wenn Sie hier von der funktionellen Demokratie gesprochen haben, Herr Abgeordneter Kreisky, und von der Notwendigkeit der täglichen Konfrontation, dann bitte ich Sie, sich doch zu erinnern an die nächtlichen Sitzungen des Ministerrates, an die unzähligen Sitzungen des Ministerkomitees, an den Koalitionsausschuß, die Koalitionsunterausschüsse zur Lösung aller möglichen Probleme, die wir damals vor uns gehabt haben. Das waren die täglichen Begegnungen, die Sie wünschen und von denen Sie bedauert haben, daß sie nicht mehr stattfinden. Sie sind leider nicht zu einem Erfolg gekommen. Die glorifizierte funktionelle Demokratie hat eben leider nicht funktioniert, sonst hätten die Wähler nach dem Gleichgewichtsprinzip nicht die Mehrheit gewählt. Die Theorie, die heute auch hier wieder gebracht wurde — Sie haben sie zwar ein bißchen verklausuliert, nicht Sie, Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, sondern ein anderer Redner Ihrer Partei —, daß gewissermaßen die Sozialisten die Arbeiter und wir die anderen vertreten, die kann schon deshalb nicht stimmen, sonst hätten wir nicht weit über 2 Millionen Wähler gehabt, denn bekanntlich gibt es gar nicht so viele Arbeitgeber oder Bauern. (Abg. Rosa Jochmann: *Da haben Sie einmal recht! Das stimmt!*) Es steht also fest, daß aus Ihren Reihen und noch dazu aus Ihren Herzstücken in Wien die Wähler nicht die Sozialistische Partei, sondern die ÖVP gewählt haben. (Beifall bei der ÖVP.) Ich glaube also, wir sollten die Dinge real sehen.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky in einer sehr geschickten und ausgefeilten Rede die Dinge so dargestellt hat, als ob wir es gewesen seien, die letzten Endes nicht zu einer Zusammenarbeit zusammenfinden wollten, dann darf ich dazu etwas feststellen — und der Abgeordnete Kindl, der damals noch im Hause war, hat mir seinerzeit als Spott zugerufen: „Als Ritter ohne Furcht und Tadel haben Sie eine Rede für die Koalition gehalten!“ Ich gehöre nicht zu jenen, die der Meinung sind, die Koalition hätte niemals funktionieren können, aber sie kann nur dann funktionieren, und sie hätte nur funktionieren können, wenn Sie Ihren Teil dazu getan hätten (Abg. Rosa Jochmann: *Einen ziemlich großen Teil!*); aber leider ist dieser Teil ausgeblieben. Das war ja der Grund der ständigen Sterilität, und das war auch der Grund, weshalb die Wähler endlich einmal eine klare Entscheidung getroffen haben, an die wir gebunden sind und an die wir uns halten müssen.

Und wenn Sie nun, meine Damen und Herren, sagen, Sie unterstellen der Regierung, sie sei nicht vertragsfähig oder -würdig, und Sie glauben dieses und jenes nicht, dann ist dazu zu sagen: Lassen Sie einmal eine Zeit vorbeigehen, und dann beurteilen Sie die Daten und die Fakten, aber beurteilen Sie nicht schon vorher, und unterstellen Sie nicht vorher, und verdächtigen Sie nicht vorher, sondern sagen Sie: Wir werden jetzt zusehen, was diese Regierung macht. Das ist das Wesentliche der Demokratie, daß man nach einigen Jahren, in Österreich nach vier Jahren, den Wähler wieder aufrufen kann, das ist die echte Demokratie. Demokratie heißt nicht, daß eine Minderheit so tut, als ob die Mehrheit sich ihr anschließen würde. In Wahrheit wollten Sie — volles Verständnis habe ich dafür — an der Regierung teilhaben. Wir haben Ihnen die Hand geboten, leider ist es dann nicht zu einer Vereinbarung gekommen. (Abg. Rosa Jochmann: *Die geballte Faust, aber nicht die Hand!*) Die geballte Faust, gnädige Frau, sieht ganz anders aus; offenbar haben Sie die geballte Faust noch nicht gesehen, die schaut nämlich ganz, ganz anders aus. (Abg. Rosa Jochmann: *Das war keine Hand! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Es wurde alles getan in wochenlangen Verhandlungen. Unser Regierungschef, der designierte Bundeskanzler und sein Mitarbeiter haben bis zur Erschöpfung versucht, alles zu tun, um mit Ihnen eine gemeinsame Regierung zu etablieren. Wenn Sie nun sagen, jetzt werden wir reden und jetzt werden wir es zeigen, dann zeigt das nur, daß Sie eines jedenfalls sind: schlechte Verlierer. (Abg. Libal: *Ihr seid schlechte Sieger!*) Ändern Sie doch bitte

**Mitterer**

Ihre Mentalität in dieser Frage. (Abg. Ing. Häuser: *Keine Ratschläge, Herr Mitterer!*) Das ist kein Ratschlag, damit habe ich Ihnen keinen Ratschlag gegeben, den geben ja nur Sie uns und nicht wir Ihnen.

Aber seien Sie eines versichert: Wir werden alles tun, um konstruktiv in diesem Haus unsere Vorschläge vorzulegen, und wir hoffen nur, daß wir unter Beweis stellen können, daß das, was Sie uns dauernd unterstellen, falsch ist. Wir wollen eine gemeinsame Arbeit. Gemeinsam heißt nicht, daß nur in einer Regierung gesessen wird, wir wollen eine gemeinsame Arbeit. Es wird hier manche Unterschiede geben, aber es ist das Wesen der Demokratie — das Sie offenbar nicht zur Kenntnis nehmen wollen —, daß ein Mehrheitsentscheid auch Mehrheitsentscheidungen auslöst. (*Lebhafte Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Moser. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Moser (SPÖ):** Hohes Haus! Wie heute viele Redner aller Parteien schon festgestellt haben, sind die Verhältnisse in diesem Parlament nun anders als in den vergangenen Parlamenten.

Wenn man die Rede des Herrn Abgeordneten Mitterer jetzt verfolgt hat, dann muß ich sagen: Ich habe Sorge vor der Zukunft, wenn die Verdächtigungen ohne jeden Beweis weiter fortgesetzt werden, wie wir sie in den letzten Monaten draußen in der Öffentlichkeit zu spüren bekommen haben. Herr Abgeordneter Mitterer! Ich verwahre mich mit aller Entschiedenheit gegen die Unterstellung, daß ein „Tête-à-tête“, wie Sie sich auszudrücken beliebten, zwischen Sozialisten und Kommunisten stattgefunden habe. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Gewählt haben sie euch!*) Herr Abgeordneter Mitterer! Ich bedauere es, daß Ihr 17. Mann nicht auf der Regierungsbank sitzt und ich ihn nicht zum Zeugen anrufen kann. Darf ich Sie daran erinnern, daß sehr wohl Ihre Vertreter mit den Kommunisten im Jahre 1947 Geheimverhandlungen gepflogen haben (*heftige Zwischenrufe bei der ÖVP — Zustimmung bei der SPÖ*), mit dem Ziel, die Sozialisten aus der Regierung hinauszudrängen. (Abg. Prinke: *Gemeine Lüge!*) Wir werden Ihnen das noch zitieren, was der Herr Staatssekretär Gruber in seinem Buch zu diesen Tagen schreibt und was dort gesprochen worden ist.

Meine Herren! Ich glaube, wir haben keine Ursache, die Verhältnisse hier zu verschärfen. Ich sehe keinen Sinn darin, in dieser jetzigen Situation mit Absicht die Fronten zu verschärfen oder Fronten aufzubauen. Ich glaube,

wir sollten auch in diesen Tagen auf der einen Seite nicht übermäßig werden. Andererseits denke ich an die großartige Rede des Herrn Abgeordneten Minister a. D. Dr. Kreisky, die meiner Meinung nach, zumindest seit ich dem Parlament angehöre, eine der größten Reden in diesem Hause gewesen ist (*Beifall bei der SPÖ*), eine Rede, getragen von Verantwortungsbewußtsein, aber auch von der Mahnung, maßzuhalten — auf beiden Seiten.

Meine Damen und Herren! In seiner Regierungserklärung am vergangenen Mittwoch hat der Herr Bundeskanzler einen Katalog von Vorhaben vorgelegt, und er hat zum Schluß in einer 11-Punkte-Aufzählung den wesentlichen Teil dieser seiner Erklärung wiederholt. Unter diesen 11 Punkten befindet sich einer, der ankündigt, daß die Regierung dem Parlament eine „Gesamtreform der österreichischen Wohnungswirtschaft“ vorschlagen wird.

In der Erläuterung zu dieser Erklärung sagte der Herr Bundeskanzler namens der Regierung, daß es der Regierung ein wichtiges familienpolitisches Ziel zu sein scheint, „daß unseren jungen Familien eine ausreichende Zahl von modernen und familiengerechten Wohnungen zu finanziell erschwinglichen Bedingungen zur Verfügung steht“.

Das ist also wieder einmal zunächst einmal ein Versprechen; und ich bin auch der Meinung, wir werden die Dinge erwarten, die jetzt herankommen werden. Aber es ist nicht einmal ein Versprechen. Wenn ich vergleiche die Regierungserklärung nach dem Zusammentritt der letzten Bundesregierung und die jetzige, so ist die jetzige Formulierung schwächer als damals, und es ist derzeit überhaupt nur eine Deklamation, daß die derzeitige Bundesregierung es als familienpolitisches Ziel ansieht. Und ich bedauere es. Ich bedauere es aufrichtig, daß es nur eine Feststellung ist. Ich bedauere es, daß überhaupt wieder in dieser Regierungserklärung diese Frage angeschnitten werden muß, weil es eigentlich nicht mehr notwendig gewesen wäre. (Abg. Prinke: *Was reden Sie dann?*)

In der früheren Gesetzgebungsperiode waren sich die beiden großen Parteien in diesem Hause darüber einig, daß die Neuschaffung von zusätzlichem Wohnraum notwendiger denn je geworden ist. Monatelang wurde darüber verhandelt, und es wurde schließlich auch ein Weg gefunden, wie erstens mehr Wohnungen jährlich neu gebaut hätten werden können, und zweitens, wie die Mieten oder die Belastungen, die sich aus den Baukosten dieser Wohnungen ergeben, in einem erträglichen Maß hätten gehalten werden können. Den jungen Familien in Österreich müßte

**Moser**

nicht heute wieder erst versprochen werden, daß die Schaffung solcher Wohnungen ein wichtiges familienpolitisches Ziel ist, sondern sie könnten schon seit einiger Zeit mit diesen Wohnungen tatsächlich rechnen, wenn die Österreichische Volkspartei in der Vergangenheit diesem ausgearbeiteten Vorschlag auch ihre Zustimmung gegeben hätte.

Die sozialistischen Abgeordneten haben noch im Frühsommer des vergangenen Jahres einen eigenen Initiativantrag eingebracht, der aber leider durch die Weigerung der Österreichischen Volkspartei nicht behandelt wurde. Dieser Antrag der sozialistischen Abgeordneten hat vorgesehen, daß jährlich von den beiden vom Bund geschaffenen Wohnbaufonds um jährlich 4000 Wohnungen in Zukunft mehr gebaut werden sollten als bisher und die Finanzierung so erfolgen sollte, daß die monatliche Belastung für den Wohnungsinhaber 5 S pro Quadratmeter nicht übersteigt.

Hätte die Österreichische Volkspartei diesem Vorschlag zugestimmt, so würden heuer schon diese Wohnungen gebaut werden können. Und es wäre auch die so dringend gewordene Vereinheitlichung dieser beiden Bundeswohnbaufonds schon lange durchgeführt, die wir Sozialisten nicht erst seit dem vergangenen Jahr, sondern seit ich im Parlament bin — das ist seit dem Jahr 1959 —, und vor mir schon meine Vorgänger in dieser Sparte unentwegt verlangt haben.

Aber die Österreichische Volkspartei hat eben nicht zugestimmt, wiewohl auch sie diesen Weg als richtigen Weg erkannt hat. Ich frage mich oft: Warum hat sie denn nicht zugestimmt? Sie hat nicht zugestimmt, weil sie ein Geschäft machen wollte. Unter dem Titel „Generalreform“ oder, wie es jetzt in der Regierungserklärung heißt, „Generalbereinigung“ sollten einer Gruppe, von der die Österreichische Volkspartei annimmt, daß sie zu ihren Stammwählern gehört, erhebliche Geldmittel auf Kosten eines Dritten zugeschanzt werden. Das war die wahre Ursache, warum damals diesem vernünftigen Vorschlag zur Schaffung zusätzlichen Wohnraumes keine Zustimmung zuteil wurde. Den organisierten Zinshausbesitzern sollte dafür, daß mehr neue Wohnungen zu besseren Bedingungen als bisher gebaut werden können, entweder durch eine Zinserhöhung oder durch eine schlechende Zerstörung des Mieterschutzes die Möglichkeit, höhere Erträge zu erzielen, geboten werden. (Abg. Machunze: *Schweden hat den Mieterschutz aufgehoben!*) Wir können in Österreich durchaus über die Aufhebung des Mieterschutzes in dem Zeitpunkt reden, in dem wir eine ausreichende

Wohnversorgung und eine ausreichende Zahl von Wohnungen für die Menschen in Österreich haben. Aber wir sind doch bei weitem nicht so weit. (Abg. Machunze: *Lesen Sie, warum die schwedische Regierung den Mieterschutz aufgehoben hat!*) Bauen wir einmal so viel und so vernünftig wie in den nordischen Staaten, und bauen wir vor allen Dingen auch so modern wie dort, und wir werden über dieses Problem auch in Österreich hinwegkommen! Aber da müssen wir, glaube ich, alle zusammenhelfen.

Wenn Sie erkennen, daß wir eine solche Wohnungsnot haben und daß da was getan werden muß, kann man eben dann, wenn der Weg gefunden ist, nicht hergehen und sagen: Jetzt ist wieder nichts, wenn ihr nicht bereit seid, einer Gruppe enorme Mittel auf Kosten anderer zu verschaffen! Diesem Geschäft haben die Sozialisten nicht zugestimmt, weil diese beiden Fragenkomplexe miteinander in Wahrheit überhaupt nichts zu tun haben.

„Alles oder gar nichts“, das war der harte und — ich sage dazu — der unsoziale Standpunkt der Österreichischen Volkspartei in der Vergangenheit gegenüber den jungen Familien, die eine Neubauwohnung brauchen, und auch gegenüber allen anderen, die von der Wohnungsnot in Österreich betroffen sind. (Abg. Dr. Fiedler: *Sagen Sie das der Gemeinde Wien!* — Abg. Horr: *Schaut nach Niederösterreich!*)

In der Regierungserklärung wird davon geredet, daß man den Mut zu Neuordnungen haben müsse. Warum, so frage ich, hat man dann doch nicht den Mut gehabt, in der Regierungserklärung zu sagen, daß es sich im Kern dieses Abschnittes der Regierungserklärung um Zinserhöhungen oder um die Zerstörung des Mieterschutzes handelt, was ja beides letzten Endes auf das gleiche hinausläuft? Aber untersuchen wir einmal diese beiden Fragenkomplexe.

Fest steht sicher, daß wir einen außerordentlich großen Mangel an gesunden Wohnungen haben. Wiederholt haben wir hier von diesem Platze aus die Größe dieses Problems aufgezeigt. Wir haben aufgezeigt, wie hoch der Fehlbestand an Wohnungen ist und wie viele Wohnungen wir dringend ersetzen müssen. Ich erinnere nur daran, daß wir — ich glaube, da waren unsere Meinungen nicht allzuweit auseinander — insgesamt etwa eine halbe Million Wohnungen in Österreich bauen müssen. Die derzeitige Bauleistung in Österreich beträgt etwas über 40.000 Wohnungen im Jahr. Es ist daher klar, daß eine Steigerung dieser Bauleistung unbedingt notwendig ist, wenn man es ehrlich meint und wenn man von diesen Dingen nicht nur reden will.

**Moser**

Aber zur Steigerung der Bauleistung gehört nicht nur der Appell an den guten Willen oder eine deklamatorische Aufzählung, sondern dazu gehören sehr konkrete Maßnahmen. Diese Maßnahmen haben wir im vergangenen Jahr in unserem Initiativantrag vorgeschlagen, wobei wir aber nicht nur eine Steigerung der Bauleistung im Auge gehabt haben, sondern auch dafür Vorschläge erstattet haben, wie die aus den Baukosten entspringenden Dauerlasten, die heute für so viele unerträglich geworden sind, in Zukunft wirklich erschwinglich gehalten werden können.

Wir haben doch immer wieder aufgezeigt, daß derzeit geradezu groteske Zustände auf diesem Gebiet herrschen, daß es nur dem Zufall obliegt, ob ich heute eine Neubauwohnung erhalte, die 300, 350 oder vielleicht 400 S kostet oder etwa 800 oder 900 S. Ich war einer von jenen, die dazu immer wieder erklärt haben, daß die Betroffenen diesen Zustand nicht begreifen können und daß ich mich auch zu denen rechne, die diesen Zustand nicht begreifen können. Ich weiß zwar die Ursachen, ich weiß auch, wie Abhilfe geschaffen werden könnte, aber das weiß nicht nur ich, das wissen wir alle in diesem Hause, die wir uns mit dieser Materie in der Vergangenheit beschäftigt haben.

Aber was ist geschehen? Geschehen ist bis zur Stunde gar nichts, weil am Ende aller dieser mühsamen Verhandlungen eben leider Gottes das harte „Alles oder gar nichts!“ gestanden ist.

Dabei wäre und ist diese Abhilfe doch so einfach, indem nämlich nur die Bedingungen der beiden vom Bund geführten Wohnbaufonds vereinheitlicht werden. Wir brauchen gar keine besonders schwierigen oder außergewöhnlich komplizierten Maßnahmen zu schaffen — eine kleine kurze Gesetzesänderung wäre notwendig gewesen, und über diesen grotesken Zustand wären wir längst hinüber gewesen. Wir haben diese Lösung oft und oft vorgeschlagen, aber immer hieß es am Ende halt: Ja, aber nur dann, wenn die Sozialisten einer Zinserhöhung zustimmen!

Meine Damen und Herren! Ich begreife bis zur Stunde diese Auffassung nicht. Denn wenn es gilt, einen Mißstand zu beseitigen — einen Mißstand, den alle als Mißstand erkannt haben, von dem alle sagen, daß er beseitigt gehört —, dann kann doch nicht die Beseitigung davon abhängig sein, daß in einem anderen Sektor irgendein bestehender Wunsch erfüllt wird. Da muß man doch darangehen, dieses Übel endlich einmal zu beseitigen! Das war ja in der Vergangenheit der Jammer, daß auf diesem Gebiet Dinge verquickt worden

sind, die miteinander nichts zu tun gehabt haben.

Was tut denn dringend not? Natürlich in erster Linie die Ausweitung des Wohnungsneubaues und eine Finanzierungsart, die eben eine zumutbare Endbelastung ergibt. Aber das kann doch nicht alles sein.

Gehen wir durch unsere Städte, dann sagen uns die Bauplaner vielfach, daß sich unsere Städte völlig falsch entwickeln. Warum? Da gibt es zwar im Bereich dieser Städte herrliche Baugründe, große Baugründe; auf den Baugründen weidet vielfach das Vieh. Aber weit draußen vor den Städten entstehen Siedlungen mit allen Erschwerissen, die sich für die Bewohner dieser Siedlungen im Hinblick auf die Lage ihrer Arbeitsstätten ergeben. Warum? Weil die Kosten eines günstigeren Baugrundes heute in Österreich einfach unerträglich geworden sind. Die Besitzer solcher Baugründe horten sie noch, weil sie mit dem ständigen Zuwarten die Preise für diese Gründe weiterhin laufend in die Höhe treiben. Was sich auf diesem Gebiet abspielt — weniger vielleicht vor den Augen der Öffentlichkeit als im stillen und vor denen, die sich mit diesen Fragen eben auseinanderzusetzen haben —, das kann man überhaupt fast schon als unerträglich bezeichnen.

Natürlich weiß ich und wissen wir alle, daß auch die Baugründe und auch der Grund und Boden in Österreich im Laufe der Zeit wertvoller geworden sind. Keiner von uns hat je gesagt, daß das ein Gut ist, das absolut in seinem Wert stehenbleiben muß. Aber oft und oft sind die Gründe nicht wertvoller geworden auf Grund von Investitionen des Eigentümers, sondern weil die Gebietskörperschaft, weil die öffentliche Hand unter Einsatz unserer Steuermittel dort eine Aufschließung vorgenommen hat, und über Nacht sind dann sprunghaft die Preise dieser Gründe angestiegen.

Wenn in Graz beispielsweise innerhalb von zwei Jahren ein Grundstück um 700 Prozent im Preis gestiegen ist, in einem anderen Teil von Graz um 600 Prozent, wenn in Graz-Gösting, im Norden von Graz, innerhalb von zehn Jahren ein Grundstück um mehr als 6000 Prozent im Wert gestiegen ist, wenn in Gloggnitz innerhalb von drei Jahren ein Grundstück um mehr als 2000 Prozent im Wert steigt — und ich könnte diese Liste nun, über ganz Österreich ausbreiten, weiter fortsetzen, und alle Abgeordneten, glaube ich, die in Gemeinden oder in Baugenossenschaften tätig sind, wissen solche Beispiele —, dann ist das nach meiner Auffassung nicht mehr eine wirtschaftlich vertretbare Wertvermehrung, sondern dann wird das zum Wucher, wie ich meine, zum brutalen Wucher auf Kosten der Woh-

**Moser**

nungssuchenden, die diese Irrsinnspreise ja letzten Endes bezahlen müssen!

Die Folge davon ist, daß natürlich die Baugenossenschaften und die Siedlungswerber weit hinaus vor die Städte ausweichen, wo die Gründe noch etwas billiger sind, aber wo sie unsere Gemeinden, unsere Städte nicht haben wollen, wo sie aber dann doch zwangsläufig akzeptiert werden müssen und wo die Aufschließungen Millionen und aber Millionen weiterer Steuermittel erfordern.

Die Forderung nach einem entsprechenden Baugrundbeschaffungsgesetz ist daher nach wie vor berechtigt, ja berechtigter als bisher, und sie wird auch immer dringender. Aber wir lesen davon in der Regierungserklärung nichts. Ich meine allerdings auch, es muß ein Gesetz sein, das nicht eine Augenauswischerei bedeutet, sondern es muß ein Gesetz sein, mit dem jene Körperschaften auch tatsächlich etwas anfangen können, die dieses Gesetz dann auch gebrauchen sollen. Ein anderes Gesetz hätte wahrlich keinen Wert.

Was ich über die Baugrundbeschaffung sagte, gilt in ähnlichem Sinne auch für die Assanierung. Auch da fehlt es an entsprechenden Maßnahmen. Auch da haben wir zwar unsere Vorschläge erstattet, aber bis heute sind sie nicht verabschiedet worden.

Der gleiche Wucher, der mit den Baugründen besteht, wird aber auch dort betrieben, wo es sich heute leider einer leisten kann, zwei, drei, vier, fünf, sechs und mehr aus öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen innezuhaben und diese Wohnungen dann zu horrenden Überpreisen an die wohnungssuchende Bevölkerung abzugeben. Daß hier ein Verbot der Unter Vermietung solcher Wohnungen erlassen werden muß und daß endlich auch die sofortige Aufkündigung — da weiß ich mich eins mit dem Herrn Abgeordneten Prinke, der ja auch immer davon geredet hat, der sich aber offenbar in seiner Partei nicht durchsetzen konnte — des öffentlichen Darlehens beim Besitz von mehreren aus öffentlichen Mitteln erbauten Wohnungen die Folge sein muß, ich glaube, das hätte auch in der Regierungserklärung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht werden müssen.

Nun zum zweiten Fragenkomplex. In der Erklärung der Bundesregierung findet sich auch wieder die Aussage, daß zur angeblichen Lösung des Wohnungsproblems die Frage der Erhaltung und der Modernisierung des bestehenden Wohnraums gehört. Ich frage den Herrn Bundeskanzler, und ich frage die Bundesregierung: Sind die derzeitigen gesetzlichen Vorschriften nicht ausreichend, um die Erhaltung der Häuser zu sichern? Was kann getan werden? Die derzeitigen gesetzlichen Vor-

schriften sichern die Erhaltung — so behaupten es die Fachleute, die damit zu tun haben — zu hundert Prozent. Wenn es um die Erhaltung geht, dann reichen diese Vorschriften vollkommen aus. Es gibt doch überhaupt keine besseren Möglichkeiten zur Erhaltung, als sie derzeit in unseren Vorschriften festgelegt sind. Weiß das die Bundesregierung nicht, wenn sie sagt, daß zur Lösung des Wohnungsproblems die Frage der Erhaltung des bestehenden Wohnraums gehört? Weiß die Bundesregierung nicht, daß die derzeitigen Vorschriften geradezu eine ideale Form darstellen? Heißt es doch in unseren Vorschriften, daß die Bewohner eines Hauses die Kosten der Erhaltung eines Hauses zu hundert Prozent zu tragen haben und, wenn der normale Mietzins dafür nicht ausreicht, der Mietzins auf das volle kostendeckende Ausmaß erhöht werden kann, ohne jede obere Begrenzung.

Was soll also da noch geschehen, was soll denn da gemacht werden? Ich kann doch der Bundesregierung oder dem Herrn Bundeskanzler nicht unterstellen, daß die derzeitigen, so hervorragenden Bestimmungen verschlechtert werden sollen. Aber ich frage mich: Es wird hier so vage von der Erhaltung geredet. Früher war von Mut die Rede, und der Herr Abgeordnete Ing. Häuser hat gesagt, wenn so viel von Mut die Rede ist, dann hat er immer ein wenig Sorge, daß eine Verschlechterung dabei ist, denn dazu gehört dann der Mut. Im Zusammenhang mit der Lösung des Wohnungsproblems spricht der Herr Bundeskanzler auch von dem Mut, den man haben müßte; man soll nicht, wie er meint, zaghaft Einzelfragen lösen, sondern eine „Generalbereinigung“ herbeiführen. Aber wenn schon so pathetisch von Mut die Rede ist, warum hat die Regierung dann nicht den Mut gehabt, hier zu sagen, daß es bei dieser Erklärung in Wahrheit um eine Zinserhöhung geht?

Meine Damen und Herren! Ich habe heute während der Sitzung dieses Hauses ein Fernschreiben aus der Pressekonferenz der organisierten Zinshausbesitzer erhalten. Ich weiß, was verlangt wird. Ich halte es nicht für einen Zufall, daß uns die organisierte Zinshausbesitzerschaft zwei Tage nach der Abgabe dieser Regierungserklärung präsentiert, was gemacht werden soll. Ich darf Ihnen hier mitteilen, daß sie sagen: Der Zins muß zunächst um 100 Prozent erhöht werden — als erste Etappe. (Abg. Czettel: Hört! Hört!) Sie sagen weiter: Wenn in der zweiten Etappe der Zins dann eine weitere Steigerung über diese 100 Prozent hinaus erfährt, dann wären sie bereit, zur Dotierung eines Mietenbeihilfefonds einen Beitrag zu leisten. Aber wer zahlt denn diesen Beitrag? Zahlen ihn die, die so

**Moser**

großzügig damit umgehen, die ihn speisen wollen? Nein. Es zahlen ihn dann wieder diejenigen, die in diesen Häusern wohnen. Und ich frage mich: Warum soll man denn einen Inkassanten dazwischen schalten, wenn man einen Mietenbeihilfenfonds schaffen möchte?

Des weiteren wird die Forderung aufgestellt, daß für jede frei werdende Wohnung und für jedes frei werdende Geschäftslokal in Hinkunft keinerlei Bindung, weder was den Zins noch was die Kündigung anlangt, mehr bestehen soll. Im Punkt 8 fordern Sie die zeitliche Befristung der mietenrechtlichen Vorschriften, das heißt die endgültige Auflösung des Mieterschutzes in Österreich sowie der Assanierungs- und der Wohnraumsicherungsbestimmungen.

Meine Damen und Herren! Ich finde es als sonderbares Zusammentreffen, daß uns zwei Tage nach Abgabe der Erklärung der Regierung hier präsentiert wird, was in Zukunft als, wie im Eingang gesagt wird, zur Lösung des Wohnungsproblems erforderlich angesehen wird.

Ich frage mich oft: Hätte diese Zinserhöhung einen Sinn, würde sie uns die Erhaltung sichern? Ich sage Ihnen: Wenn Sie dieser Meinung wären und wenn Sie mich überzeugen könnten, daß damit unsere Althäuser wirklich erhalten werden, dann würde ich ernstlich mit mir selbst ringen, um einer solchen Erhöhung zuzustimmen. Aber einmal haben wir es schon erlebt, und es gibt das Sprichwort, daß ein gebranntes Kind das Feuer scheut. Ich erinnere mich der Argumentation, als die Zinse erhöht wurden. Es wurde gesagt: „Jetzt werden die Baugerüste wie die Schwammerln im Wald aus dem Boden schießen, jetzt wird das Morgenrot über Österreich aufgehen.“ Und was ist geschehen? 10 Milliarden Schilling sind seither für die Instandhaltung bezahlt worden, weitaus mehr, als der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds seit dem zweiten Weltkrieg an Mitteln für Neubauwohnungen vergeben konnte. Wir haben sie aber bis heute nicht gesehen. Erhöht man die Zinse um 100 Prozent, so wird wieder gar nichts geschehen, es wird um nichts besser werden, die individuelle Zinserhöhung wird bleiben müssen. Ich frage mich: Wenn ein Haus an Zins 10.000 S trägt und man diese Summe auf 20.000 S verdoppelt, die Reparatur des Hauses aber 150.000 S kostet — was fangen wir mit den 20.000 S an? Das wird keine Lösung sein.

Wir haben die Lösung im vergangenen Jahr vorgeschlagen. Wir kennen die Härte, die darin liegt, daß die Zinse ohne jedwede obere Begrenzung einfach nach oben erhöht

werden können, wenn die Erhaltung des Hauses es verlangt. Wir wissen, wer in diesen Häusern wohnt, in den schlechtesten Häusern, die den höchsten Generalinstandsetzungsaufwand erfordern. (Abg. Rosa Jochmann: *Die Ärmsten!*) Es sind unsere Rentner, und es sind unsere Pensionisten, die in diesen Zimmer-Küche- oder Zimmer-Kabinett-Küche-Wohnungen mit Bassena in diesen alten Häusern wohnen. Wir wissen um die Härten. Wir wissen, daß diese Zinserhöhungen für die Betroffenen nicht nur eine enorme Belastung waren und derzeit noch sind, sondern daß sie vielfach sogar zum Verlust des Odbachs führen.

Und da, meinen wir, muß nun die Hilfe einsetzen, wo der neuralgische Punkt dieses ganzen Problems in Wahrheit liegt. Wir Sozialisten haben Vorschläge erstattet, die eine echte soziale Lösung dieser Fragen herbeigeführt hätten. (Abg. Prinke: *Wer hat denn den Antrag gemacht?*) Sie meinen, über den Reparaturausgleichsfonds? (Abg. Prinke: *Den Sie als Initiativantrag eingebracht haben!*) Der Reparaturausgleichsfonds, das war ein wenig vorher. Den Reparaturausgleichsfonds haben wir schon jahrelang als Initiativantrag eingebracht. Bedauerlicherweise haben Sie ihn abgelehnt, ohne Rücksicht darauf, wie den Menschen zumute ist, die von einer Pension von 1200 oder 1300 S leben müssen und plötzlich ihren Mietaufwand von 100, 120 S auf 500 S oder 600 S hinaufgetrieben sehen. Sie haben uns nicht geholfen, Sie haben nichts dazu getan, diesen Menschen ihr Schicksal zu erleichtern!

Es kann doch auch kein Zufall sein, daß in der Erklärung der Bundesregierung zu dieser Frage nicht ein einziges Mal anklingt, daß dieses Problem sozial gelöst werden soll. Eine soziale Lösung kann aber doch nur darin liegen, daß jenen individuelle Hilfe zuteilt wird, die aus eigenem nicht imstande sind, diese Lasten zu tragen. (Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)

Noch etwas, meine Damen und Herren: In der Erklärung der Bundesregierung war an einem anderen Ort auch von der „Mobilität der Arbeitskräfte“ die Rede. Ich bekenne mich dazu, wir alle bekennen uns dazu. Aber Mobilität heißt ja bekanntlich Beweglichkeit. Die Beweglichkeit liegt vor allen Dingen in der Möglichkeit der Veränderung des Wohnsitzes, und das ist nicht nur eine Frage der Arbeitsmarktpolitik, das ist auch eine sehr entscheidende Frage der Wohnungs- und Mietrechtspolitik. Schon in der Vergangenheit haben wir immer wieder aus dieser Erkenntnis heraus Maßnahmen zur Erleichterung des begründeten Wohnungs-

**Moser**

tausches verlangt, wenn Sie wollen, eine richterliche Entscheidung im Falle einer unbegründeten Verweigerung des Wohnungstauschs durch den Zinshausbewerber, damit den arbeitenden Menschen in unserem Lande der Weg zur Arbeitsstätte verkürzt und erleichtert werden kann. Aber wir denken dabei auch — das sage ich ganz offen — an alte und kranke Menschen, denen ebenso über richterliche Entscheidung gegen eine unbegründete Verweigerung durch den Eigentümer ein Wohnungstausch ermöglicht werden sollte, ohne daß sie dafür 30.000, 40.000 S oder noch mehr bezahlen müssen.

Im Hinblick auf diese Umstände, deren Aufzählung im Rahmen einer Diskussion um die Regierungserklärung bei weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, muß ich sagen, daß mich die Erklärung der Bundesregierung keinesfalls befriedigt. Aber wir Sozialisten werden nicht müde werden, aufzustehen und darum zu ringen, daß der Wunsch so vieler Tausender unserer Mitbürger auch endlich erfüllt wird. Wir werden in diesem Hause und überall dort, wo es uns notwendig erscheint, unsere Stimme erheben, bis dieses Problem einer echten und zufriedstellenden Lösung zugeführt sein wird.

Die Erklärung der Bundesregierung zu diesen Fragen ist allerdings für mich nicht geeignet, in mir den Glauben zu erwecken, daß diese brennenden Fragen in der dafür notwendigen ausschließlichen Blickrichtung auf die Nöte und Sorgen der von der Wohnungsnot betroffenen Bevölkerung gelöst werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Prinke das Wort. (Abg. Zeillinger: Weiter Wohnungen bauen? — Abg. Prinke: Wir schon! — Abg. Zeillinger: Aber heute nicht mehr, Herr Kollege!)

Abgeordneter Prinke (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister a. D. Abgeordneter Dr. Kreisky hat davon gesprochen, welche Toleranz von 1945 bis jetzt in diesem Hause geherrscht hat. Die Rede des Herrn Abgeordneten Moser ist ein solches Zeichen der Toleranz, welche die Sozialisten bisher in der Regierung der stärksten Partei, der Österreichischen Volkspartei, entgegengebracht haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit einem Satz hätte ich die Rede des Herrn Abgeordneten Moser abtun können: Alter Kohl frisch aufgewärmt! (Abg. Rosa Jochmann: Sehr traurig! — Weitere Zwischenrufe.) Warten Sie nur einen Moment ab, ich habe ja auch seit 10 Uhr vormittag ruhig zugehört und Sie nicht gestört. Tut Ihnen

das so weh, wenn Sie einmal die Wahrheit hören? Denn was hier gesprochen wurde, war die reine Unwahrheit, und ich werde Ihnen das beweisen. Ich bin in der Lage, das zu beweisen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Der Herr Kollege spricht von einer Reform des Wohnungswesens, die nun in der Regierungserklärung verankert ist. Selbstverständlich! Wir reden von dieser Reform des Wohnungswesens seit dem Jahre 1953. Im Jahre 1953 hatten wir uns darauf geeinigt, eine Gesamtreform durchzuführen. Wir waren sogar so weit, daß man gesagt hat: Der Mietzins wird einheitlich mit 3,50 S pro Quadratmeter einschließlich der Betriebskosten festgesetzt. Dann ist es darum gegangen, eine neue Form der Wohnbauförderung zu finden. Das brachte das Wohnbauförderungsgesetz 1954. Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes haben sich dann die Sozialisten geweigert, an einer wirklichen Generalreform des gesamten Wohnungs- und Mietenwesens in Österreich weiterzuarbeiten. Finden Sie es also begreiflich, daß wir mißtrauisch geworden sind? Es ist das Wort gefallen: Das gebrannte Kind fürchtet das Feuer!

Wir haben dann natürlich verlangt, daß bei den Verhandlungen alles in einem Zug erledigt wird, daß nicht ein Teil aus unserem Programm herausgerissen wird und bei allem anderen der alte Schlendrian und das Elend auf dem Gebiet des Wohnungswesens bleiben.

Was den Antrag betrifft, von dem Kollege Moser sprach und der uns die Möglichkeit geboten hätte, bei beiden Fonds gleiche Förderungen herbeizuführen und gleiche Startbedingungen zu schaffen, möchte ich fragen: Von wem stammt dieser Antrag? Ist er auf Ihrem Mist gewachsen, Herr Kollege, oder ist er im Finanzministerium erarbeitet worden? (Zwischenrufe.) Sie haben uns den Antrag gestohlen und ihn gefälscht! Nehmen Sie das zur Kenntnis! (Beifall bei der ÖVP.) Der Antrag wurde von Ihnen zu einem Zeitpunkt eingebbracht, in dem dieses Haus über ihn überhaupt nicht mehr entscheiden konnte, weil wir knapp vor der Auflösung des Parlaments gestanden sind. Holen Sie sich den Antrag von der „Parlamentskorrespondenz“ und sehen Sie das Datum nach! (Abg. Moser: Vor Beendigung der Frühjahrssession ist er eingebbracht worden!) Nein! Sie haben ihn eingebbracht, ohne daß er endgültig abgesprochen war. Der Antrag sieht vor (Abg. Moser: Der Antrag ist vor Beendigung der Frühjahrssession eingebbracht worden!), daß nur Wohnungen gefördert werden können, die nicht größer als 67 m<sup>2</sup> sind. Wir haben erklärt, das sei für eine Familie mit mehreren Kindern zuwenig.

**Prinke**

Wir wollten also noch einige Änderungen durchführen. Es ist richtig, daß wir als Höchstlimit für die Miete 5 S pro Quadratmeter festgesetzt haben. Aber wo blieb der weitere Antrag, den wir in unserem Programm hatten, jener Antrag, der vorsah, daß ein entsprechender Ausgleich durch die Mietzinsbeihilfe gegeben werden soll? Sie behaupten, es sei unerträglich, diese Mieten zu zahlen. Aber dann bringen Sie einen Antrag ein (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), der uns die Ungerechtigkeiten, die wir seit 50 Jahren hier in diesem Lande beim sozialen Wohnungsbau zu verzeichnen haben, erst recht verewigt hätte. Aus diesen Gründen haben wir auch die Behandlung abgelehnt. Erstens blieb keine Zeit, und zweitens entsprach das rein demagogischen Bedürfnissen, nämlich nach außen hin zu sagen: Wir sind dafür, daß mehr Wohnungen gebaut werden!

Herr Kollege, es werden jetzt 42.000 Wohnungen gebaut. Der Antrag sah vor, daß zusätzlich 3000 Wohnungen im Jahr gebaut werden können, gar nicht mehr! Heute bauen die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen beziehungsweise die Bausparkassen mehr als diese 3000 Wohnungen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Bevölkerung — das gilt besonders für die Wohnungssuchenden — sehr gern bereit ist, auch größere Opfer auf sich zu nehmen, um zu einer Wohnung zu kommen.

Wir haben am Ende von einer Mietzinserhöhung kein Wort mehr gesprochen. Wenn Sie das wiederholen, dann sagen Sie bewußt die Unwahrheit.

Was wohl die Hausbesitzer sagen? — Wir sind nicht die Vertreter der Hausbesitzer. (*Zwischenrufe*.) Die Österreichische Volkspartei ist die Vertreterin aller, sie ist eine Volkspartei, sie vertritt den Mieter genauso wie den Hausbesitzer. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP*. — *Zwischenrufe des Abg. Moser*.)

Sie sagen heute, die ÖVP wollte ein Geschäft machen, weil sie daran dachte, den Althausbesitz, soweit er erhaltungswürdig ist, zu erhalten. Ich unterstreiche das Wort „erhaltungswürdig“, denn ein Großteil der Wiener Wohnhäuser ist dank Ihrer Taktik gar nicht mehr erhaltungswürdig, und es gehen monatlich und jährlich tausende Wohnungen zu grunde, weil trotz des § 7 die Mittel nicht ausreichen, um diese Häuser erhalten zu können. Davon haben Sie kein Wort gesagt.

Sie haben nicht gesagt, was der Rentner oder der kleine Verdiener sagen soll, wo er die Mittel hernehmen soll für eine Wohnung, die nach dem § 7 aufgebaut wurde. Es werden ja nur solche Wohnungen aufge-

baut, die wirklich noch eine entsprechende Zeit erhalten werden können.

Sie haben nichts davon gesagt, daß die normale Friedenskrone in Wien bei einer Kleinwohnung von rund 45 m<sup>2</sup> 30 S beträgt; Sie hätten auch davon reden müssen, daß wir ja heute in Wien schon das Sechzehnfache einer solchen Miete einheben müssen, weil die Häuser in einem so schlechten Zustand sind, daß anstatt 30 S 480 S im Monat bezahlt werden müssen. Davon haben Sie kein Wort gesprochen. (*Zustimmung bei der ÖVP*. — *Abg. Rosa Jochmann*: O ja, aber da haben Sie nicht zugehört! — *Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ*.)

Wir wollten alle diese Dinge in einem Guß erledigen. Aber Sie haben ein demagogisches Spiel damit getrieben. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP*.) Der frühere Herr Vizekanzler hat einen Tag vor der Wahl noch ein Flugblatt an die Mieter herausgegeben: Der Mieterschutz ist in Gefahr! — Herr Kollege, ich stehe seit dem Jahr 1918 im öffentlichen Leben, und seit 1918 höre ich von Ihnen bei allen Wahlen den Slogan: Der Mieterschutz ist in Gefahr! Aber wir haben ihn heute noch immer, meine Damen und Herren! (*Ruf bei der SPÖ*: Sie haben einen anderen Slogan!) Wir haben ihn also nicht gefährdet. Weder der Kündigungsschutz noch die Mietzinserhöhung sind von uns allein irgendwie propagiert worden. Die einzige Erhöhung, nämlich von 23 und 27 Groschen auf 1 S pro Friedenskrone, die seinerzeit beim 5. Lohn- und Preisabkommen durchgeführt wurde, geschah im Einvernehmen, weil man eine Valorisierung herbeiführen mußte. (*Zwischenruf des Abg. Moser*.)

Aber diese Valorisierung genügt heute lange nicht mehr, um diese Häuser erhalten zu können. Gehen Sie hinaus in die Bundesländer! (*Abg. Horr*: Gehen Sie nach Niederösterreich, schauen Sie sich das an! 23.000 Leute warten, und der Herr Müllner verbaut es für seine Freunde!) Ja, in Niederösterreich! (*Abg. Horr*: Für 500 Leute, und 23.000 warten!) Aber Sie vergessen nur, Herr Kollege, obwohl Sie niederösterreichischer Abgeordneter sind, daß dort zehn Jahre die russische Besatzungsmacht war und sich zehn Jahre lang niemand getraut hat, an diesen Häusern auch nur einen Ziegelstein zu ändern. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ*.) Jetzt halten Sie eine demagogische Rede und fragen: Was ist bisher geschehen? Ich werde Ihnen sagen, was bisher geschehen ist. (*Zwischenrufe*.)

Wir haben im Wohnhaus-Wiederaufbau fonds allein bis jetzt 16 Milliarden Schilling verbaut. Wollen Sie die genaue Zahl wissen?

**Prinke**

Auch diese Zahl kann ich Ihnen sagen. (Abg. Moser: *Was ist geschehen zur Vereinheitlichung der Fonds?*) Dazu werde ich ein Wort sagen. Wir haben es ja vorgeschlagen. (Abg. Konir: *Was hat denn eure Schwesterpartei in Deutschland gemacht?*) Wir sind nicht in Deutschland, Herr Kollege, reden wir von den Verhältnissen in Österreich! (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Der Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds hat bis Ende 1965 den Bestand von 74.000 Wohnungen gesichert (lebhafte Zwischenrufe) — das sind die alten Mister, die drinnen waren, es sind Wohnungen, die nicht auf Grund des § 7, sondern mit dem verbilligten Kredit des Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds aufgebaut wurden — und 133.272 Wohnungen neu geschaffen. (Weitere Zwischenrufe.) Wollen Sie mir vielleicht in den Mund legen, daß ich das mit dem § 7 verwechsle? (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Das sind wiederhergestellte Wohnungen. Ich bedauere, daß Sie, obwohl Sie als Kommissionsmitglied in der Kommission sitzen, nicht wissen, wozu das Geld in der Kommission verwendet wird. (Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.) Es gehört für Neubauten und für die Wiederherstellung zerstörter Objekte, die nicht zur Gänze zerstört wurden. Wenn Sie die Zahlen haben wollen, so liefere ich sie Ihnen franko und frei ins Haus, damit Sie sich für die nächste Rede informieren können und wissen, was mit diesen Geldern geschehen ist. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Aber das ist noch nicht alles. Der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds hat auch annähernd die gleiche Zahl von Wohnungen neu aufgebaut. Nur spricht man dort vom sogenannten sozialen Wohnungsbau, dafür ergeben sich aber auch Mieten von 8 bis 10 S pro Quadratmeter, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Gorbach: *Hört! Hört!* — Zwischenruf des Abg. Horr), weil man dort nur etwas mehr als 50 Prozent an Förderungsbeiträgen gibt und das übrige auf dem Privatkapitalmarkt aufgebracht werden muß. Davon haben Sie auch kein Wort gesagt. (Abg. Moser: *Wir wollen es nicht erst jetzt, seit 1959 rede ich davon!*) Jetzt wollen Sie die Vereinheitlichung, die wir ausgearbeitet haben! (Zwischenrufe bei der SPÖ.) In unserem Antrag steht die Vereinheitlichung drinnen: gleiche Bedingungen beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds wie auch beim Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds. Der Antrag ist mit unserer Mithilfe im Finanzministerium geboren worden und war nur noch zur letzten Ausfeilung bestimmt. Es sollte auch festgestellt werden, wie das für große Familien bei 67 m<sup>2</sup> fixiertem Wohnraum ausgeglichen werden kann und wie das aufgebracht werden kann, wenn eine Familie mehr als 5 S zahlen müßte bei einer Förderung,

die im Ausmaß von 220.000 S pro Wohnung vorgesehen war.

Wenn Sie unser Konzept, das wir Ihnen in die Hand gedrückt haben, das Sie schon 2½ Jahre bei sich herumtragen und das zu studieren Sie sicherlich Zeit gehabt hätten, wirklich gelesen hätten, dann hätten Sie auch gesehen, daß wir als ersten Punkt die Förderung des Wohnungsneubaues aufgestellt haben, daß wir die Vereinheitlichung der Fonds gepredigt und verlangt haben, daß von der Objekt- zur Subjektförderung übergegangen werden soll, das bedeutet — zum leichteren Verständnis will ich das sagen —, daß diejenigen, die viel verdienen, also zum Beispiel der Herr Generaldirektor, überhaupt Leute mit einem bestimmten hohen Einkommen, nicht gefördert werden können, sondern selbst aus Eigenmitteln beizutragen haben (Abg. Konir: *Er kriegt 425.000 S! Vom Müllner!*), daß aber die Familie als solche dadurch gefördert werden soll, daß wir der Familie auf Grund der Subjektförderung entsprechende Mietzinsbeihilfen geben. (Abg. Horr: *Geh zum Müllner, der beweist euch das!* — Abg. Probst: *Prinke! Mit dem Müllner hättest du dich schon vereinheitlichen können! In der eigenen Partei muß das nicht schwer sein!*)

Herr Minister außer Dienst! Sie sollten mit Ihren Äußerungen sehr vorsichtig sein. (Weitere Zwischenrufe des Abg. Probst.) Herr Minister a. D.! Ihr Leben haben Sie bei mir schon seinerzeit verwirkt, als Sie prophezeit haben, daß im 10. Bezirk keine einzige Eigentumswohnung gebaut werden wird. Heute sind es 5000! (Abg. Probst: *Na und?* — Ruf bei der ÖVP: *Na und!* — Heiterkeit bei der ÖVP.) Wissen Sie, wie Sie Ihr Leben verwirkt haben? Als Sie mir sagten: Da laß ich mich hineinstechen, und die Hand laß ich mir abhacken, wenn nur eine Wohnung gebaut wird. Gehen Sie heute hin und schauen Sie sich die 5000 Wohnungen an! (Abg. Probst: *Tut mir leid, das sind Steuerleistungen, lieber Prinke!*) Ich habe gesagt: Sie waren ein schlechter Prophet! Die Partei soll Sie weiter als ihren Obmann im 10. Bezirk haben, ich bin ein Kavalier, ein Gentleman, das wissen Sie, und das soll auch bei Ihrer Person gelten. Aber ich würde an Ihrer Stelle nicht so ungeschickte Zwischenrufe machen, mit denen Sie versuchen, die Sache zu verwirren. (Abg. Horr: *Das ist ungeschickt! Wo sind die 420 Millionen?*) Welche 420 Millionen? (Abg. Horr: *Vom Müllner!*) Wenn Sie das mich fragen: Ich weiß nicht, woher das ist. Sie müssen an der richtigen Stelle fragen. Sie haben es ja bisher getan, Sie haben im Landtag die entsprechende Aufklärung bekommen, auch vom Herrn Landeshauptmann! (Weitere Zwischenrufe.) Fragen Sie nicht mich, ich bin nicht der

**Prinke**

Koadjutor des Herrn Landeshauptmannes oder des Landtages von Niederösterreich! (Abg. Horr: Das fehlte noch!)

Wir haben dann verlangt, daß die Vergabe der Wohnungen, die aus öffentlichen Mitteln gebaut werden, nach bestimmten sozialen Richtlinien durchgeführt wird. Davon haben wir nichts mehr hören können. Wir haben eine bessere Nutzung der Altwohnungen verlangt. Da reden Sie davon, daß wir den Hausbesitzern jetzt höhere Mieten geben wollen. Kein Wort war davon die Rede! Was wollten wir denn, Herr Kollege? Wir wollten die leerstehenden, die freiwerdenden Wohnungen zu einem Teil aus der Mietzinsbildung — nicht aus dem Mieterschutz, wie Sie irrtümlich sagten, sondern aus der Mietzinsbildung — herausheben, um die große Nachfrage nach Wohnungen auf dem Markte zu befriedigen.

Gerade unsere jungen Familien und unsere jungen Ehepaare, die jungen Leute, die eine Ehe eingehen, sind doch am ärmsten, weil das ja gewöhnlich in einem Zeitpunkt geschieht, in dem auch die Existenz im Aufbau begriffen ist. Wenn diese also sehen müssen, daß auch die Sozialistische Partei — ich will jetzt nicht sagen, wo das geschah; ich habe es schon einmal getan und will mich daher nicht wiederholen — für Wohnungen Zinsablösen bis zu 70.000 S verlangt hat, und zwar die Partei als solche, als sie ein Parteikontor aufgab, dann wundern Sie sich nicht, wenn das die Hausbesitzer auch machen! (Abg. Mayr: Hört! Hört! — Zustimmung bei der ÖVP.)

Und wenn Sie jeden Samstag und Sonntag in den Zeitungen lesen müssen, daß für einen soundso großen Ablösebetrag eine Wohnung zu erhalten ist, dann fragen Sie sich: Wer sind denn die Menschen, die diese Ablöse zahlen müssen?! Das sind doch die jungen Menschen, die keine Wohnung bekommen können. Wenn man eine gesetzliche Maßnahme treffen kann, die die Möglichkeit gibt, die Wohnungen zu erfassen, die heute leerstehen und bezüglich derer die Schätzungen, ob es 40.000 oder 90.000 sind, auseinandergehen, wenn man diese dem Wohnungsmarkt zuführen kann und wenn der Wohnungswerber statt 1 Friedenskrone pro Quadratmeter 3 Friedenskronen, also statt 30 S 90 S bezahlt, zumal heute die Zigaretten, ganz abgesehen vom Alkoholkonsum, für den im Jahr an die 10 Milliarden verbraucht werden, auch teurer geworden sind, dann werden Sie sehen, daß dieses Opfer, das die jungen Leute hier gebracht hätten, sicherlich nicht unabdingbar ist und daß es sicherlich möglich gewesen wäre, eine bessere Nutzung der Altwohnungen herbeizuführen.

Es war die Rede von einer gerechten Wohnungsbeihilfe, es war die Rede von Maßnah-

men zur Wohnraumsicherung. Sie haben so viel von der Wohnraumsicherung geredet. Gehen Sie auf den Stephansplatz! Dort kostet heute 1 m<sup>2</sup> Grund bis zu 45.000 S! Früher — ich habe auf dem Stephansplatz gebaut — habe ich 1 m<sup>2</sup> um 2000 S gekauft. Heute kostet er 42.000 S! Warum? Weil Sie sich nicht dazu bereit gefunden haben, auch hier entsprechende Maßnahmen mit uns durchzuführen! Sie sprechen von der Assanierung. Assanierung ja, aber nicht so, wie Sie sich es denken: eine Enteignung der Althäuser, eine Enteignung der Realität! Wir leben nicht in einem kommunistischen Staat (Abg. Moser: Von Enteignung war nie die Rede! Bleiben Sie bei der Wahrheit!), sondern unsere Anschauung ist noch immer auf dem persönlichen Eigentum aufgebaut. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Moser: Es war nie die Rede von einer entschädigungslosen Enteignung!) Ich bleibe dabei! (Weiterer Zwischenruf des Abg. Moser.) Dann werde ich Ihnen den Gesetzentwurf, den Minister Proksch vorgelegt hat, morgen exzellent zuschicken. Da war von Enteignung die Rede. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Wir haben verlangt — Kollege Gruber ist Zeuge —, daß nicht enteignet werden darf, sondern daß den einzelnen Realitätenbesitzern die Möglichkeit geboten werden sollte, im Rahmen einer Sanierung, die die einzelnen Städte zu bestimmten haben, mitzubauen und Förderungen in Anspruch zu nehmen. Das haben Sie abgelehnt, Sie haben darüber nicht gesprochen, weil es Ihrer Auffassung nicht entsprach.

Das gleiche trifft also auch für die Wohnraumsicherung zu. (Zwischenruf des Abg. Probst.) Kollege Probst, warum mußt du mich immer provozieren? (Abg. Probst: Nein! Jetzt ist freie Hand für euch! Jetzt könnt ihr alles tun!) Ich nehme an, daß zwischen uns zwei die gleiche Toleranz herrscht, wie sie bisher geherrscht hat. Wir wollen also nicht darüber streiten, wer toleranter beziehungsweise weniger tolerant ist. (Abg. Horr: Lauter!) Der Lautsprecher ist ja eingeschaltet. (Weitere Rufe: Lauter!) Ich bin nicht bereit, so zu schreien, wie es Kollege Moser gemacht hat. Sie müssen halt besser aufpassen. Wir alle haben ja auch in der Schule aufpassen müssen. Haben wir nicht aufgepaßt, sind wir nicht mitgekommen, haben wir einen „Pintsch“ gekriegt, wie der Wiener sagt.

Ich will Sie also nicht länger mit diesen Dingen beschäftigen; es ist noch eine Anzahl Redner vorgemerkt. Ich wollte nur diese ganze Frage auf das richtige Maß zurückführen, das heißt: Wir sollen auch hier schön bei der Wahrheit bleiben. Es werden die Herren von der früheren alleinigen Opposition bestätigen können (Abg. Zeillinger: Wir sind immer

**Prinke**

bei der Wahrheit geblieben!), daß ich in allen meinen Reden — ich rufe Sie als Zeugen auf — immer wieder von diesen Dingen gesprochen habe und daß wir nicht Flickwerk machen wollten, sondern daß wir in erster Linie darauf bedacht waren, wirklich eine Sanierung des ganzen Komplexes herbeizuführen.

Aber dazu gehört ja neben dem Assanierungsgesetz und dem Bodenbeschaffungsgesetz auch ein ordentlicher Städteplan. Wie sollen denn in Zukunft die Städte aufgebaut werden? Vielfach werden die Gelder, die wir heute verbauen, nutzlos verbaut sein, weil in wenigen Jahren unsere Straßen dem großen Verkehr gar nicht mehr werden entsprechen können. Dazu gehört also eine entsprechende Raum- und Verbauungsplanung, um unsere Städte wirklich sanieren zu können. (Abg. Ing. Scheibengraf: Das verlangt der Städtebund schon seit 15 Jahren!) Ja, das stimmt, aber es ist leider nichts geschehen. Das liegt ja nicht in der Macht des Bundes, sondern es liegt in erster Linie in der Hand der Länder und Gemeinden, die den Städteplan aufbauen müssen, die festlegen müssen, wie in Zukunft die Städte saniert werden sollen.

Es war heute gar nicht meine Absicht, hier zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, weil sie mir schon lange überdrüssig sind, weil wir schon so lange davon reden, uns schon lange damit plagen und weil es trotz der Toleranz, die Sie, wie Sie immer wieder sagen, uns gegenüber aufgebracht haben, nicht möglich war, hier auch nur ein Stück weiterzukommen.

Schließlich haben Sie den Antrag, der im Finanzministerium erarbeitet wurde, als Ihren Antrag eingebracht. Er brachte nicht die Lösung, die wir uns vorstellen. Wenn wir nun im Sinne der Regierungserklärung darangehen wollen, in wirklich sozialem und gerechtem Sinn auch den Wohnungsbau und die Frage der Wohnung überhaupt zu regeln, dann, meine Damen und Herren, sollten Sie uns dafür dankbar sein. Wir werden Sie gar nicht zwingen, dafür die Verantwortung zu übernehmen. Wir sind bereit, auch das vor dem österreichischen Volke zu vertreten, denn was wir heute hier auf dem Wohnungsmarkt feststellen, ist ein Skandal, der zum Himmel schreit. Und diesen Skandal abzubauen wird unsere erste und vornehmste Verpflichtung sein. (Beifall der ÖVP. — Abg. Horr: Sehr richtig: Skandal! Das erste richtige Wort!)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächster Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ulbrich das Wort.

**Abgeordneter Ulbrich (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Bevor ich in die Diskussion über

die Regierungserklärung eingehe, erlauben Sie mir auf Grund der abgelaufenen Debatte einiges zu sagen, und zwar gerade deswegen, weil hier das Wort über das Jahr 1934 fiel. (Abg. Hartl: Schon wieder! Hört doch einmal auf! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen. — Ruf: Da habt ihr angefangen, eure Vorfahren haben angefangen! — Abg. Horr: Hartl, sei ruhig! Du bist ein gewöhnlicher Schnapper gewesen! Erinnere dich!)

Ich erinnere mich an eine österreichisch-britische Sommerschule des ÖGB in Neuwaldlegg, an der Ihr Herr Generalsekretär Dr. Withalm mit Dr. Pittermann eine Diskussion über die österreichische Demokratie abwickelte. Dort stand ein Mann der britischen Labour Party auf und fragte Herrn Dr. Withalm, wie sich die Österreichische Volkspartei zu den Ereignissen des Jahres 1934 stelle. Und Ihr Herr Dr. Withalm hat erklärt: Wir wollen über das Jahr 1934 das Tuch des Vergessens legen! (Abg. Hartl: Ja! — Abg. Prinke: Wir haben es immer gewollt!) Ja, es ist sehr leicht, das Tuch des Vergessens über das Jahr 1934 zu legen, wenn man auf der Seite stand, die die anderen aufgehängt hat. (Abg. Mayr: Wer hat begonnen? — Abg. Prinke: Sie haben die Leute aus den Betrieben hinausgeworfen! Ihr habt angefangen! — Ruf bei der SPÖ: Wer hat geschossen in Linz? — Weitere stürmische Zwischenrufe.) Das nehmen Sie freundlich zur Kenntnis! Sie waren es und nicht wir! (Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.) Sie sind sehr erregt, meine Herren, wenn man Ihnen die Wahrheit sagt. Sie müssen es lernen, sie zu vertragen. Ich rede als Sprecher der Opposition und habe gar keine Ursache, Ihnen liebzudienen, meine Herren. Nehmen Sie die geschichtliche Wahrheit zur Kenntnis und warten Sie darauf, was ich Ihnen noch zu sagen habe! (Abg. Dr. Kummer: Doch nicht soviel Öl ins Feuer gießen, Kollege Ulbrich!)

Ich habe mich damals zum Wort gemeldet und Herrn Dr. Withalm folgendes gesagt: Wir sind bereit, über die Ereignisse von 1934 die Hand der Verständigung und der gemeinsamen Arbeit zu reichen. (Abg. Hartl: Das wurde gemacht!) Ich glaube, Sie können nicht bestreiten, daß das geschah, denn von 1945 bis zur gegenwärtigen Zeit standen die Gegner von 1934 gemeinsam in einer Regierung, gemeinsam an der Arbeit. Für wen? Für Österreich! Wollen Sie vielleicht bestreiten, daß diese 20jährige Tätigkeit von Erfolg war? (Abg. Hartl: Das hat aber mit 1934 nichts zu tun! Nehmen Sie das zur Kenntnis!) Und ob es damit etwas zu tun hat! Herr Kollege Hartl! Ich kann mir vorstellen,

**Ulbrich**

daß Ihnen das sehr weh tut. (Abg. *Mayr: Aber Kreisky hat selber gesagt: Ihr habt erst lernen müssen, die rot-weiß-rote Fahne zu achten!*)

Es wird Ihnen gleich noch etwas weh tun. Sie haben uns in der Auseinandersetzung dieses Wahlganges beschuldigt, daß wir die Partner der Kommunisten in der Volksfront sind. (Abg. *Hartl: Stimmt auch!*) Gestatten Sie mir eine Frage: Wo war der große Teil von Ihnen im Jahre 1950, als Wiens Arbeiter und Angestellte standen für Österreichs Demokratie, für diese Republik? Wo waren Sie denn? (Widerspruch und Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. *Glaser: Unter Führung von Olah!*) Versteckt haben Sie sich aus Angst vor den Russen. (Abg. *Hartl: Seien Sie nicht so frech!*) Ich kann feststellen, was ich will. Ich habe das Recht, hier als Abgeordneter zu sprechen. Ich habe das Recht, hier die Wahrheit zu sagen. (Rufe bei der ÖVP: Die Wahrheit! — Abg. *Schreiner: Wo ist Landeshauptmann Figl gewesen?* — Abg. *Glaser: Wenn schon 1950, dann den Olah nicht vergessen!*) Aber, lieber Kollege Glaser, was geht uns Olah an? Wir konnten die Frage Olah bereinigen (Heiterkeit bei der ÖVP), wir konnten in unserer Partei die Frage Olah, so schmerzlich es für uns war, bereinigen. Versuchen Sie, in Ihrer Partei ähnliches zu tun. (Abg. *Dr. Withalm: Haben wir nicht!*) Ich bringe Ihnen gleich ein Beispiel. Erinnern Sie sich an die Gespräche, die es hier gab. Sie waren darüber sehr empört, aber ich muß Ihnen um der Wahrheit willen doch einiges noch sagen beziehungsweise fragen: Haben Besprechungen zwischen Ihrer Partei und dem Kommunisten Fischer stattgefunden? Ja oder nein kann da nur die Antwort sein! (Abg. *Probst: Was macht der Olah beim Klaus, bei eurem Obmann?* — Abg. *Dr. Withalm: Wir leben in einer Demokratie!* — Abg. *Probst: Dann halten Sie uns den Olah nicht vor!* — Zahlreiche Zwischenrufe.) Haben Sie stattgefunden, oder muß ich einen Zeugen anrufen, der hier im Hause ist? (Abg. *Marwan-Schlosser: Gemeinsam fraktioniert damals!*)

Fragen Sie Herrn Dr. Gorbach, ob es die Wahrheit ist, was ich sage. (Abg. *Hartl: Als über was gesprochen wurde?*) Sie haben darüber gesprochen, daß Sie mit der KP eine Regierungskoalition gegen die Sozialisten machen. (Abg. *Mayr: Das ist eine Verleumdung!* — Abg. *Hartl: So naiv können nur Sie reden!* — Abg. *Fachleutner: Fragen Sie Ihre Kollegen, ob Broda Mitglied der Kommunistischen Partei war!* — Abg. *Sie den ehemaligen Justizminister, ob er Mitglied der Kommunistischen Partei war!* — Ein Teil der ÖVP-Abgeordneten verläßt de-

monstrativ den Sitzungssaal.) Es tut Ihnen weh, ich kann es mir vorstellen. Aber ich kann Ihnen nicht helfen, Sie haben uns während der Wahlkampagne nicht freundlicher behandelt, tut mir leid.

Ich kann Ihnen auch sagen, wie Sie in Ihren Zeitungen teilweise die Beschuldigungen widerufen mußten, daß Minister Broda Vereinbarungen mit Herrn Muhr getroffen hätte. Nachher haben Sie dann in der Zeitung geschrieben, das sei eine falsche Information gewesen. Im Wahlkampf haben Sie es aber behauptet und verwertet.

Ich hätte diese Sprache nicht gesucht, wenn man hier vorher entsprechend anders geredet hätte. Ich bin kein Freund solcher Auseinandersetzungen, das können Ihnen einige Ihrer Parteifreunde bestätigen, die mit mir woanders zu tun haben. (Abg. *Dr. Kummer: Ich bin sehr verwundert über diesen Ton!*) Wundern Sie sich ruhig! Lieber Dr. Kummer, Sie haben doch Ihren eigenen Kummer, lassen Sie doch mich in Frieden. (Abg. *Altenburger: Gehen wir auf das Hauptgeleise, nicht auf das Nebengeleise!*)

Nun möchte ich zu der Regierungserklärung kommen. Die Regierungserklärung hat elf Punkte. Diese elf Punkte beschäftigen sich mit der EWG, mit dem Südtirol-Problem, mit den Wirtschaftswachstumsgesetzen, mit dem Lohn- und Einkommensteuerrecht, mit dem Sozialrecht, mit der Wohnungswirtschaft, mit der Strukturpolitik für zurückgebliebene Gebiete, mit dem Energieplan, mit dem Kohlenbergbau, mit der verstaatlichten Industrie, mit der Sanierung der ÖBB, mit der Aufbringung zusätzlicher Mittel und im elften Punkt mit der Regelung des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens.

Mir fehlt der Punkt 12 in Ihrer Regierungserklärung, nämlich die Frage: Was ist mit der Regelung der Gehaltsprobleme des öffentlichen Dienstes? Hat man sie vergessen, oder ist das Versprechen des Herrn Kanzlers in Vergessenheit geraten, das er im November dem Herrn Bundesrat Gasperschitz gab? Er hatte erklärt, die Österreichische Volkspartei werde sich voll und ganz einsetzen, um diese Frage zu lösen. Da müßten wir annehmen, daß in einer Regierungserklärung der Österreichischen Volkspartei, die die regierungsführende Partei ist, zumindest ein Hinweis enthalten ist. Das fehlt uns! (Abg. *Dr. Withalm: Es wird noch verhandelt, Herr Kollege!* — Abg. *Fachleutner: Das braucht man doch nicht hineinzuschreiben!* — Abg. *Dr. Withalm: Das ist doch in Verhandlung!*) Herr Dr. Withalm, es ist nichts in Verhandlung. (Abg. *Dr. Withalm: Sie wissen das ganz genau!*) In Verhandlung ist eine Lösung für 1966 mit einer Überbrückungshilfe gewesen. Wir haben

**Ulbrich**

dem Herrn Kanzler einen Brief wegen der Lösung des Problems für 1966 geschrieben. (Abg. Dr. Withalm: *Es werden jetzt die Verhandlungen mit der neuen Regierung aufgenommen! Das braucht man doch nicht in das Regierungsprogramm hineinzuschreiben!*) Aber das hätten Sie ganz gut hineinschreiben können. Die öffentlich Bediensteten hätten von Ihnen und Ihrer Partei erwartet, nachdem sie mit ihrer Stimmenanzahl für Sie entscheidend sind, daß man eine Regierungserklärung nicht ohne Behandlung dieses Problems herausbringt. Wir werden dafür sorgen oder es den Leuten sagen, daß die Regierung Klaus II in ihrem Regierungsprogramm für diese Frage keinen Platz hat. Es tut mir leid. (Abg. Dr. Withalm: *Fragen Sie Ihre Unterhändler, die mit uns verhandelt haben! Diese zehn Punkte waren abgesprochen zwischen ihnen und uns! Es wurde von ihnen nicht verlangt, daß ein solcher Passus aufgenommen wird! Das ist vollkommen klar!* — Abg. Probst: *Für das, was fehlt, haben wir die Schuld!*)

Wir haben Herrn Bundeskanzler Klaus am 13. April 1966 einen Brief geschrieben und haben ihn im Namen des Verhandlungsausschusses der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf die Situation aufmerksam gemacht. Wir haben in diesen Brief hineingeschrieben, daß es sich um entscheidende dringliche Fragen handelt. Wir stehen beim öffentlichen Dienst vor der Notwendigkeit dieser Lösung. Es geht nicht allein darum, daß Sie diese Frage für 1966 lösen. In diese Regierungserklärung hätte hineingehört, daß in der Regierungszeit Klaus das Gesamtproblem zur Lösung kommt. Das ist Ihnen doch nicht unbekannt. Man kann nicht infolge einer Frage, die jedes Jahr auf Grund der Gesamtentwicklung auf dem Preis- und Lebenshaltungskostensektor neu entsteht, das große Problem übersehen. Das fehlt uns in Ihren Ausführungen.

In dem Regierungsprogramm wird geschrieben, daß im öffentlichen Dienst eine Leistungssteigerung forciert werden soll, um entsprechende Leistungslöhne zu bringen. Ich möchte Ihnen nur an einem Beispiel aus dem Bereich der Österreichischen Bundesbahnen zeigen, was Leistung heißt.

Wir haben im Zeitraum 1. Oktober bis 1. April ein Plusstundenkontingent von nahezu 1,7 Millionen Stunden erarbeitet. Wir müssen aber heute noch immer darum streiten und ringen, daß diese Mehrleistung auch bezahlt wird. Der Herr Finanzminister erklärt uns nämlich immer wieder, es sei nicht möglich, diese Summen im Budget unterzubringen. Wenn diese Leistung vollbracht wird, dann

sollte sie von der ÖBB-Verwaltung vom eigenen Sektor, aus den Budgetmitteln bezahlt werden!

Sie fragen uns: Woher sollen wir das alles nehmen? — Dafür wird in Zukunft die Regierung Vorsorge treffen müssen.

Das Gehaltsrecht 1966 ist ein Problem. Die zweite Frage ist die Abgeltung der Plusstunden. In ihr steckt die gesamte Problematik unserer Nebengebühren, die seit dem Jahre 1960 nicht bewegt werden konnten.

Nun zum allgemeinen Problem des Gehaltsrechtes. 1956 hat man ein Gehaltsgesetz gemacht, 1957 haben wir es hundertprozentig durchgesetzt. In der letzten Sitzung in diesem Haus habe ich bei der Diskussion über die Überbrückungshilfe darauf verwiesen, daß es eine Dringlichkeit sei, diese Frage zu klären.

Wenn Herr Dr. Hauser von der Bundeswirtschaftskammer meint, er müsse uns sagen, wie wir die Lohn- und Gehaltspolitik machen sollen, dann muß ich ihn freundlichst bitten, bei seinen Agenden zu verbleiben. Wir können der Bundeswirtschaftskammer auch sehr wenig Ratschläge und Hinweise geben. Sie machen ihre Politik nach dem Grundsatz der größten Gewinne für die kleinste Zahl in Österreich. Wir machen unsere Politik: Die besten Löhne und die höchsten Löhne für jene, die an der Arbeit für Österreich den entscheidendsten Anteil haben. Da müssen wir einen Weg finden, und das ist sehr problematisch.

Es tut uns sehr leid: Ich habe bei der Regierungserklärung des Herrn Kanzlers auf meinem Platz sehr gut aufgepaßt. Ich habe die Regierungserklärung durchgelesen. Ich stelle noch einmal fest, daß die Regierung Klaus II in ihrer Regierungserklärung die öffentlich Bediensteten in ihrer Gesamtheit vergessen hat.

In dieser Regierungserklärung wurde noch eine Frage aufgegriffen: das Problem des Personalvertretungsrechtes des öffentlichen Dienstes. Ich möchte hiezu folgendes sagen: Wir anerkennen es, daß es darin enthalten ist, aber es müßte der Beisatz hinzugefügt werden, daß das Personalvertretungsgesetz zumindest an die Grundsätze des Betriebsrätegesetzes angepaßt wird. Ich halte es nämlich für unmöglich, daß nur die öffentlich Bediensteten in ihrem Betriebsmit spracherecht schlechter gestellt werden als die in der Privatwirtschaft Beschäftigten.

Ich muß aber auf zwei Dinge besonders aufmerksam machen, weil sie mit den Betrieben zusammenhängen: das ist die Post, das ist die Eisenbahn. Bei der Post gibt es eine provisorische Personalvertretungsvorschrift. Sie ist seit 1949 wirksam, im Zusammenhang mit dem Erlaß des Altkanzlers Figl, und bei

**Ulbrich**

den Eisenbahnen gibt es eine Personalvertretungsvorschrift seit dem Jahre 1946, die in Verhandlungen der Gewerkschaft der Eisenbahner mit dem Alliierten Rat wirksam wurde. Ich weiß, daß die niederösterreichische Landesregierung am 21. Juli des vergangenen Jahres diese Personalvertretungsvorschrift an den Verfassungsgerichtshof herantrug, um die verfassungsrechtliche Richtigkeit überprüfen zu lassen.

Ich möchte folgendes sagen: Wir Eisenbahner sehen in unserem Personalvertretungsrecht eine Grundlage für die Mitsprache in diesem Betrieb. Der neue Bundesminister, Herr Doktor Dipl.-Ing. Weiß, hat diese Woche die Geschäfte im Ministerium übernommen. Bei seinem Amtsantritt erklärte er, wie ich zu seiner Ehre sagen muß, er anerkenne die Gewerkschaft, er anerkenne die Personalvertretung. Und wir haben ihn der Loyalität, der Zusammenarbeit als Gewerkschafter und Personalvertreter versichert.

Wir sagen das ganz bewußt, weil wir wissen, daß Kräfte am Werk sind, die die Dienstvorschrift A 4 zum Teil aufheben wollen, weil wir wissen, daß Bemühungen bestehen, bestehendes Recht, das seit mehr als 20 Jahren angewendet wird, zum Teil aufzuheben und unwirksam zu machen. Ich werde Ihnen dann am Ende meiner Ausführungen sagen, warum das gewünscht wird.

Ich bringe hier nur den Beschuß des Zentralausschusses der Eisenbahner zur Kenntnis, der lautet: „Der Zentralausschuß der Bediensteten der ÖBB steht voll und ganz hinter den Bestimmungen der Dienstvorschrift A 4 und ihrer Wahlordnung, wie sie 1946 grundsätzlich beschlossen wurde und gegenwärtig rechtsgültig ist.“ — Diesem Antrag wurde von allen Fraktionen zugestimmt.

Ich bekräftige das noch weiter mit dem Beschuß der Resolution unseres Gewerkschaftstages, in der es ausdrücklich heißt: „Allfällige Sanierungsmaßnahmen bei den ÖBB“ — die kommen ja jetzt nach dem Memorandum Ihrer Partei zum Tragen —, „gleich welcher Art, dürfen in keinem Falle die Rechte des Personals, vor allem auf zeitgemäße Besoldung, schmälern. Das Mitspracherecht der Personalvertretung muß unter allen Umständen gewahrt bleiben.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen mit den Stimmen der christlichen Gewerkschafter, mit den Stimmen der kommunistischen Gewerkschafter und mit den Stimmen der sozialistischen Gewerkschafter.

Unser Ersuchen bei diesen Verhandlungen geht dahin, daß man nicht ein Gesetz formt und meint, man könne mit einem Betriebsvertretungsgesetz die Personalvertretung des

gesamten öffentlichen Dienstes erfassen. Dazu sind die Materie und die Verpflichtungen grundsätzlich zu verschieden. Sie können den Betrieb bei den Bundesbahnen nicht mit dem Unterrichtsministerium oder mit dem Außenministerium gleichstellen. Daher unser Ersuchen, dem Rechnung zu tragen. In diesen Personalvertretungsrechten wird nichts anderes dokumentiert, als was der Österreichische Gewerkschaftsbund auf seinem 5. Bundeskongreß beschlossen hat: Mehr Mitbestimmung dem arbeitenden Menschen bei der Führung und Lenkung der Betriebe!

Es gibt noch eine Aufgabe, die bis jetzt ebenfalls nicht gelöst wurde, die ich schon zweimal anführte, die ich jetzt ein drittes Mal aufzeige und wozu ich ein Beispiel bringen werde. Es ist das Erfordernis der gesetzlichen Unfallversicherung im öffentlichen Dienst. Sie ist in keiner Art und Weise in der Regierungserklärung erwähnt und auch nicht aus ihr herauslesbar. Wenn wir diese Forderung vertreten, hat das einen Grund.

Das Pensionsgesetz 1965, das mit dem 1. Jänner 1966 seine Wirksamkeit erhielt, wurde in diesem Hause beschlossen. Damals verwiesen wir auf die Notwendigkeit dieser Unfallversicherung. In dem jetzt schon wirken den Gesetz finden sich Normen, die bereits für Menschen Wirksamkeit haben, die während der Zeit vom 31. Dezember 1965 bis jetzt in den Ruhestand gegangen sind. Vielleicht ist es nicht gleich erfaßbar, welche Wirkung das hat. Ich werde Ihnen das aber an einem Beispiel zeigen.

Ein öffentlich-rechtlicher Beamter, der im 15. Dienstjahr einen Unfall erleidet und infolgedessen aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet, erhält keine Unfallversicherungsleistung, er erhält einen Anteil vom Hundertsatz seines Gehalts. Das sind für die ersten zehn Jahre 50 Prozent, für das laufende Jahr 2 Prozent; in dem Beispiel sind es für fünf Jahre 10 Prozent, insgesamt 60 Prozent. Aber 60 Prozent von 80 Prozent des Vollanspruches, das heißt, der Mann geht mit weniger als der Hälfte seines Einkommens in den Ruhestand! Wenn man dann noch die Anrechnung herbeiführt, die im Pensionsgesetz mit zehn Jahren vorgesehen ist, so kommen wir auf 64 Prozent seines vollen Verdienstes.

Wir ersuchen daher die Bundesregierung, dieses Unfallversicherungsgesetz, das ein entscheidender Bestandteil für den öffentlich-rechtlichen Dienst ist, ehestens einer Verabschiedung zuzuführen und, ehe sie das tut, die Verhandlungen mit den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in dieser Frage aufzunehmen, damit wir erkennen

**Ulbrich**

können, ob alle Notwendigkeiten der Sicherung für die in diesem großen Rahmen Beschäftigten gegeben sind.

Es kämen dazu noch das Problem der Schadenshaftung und die Frage der Neugestaltung des Dienstrechtes. Ich möchte zu letzterem sagen: Die Dienstpragmatik des öffentlichen Dienstes ist aus dem Jahre 1914, die Lehrerdienstpragmatik aus dem Jahre 1917 und die Dienstordnung der Eisenbahner aus dem Jahre 1898. Ich glaube mit Recht sagen zu können, daß keine dieser Vorschriften den heutigen Zeiten mehr entspricht. Trotzdem ist man noch nicht dazu gekommen, diese Fragen zu klären, eine Aufgabe, von der wir meinen, daß sie während der Legislaturperiode dieser Regierung unbedingt geklärt werden müßte.

Der Punkt 10 der Regierungserklärung lautet: „Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen, Aufbringung zusätzlicher Investitionsmittel für die Österreichischen Bundesbahnen im Jahre 1966“. Ich darf dazu sagen, daß besonders diese Frage im vergangenen Jahr, als das Problem des Budgets auftrat, von großer, ja von entscheidender Bedeutung war, als der damalige Bundesminister für Verkehr für das laufende Jahr 1966 eine Erhöhung seiner Mittel um 500 bis 600 Millionen Schilling verlangte. Das wurde mit der Begründung abgelehnt, hier bau man ein Defizit ins Unermeßliche, das könne man nicht zugestehen.

Heißt Aufbringung zusätzlicher Investitionsmittel für die Österreichischen Bundesbahnen für 1966 Tariferhöhung? Das ist die Frage, die ich der Bundesregierung stellen muß. Bei den Verhandlungen im vergangenen Jahr im Herbst wurde die Forderung nach einer Tariferhöhung um rund 500 bis 650 Millionen Schilling gestellt, aber meine Fraktion hat es abgelehnt, der österreichischen Bevölkerung diese Belastung aufzuerlegen.

Nunmehr glaube ich aber zu wissen, daß damals auch ein Vorschlag vom Herrn Finanzminister ausging, und zwar dahin gehend, daß er sagte: 90 Prozent des Erfordernisses müßten aus dem Personentarif hereinkommen und 10 Prozent des Erfordernisses beim Gütertarif. Es wird mir sogar bestätigt.

Herr Minister Weiß hat bei der Pressekonferenz zur Sanierung der ÖBB und zur Verringerung des Defizits ausgeführt, daß beides nicht in einem Zug vor sich gehen kann. Er sagte: „Ich werde von einem von den Bundesbahnen unabhängigen Expertenteam die Gebarung überprüfen lassen.“

Da haben Sie den ersten Erfolg unserer Worte hier in diesem Hause. Vorerst hatte der Herr Finanzminister verlangt, daß die Überprüfung

der Österreichischen Bundesbahnen durch ein ausländisches Expertenteam zustande kommen soll. Weil wir uns dagegen als Interessenvertretung der Eisenbahner gewehrt haben, kam die Erkenntnis, daß man vielleicht auch die entsprechenden Fachleute in Österreich hätte. Wir möchten nur bitten, wenn eine solche Kommission eingesetzt wird, daß man wirklich sachlich und fachgerecht an die Arbeit geht.

Es hat hier ein Abgeordneter, ich glaube, es war Herr Abgeordneter Dr. van Tongel, auf das hingewiesen, was der Wirtschaftsfachmann Professor Nemschak erklärte: Das Problem „Sanierung der ÖBB“ ist kein Problem einer Regierung, das in einem Jahr lösbar ist. Sie haben es sich hier in Ihrer Erklärung der besonderen Dringlichkeiten sehr kurz und bequem gemacht: Sie erachten es als Ihre besondere Aufgabe, die Probleme einer raschen, konkreten Lösung zuzuführen und ehestens die entsprechenden Regierungsvorlagen vorzulegen. Sie müssen aber bei fachlicher Prüfung erkennen, daß Sie gar nicht imstande sein werden, diese Gesetzesvorlagen und dergleichen ehestens dem Hause vorzulegen, weil der Fragenkomplex in seiner Wirksamkeit derart groß und von Bedeutung für die gesamte Wirtschaft ist, daß man ihn nur lösen kann, wenn man das alles ohne Streben nach politischer Macht, ohne den Versuch, dieses Unternehmen politisch auszunützen, überprüft. Als ich das damals in diesem Hause erklärte, da waren Sie nicht der gleichen Meinung. Heute mußten Sie sich von anderer Seite aus überzeugen lassen.

Herr Generalsekretär Withalm hat vormittag gesagt, den Weg, wie die Regierung zum Erfolg kommt, müsse man ihr überlassen. Nun haben Sie als Österreichische Volkspartei in der Frage der Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen ein Memorandum herausgegeben, das sich in zwei Teile gliedert. Der erste Teil bringt einen Abriß über die Ereignisse in der Ersten Republik, schildert den Wirtschaftskörper in den günstigsten Farben, die es überhaupt gibt, und ich glaube, bei diesem Memorandum ist unser neuer Herr Minister Weiß Pate gestanden.

Ich möchte nur sagen: Ich weiß nicht, wo die Ursachen liegen, daß manches von dem, was in dem Memorandum steht, mit der Tatsache nicht übereinstimmt. Vielleicht ist ein Irrtum unterlaufen. Vielleicht verschweigt man absichtlich diese Frage, denn der Herr Bundesminister Weiß wird mir zugeben, daß der Name „Wirtschaftskörper“ im Bereich der ÖBB und ihrer Bediensteten nicht gerade den besten Anklang hat. Warum denn nicht? wird die Frage sein, die jeder stellt. Ich werde versuchen, sie zu beantworten.

**Ulbrich**

Der Wirtschaftskörper der ÖBB wurde im Jahre 1924 gegründet. Alles, was bis zu diesem Abschnitt als Belastung der Staats-eisenbahnen auf dem Pensionssektor entstand, wurde vom Bund übernommen, und dieser Betrieb vollkommen sauber, ohne Belastung, ohne Schulden, kann man sagen, hergestellt.

Ich habe eine Aufstellung aus Ihrem Memorandum genommen vom Jahre 1931 bis 1937, wo Sie die Defizitsummen aufzeigen: 1931: 34,1 Millionen Schilling — österreichische Alpendollar —, 1932: 32,4 Millionen Schilling, 1933: 25,8 Millionen Schilling, 1934: 20,2 Millionen Schilling, 1935: 20,4 Millionen Schilling, 1936: 45,3 Millionen Schilling, und siehe, was geschah: Im Jahre 1937 haben diese Österreichischen Bundesbahnen einen Erfolg von 4,3 Millionen Schilling! 14 Jahre waren defizitär, auf einmal ein Überschuß! Und niemand fragt, woher.

Ich gebe Ihnen die Antwort darauf: Während dieser Zeit erfolgte bei den ÖBB ein rücksichtsloser Personalabbau. 6000 Menschen wurden fristlos ausgeschieden; dazu noch die Wirtschaftskrise von damals. Sie haben damals 20.000 Ruhestandsversetzungen durchgeführt, Gehalts- und Lohnkürzungen im Zeitraum von 1929 bis 1937 im Durchschnitt um 10 Prozent, die Nachtdienstentschädigungen um 20 Prozent gekürzt, die Wirtschaftsprämien um 55 Prozent, eine Beförderungssperre wurde verfügt, ein Stillhaltejahr eingesetzt, die Zahlung eines 13. Monatsgehalts kassiert. — Fragen Sie noch, wo Sie erspart haben an dem Wirtschaftskörper? An den Eisenbahnern (*Zustimmung bei der SPÖ*), aber nicht in irgendeiner Form in der wirtschaftlichen Führung!

Und wenn jemand meint, daß nur die Konstruktion oder Umstellung vom gegenwärtigen Betrieb der ÖBB auf den Wirtschaftskörper den Erfolg bringt, dann muß ich Ihnen sagen, tut er mir sehr leid, weil da der Ernst der Überlegung fehlt. Aber in dem Memorandum, das sogar unter der Führung wesentlicher Funktionäre meiner Organisation verfaßt wurde, heißt es: Der Wirtschaftskörper ist aber keineswegs auf Kosten der Entlohnung des Personals erzielt worden. — Wer hat dann den Verlust getragen? Die Pensionen wurden gekürzt! Verstehen Sie nun die Sorge, die wir haben, wenn man uns ein Memorandum vorlegt und sagt: Erster Weg: Ein Wirtschaftskörper muß geschaffen werden! Ich sage Ihnen: Es wird bestimmt von Vorteil sein, wenn man in dieser Frage doch die Vernunft walten läßt und ehrlich und überlegt an die Arbeit geht.

Sie deklarieren immer wieder das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen. Gestatten

Sie mir einige Zahlen dazu. Von 1961 bis 1964 stieg es um 1,5 Milliarden Schilling. Da ist eingerechnet die Steigerung der Summe der Investitionskosten von rund 300 Millionen Schilling. Das habe ich schon einmal erklärt: Betriebswirtschaftlich gibt es das nicht, daß ich die wertvermehrenden Investitionen als Verlust ausschreibe. Diese Lehre wird auch auf den österreichischen Hochschulen noch nicht gelehrt. Sie ist vielleicht im politischen Leben demagogisch brauchbar, weil man damit gut Effekt macht, aber wertvoll ist das keinesfalls.

Während der Zeit des Steigens um 1,5 Milliarden sind gleichzeitig die Personalkosten der ÖBB um 1,4 Milliarden gestiegen. Ich rede noch gar nicht von den Sozialtarifen, ich spreche nicht von den Gütersubventions-tarifen, wir sprechen nicht von der Mehrbelastung der Pensionen! Kalkulieren Sie dazu noch eine rund 20prozentige Preissteigerung in diesem Zeitraum ein, und dann setzen Sie sich an den Tisch als Kaufmann und rechnen Sie uns das Defizit vor! Dann kommen Sie mit Sanierungsplänen.

Herr Professor Nemschak hat aber in seinem Referat noch auf eine Schwäche der österreichischen Wirtschaft hingewiesen, die zu lösen dieser Regierung auch nicht erspart bleibt, nämlich auf die Frage der Subventionen in der Landwirtschaft, die von 950 Millionen auf 3 Milliarden angestiegen sind. Da schreibt man nicht darüber, das akzeptiert man selbstverständlich. (*Abg. Scheibenreif: Ein Krügel Bier! — Ruf bei der ÖVP: Sie kommen dem Konsumenten zugute!*) Zugegeben, daß sie notwendig sind, zugegeben, daß damit dem österreichischen Volk günstigere Möglichkeiten auf dem Preissektor geboten werden. Aber was für den einen gut ist, das müssen Sie für den anderen als billig hinnehmen. Ich glaube, das ist bestimmt das wenigste.

Nun erlauben Sie mir, daß ich aus diesem Memorandum einige Probleme herausgreife: „Schaffung eines Bundesbahn-Sanierungsgesetzes“. Wenn der Herr Finanzminister Möglichkeiten hat, den Milliardenaufwand für die Sanierung der ÖBB zu erstellen, dann kann man ein Bundesbahn-Sanierungsgesetz in der Form gestalten. Aber wir machen aufmerksam: Ein Bundesbahn-Sanierungsgesetz, wie Sie es in der Ersten Republik gemacht haben, werden Sie in der Zweiten Republik nicht mehr realisieren können, denn das würde Ihnen, wenn Sie das nächstmal antreten, vor der Wählerschaft sehr weh tun; und Sie sind doch bereit oder bemüht, zu der nächsten Wahl als eine gute Regierung anzutreten.

## Ulbrich

Als Herr Generalsekretär Withalm vormittag gesagt hat, die ÖVP-Regierung ist bemüht, als gute Regierung vor die Wähler zu treten, ist mir Ihr Applaus abgegangen, meine Herren! Sie hätten da eigentlich applaudieren und sagen müssen: Ja, das wollen wir! Aber Sie glauben aller Wahrscheinlichkeit nach selbst nicht daran, daß Ihnen das gelingt. (Abg. Staudinger: *Mit Ihrer Geistigkeit werden Sie die nächste Wahl auch wieder verlieren!*) Das werden wir schon sehen! Reden wir nachher, Prophet sind Sie auch keiner, lieber Herr. (Abg. A. Schlager: *So wie Sie kann man es auch nicht machen!*) Ja, man kann es so machen. Ich werde Ihnen noch manches sagen, was man machen kann.

Sie schreiben: „Vereinfachung der Betriebsführung in organisatorischen Belangen“. Was meinen Sie damit? Als die Verhandlungen um dieses Memorandum noch im Schoß Ihrer Bewegung stattfanden, was war damals die Forderung der Herren der Industrie? Sie haben es später in diesem Gutachten der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft bezüglich der Sanierung dann noch einmal deklariert. Der Personalstand in seiner jetzigen Form ist Ihnen nicht genehm. Sie wollen ihn anders haben, das heißt, Sie wollen die Unsicherheit des Arbeitsplatzes in den Betrieb der ÖBB tragen, weil wir dort eine Sicherung des Arbeitsplatzes für rund 65.000 Menschen haben. Die Vorschläge der Vertreter der Industrie bei den Verhandlungen waren, daß nur jene Angehörigen der Eisenbahn, die im Verkehrsdienst tätig sind, sicherangestellt sein sollen, der Rest soll als Lohnbedienstete bei den ÖBB stehen. Das heißt für mehr als 40.000 Bedienstete der Österreichischen Bundesbahnen den gegenwärtigen Arbeitsvertrag verschlechtern. Wenn Sie nicht durchgedrungen sind, dann deswegen, weil Ihre christlichen Gewerkschafter, Ihre ÖAAB-Funktionäre erklärt haben: Das ist unmöglich und nähme ihnen die letzte Chance bei einer Personalvertretungswahl der Eisenbahner. Gewollt hat das Ihre Seite, das können Sie nicht abstreiten!

Wir wissen, was Personalpolitik ist, und ich möchte noch etwas dazu sagen. Sie haben bei den Verhandlungen um diese Regierung einen Antrag vorgelegt in der Form einer Forderung nach dem Generaldirektor-Stellvertreter bei den ÖBB. Der Herr Kanzler hat nicht gewußt, daß wir bereits zwei Generaldirektor-Stellvertreter haben. Ich weiß, daß das Bemühen um einen bestimmten Herrn der ÖBB geht. Ich sage es Ihnen: Es geht darum, dem Herrn Dr. Kalz die Position des Generaldirektor-Stellvertreters zu geben. Wenn der Herr Bundesminister Weiß meint, er sei der berufene Mann, wird er ihn ja berufen. Was

seine Parteifreunde, die im Rang höher sind als er, die in der Führung des Betriebes heute mehr bedeuten als er, dazu sagen werden, ist nicht unsere Angelegenheit. Wir werden in der Frage des Personalchefs oder Generaldirektors sicherlich einen Weg suchen.

Sie klagen in dem Memorandum über die Personalpolitik und schreiben hier, gerade im Zentraldienst sei überhaupt ein Wucher geschehen, da sei man von 2752 Köpfen auf 4256 hinaufgestiegen. Richtig, weil die gesamte Verrechnung der ÖBB zentralisiert worden ist, weil die Güterabfertigung teilweise über das Verkehrseinahmenamt kommt, weil die Wagenläufe und dergleichen mit den modernsten Rechenautomaten und Maschinen zentral registriert werden. Sie sollten erkennen: Wenn Sie rationalisieren, wenn Sie automatisieren und wenn Sie technisieren, dann räumen Sie zwar die Betriebe aus, aber die Posten in den Zentralstellen vermehren Sie. Das ist ein Gesetz der Automation. Das sollte man auch anerkennen.

Wenn Sie in Ihrem schönen Schreiben vorschlagen: „Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes auf Nebenbahnen“, dann würde ich Ihnen raten, das Gutachten der Bundeswirtschaftskammer zu lesen, das hundertprozentig unserem Standpunkt recht gibt, in dem wir erklären, man kann Nebenbahnen und ihre Führung nicht vom Standpunkt der reinen Betriebsrechnung prüfen, denn wenn Sie diese Bahnen auflassen und wenn diese Bahnen nicht entsprechend frequentiert sind, dann fehlt das wirtschaftliche Hinterland, und dann schließen Sie die in diesem Raum wohnenden Menschen vom steigenden Lebensstandard aus, dann verurteilen Sie sie, in diesem Raum seßhaft zu bleiben, wo es keine Industrie gibt, keine Möglichkeit der Arbeitsfindung. Das kann doch für eine Regierung, die wieder antreten will, nicht von Vorteil sein. Das steht also drinnen.

Wenn heute vormittag erklärt wurde, man konnte nicht einmal die Frage des Postkraftwagendienstes und des KWD der ÖBB lösen, dann müssen wir dazu sagen, daß diese beiden Bundesbetriebe verschiedene Aufgaben haben.

Wenn in Ihrem Programm die Frage der Knotenpunktpolitik enthalten ist, konstruiert aus dem sogenannten Flächenverkehr, der von Ihren eigenen Fachleuten als nicht zulänglich für den Schienenverkehr dargestellt wird — wir sprechen vom Knotenpunktverkehr, Ihre Fachleute sprechen im Memorandum vom sogenannten Flächenverkehr —, so ist das ein wesentlicher Unterschied. Wir stellen uns unter diesem Knotenpunktverkehr, wie er hier konstruiert ist, etwas anderes vor als Sie, daher diese Diskrepanz. Wenn man die Strecke

**Ulbrich**

Wien—Linz auflöst, zum Beispiel Wien—St. Pölten—Amstetten—Linz, dann könnte man auf diesen Punkten den sogenannten Knotenpunktverkehr mit dem Zug, mit dem Transport durchführen, aber der Zwischenverkehr sollte vom Kraftwagendienst erfüllt werden. Und dazu benötigen wir den KWD. Oder Sie wollen, daß der Kraftwagendienst der Bundesbahnen aufgelöst oder der Post zugeteilt wird, um die Agenden der Post zu erfüllen, dann sage ich auch, was dahintersteckt: Dann wollen Sie den Zwischenverkehr zwischen den Knotenpunkten dem freien Unternehmer, der Spedition, zuschanzen. Sie wollen den Bundesbahnen, wobei der Herr Minister Weiß froh sein wird, wenn er diese Verdienstquellen besitzt, durch die Wegnahme des KWD die Möglichkeit des Gewinnes aus diesen Transporten nehmen. Ob das Wirtschaftspolitik ist, die überlegt ist, das überlasse ich Ihrer eigenen Beurteilung.

Was schreibt man dazu? „Auch in eisenbahnkommerzieller Hinsicht ist diese Frage sehr vorsichtig zu beurteilen und zu überprüfen.“ Und deswegen sagen wir Ihnen immer wieder: Überlegen Sie sich doch dieses Problem! Gehen Sie nicht heran in dem Gedanken, hier politische Propaganda zu finden. Sie zerstören mehr, als Sie sich helfen können.

Auf Seite 21 des Memorandums ist eine Feststellung: „In der Tat weisen die ÖBB die relativ größten Pensionslasten der west-europäischen Bahnen auf. Allerdings kann nicht verhehlt werden, daß die hohen Pensionslasten nicht zuletzt auf die verfehlte Personalpolitik der ÖBB nach 1945 zurückzuführen sind, durch die Bedienstete oft weit vor Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt wurden.“

Wenn bei den ÖBB Menschen vor Erreichung ihres Pensionsanspruches in den Ruhestand gehen, dann gehen sie deswegen, weil sie auf Grund chefärztlicher Begutachtung zur Dienstleistung nicht mehr fähig sind. Rund 70 Prozent unserer Pensionisten gehen unter der Grenze von 82 Prozent des Aktivbezuges für den Ruhegenuss nach Hause. Das möchte ich bitten, festzuhalten.

Ich habe mir erlaubt, den letzten Stand der Pensionsparteien vom 1. April 1966 herauszunehmen, um Ihnen einmal ehrlich und offen zu sagen, wie das ausschaut. Bundesbahnpensionisten, Ruhegenussansprüche, also echter Ruhestandsgenuss: 33.000 — gegenüber 80.000 Bediensteten. Dazu kommen 16.000 Versorgungsgenüsse für Witwen und Waisen. Die Bundesbahnen haben in einem Zeitraum von 20 Jahren, seit 1945, insgesamt 49.000 Pensionsparteien. Und jetzt sage ich Ihnen, was wir noch zahlen. Pensionisten der vorher-

gehenden Deutschen Reichsbahn: 5.268; Pensionen für die ehemaligen Angehörigen der österreichischen Bundesbahnunternehmung: 20.613 — ich muß nicht erklären, daß da Ihre Herren die Chefs waren, ich sage nur die Namen Schöpfer, Strafella und Vaugoin, so ein passant —; Altpensionisten der ÖBB und der Südbahn: 3.500. Von rund 79.000 Pensionsparteien sind 49.000 echte Pensionsparteien der ÖBB und von ihnen nur 33.000 Ruhegenussbezieher. Sagt Ihnen das noch immer nicht, daß Ihre Politik um die Pensionsparteien falsch ist?

Und dieses Memorandum wurde von den Fachleuten der ÖVP ausgearbeitet. Das ist der Weg zur Lösung. Die Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft sagt uns wieder: Der Weg ist ja nicht gangbar. Also sagen Sie jetzt: Welchen Weg wollen Sie denn gehen? Den des Memorandums, den der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft? Von den beiden ist auf einmal gar keiner mehr gangbar. Das Allerschönste daran ist das: Auf der einen Seite haben wir die Mitarbeit unseres neuen Herrn Ministers Weiß, und auf der anderen Seite, ist mir gesagt worden, ist der Herr Staatssekretär Taus beteiligt. Die beiden Herren werden in der Frage einen Weg finden müssen, und in irgendeiner Form wird es zu einer Lösung kommen.

Nun möchte ich Ihnen aber, da Sie sehen, daß Ihre sogenannte fachliche und sachliche Beweisführung nicht so stichhäftig ist, wie Sie es tun, etwas anderes sagen.

Als ich behauptete, man greife die ÖBB aus rein politischer Überlegung an und nicht auf Grund von fachlichen und sachlichen Ursachen, da war es Herr Abgeordneter Altenburger, der gesagt hat, das sei ein Blödsinn, da war es Herr Altkanzler Gorbach, der gesagt hat, das sei unmöglich. Ich lese Ihnen aus Ihrem Memorandum etwas vor und bitte für wenige Minuten um Gehör. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Ja, das tut mir leid, ich höre auch seit 10 Uhr vormittag zu.

„Der parteipolitische Einfluß auf die ÖBB. Die sozialistischen Verkehrsminister haben in engster Zusammenarbeit mit der sozialistischen Mehrheit in der Personalvertretung dafür gesorgt, daß der politische Einfluß der SPÖ auf die ÖBB immer mehr und mehr ausgebaut und erweitert wurde.“

Wir wollen feststellen, daß die politische Mehrheit der Personalvertretung bei den Eisenbahnen auf Grund rechtmäßiger Personalvertretungswahlen alle drei Jahre gebildet wird. Ich möchte feststellen, daß die Anschuldigungen von einigen Ihrer Parteigenossen mit dem Hinweis auf Terror der Gewerkschaft und der Partei vom Herrn Dr. Kalz in der Zentral-

**Ulbrich**

leitungssitzung unserer Organisation bestritten wurden. Es heißt dann weiter:

„Im besonderen wurde den sozialistischen Personalvertretern und den sozialistischen Gewerkschaftsfunktionären ein Mitspracherecht eingeräumt, das nicht nur über das Mitspracherecht der sonstigen Personalvertretungen im öffentlichen Dienst weit hinausgeht, sondern auch im Betriebsrätegesetz keine Deckung findet.“

Der Bundeskongreß des ÖGB hat die Forderung auf mehr Mitbestimmung erhoben, weil ihm das im Betriebsrätegesetz festgelegte Mitbestimmungsrecht als zu gering erscheint. Wir haben es eben erstritten, und wir werden dieses Recht von A bis Z verteidigen.

Ich darf also sagen, was der echte Hintergrund Ihrer Sanierungspläne war: die Entmachtung der politischen Organisation, die Entmachtung der sozialistischen Gewerkschafter und die Zerschlagung der sozialistischen Personalvertretung. Ich kann Ihnen nur sagen, daß das sehr schlecht ist, was Sie tun. Bei uns intervenieren täglich viele, viele Eisenbahner und fragen: Wie sollen wir unseren Dienst leisten? Wir sagen den Menschen: Ihr müßt arbeiten, wir müssen den Betrieb erhalten, wir müssen ihn führen, denn wir brauchen die Eisenbahn für die Versorgung unserer Bevölkerung. Wenn man meint, man könne gegen die Eisenbahner deswegen Druckmittel ansetzen, weil sie sozialistisch wählen, dann wünsche ich Ihrem Herrn Minister bei seiner Arbeit sehr viel Erfolg. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kranebitter das Wort.

**Abgeordneter Kranebitter (ÖVP):** Hochgeehrte Damen und Herren des Hohen Hauses der Bundesgesetzgebung! Österreich hat wieder eine neue Regierung. Ich glaube im Gegensatz zur Auffassung des Herrn Abgeordneten Doktor Kreisky, daß es nicht eine schwache, sondern daß es eine starke Regierung werden wird.

Der Herr Bundeskanzler hat bei der Abgabe der Regierungserklärung im Namen der Regierung das Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialistische Partei Österreichs die dargebotene Hand der Österreichischen Volkspartei zum Miteinander in einer Koalitionsregierung nicht angenommen hat. Ich bin überzeugt, daß dieser Ausdruck des Bedauerns keine Heuchelei war. Ich bin überzeugt, daß man sich ehrlichen Herzens so lang als möglich bemüht hat, ein Miteinander in der Regierung zustande zu bringen. Die Österreichische Volkspartei konnte aber auch nicht einen

Verrat am Volkswillen vom 6. März dieses Jahres zulassen. Das Entgegenkommen hat Grenzen gehabt. Sie konnte nicht weiter gehen.

Ich selbst bedaure es auch aufrichtigen Herzens, daß dieses Miteinander der beiden großen Parteien in der Regierung nicht zustande gekommen ist. Ich darf Ihre Erinnerung wachrufen an die Tatsache, daß ich vor der Auflösung des Nationalrates in der vorletzten Sitzung des Hohen Hauses gesagt habe: „Österreich darf nie mehr zu einer Arena des unglückseligen Bruderkampfes herabsinken.“ Ich bin nicht gewohnt, Phrasen zu dreschen. Was ich damals sagte, ist aus meinem Herzen geströmt, und ich fühle mich gedrängt, diesen Appell heute zu erneuern. Ich bin überzeugt, daß jeder Abgeordnete — ich bin mir dieser Verantwortung und Verpflichtung bewußt — verpflichtet ist, mit allen seinen Kräften ein Diener des Friedens in unserem Vaterlande zu sein, daß jeder Abgeordnete des Hohen Hauses die Pflicht hat, mit allen seinen Kräften mitzuhelpen, daß unser Österreich ein glückliches Land der Freiheit, der Sicherheit, des Wohlstands und des Friedens bleibt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich freue mich, daß die Erklärungen der Hauptsprecher der Sozialistischen Partei Österreichs die Hoffnung berechtigt erscheinen lassen, daß diese Partei trotz der Oppositionsrolle, für die sie sich entschieden hat, bereit ist, alles fördern zu helfen, was dem Wohle des österreichischen Volkes dient. Andererseits bedaure ich es, daß gerade der Abgeordnete Ulbrich etwas gesagt hat, was dazu führte, daß Abgeordnete der Volkspartei in größerer Zahl das Hohe Haus verlassen haben. Ich fühle mich dazu gedrängt, dem Herrn Abgeordneten Ulbrich zu sagen, daß er seiner Partei keinen Dienst erwiesen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es würde der Sozialistischen Partei nicht gelingen, das Vertrauen der jungen Generation in einem größeren Umfang zu erreichen, wenn sie den Blick immer wieder zurück in die Vergangenheit lenkt, wenn sie immer wieder vom Gestern spricht. Es sollte endlich so weit sein, daß diese Vergangenheit bewältigt wird, daß wir uns voll und ganz der Zukunft und ihren Aufgaben zuwenden und daß wir bemüht sind, sie gemeinsam im Dienste Österreichs zu lösen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die österreichische Bundesregierung und Bundesgesetzgebung trägt nach wie vor auch Verantwortung für das Schicksal des Volkes von Südtirol. Der Herr Abgeordnete Doktor Kummer hat heute schon in einer sehr wertvollen Weise zum Problem Südtirol gesprochen. Ich will mich ganz kurz fassen. Ich will nur

**Kranebitter**

mit einigen Sätzen auch noch zu diesem Problem Stellung nehmen.

In der Erklärung der neuen Bundesregierung ist das Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß die intensiven Bemühungen um eine Lösung des brennenden Südtirol-Problems bisher vergeblich waren. Der Herr Bundeskanzler hat daher im Namen der Bundesregierung an die Regierung Italiens appelliert, den notwendigen Schritt zur Bereinigung dieser Streitfrage zu tun, damit ungetrübte und herzliche Beziehungen zwischen Italien und Österreich entstehen können.

Italien hat nun das österreichische Außenministerium wissen lassen — das wird den meisten Mitgliedern des Hohen Hauses nicht bekannt sein —, daß das Entstehen der Union für Südtirol in Österreich in Italien Mißfallen erzeugt habe und daß die Existenz und das Wirken dieser Union nicht geeignet sei, die Fruchtbarkeit neuer Verhandlungen zu gewährleisten.

Zu dieser Mißbilligung der Union für Südtirol durch Italien stelle ich fest: Am Zustandekommen der Union hat kein einziges Mitglied der österreichischen Bundesregierung — das gilt sowohl für die abgetretene als auch für die neue Regierung — direkt oder indirekt mitgewirkt. Ich füge dieser Mitteilung auch noch die Feststellung an: Hätte Italien den Pariser Vertrag nicht schon im ersten Augenblick seiner Existenz durch die Verschmelzung der Provinzen Bozen und Trient verfälscht oder hätte Italien unterdessen die berechtigte Forderung der Südtiroler nach Verselbständigung der Provinz Bozen in Gesetzgebung und Verwaltung erfüllt und dieser kleinen Region die zum Schutz der Volksgruppe notwendigen zusätzlichen Rechte übertragen, dann gäbe es diese große Kampfgemeinschaft der Freunde Südtirols in Österreich zur Rettung des Volkes von Südtirol von seinem Todesmarsch, wie das der verstorbene Kanonikus Dr. Gamper mit Recht bezeichnet hat, nicht.

Die Gründung der Union für Südtirol wurde von den Freunden Südtirols in Österreich aber auch als notwendig erkannt, weil Italien auch jetzt noch nicht bereit zu sein scheint, der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung in Südtirol den notwendigen Schutz im Sinne des Pariser Vertrages zu geben. Das hat die Stellungnahme zum Südtirol-Problem bewiesen, die der italienische Ministerpräsident Moro am 9. März laufenden Jahres im römischen Parlament abgegeben hat. Diese Erklärung Moros hatte folgenden Wortlaut — ich zitiere:

„Die Regierung Italiens hat alle Verpflichtungen, die ihr das Pariser Abkommen aufgelegt hat, vollkommen und loyal erfüllt. Das heißt aber nicht, daß nicht andere Maß-

nahmen im Geiste der Verfassung geprüft werden können, wenn sie sich für das fruchtbare Zusammenleben der verschiedenen Sprachgruppen in der Provinz Bozen als nützlich erweisen.“

Mit dieser Erklärung hat der italienische Ministerpräsident die Hoffnung der Südtiroler auf ein annehmbares Entgegenkommen Italiens zerstört. Diese neue bittere Enttäuschung hat in der Seele des Volkes von Südtirol das Heimweh verstärkt, das eine führende Persönlichkeit des Südtiroler Volkes vor zwei Jahren bei einer großen Versammlung von Österreichern in Klagenfurt mit folgenden Worten erschütternd zum Ausdruck gebracht hat. Diese Persönlichkeit sagte damals wortwörtlich: „Wir Südtiroler können nicht sagen, wir hätten ein Vaterland.“ Diese erschütternde Klage des Südtiroler Volkes ist eine aufrüttelnde Anklage gegen die Mächtigen der Welt. Es gibt also in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der freien Welt ein Volk, das kein Vaterland besitzt, weil man es vor 46 Jahren gewaltsam dem italienischen Staat einverleibt hat und weil die Großen der Welt dieses himmelschreiende Unrecht auch im Jahre 1946 nicht beseitigt haben, wie es das Südtiroler Volk einmütig wünschte.

Hohes Haus! Politik ist die Aufgabe, durch die Wahrung der Menschenrechte aus Unordnung Ordnung und aus Haß und Unfrieden Freundschaft und Frieden zur Entfaltung zu bringen. Die neue Regierung Österreichs ist trotz der aufgezeigten Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten und der dadurch mitbewirkten Aussichtslosigkeit vertragstreu und ehrlichen Herzens bereit, neue Verhandlungsversuche zu unternehmen. Derjenige, der als einziger Abgeordneter von den 165 Nationalräten der Union für Südtirol an maßgebender Stelle angehört, ist überzeugt, daß die Regierung Österreichs weiterhin auf dem Boden des Pariser Vertrages um eine Lösung des Problems ringen muß, daß sie dazu verpflichtet ist, unter diesen gegebenen Verhältnissen zu versuchen, Südtirol von einem Unruheherd zu einem Vermittler der Freundschaft zwischen Italien und Österreich machen zu helfen.

Aber nur die große Volksbewegung der Union für Südtirol hat die Möglichkeit und die Pflicht, schon in diesem Augenblick und von diesem Zeitpunkt an jener Lösung des Südtirol-Problems den Weg zu bereiten, die als einzige gerechte Lösung erkannt werden kann und die allein aus der Unordnung im Herzen Europas eine wahre Ordnung zu entfalten und die Südtirol von einem Unruheherd zu einem wahren Vermittler der Freundschaft zwischen Italien und Österreich zu wandeln vermag.

**Kranebitter**

Es ist dies jene Lösung, die die Heimatsehnsucht unserer Brüder und Schwestern in Südtirol erfüllt, sodaß auch sie einmal glücklich ausrufen können: Nun haben auch wir wieder ein Vaterland! (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der FPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Melter das Wort.

**Abgeordneter Melter (FPÖ):** Hohes Haus! Wenn ich heute zum ersten Mal hier das Wort ergreifen darf, so gelten meine Gedanken in erster Linie jenen Personenkreisen, die bisher durch das unterschiedliche Maß an Sozialleistungen wesentlich benachteiligt worden sind. Leider gibt die Formulierung der Regierungserklärung wenig Hoffnung, daß dieses unterschiedliche Maß beseitigt wird, daß vor allen Dingen mit allem Nachdruck daran gedacht wird, jene Bevölkerungskreise, die bisher ganz schwer benachteiligt worden sind, in kürzester Zeit an das soziale Niveau anderer Gruppen heranzuführen. Ich darf hier darauf verweisen, daß im Punkt 5 des Programms nur von einem Sozialbericht die Rede ist. Ich vermisste hier den Sozialplan, der erst die Richtlinien gibt, wie die sozialen Verhältnisse fortentwickelt werden sollen, auf daß die Gemeinschaft der Staatsbürger unter gleichen Voraussetzungen auch gleiche Leistungen und Ansprüche erhält.

Ich darf mir erlauben, nun einige Gruppen aufzuzählen, um darzulegen, wo meiner Auffassung nach die größten Mängel bestehen. Es hat wohl die Regierungserklärung einige Passagen beinhaltet, die das eine oder das andere positiv andeuten, aber „andeuten“ ist vielleicht schon zuviel gesagt.

Mir scheint es der größte Nachteil zu sein, daß, als man im vergangenen Jahr das Pensionsanpassungsgesetz beschlossen hat, nur ein Teil der österreichischen Staatsbürger Berücksichtigung finden konnte. Es fehlen erhebliche Gruppen, es fehlt die Dynamik für die Leistungen an die Familien, es fehlt die Dynamik für die Kriegsopfer, es fehlt die Dynamik für die Bauern.

Für die Familien wurde ein Ausbau des Familienlastenausgleichs in Aussicht genommen. Wie man sich diesen Ausbau vorstellt, das hat man nicht genauer ausgeführt. Ich möchte als negative Feststellung nur sagen: Wir stellen uns diesen jedenfalls nicht so vor, daß man mit nur 5 S Erhöhung hier das Auslangen finden wird.

Ich darf im Zusammenhang mit dieser Familienförderung gleich auch das Wohnungsproblem ganz kurz streifen. Die ÖVP hat unter anderem auch den Förderalismus auf

ihre Fahnen geschrieben. Ich habe vermisst, daß der Herr Abgeordnete Prinke bei seinen Erörterungen zum Wohnbauproblem darauf hingewiesen hat, daß es wahrscheinlich die zweckmäßigste Regelung dieses Problems auf Länderebene geben würde, wenn man sich dazu aufraffen könnte, die Zentralpositionen aufzugeben. Das ist unserer Auffassung nach die einzige Möglichkeit, um in absehbarer Zeit auf diesem Gebiet zu vernünftigen Regelungen nach den Bedürfnissen und Verhältnissen in den einzelnen Bundesländern zu gelangen. Wenn hier von sozialistischer Seite ein Sprecher betont hat, es wäre erschütternd, von Mieten in Sozialwohngebäuden von 800 S sprechen zu müssen, so darf ich darauf hinweisen, daß in Vorarlberg die Mieten in Sozialwohngebäuden beinahe das Doppelte betragen. Wir haben also viel mehr Anlaß, hier eine gerechte Verteilung der staatlichen Mittel an die Landeswohnbaufonds zu fordern, und wir haben zu fordern, daß man den Bundesländern die Möglichkeiten einräumt, diese Mittel in einer Weise einzusetzen, die in ihrem Bereich den größtmöglichen Erfolg versprechen und zulassen.

Nun zu den Kriegsopfern. Für die Kriegsopfer ist die Erklärung der Bundesregierung besonders enttäuschend. Die Regierung beabsichtigt, einer Reform des Leistungsrechtes ihr Augenmerk zuzuwenden. Das Augenmerk nützt den Kriegsopfern nichts. Sie haben schon jahrelang Versprechungen von den verschiedenen Koalitionsregierungen erhalten, die besagten, der Staat sei den Kriegsopfern etwas schuldig geblieben, man werde etwas für sie tun. Wir Kriegsopfer sind der Auffassung, daß der Dank des Vaterlandes nun schon jahrelang nachhinkt, daß wir mit den Leistungen, die man uns zugestanden hat, nicht zufrieden sein können.

Wir fordern hier auch einen Anschluß an die allgemeinen sozialen Verbesserungen durch Zugeständnis der Dynamisierung und durch Aufwertung jener Leistungen, die schon im Jahre 1949 denkbar niedrig und miserabel festgesetzt worden sind. Wenn die Zahl der rentenberechtigten Kriegsopfer innerhalb von 16 Jahren um etwa 40 Prozent zurückgegangen ist, so müßte bei dem Zuwachs, den das Budget in diesem Zeitraum erfahren hat, die Möglichkeit bestehen, endlich den Kriegsopfern auch angemessene und anständige Leistungen zuzubilligen.

Wie unmoralisch diese Leistungen sind, ergibt sich aus einem Vergleich mit Zahlungen nach dem Heeresversorgungsgesetz. Ich möchte hier nur zwei Zahlen nennen: Ein Kriegsbeschädigter mit dem Verlust eines Auges hat bei 40 Prozent Minderung der Er-

**Melter**

werbsfähigkeit eine Monatsrente von 90 S. Nach dem Heeresversorgungsgesetz besteht im günstigsten Fall — ich betone: im günstigsten Fall — die Möglichkeit, das 17fache an Leistung zu erhalten, nämlich 1.540,40 S. Das ist so viel, wie in der Kriegsopferversorgung ein erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter mit 100 Prozent Minderung der Erwerbsfähigkeit an Grund- und Zusatzrente, also unter Berücksichtigung seiner sonstigen Einkünfte, erhalten kann.

Wenn wir schon beim Bundesheer sind, so muß darauf hingewiesen werden, daß der Begriff der umfassenden Landesverteidigung wiederholt umschrieben wurde und daß man dabei unter anderem auch erwähnt, daß verschiedene Voraussetzungen erfüllt werden müssen, um diese Umfassung zu erreichen. Voraussetzung dafür ist meiner Meinung nach die Erziehung zur Gemeinschaft, die Gesamtverantwortung der Bevölkerung, gleiche Risiken für alle jene, die Präsenzdienstpflichtig sind, und als Schlußfolgerung gleiche Leistungen für alle, die in Erfüllung ihrer Wehrdienstpflicht oder Präsenzdienstpflicht Körperschädigungen erlitten haben.

Wie stellt man sich die staatsbürgerliche Erziehung von Präsenzdienstpflichtigen vor, wenn man ihnen sagt, daß jene, die vor der Präsenzdienstpflicht dienstpflichtig waren, nur einen Schund an Leistungen erhalten, ihnen selbst, weil sie vorläufig noch gering an Zahl sind, gesteht man größere Entschädigungen zu, die allerdings in Frage gestellt werden, wenn der Umfang an Geschädigten zunehmen wird?

Wir müssen dies umso mehr befürchten, als man wohl Bestrebungen hat, die Beschränkungen des Staatsvertrages zu beseitigen, sodaß uns die Möglichkeit der Raketenausrüstung gegeben wird, aber wir haben nirgends gefunden, daß Bestrebungen im Gange sind, das Bundesheer ordentlich auszurüsten. Wenn man daran denkt, daß Hochgebirgskompanien mit Schuhzeug versorgt sind, das innerhalb von drei Stunden in der Nässe durchweicht ist, und daß man dadurch schon während der Ausbildung eine Menge von Erfrierungsfolgen feststellen mußte, so ist das für uns der größte Nachteil. Man soll sich zuerst dort kümmern, wo man die Möglichkeiten hat, solche Nachteile zu beseitigen, und man soll sich bemühen, daß nicht Marodenkompanien und neue Kompanien von Erwerbsgeschädigten geschaffen werden. Das ist die billigste Lösung, die wir noch haben und die wir uns mindestens auch leisten können müssen.

Nun zum § 94 ASVG., den unser Klubobmann bereits erwähnt hat. Die Beseitigung dieses Paragraphen ist immer noch unser

wesentliches Anliegen. Dieser Paragraph wirkt sich genau so aus wie die Steuerprogression, wie die Überstundenbesteuerung. Er führt zu einer Belastung des Arbeitsmarktes, weil sich viele Rentner nicht entschließen können, eine ordnungsgemäße Arbeit anzunehmen und dadurch einen starken Einnahmenverlust bei der Pension in Kauf zu nehmen. Das führt zur Schwarzarbeit, das führt auch zur Einnahmenverminderung sowohl im Staatshaushalt wie auch in den Sozialversicherungsanstalten.

Wie man hört, soll der Verfassungsgerichtshof die Klage der Salzburger Landesregierung gegen die Verfassungsmäßigkeit dieses § 94 zurückgewiesen haben. (Abg. Dr. van Tongel: *Hört! Hört!*) Das Erkenntnis ist noch nicht veröffentlicht. Wie man aber weiter hört, soll dort ausgeführt worden sein, daß das besondere Treueverhältnis der öffentlichen Bediensteten durch diese besondere Pensionsregelung auch eine Anerkennung finden soll. Das schließt aber keineswegs aus, daß dieses Hohe Haus aus wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen dafür eintreten muß, daß dieser § 94 ASVG. beseitigt wird.

Nun ein Wort dem Fremdenverkehr im Zusammenhang mit der Beschäftigungslage.

Die Fremdenverkehrswirtschaft ist eine der tragenden Säulen der österreichischen Gesamtwirtschaft. Die Einrichtungen müssen den modernen Anforderungen entsprechen. Man hat hier durch Zuteilung günstiger Kredite etwas geholfen. Weiter ist aber eine besondere steuerliche Behandlung notwendig, das heißt, es müssen verschiedene Belastungen reduziert werden. Ein besonderes Problem ist die Beschaffung des notwendigen Personals, um dem Gastgewerbe die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Hier ist das Problem der Verkürzung der Arbeitszeit angezogen worden. Ich darf darauf hinweisen, daß wir durchaus damit einverstanden sind, daß die Pflichtarbeitszeit so bald wie möglich und so bald wie wirtschaftlich tragbar herabgesetzt wird. Wir müssen uns aber dagegen wehren, daß man arbeitswilligen Menschen und insbesondere auch Leuten, die praktisch im Laufe eines Jahres vielleicht nur sieben oder acht Monate beschäftigt sind, in diesem Beschäftigungszeitraum das Ausmaß ihrer Arbeitstätigkeit so wesentlich beeinträchtigt. Dies führt dazu, daß insbesondere in Grenzlagen die Fachkräfte ins Ausland abwandern und die einheimischen Betriebe gezwungen werden, alle Dienstposten doppelt zu besetzen, nur um die Betriebszeit entsprechend aufrechterhalten zu können. Das führt zu erhöhten Belastungen in der Verwaltung, das führt zu einem geringeren Einkommen der

**Melter**

betreffenden Beschäftigten, und es führt damit automatisch natürlich auch zu entsprechend geringeren Leistungen.

Hier am Rande vermerkt gehört natürlich zum Fremdenverkehr auch die Verkehrsverbindung. Wenn man nun die Pestbeulen auf der Autobahn beachtet, muß man der Meinung Ausdruck geben, daß diese zu einer erheblichen Lebensgefährdung und Gesundheitsgefährdung für alle Benutzer führen, daß in der Folge Verzögerungen im weiteren Ausbau bestehen, weil man immer mit Flickarbeiten finanziell belastet ist, und daß dadurch eben erhebliche Volkseinkünfte und Vermögen verschleudert werden. Es sollte hier mit mehr Sorgfalt und mit mehr Vorsicht gewirtschaftet werden, es sollten insbesondere die leistungsverpflichteten Firmen auch zur Einhaltung ihrer Leistungen verpflichtet werden.

Der Herr Abgeordnete Altenburger hat unter anderem auch auf die Stärke der FPÖ hier im Hause hingewiesen. Dieser Hinweis gerade im Zusammenhang mit der Zulassung einer eigenen Fraktion im Österreichischen Gewerkschaftsbund muß beleuchtet werden. Es ist bekannt, daß wir Freiheitlichen in den Arbeiterkammern und bei den Betriebsräten eine ganz beachtliche Anzahl von Mandaten erlangt haben auf Grund des Vertrauens, das uns ein Teil der unselbstständig Erwerbstätigen entgegengebracht hat.

Wenn die ÖVP, so wie bisher, die Kommunistische Partei bei der Inanspruchnahme von Fraktionen und Positionen gerade auf dem Gebiet des Gewerkschaftswesens bevorzugt berücksichtigt, so sind ihre Äußerungen in manchen Belangen etwas zweifelhaft. Wir wollen hoffen, daß Sie Ihre Auffassung bei der Besetzung und bei der Zuerkennung von Rechten auch für kleinere Oppositionsgruppen revidieren und daß Sie damit die Möglichkeiten schaffen, daß auch in anderen Gremien als hier im Nationalrat durch demokratische Verhältnisse die Fortschritte gefördert werden.

Ich darf auch an die sozialistische Fraktion, die sich nun auch in der Position einer Oppositionspartei befindet, die Einladung richten, nun den Sachverhalt zu überdenken und vielleicht auf Grund eigener Oppositionserfahrung zu dem Schluß zu gelangen, daß man auch einer anderen Oppositionsgruppe bestimmte demokratische Rechte einzuräumen hat, auch in Ihrem Vorteil, wie es etwa die Verhandlungen um das Wahlgesetz gezeigt haben.

Der ÖVP wird es auch zustehen, die lange umstrittene Arbeiterkammer-Wahlordnung nun einer Novellierung zuzuführen in einer Form, die auch den Minderheitsgruppen näherkommt, also ihren Auffassungen entspricht

und ihnen die demokratisch gleichen Möglichkeiten einräumt, bestimmte Positionen unter Berücksichtigung ihres Wähleranteiles zu besetzen. (Abg. Altenburger: Wähler können wir Ihnen nicht bringen!)

Herr Kollege Altenburger, Sie haben gemeinsam mit den Sozialisten in trauter Koalition bisher das Wirksamwerden dieser demokratischen Gruppe verhindert. Ob das klug ist, auf die Dauer gesehen, das bleibe dahingestellt. Wir jedenfalls werden uns für unsere Anhänger und für unsere Interessen immer wieder zur Wehr setzen, und wir werden schließlich und endlich auch mit Ausdauer unseren Gedankengängen zum Durchbruch verhelfen.

Nun zum Abschluß noch ein Wort zu den Bezugserhöhungen im öffentlichen Dienst. Ich habe mich etwas über die Ausführung des Herrn Abgeordneten Ulbrich gewundert, der betonte, die Regierungserklärung habe hier keine konkreten Zusagen und Termine genannt. Ich darf daran erinnern, daß vor nicht weniger als zwei Wochen unser Bundesparteiobmann Abgeordneter Peter den konkreten Antrag gestellt hat, die Bundesregierung zu verpflichten, bis Ende Juni 1966 dem Nationalrat einen entsprechenden Gesetzentwurf zuzuleiten. In der Hoffnung, sich wieder in einer neuen Koalitionsregierung installieren zu können, hat allerdings die sozialistische Fraktion einhellig, auch mit der Stimme des Herrn Abgeordneten Ulbrich, diesen Antrag abgelehnt. Man sieht, wie schnell sich Meinungen ändern können, man sieht daraus aber auch, welche Möglichkeiten nun eröffnet sind in einem Nationalrat, in welchem die Oppositionsgruppen doch wesentlich stärker beachtet werden müssen, als dies bisher bei einer Einheitsfront von ÖVP und SPÖ der Fall gewesen ist. Wir wollen hoffen, daß diese neuen demokratischen Möglichkeiten zu einer positiven Fortentwicklung insbesondere auch auf sozialrechtlichem Gebiete führen werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw (SPÖ): Hohes Haus! Ich will mich heute mit einigen Problemen der Justiz und der Kultur beschäftigen. Sie gehören irgendwie zusammen. Beide haben sie zweierlei gemeinsam: Sie gehören zu den ältesten geistigen Grundlagen der Menschheit; das ist das eine, das feste. Aber sie haben auch die Forderung in sich, daß sie sich mit der Weiterentwicklung der Gesellschaft, mit der Veränderung des Menschen selbst verändern müssen; denn so gut

**Dr. Stella Klein-Löw**

Festigkeit, Verlässlichkeit sind — und beides ist notwendig, sowohl bei Recht als auch bei Kultur —, so groß ist die Gefahr andererseits, daß, was Festigkeit war, zur Starrheit werden kann, und Starrheit schädigt die Entwicklung des Menschen und sein Fortkommen.

So will ich hier von der Justiz sprechen und von einigen Problemen unseres Gesetzeswerkes und unserer Rechtspflege. Das große Werk der Gesetzgebung muß mit der Zeit gehen. Wenn wir daran denken, daß Bestimmungen des Strafrechtes auf mehr als 150 Jahre zurückgehen, wenn wir uns in unserer Phantasie vorstellen, was sich seither in der Welt geändert hat, wie anders die soziale Entwicklung, die gesellschaftliche, aber auch die menschliche Entwicklung geworden ist, so müssen wir doch verstehen, daß eine Reform des Strafrechtes zwingend ist.

In der Regierungserklärung heißt es, „der Strafrechtsreform wird die Bundesregierung weiterhin besonderes Augenmerk zuwenden“. Ich könnte sagen, es sei vage, was hier gesagt wird, aber damit ist nichts getan. Ich möchte daran erinnern, daß der Entwurf eines Strafgesetzbuches mit Erläuterungen 1964 zur Stellungnahme an alle möglichen Stellen ausgesandt wurde. Es sind sehr umfangreiche Stellungnahmen eingegangen. Es wurden von allen Stellen, die sich mit diesen Problemen, die uns alle betreffen, beschäftigen, viele Änderungen im Entwurf vorgeschlagen. Diese Änderungen zielen auf verschiedenes hin. So darauf, daß das Gesetz noch mehr der Praxis angepaßt werden müßte, so darauf hin, daß man seine Handhabung erleichtern müßte, so darauf hin, daß man es wirksamer machen müßte.

Das Strafgesetzbuch, das Strafprozeßändigungsgesetz, das Strafvollzugsgesetz, das Militärstrafgesetzbuch, das Bewährungshilfegesetz, alle diese Vorlagen sind bereits zur Begutachtung ausgeschickt worden, sie alle bilden ein großes Gesetzeswerk. Zu diesem ausführlichen Gesetzentwurf sind also bereits Stellungnahmen erfolgt. Jetzt haben auch wir Abgeordnete diesen Gesetzentwurf bekommen, wir haben ihn studiert und wir fragen nun — nein, besser: wir erwarten und verlangen, daß das, was hier vorbereitet wird, innerhalb dieser Regierungsperiode zur Behandlung kommt.

In der Regierungserklärung, die der Herr Bundeskanzler gegeben hat, heißt es: Es handelt sich „um weltanschauliche und Gewissensfragen“, und es „wird der parlamentarischen Arbeit hier besondere Bedeutung zukommen“. Jawohl, es handelt sich hier um Weltanschauungs- und Gewissensfragen. Aber darf ich hier aus einem ganz bestimmten

gegebenen Anlaß der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, daß man nicht annimmt, daß es sich um die Fragen einer Weltanschauung und eines Gewissens, das nach einer Richtung gerichtet ist, handelt, sondern daß wir alle, wo immer wir stehen, eine Weltanschauung haben und daß wir alle Gewissensfragen haben und daß kein Gesetz, auch nicht ein Gesetz, das sich nach außen hin mit anderen Fragen beschäftigt, in einer Regierung, in der eine Partei die Regierung bildet, nach der Weltanschauung und dem Gewissen dieser einen Partei geregelt werden kann.

Ich sage das hier aus einem bestimmten Grund. Der Herr Kollege Kranebitter — ich weiß nicht, ob er hier ist — möge es mir verzeihen, wenn ich es so deutlich sage. Ich bin heute erschüttert gewesen. Ich kenne Herrn Kollegen Abgeordneten Kranebitter, und ich schätze an ihm, daß er eine sehr feste Weltanschauung und ein sehr waches Gewissen hat. Er hat gesagt, er oder sie mußten den Saal verlassen, weil ein Kollege zu einer Frage Stellung nahm in einer Weise, die ihm oder mehreren nicht paßte. Ich frage mich: Wundern Sie sich, wenn wir hellhörig sind? Wundern Sie sich, wenn wir dann fragen: Wie wird die Behandlung dieser Gesetze sein?

Wir erwarten schnellstens — ich meine nicht heute, ich meine nicht morgen, ich meine nicht in einem Monat, so etwas braucht Zeit — die parlamentarische Behandlung dieser Gesetze. Hier müssen sie abgewogen werden. Da gibt es einen Entwurf zu einem Gesetz, das bereits Herr Abgeordneter van Tongel erwähnt hat: das Fernmeldegesetz. Es war bereits im Parlament, es ist untergegangen. Man spricht so viel von der Freiheit des einzelnen. Man spricht so viel von dem Schutz dieser Freiheit. Das Gesetz gehört auch in den Justizausschuß, es soll behandelt werden. Diese Strafgesetznovelle sollte 1964, also vor zwei Jahren, noch oder schon behandelt werden.

Am 26. Oktober 1961 wurde das Bundesgesetz über die Behandlung jugendlicher Rechtsbrecher in diesem Hohen Haus beschlossen, das Jugendgerichtsgesetz. Ich habe an diesem Gesetz sehr gern mitgearbeitet, denn das Gesetz schien mir irgendwie Symptom und Symbol unseres Fortschritts und unserer gemeinsamen Arbeit. Mir schien es, daß man nach langen Verhandlungen dazu gefunden hat, zu erkennen, daß die Jugend von heute und die gesellschaftlichen Verhältnisse von heute eine andere Einstellung zu der Jugendkriminalität verlangen.

Das Bewährungshilfegesetz, eines der Stützgesetze der modernen Rechtspflege, harrt aber noch immer der Erledigung. In vielen Ländern ist dieses Gesetz eine Selbstverständlichkeit.

**Dr. Stella Klein-Löw**

Fassen Sie es doch so auf, daß es nicht nur denen hilft, die gefehlt haben und gestrauchelt sind, sondern daß es auch eine Prophylaxe ist und denen hilft, die nicht durch Verführung und Verlockung durch andere auf den schlechten Weg kommen wollen. Dieses Bewährungshilfegesetz ist eine Notwendigkeit. Wir erwarten, daß auch dieses Gesetz in der laufenden Gesetzgebungsperiode zur Verhandlung und zum Beschuß kommt.

Das Justizministerium ist unter seinen Justizministern Tschadek, Kapfer und Broda ständig einen unbirrbaren Weg zur Koordinierung der Rechtspflege gegangen. Es war ein Weg, der gemeinsames Wollen und gemeinsame Ziele verfolgte. Wird dieser Weg fortgesetzt?

Wir haben hier einen anerkannten Fachmann als Justizminister. (*Abg. Rosa Weber: Er ist nicht mehr da!*) Er wurde als unabhängiger Fachmann genannt. Wird er unabhängig sein? Wird unter dem Fachmann, Herrn Minister Klecatsky, all das weitergeführt werden? Werden wir sicher sein können, daß kein Bruch eintritt? Wie immer die Regierungen, wie immer die Ministerien sind: die Rechtspflege muß ein Ganzes sein. Broda, Kapfer und Tschadek haben Wege gewiesen, die gegangen werden können und müssen. Wir warten darauf, daß diese Wege weitergegangen werden.

Ich erinnere mich, einmal Peter Strasser, unseren lieben Freund, gehört zu haben, der bei der Behandlung eines Gesetzes gesagt hat: „Die Stimmung und Haltung der Öffentlichkeit zu Verbrechen und Rechtsbrechern sind die vorzüglichsten Anzeichen der Zivilisationsstufe eines Staates.“ Darf ich das ergänzen und sagen: Auch die Behandlung der Gesetze im Parlament sind Zeichen der Demokratie und der Anpassungsfähigkeit der Volksvertretung an die gegebenen Umstände. Der Ausspruch stammt aber nicht von Peter Strasser, er wurde nur zitiert. Ein Konservativer in England hat ihn gebraucht: Winston Churchill. Derselbe Winston Churchill aber sagte bei einer anderen Gelegenheit — ich übersetze —: „Es liegt am Richter, zu entscheiden, was richtig ist und was falsch ist, was bestraft und was nicht bestraft werden soll. Aber es liegt in der Hand der Gesetzgebung, ihm die Wege zu öffnen und ihm seine Entscheidungen möglich zu machen.“ Das erwarten wir von der Regierung.

Es wird also nicht heute und auch nicht morgen möglich sein, aber ich wiederhole, was der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung gesagt hat: „Dem Wohl des ganzen Volkes dienende Entscheidungen dürfen nicht länger hinausgeschoben werden.“

Einige dieser Entscheidungen, die nicht länger hinausgeschoben werden dürfen, habe

ich genannt. Wir werden zu warten und darüber zu wachen haben, ob diese Gesetze in unabhängigem Sinn behandelt und beschlossen werden, sodaß die Weltanschauung und das Gewissen keines von uns vergewaltigt oder verletzt werden.

Lassen Sie mich nun zur Kultur und zur Jugend übergehen. Über die Jugend steht vieles in der Regierungserklärung. Ich habe bei der Vorbereitung dieser Rede ein Zitat von Pestalozzi gefunden, das hieher paßt: „Ob ein Staat weise ist, erkennt man daran, wie er seine Zukunft baut, indem er um die Jugend sorgt. Ob er human ist, erkennt man daran, wie er zu den Älteren und Schwächeren seiner Mitbürger steht.“

Nach der Regierungserklärung scheint mir die Regierung auf den ersten Blick weise zu sein, weil sie ja viel von der Jugend spricht. Aber es ist auch eine vorsichtige Regierung, denn es wird wenig Konkretes gesagt. Und ich weiß nicht, ob sich staatspolitisch Weisheit und Vorsicht immer miteinander vereinigen lassen.

In einer Bildungs- und Konsumgesellschaft, wie es die unsere ist, spielt die Erziehung eine besondere Rolle. In ihr obliegt der Schule mehr als nur Bildung und Erziehung im gewöhnlichen Sinne. Darüber jetzt zu sprechen, erlaubt mir die Zeit nicht. In der Regierungserklärung wird von einer „modernen und hochqualifizierten Ausbildung“ gesprochen. Wir wollen hier eine Bestandsaufnahme dessen vornehmen, was in den letzten Jahren der Zusammenarbeit geschehen ist. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Das wichtigste: Die Schulgesetze, typische Gesetze der Zusammenarbeit, sind beschlossen worden. Herr Abgeordneter Peter hat hier an einem Teil der Schulgesetze sehr scharfe Kritik geübt. Das ist unser Recht und unsere Pflicht. Trotzdem sage ich, daß diese Schulgesetze eine neue Basis der Bildung geben und eine Brücke schlagen wollen.

Wir haben aber in Österreich noch immer ein starkes nieder organisiertes Schulwesen, wir haben noch immer Sackgassen der Bildung. Wir haben in Österreich noch immer zuwenig gebildete Menschen — wenn Sie das so ausdrücken wollen: richtig gebildete Menschen —, wir haben zuwenig kritisch denkende Menschen. Die Schulgesetze haben die Wege gewiesen, aber wir müssen jetzt beginnen, sie zu gehen.

Ein Beispiel: Es gibt noch immer Sackgassen. Wie wollen wir ihnen ausweichen? Es gibt viele Typen. Ich frage: Wird dieses Parlament, wird diese Regierung die Möglichkeit haben, das, was die Schulgesetze angebahnt haben, in die Praxis umzusetzen?

**Dr. Stella Klein-Löw**

Wir können aber die Bestandaufnahme auch in der Richtung erweitern, daß wir sagen: Es studieren zuwenig Menschen. Die Hochschulen sind überfüllt, und dennoch studieren zuwenig Menschen. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung ja davon gesprochen, daß um ein Drittel oder die Hälfte mehr Schüler sein werden. Ja, es studieren zuwenig Menschen, der Forschung ist in diesem Land ein viel zu kleiner Raum gegeben. Es lehren zu wenige an der Universität, zu viele unserer Lehrkanzeln sind unbesetzt, und an vielen anderen Fakultäten müssen neue geschaffen werden.

Wir werden in der nächsten Zeit das 9. Schuljahr, den Polytechnischen Jahrgang, in die Praxis umsetzen müssen. Wir werden Vorbereitungen treffen müssen, daß er nicht zu einer Lehrer-, Klassen- und Schulbau-katastrophe führt. Ich darf nur sehr bescheiden sagen: In Wien ist alles vorbereitet. In manchen Bundesländern herrscht große Angst vor diesem Polytechnischen Lehrgang. Es war lange Zeit zur Vorbereitung da, aber ich weiß, welche Schwierigkeiten vorhanden sind. Werden wir das planen? Werden wir das durchführen? Das liegt an uns. Es ist eine Forderung der Zeit.

Aber vergessen wir, wenn wir von der studierenden Jugend sprechen, nicht etwas, was ich hier noch einmal erwähnen möchte — es ist vom Kollegen Häuser ohnehin erwähnt worden —: Vergessen wir nicht die arbeitende Jugend, das moderne Berufsausbildungsgesetz, den Aufbau der Berufsschulen. Vergessen wir nicht, daß alles eine Planung haben soll und muß.

Lassen Sie mich hier im Namen meiner Partei, der Sozialistischen Partei, und in meinem eigenen Namen ein ernstes Wort zur Frage der landwirtschaftlichen Schulen sagen. Die landwirtschaftlichen Schulen halten wir für durchaus notwendig; wir halten für durchaus notwendig, daß da eine Reform kommt. Ich erinnere an die Ausführungen der Kollegin Bayer. Aber wie war es? Sind wir es, die die Mitarbeit gestört haben, die sich nicht an die Vereinbarungen gehalten haben?

Der ehemalige Minister und jetzige Vize-bürgermeister Dr. Drimmel hat eine genaue Interpretation über die Mitwirkung der Bezirksschulräte bei Ernennungen gegeben. Das niederösterreichische Diensthoheitsgesetz hat gegen den Inhalt und gegen den Geist dieser Vereinbarung einen Weg beschritten, der die Erklärung Dr. Drimms in ihr genaues Gegen-teil umkehrte. Ein Gesetz gemeinsam beraten, ein Gesetz im Geist der Zusammenarbeit gemeinsam beschließen, und, wenn es beraten

und beschlossen ist, dann in der Arbeit, die durch das Gesetz geschaffen wurde, die Vereinbarungen brechen —: das soll der Weg einer demokratischen Gesellschaft sein? Und so müssen wir sagen: Jeder, der demokratisch denkt, hätte erwartet, daß Gesetze, die man gemeinsam beschlossen hat und die durchgeführt werden sollen, in dem Geist durchgeführt werden, in dem sie beschlossen wurden.

Ich darf darauf hinweisen, um meine Ausführungen zu untermauern, daß sich der Herr Bundesminister Schleinzer, dem selbstverständlich an der Erreichung dieser Gesetze sehr viel gelegen ist, mit dem Herrn Landeshauptmann von Niederösterreich ins Einvernehmen gesetzt hat. Er hat zu verhandeln versucht. Ich darf darauf hinweisen, daß Herr Bundesminister Piffl versprochen hat, diese Frage — es wurde mir gesagt, dieses Wort wurde gebraucht — in „amikaler“ Weise zu lösen. (*Bundesminister Dr. Piffl-Perčević nicht zustimmend.*) Auch ihm ist es nicht gelungen. Also wer hat versagt?

Ich glaube, daß dieses eine Beispiel, das ich hier als einziges konkretes Beispiel erwähnt habe, wichtig ist, weil es unsere zuwartenden Bedenken untermauern soll. Wie wird es weitergehen? In welchem Geiste wird jetzt gearbeitet werden?

Wir haben hier eine Kostprobe gehabt, und wir wünschen nicht, daß dieser Kostprobe eine ganze Mahlzeit in dieser Art folgt.

Ich darf Sie daran erinnern, welche Aufgaben uns in allernächster Zeit erwarten: das Schulunterrichtsgesetz, die neue Reifeprüfungsordnung, weil ja im Jahre 1968 zum erstenmal die Matura an den Musisch-pädagogischen Gymnasien sein wird und wir dafür überhaupt keine Vorschriften haben. Es gibt viel zu tun. Wir müssen das sofort in Angriff nehmen und sofort daran arbeiten.

Wir brauchen mehr Hochschulen, wir brauchen an den Hochschulen, wie ich gesagt habe, neue Lehrkanzeln. Es liegt uns sehr daran, daß darauf geschaut wird, daß mehr Studenten und wirklich Studenten aus allen Kreisen an die Hochschulen gehen. Ich habe in der Regierungserklärung vergeblich einen direkten Hinweis auf das Studienbeihilfengesetz gesucht. Ich darf daran erinnern, daß Herr Bundesminister Piffl während des Wahlkampfes oft und oft auf die Notwendigkeit eines Studienbeihilfengesetzes hingewiesen hat. Ich darf darauf hinweisen, daß er sogar von einer Studienbeihilfenordnung für die Schüler der Oberstufen der allgemeinbildenden höheren Anstalten sprach. Wir fragen: Wo ist das Studienbeihilfengesetz?

Ich darf darauf hinweisen, daß seit längerer Zeit ein Initiativantrag der Sozialisten in

**Dr. Stella Klein-Löw**

diesem Haus liegt, der sich mit dieser Materie befaßt. Ich habe viel mit dem Studienbeihilfengesetz zu tun gehabt, und ich kann Ihnen sagen, daß dieses Studienbeihilfengesetz, das in seiner Art einzigartig, in der Welt alleinstehend ist, viele, viele Verbesserungen erhalten soll. Ich frage: Ist also das Fehlen nur ein Zufall, oder will man das Studienbeihilfengesetz nicht novellieren oder ein neues Studienbeihilfengesetz bringen? Im Namen der Sozialistischen Partei möchte ich sagen: Wir sind gewillt, bei jedem Studienbeihilfengesetz mitzuwirken und ihm die Zustimmung zu geben, wenn man dabei aus den Fehlern des ersten lernt, aber wir sind nicht gewillt, ein Studienbeihilfengesetz mitzubeschließen, wenn es Verschlechterungen für die enthält, die in den Genuss dieses Studienbeihilfengesetzes kommen sollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich erinnere daran, daß wir Lehrpläne und Studienordnungen an den Hochschulen brauchen, ich erinnere daran, daß weitgehende Vorarbeiten auf dem Gebiete der Studienordnungen gediehen sind. Ich darf aber auch hier wieder daran erinnern, daß es für uns, wenn wir von der Hochschule, von der Forschung, von der Wissenschaft sprechen, unabdingbar ist, daß an den Hochschulen Lehr- und Lernfreiheit herrscht. Sie fragen vielleicht, was Lernfreiheit ist. Obzwar mein Kollege Mark es wiederholt gesagt hat, möchte ich Ihnen nur folgendes sagen:

Ich war im September in den Vereinigten Staaten und habe Gelegenheit gehabt, an drei kalifornischen Universitäten Vorlesungen zu halten. Ich habe mir die Universitäten Amerikas genau angeschaut. Ich war nicht nur erschüttert, sondern ich war überwältigt vom Stand der Forschung. Ich weiß schon: Sie sind viel reicher als wir, aber auch im Vergleichsmaßstab war ich überrascht. Aber wissen Sie, was mich am meisten überrascht hat? Ich habe an der Universität von Sacramento, einer großen Universität in Kalifornien, eine Vorlesung über die Außenpolitik nach dem zweiten Weltkrieg gehalten. Im Anschluß daran kam es zu einer Diskussion. Ich war wirklich überrascht, wie die jungen Menschen, die dort studiert haben, alle Lehren kannten, wie sie nicht vom Standpunkt einer Lehranschauung, sondern vom Standpunkt mehrerer Lehranschauungen sprachen.

Ich dachte mir: Was dort möglich ist — ich glaube, niemand wird die Vereinigten Staaten von Amerika für ein sozialistisches Land halten —, daß über eine und dieselbe Sache in verschiedener Art vorgetragen wird, das muß doch — natürlich in verkleinertem Ausmaß — genauso hier möglich sein. Das ist doch keine fixe Idee von uns. Das heißt doch

Erziehung der Menschen zur Kritik, zur kritischen Einstellung, zum Mut zur eigenen Meinung.

Darum möchte ich mich einem Artikel anschließen, den Hochschulprofessor Strasser in der Hochschulzeitung veröffentlicht hat. Er sagt: Was unsere Hochschulen brauchen, sei erstens Studienförderung, zweitens ein Plan zum Ausbau der Hochschulen, drittens ein Finanzierungsplan, viertens Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses, fünftens Planung neuer Lehrkanzeln und letztlich Studienreform. Sehen Sie, das ist unser Programm!

Wer immer nach mir spricht, soll nicht sagen: Das können wir in der kurzen Zeit, für die diese Regierungserklärung gilt, nicht machen; verlangen Sie von der Regierung der ÖVP nicht, was die gemeinsame Regierung nicht schaffen konnte! Nein, das verlange ich nicht, aber ich verlange, daß dazu die ersten Schritte gemacht werden und daß man den ersten und ernsten Willen zeigt, hier zu einem erträglichen Zustand zu kommen.

Forschung: Ohne Forschung kein Reichtum! Ohne Forschung keine Entwicklung! Wir werden ja unterentwickelt bleiben und vielleicht unentwickelt werden, wenn wir nicht Ideen zur Forschung haben. Ein Initiativ-antrag „Forschungsrat“ liegt ebenfalls seit längerer Zeit, von den Sozialisten eingebracht, hier im Haus.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß die Zukunft unseres Staates entscheidend davon abhängt, welche Grundsätze unsere Jugend mit ins Leben bekommt. „Hier haben neben dem Elternhaus und der Schule vor allem die Religionsgemeinschaften eine wichtige Aufgabe zu erfüllen“, heißt es in der Regierungserklärung.

Wir, die Gesetzgeber, haben aber große Aufgaben zu lösen, Aufgaben von der Pflichtschule bis zur Erwachsenenbildung. Da möchte ich zu einem Problem noch ganz kurz Stellung nehmen, das uns allen sehr wichtig ist. Der Abgeordnete Dr. Pittermann, ehemaliger Vizekanzler, hat heute dazu gesprochen. Staatsbürgerliche Erziehung und Zeitgeschichte in einer Zeit, in der so viele Zeichen, die uns beunruhigen, wieder sichtbar werden, würden eigentlich in eine Regierungserklärung gehören. Hier geht es nicht um Spezialbelange der Schule, hier geht es um unseren demokratischen Staat. Weichen wir dieser Verantwortung nicht aus!

Vor allem aber wollen wir noch einmal sagen: Die Schulen sollen allen offenstehen, die Bildung soll allen offenstehen. Forschung und Lehre können nicht und dürfen nicht vernachlässigt werden.

**Dr. Stella Klein-Löw**

Man spricht heute sehr viel von dem Image, dem Leitbild, das man geben soll. Lassen Sie mich damit schließen, daß ich sage: Ein Image, ein Leitbild, kriegt die Jugend überall. Aber glauben Sie nicht, daß die Volksvertreter und die Volksvertretung ein besonderes Interesse daran haben sollten, ein solches Image, ein solches Leitbild, zu prägen? Glauben Sie nicht, daß Intoleranz, keine Achtung vor der Weltanschauung anderer von der Volksvertretung viel weiter greift als nur auf einige? Das Von-der-Vergangenheit-Reden ist weder Anmaßung noch Provokation. (Abg. Rosa Jochmann: *Sehr richtig!*) Aber das Von-der-Gegenwart-nicht-Reden, das In-die-Zukunft-Ausweichen und das Unbestimmt-von-ihr-Reden empfinde ich als Erzieherin der Jugend, als Mensch, der die Sicht doch freihält nach Europa und in die Welt, als eine böse Provokation.

Ich komme zum Schluß. Man fragt oft: Wer hat das Pramat der Bildung? Ich beanspruche es für uns. Als die Sozialistische Partei Menschen zusammenfassen versuchte, die damals völlig rechtlos waren, hat sie zwei Grundsätze aufgestellt, die heute so gelten wie damals:

„Wissen ist Macht!“ — Nicht Macht des Geldes, nein, Macht der Idee.

Und: „Bildung macht frei!“

Damit schließe ich meine Stellungnahme zu der Regierungserklärung. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weih. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weih (SPÖ): Hohes Haus! Ich darf meiner Befriedigung Ausdruck geben, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung besonders hervorgehoben hat, daß in dieser Legislaturperiode eine Finanz- und Budgetpolitik betrieben werden muß, die das wirtschaftliche Wachstum fördern und damit die Vollbeschäftigung gewährleisten soll. Im gleichen Atemzug sagte allerdings der Herr Bundeskanzler wörtlich, daß sich der Umfang des Budgets nach der Entwicklung der laufenden Einnahmen bilden muß. In diesen beiden grundsätzlichen Erklärungen sehe ich einen inneren Widerspruch und darf dies folgendermaßen erklären:

Das Bruttonationalprodukt stieg im Jahr 1965 nur mehr um 3 Prozent gegenüber 6,6 Prozent im Jahre 1964 und hat mit der Entwicklung in den westlichen Industrieländern gerade noch Schritt gehalten. Professor Dr. Nemischak hat in seinem Vortrag am 31. März jedoch festgestellt, daß die österreichische Wirtschaft rascher wachsen muß als die der anderen west-

lichen Länder, wenn unser Rückstand, nämlich der der österreichischen Wirtschaft, in absehbarer Zeit aufgeholt werden soll. Er ist der Meinung, daß selbst ein gleich starkes Wirtschaftswachstum nicht genügen würde, weil auch in diesem Fall die absoluten Unterschiede immer größer würden.

Daher ist die Forderung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und des Arbeiterkamertages nach einer Wachstumsrate von mindestens 5,5 Prozent pro Jahr mehr als gerechtfertigt.

Die Voraussetzung dazu ist in erster Linie eine ausreichende Investitionstätigkeit, welche wir seit einiger Zeit in Österreich in zunehmendem Maße vermissen müssen.

Dabei rangiert das Investitionsvolumen Österreichs, eine der wesentlichsten Voraussetzungen für ein ausreichendes Wirtschaftswachstum und für einen steigenden Lebensstandard, schon jetzt am unteren Ende der westeuropäischen Vergleiche, was eine sehr ungünstige Auswirkung für das Wachstum der österreichischen Wirtschaft eröffnet.

Zum Unterschied von der Auffassung des Herrn Kollegen Mitterer — er ist leider nicht mehr da — scheint mir die wesentliche Ursache darin zu liegen, daß es in immer stärkerem Maße weiten Kreisen unserer Unternehmer an Risikobereitschaft und an Unternehmergeist mangelt und sie sich scheuen, neue Produktionen und neue Verfahren einzuführen, wodurch, wie jeder in der Einfuhrstatistik nachweisen kann, der inländische Bedarf an hochwertigen Erzeugnissen durch Importe und nicht durch eigene Produkte gedeckt wird. Die Folge davon ist eine bedrohlich zunehmende Passivierung unserer Handelsbilanz.

Für einen weiteren entscheidenden Grund für diese Investitionsschwächen ist der Herr Finanzminister — er ist leider auch nicht mehr da — allein verantwortlich beziehungsweise seine Partei, die ihn in dieser Methode deckt. Ich meine damit das Abwürgen der Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand, und zwar nicht aus wirtschaftspolitischen Gründen — dann hätte er nämlich viel, viel mehr investieren müssen, als tatsächlich investiert wurde —, sondern aus rein parteipolitischen Gründen, um beispielsweise die verstaatlichte Industrie auszuhungern.

Diese Maßnahme, nämlich die Bindung der Ermessenskredite, hat sich auch auf einen großen Teil der übrigen Wirtschaft, wie beispielsweise die Schwachstrom-, die Starkstromindustrie, die Waggonbauindustrie und sofort, ausgewirkt. Sicherlich wurde das Wachstum dadurch gehemmt und damit die Gefahr einer steigenden Arbeitslosenzahl heraufbeschworen, ein Zustand, gegen den sich auch der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungs-

**Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs**

erklärung sehr dezidiert gewehrt hat. Ich bin der Auffassung, daß wir über das notwendige Investitionskapital in unserem Lande verfügen, wir es aber dorthin bringen müßten, wo es den höchstmöglichen Wachstumseffekt erzielt

Es wäre daher eine sehr vordringliche Aufgabe unseres Finanzministers in der Zukunft, das Geldkapital in Realkapital umzuwandeln. Die allerdings von der Bundesregierung gemachten Vorschläge scheinen mir diesen Zweck keineswegs zu erfüllen; sie sind vielmehr durch einen fundamentalen Widerspruch gekennzeichnet. Durch die Wachstumsgesetze soll nämlich einerseits der Kapitalmarkt gestärkt, andererseits die Selbstfinanzierung der Unternehmungen begünstigt werden. Man kann aber doch nur das eine oder das andere, aber beides zu gleicher Zeit nicht machen. Aber davon abgesehen führt keiner der beiden Vorschläge dazu, daß die Investitionstätigkeit in unserem Lande tatsächlich zunimmt. Dagegen verliert aber der Herr Finanzminister im Budget an Einnahmen, die die Größenordnung von rund 2,8 Milliarden Schilling erreichen werden, wie ich Ihnen jetzt in einem Beispiel darlegen werde:

Im Jahre 1964 betrugen die Bruttoinvestitionen rund 52,2 Milliarden Schilling, wovon 26,7 Milliarden Schilling auf maschinelle und 25,5 Milliarden Schilling auf bauliche Investitionen entfielen. Ziehe ich nun von den baulichen Investitionen in Höhe von 25,5 Milliarden Schilling zwei Drittel für die der öffentlichen Hand und des öffentlichen Wohnbaues ab und, um ja sicher zu gehen, noch weitere 50 Prozent von dem verbleibenden Rest, so bleiben rund 4,25 Milliarden Schilling von diesen 25,5 Milliarden Schilling über. Bei einer vorzeitigen Abschreibung von durchschnittlich 20 Prozent an baulichen Investitionen in der Industrie ergeben 850 Millionen Schilling die sogenannte Bemessungsgrundlage. Bei einer Ertragsteuer-Durchschnittsbelastung von rund 50 Prozent ergibt dies bei den baulichen Investitionen einen Steuerausfall von 420 Millionen Schilling.

Bei den maschinellen Investitionen von rund 26,7 Milliarden Schilling ergibt dies bei einer vorzeitigen Abschreibung von 40 Prozent eine mögliche Verminderung der Bemessungsgrundlage von 10,7 Milliarden Schilling. Berücksichtige ich auch noch, daß nicht alle Betriebe der gewerblichen Wirtschaft die vorzeitige Abschreibung voll ausnützen können, rechne ich mit einem weiteren Abschlag von 25 Prozent, so treten rund 8 Milliarden Schilling Gewinnkürzungen ein. Beachtet man noch, um ja nicht fehlzugehen, daß eine Verkürzung der normalen Abschreibungen durch die seinerzeitige vorzeitige AfA eintritt, und nimmt man dafür einen weiteren Abschlag von

rund 40 Prozent an, um auch hier sicher zu gehen, so verbleibt eine tatsächliche Nettoverminderung der Bemessungsgrundlage in der Ertragsteuer von 4,8 Milliarden Schilling.

Bei einer durchschnittlichen Steuerbelastung von 50 Prozent beträgt der Steuerausfall für maschinelle Investitionen daher 2,4 Milliarden Schilling. Mit den baulichen, von mir eben vorhin genannten Investitionen zusammen beträgt somit der Ausfall die von mir erwähnten 2,8 Milliarden Schilling. (Abg. Kulhanek: Wo bleibt der Mehreingang an Steuern auf Grund der getätigten Investitionen? Die würden ja sonst nicht gemacht worden sein! Das müssen Sie dazurechnen!) Herr Kollege, ich habe Ihnen ja eine derartig große Sicherheitsmarge geboten, sodaß ich bei diesen 2,8 Milliarden Schilling sehr bescheiden gerechnet habe.

Zu diesem jetzt von mir erwähnten Steuerausfall würde nun auf Grund der Wachstumsgesetze nach den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen — nicht nach meinen —, die allerdings meiner Meinung nach viel zu niedrig sind, ein weiterer Abgang von, wie das Bundesministerium selbst angibt, mehr als 1,5 Milliarden Schilling kommen. Wenn man die Dinge genau auf ebensolcher Basis durchrechnet, kommt man ungefähr zu einem Betrag von 2 Milliarden Schilling. Dieser Betrag von 2 Milliarden Schilling verringert automatisch zusätzlich die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand, wodurch wieder das Wirtschaftswachstum keine Impulse erhält, um mehr als das bestehende internationale Niveau zu erreichen. Dieses aber, wie ich bereits erwähnt habe, ist die Voraussetzung, daß wir unseren Lebensstandard an den Westeuropas angleichen können.

Was wir also in dieser Regierungserklärung vermißt haben, damit tatsächlich Wirtschaftswachstumsimpulse gegeben werden können, sind folgende Maßnahmen: Eine ausreichende Dotierung der Investitionen der öffentlichen Hand und eine Förderung der Investitionen der Privatindustrie in jenen Bereichen, die in der Lage sind, in der Zukunft einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum zu leisten.

Daher ist es meiner Meinung nach erforderlich, daß ein wirtschaftliches Konzept erstellt werden soll — diese Meinung vertritt auch der von Ihnen sicherlich sehr anerkannte Professor Dr. Nemischak —, welches einer solchen Investitionstätigkeit Rechnung trägt und ein langfristiges Budgetkonzept beinhaltet.

In meinen Ausführungen zum Budget 1965 am 14. Dezember 1964 über die Schulden- und Steuerpolitik des Finanzministers habe ich erklärt, daß der Herr Finanzminister

**Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs**

einem Autofahrer gleicht, der gleichzeitig Gas gibt und bremst. Ich muß diese meine Auffassung zurückziehen. Der Herr Finanzminister ist kein Autofahrer, der Gas gibt und bremst, er ist nur noch ein Bremser.

Hohes Haus! Die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, daß sich der Umfang des Budgets nach der Entwicklung der laufenden Einnahmen richten muß, hätte einer Regierung des vorigen Jahrhunderts alle Ehre gemacht. In der heutigen Zeit kann dieses budgetpolitische Konzept nur als archaisch angesprochen werden, weil die Folge davon ist, daß bei rückläufiger wirtschaftlicher Entwicklung auch noch die öffentliche Nachfrage gekürzt wird, weil die Einnahmen natürlich zurückgehen, obwohl man gerade in einem solchen Zeitpunkt durch Ausweitung der öffentlichen Ausgaben die Nachfrage stützen sollte. Im Falle einer überhitzten Konjunktur wird es sich gerade umgekehrt verhalten.

Nach dem uns angebotenen Konzept (*Zwischenruf bei der ÖVP*) — ich kann mich nur an die Regierungserklärung Ihres Herrn Bundeskanzlers halten — würden jedoch die Ausgaben erhöht werden, weil mehr Einnahmen zur Verfügung stehen, wenn, wie der Herr Bundeskanzler erklärte, die Entwicklung der laufenden Einnahmen entscheidend ist. Aus diesem Grunde scheint es mir sehr verständlich, daß der sogenannte Grundsatz eines währungsneutralen Budgets, den uns der Herr Finanzminister in den vergangenen Jahren nachhaltigst zu offerieren versucht hat, keinen Eingang mehr in diese Regierungserklärung gefunden hat.

Hohes Haus! In der Vergangenheit haben wir einen Kaufkraftschwund zu spüren bekommen, der im letzten Jahr sogar mehr als 5 Prozent betragen hat. Obwohl sich die Österreichische Volkspartei immer wieder als Hüterin der Währungsstabilität hingestellt hat, hat sie nichts unternommen, eine Preisstabilisierung herbeizuführen. In der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers wird die Sicherung der Kaufkraft neuerlich als oberstes wirtschaftspolitisches Ziel angegeben, ohne daß gesagt wird, wie die anhaltenden Preisauftriebendenzen tatsächlich bekämpft werden sollen. Dabei hätte es der Herr Bundeskanzler sehr leicht gehabt, wenn er auf die Vorschläge des Gewerkschaftsbundes und des Arbeiterkammertages zur Bekämpfung des Preisauftriebes zurückgegriffen hätte. Mein Kollege Häuser hat Ihnen diese Vorschläge heute sehr genau und taxativ aufgezählt. Ich glaube, es bedarf keiner prophetischen Gabe, um vorauszusagen, daß unter den gegebenen Umständen im Laufe des heurigen Jahres weitere empfindliche Preissteigerungen eintreten werden.

Nun darf ich im Gegensatz zum Herrn Kollegen Mitterer sagen, der erklärt hat, die Preissteigerungen seien durch Kostensteigerungen entstanden — das stimmt —, und durch den Rückgang der Ertragslage würde, ich will nicht sagen, ein Stopp, aber doch eine Minderung in den Lohnforderungen eintreten: Glauben Sie denn wirklich, meine Herren, daß Sie Ihre falsche Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten austragen können? Dazu werden Sie niemals unsere Zustimmung erhalten.

Die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers hat auf dem Papier alles beinhaltet, was gut und teuer ist, gibt aber gar keine Gewähr dafür, daß das Wirtschaftswachstum beschleunigt und die Kaufkraft des Schillings gesichert wird. Man könnte den Inhalt des wirtschaftspolitischen Teils der Regierungserklärung viel eher mit den Worten „Stagnation ohne Stabilität“ überschreiben.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir nun, daß ich mich einem anderen Themenkreis der Regierungserklärung zuwende, nämlich der Landwirtschaft. Bevor ich aber dazu Stellung nehme, darf ich Ihnen einen Zeitungsartikel zur Kenntnis bringen, der meines Erachtens sehr aufschlußreich ist und zahlreiche Rückschlüsse ermöglicht. In der „Presse“ in Wien und in der „Kleinen Zeitung“ in Graz vom 19. April deutete Herr Generalsekretär Dr. Withalm — ich bedaure, daß er nicht anwesend ist — unter anderem wörtlich an, daß nach dem Auslaufen des Landwirtschafts- und Marktordnungsgesetzes der verfassungsmäßige Zustand durch „Veränderung“ wieder hergestellt werden soll, weil die Verfassungskompetenz des Bundes nur in Notzeiten gegeben ist. Die Sozialisten habe man darauf aufmerksam gemacht, daß in einigen Fonds der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammern kein Mitspracherecht mehr haben werden. So Herr Dr. Withalm.

Diese Äußerung ist meiner Ansicht nach eine unverhüllte Drohung, die in krassem Widerspruch zu dem steht, was Herr Generalsekretär Dr. Withalm in den Zeitungen und im Fernsehen von den „maßvollen Forderungen“ der Österreichischen Volkspartei gesagt hat. Sie geben Aufschluß darüber, was die Österreichische Volkspartei in einer Regierung, in der wir Sozialisten vertreten wären, vorgehabt hätte und von welcher Gesinnung in Wirklichkeit ihre Politik getragen wird.

Aber abgesehen von dieser politischen Auffassung befindet sich der Herr Generalsekretär meiner Meinung nach in einem großen Irrtum, wenn er meint, daß man Verfassungsgesetze ohneweiters verändern kann. Im Artikel 4

**Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs**

der Bundesverfassung ist nämlich der Grundsatz der Einheitlichkeit des Währungs-, Wirtschafts- und Zollgebietes verankert. Eine Veränderung der Agenden des Landwirtschafts- und Marktordnungsgesetzes wäre ein Verstoß gegen diese Verfassungsnorm und meiner Meinung nach verfassungswidrig.

Aber abgesehen von der rechtlichen Seite ist der Vorschlag des Herrn Generalsekretärs sowohl wirtschaftlich als auch verwaltungstechnisch widersinnig. Der wirtschaftliche Widersinn ist darin begründet, daß in einer Zeit der Großraumbildung und der zunehmenden Integration von zahlreichen Volkswirtschaften wir in Österreich einen — dazu noch sehr kleinen — Wirtschaftsraum zerschlagen und neun neue Wirtschaftsräumchen bilden würden. (Abg. Minkowitsch: *Also stimmen Sie den Marktordnungsgesetzen zu, Herr Doktor? Dann können wir ja weiterreden!*) Herr Kollege, wir werden darüber reden. (Abg. Minkowitsch: *Für diese Äußerung bin ich Ihnen sehr dankbar!*) Wir haben auch schon darüber geredet.

Die österreichischen Bauern wären meiner Ansicht nach sehr schlecht beraten, wenn sie diesen Vorschlag des Herrn Generalsekretärs annehmen würden.

In der Regierungserklärung wurde ein balziges Arrangement mit der EWG als dringlich und wünschenswert angesehen. Der Herr Generalsekretär Dr. Withalm wird doch nicht im Ernst glauben, daß die Realisierung seiner Vorstellungen diese Bestrebungen fördern würde, zumal man in der EWG gegenwärtig die österreichischen Verhältnisse auf diesem Gebiet für nachahmenswert hält und, wie ich erfahre, für eine ebensolche Regelung in der EWG großes Verständnis hat. In der Regierungserklärung wurde aber auch von der Verwaltungsvereinfachung gesprochen. Glaubt der Herr Generalsekretär, daß man von einer Verwaltungsvereinfachung sprechen kann, wenn man aus einer bestehenden Institution neun verschiedene Institutionen macht? Ich glaube es nicht.

Im übrigen steht meiner Meinung nach seine Auffassung mit der Auffassung der Regierungserklärung in Widerspruch, weil diese Regierungserklärung feststellt, daß zum Beispiel das Marktordnungsgesetz stabile Preise und Absatzverhältnisse geschaffen habe — ich zitiere wörtlich —, die den Interessen der Erzeuger und der Verbraucher in gleicher Weise dienen. Auch in den Erläuternden Bemerkungen zu den Regierungsvorlagen über die einzelnen Novellen wird festgehalten — ich zitiere wieder wörtlich —, daß die genannten Gesetze ihren Zweck erfüllen. Sie entsprechen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den

Interessen der in Betracht kommenden Wirtschaftsgruppen so weitgehend, daß sie — man höre und staune — zu einem unentbehrlichen Bestandteil der österreichischen Rechtsordnung geworden sind. Es sei daher dringend geboten, Vorkehrungen für eine weitere Geltung entsprechender Regelungen zu treffen.

So die Meinung des Österreichischen Bauernbundes und die Meinung des Herrn Landwirtschaftsministers. Ohne dessen Meinung würden diese Worte nicht in den Text der Erläuternden Bemerkungen hineinkommen.

Hohes Haus! Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Äußerungen des Herrn Generalsekretärs eher aus Angst geschehen sind, mit uns Sozialisten (Abg. Hartl: *Ha!*) — warten Sie nur ab, Herr Kollege Hartl, es wird Ihnen schon das Lachen vergehen (Abg. Hartl: *Angst! — Heiterkeit!*) — bei einer Verlängerung der für die Landwirtschaft so lebensnotwendigen Gesetze verhandeln zu müssen. Von dieser Tatsache können wir ihn und Sie, meine Damen und Herren, nicht befreien, und wir wundern uns nur über die vom Herrn Generalsekretär angedeuteten Maßnahmen.

Aber nun zur Sache selbst. Als Regierungspartei haben wir bisher das größte Verständnis für unsere Landwirtschaft gehabt und ihr in den letzten fünf Jahren ... (Ruf bei der ÖVP: *Jetzt nicht mehr?*) Hören Sie zu, Herr Kollege, seien Sie nicht so voreilig, warten Sie ab, ich kann nur ein Wort nach dem anderen bringen und nicht zehn auf einmal! (Abg. Prinke: *Das Wort „bisher“ hat uns gestört, Herr Kollege!*) In den letzten fünf Jahren wurden ihr mit unserer Zustimmung über 17,5 Milliarden Schilling für Subventionen und Förderungsbeträge gegeben. Wie meine vorhin geäußerten Darlegungen zeigten, werden wir dieses Verständnis für diese Wirtschaftsgruppe in unserem Lande auch in der Opposition aufbringen. Ich nehme an, jetzt sind Sie zufrieden. (Ruf bei der ÖVP: *Sehr schön!*)

Es würde den Rahmen meiner Ausführungen sprengen, meine Damen und Herren, wenn ich nun alle schon wiederholt angemeldeten Wünsche an unsere Landwirtschaft neuerlich darlegen würde. Eine grundsätzliche Feststellung möchte ich aber doch wiederholen.

Bedenken Sie doch, daß das, wie es in Ihrem Bericht immer wieder aufscheint, verhältnismäßig geringe Einkommen der Bauern in Österreich auch auf Strukturverhältnisse zurückzuführen ist. Dazu ist eine Strukturverbesserung notwendig. Zur Strukturverbesserung ist ein auf mehrere Jahre aufgeteilter Plan zu erstellen, der die geographische Lage, die Eignung des jeweiligen Bodens sowie die Produktionsarten berücksichtigt.

## Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihns

Notwendig ist es auch, um Grund und Boden für Aufstockungen zu haben und sie dann auf lange Sicht lebensfähigen Betrieben zur Verfügung zu stellen, daß Sie einen sogenannten öffentlichen Bodenfonds schaffen. Ich glaube, daß ein solcher Bodenfonds für Sie von der Landwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung ist. Ein weiterer wichtiger Teil einer künftigen Agrarpolitik muß es sein, die landwirtschaftliche Produktion so zu lenken, daß sie marktkonform ist und Qualitätserzeugnisse zu angemessenen Preisen den Konsumenten zur Verfügung stellt.

Unerlässlich ist gerade im Hinblick auf eine Großraumwirtschaft die Lenkung der Produktion, wovon Sie allerdings nicht sehr viel halten, der Vorrats- und Preisbildung sowie des Absatzes. Durch eine entsprechende Anpassung der Erzeugung an den Absatz werden unsere Landwirte einen sicheren Absatz ihrer Produkte und auch entsprechende Preise erzielen können, die auch für uns Konsumenten tragbar sind. Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse nämlich — ich glaube, das steht außer Zweifel — brauchen dringend eine Regulierung der Produktion, um Überproduktionen, die nicht nur zum eigenen Schaden der Landwirtschaft, sondern auch zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft gereichen, zu verhindern.

Demnach ist eine marktkonforme Produktion auf der Basis eines vernünftigen Agrarkonzeptes notwendig, um die österreichische Landwirtschaft auch in einem integrierten Europa bestehen lassen zu können.

Hohes Haus! Abschließend darf ich noch einmal daran erinnern, daß im Wahlkampf von der Österreichischen Volkspartei ständig hervorgehoben wurde, daß die Stabilität der Währung ihr oberstes Bestreben ist. Sie dürfte kaum den Finanzminister jetzt daran hindern, entsprechende Maßnahmen für Wirtschaftswachstumsimpulse zu setzen. Er kann sich nicht mehr auf uns ausreden, daß wir ihn daran hindern. Der bekannte Wirtschaftspublizist Horst Knapp, der sicherlich alles eher als ein Sozialist ist, hat daher nicht umsonst die Worte geprägt: „Das Austerity-Budget, das der Finanzminister anstrebt, paßt in die jetzige Situation wie die Faust aufs Auge.“

Am Ende seiner Betrachtungen sagte er: „Soll die reiche Wahlernte der ÖVP in den Kümmerwuchs einer Rezession ausarten, die verschuldet zu haben diese Partei im nächsten Wahlkampf nicht glaubwürdig wird widerlegen können, vielleicht ist noch Zeit zur Umkehr.“ So Horst Knapp. „Wenn nicht, dann haben die österreichischen Wähler am 6. März eine Fehlentscheidung getroffen, die sie bald bereuen werden.“ (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Harwalik. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Harwalik (ÖVP): Hohes Haus! Schon schien es, daß in dieser Oppositionata die wilden Hörner nicht eingesetzt werden, aber da blieb es dem Herrn Abgeordneten Ulbrich vorbehalten, sich nicht als Glied einer Oppositionspartei vorzustellen, das kontrollieren, sondern das die Mehrheit dieses Hauses in undemokratischer Weise attackierend, verdächtigend, beleidigend, ja unter Anrufung des leidvollsten Kapitels unserer Republik verfeuern sollte. Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw, das hat mit Hellhörigkeit gar nichts zu tun gehabt, sein Ohr nicht aufzuschließen dem besten Willen einer neuen Ära dieses Hauses. (*Beifall bei der ÖVP*) Das war eine Sünde wider den Geist der Demokratie, der der Herr Abgeordnete Ulbrich heute keinen Dienst erwiesen hat. Das wird ein schlechtes Echo in der Öffentlichkeit und vor allem bei unserer Jugend finden.

Wir werden jede konstruktive Kritik sehr ernst nehmen, weil Ihnen diese Rolle legitim zufällt. Aber niemals — das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen — eine destruktive Kritik. Ein destruktives Wort — wenn auch noch so lautstark gesprochen — wird von uns nicht angenommen. Glauben Sie nicht an den Zusammenbruch des rhetorischen Verbundnetzes der Österreichischen Volkspartei! (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP*) Wir werden Sie hier nicht negieren, weil eine Minderheitspartei kein minderer Partner in einem Parlament ist, aber wir möchten ebenso in unserer Rolle, die uns legitim zufällt, ernst genommen werden. Es fließen auch im gelobten Land der Mehrheit keine Honigströme, besonders bei den bitteren Tropfen der Doppelopposition, der wir uns hier zu stellen haben. Wir können aber klare Wegrichtungen angeben. Und auf diesen Wegen möchten wir gerne mit Ihnen jene Tuchfühlung halten, die zwischen Regierung und Opposition in einer modernen Demokratie, wie wir sie verstehen, notwendig ist. (*Beifall bei der ÖVP*)

Wir verstehen unsere Mehrheit im Hause als durch den Vertrauenserweis des Volkes gesteigerte Verantwortlichkeit vor den Grundrechten unserer Menschen im Lande, vor ihren sozialen Rechten und vor allem vor einer Gesellschaftsentwicklung, die frei von Klassen- und Gruppenegoismen ist.

Zur Kulturpolitik! Ich war der Frau Abgeordneten Dr. Klein-Löw sehr dankbar, daß sie die alte „Kulturpleite“-Platte heute nicht aufgelegt hat. Das wäre auch schon besser gewesen zu zeiten der früheren Koalition, in der sie oft und oft Mißtöne hervorgerufen hat.

**Harwalik**

Wer die Bedeutung unserer Kultur in den Dimensionen ihres Auftrages aus Vergangenheit und Gegenwart konfrontiert mit den Grundsätzen, Zielen und mit den Leistungen der österreichischen Kulturpolitik in dem nun mehr als 20jährigen Bestand der Zweiten Republik, der wird erkennen und feststellen dürfen, daß trotz zahlreicher und recht massiver Schwierigkeiten und Hemmungen, an denen die Sozialisten ihr gerüttelt Maß an Schuld getragen haben, eine Aufbuarbeit gelungen ist, die sich dem wirtschaftlichen Aufschwung würdig an die Seite stellt. Vergessen wir über dem Mangelkatalog die vollbrachten Leistungen nicht! Wir wären nämlich gegen uns selbst — auch die Sozialistische Partei gegen sich selbst — ungerecht. Sie war nämlich auch verdienstvolle Akteurin der Schulreform, von der die Frau Abgeordnete Doktor Klein-Löw sehr anerkennend gesprochen hat. Wir würden uns um so manche wertvolle Impulse in dieser neuen Ära des Parlaments bringen.

Sagen wir es auch ruhig unserer Jugend, daß wir, ihre Väter, uns unter ungleich härteren Bedingungen auf das Leben vorbereiten mußten. Die Jugend möge bei aller Kritik, die ihr zusteht, nie vergessen, daß Generationen junger Menschen zurück in Österreich die Jugend nie so frei und verhältnismäßig so sorglos den Weg der Lebensvorbereitung gehen konnte — und das durch die weitgehende Obsorge des österreichischen Parlaments. Machen wir sie nicht unzufrieden dort, wo sie das Opfer ihrer Väter und Mütter respektieren sollen.

Wir wollen keinem Kulturenthusiasmus das Wort reden. Wir sind auch in der Bildungspolitik Realisten. Es war ein hartes Leben, das unsere Unterrichtsminister Hurdes, Kolb und Drimmel, zwischen den Blöcken der Sozial- und Wirtschaftspolitik ihren Raum behauptend, führen mußten. Und unser Unterrichtsminister Piffl hat mit den natürlichen Konsequenzen der Schulreform und mit den Konsequenzen einer glücklicherweise wachsenden Kinderzahl im Lande eine Last auf sich genommen, die groß in ihrer Verantwortung ist. Seine sachliche und seine hohe ethische Gesinnung läßt ihn diese Verantwortung in einer Vorbildlichkeit und Beispielhaftigkeit tragen, die bei aller Selbstverständlichkeit einer übernommenen politischen Verantwortung herausgestellt zu werden verdient.

Dabei ist Piffl nicht nur ein redlicher Erbgutverwalter schlechthin, sondern initiativer und konzeptiver Fortgestalter unserer Kulturpolitik. Das gilt für alle Zweige des Schul- und Bildungswesens. Nach der Einleitung der Hochschulreform durch Drimmel mit dem

Hochschul-Organisationsgesetz und mit dem Studienbeihilfengesetz hat nun Piffl die Studienreform so weit gebracht, daß sie zur parlamentarischen Behandlung reif wird. Das ist sein Werk, an dem der Rat für Hochschulfragen seinen hervorragenden Anteil hat. Akademische Lehrer und Studenten haben an der Vorbereitung dieses fundamentalen Bildungswerkes gearbeitet.

Hurdes, Kolb, Drimmel und Piffl, das ist unsere kulturpolitische Progressivliste. Und niemand wird uns mit unsachlicher Kritik aus dem Felde schlagen können. Es wird niemandem gelingen, mit Worten niederzureißen, was unter der Verantwortlichkeit unserer Unterrichtsminister aufgebaut wurde.

Unser steirischer Landeshauptmann Krainer hat jüngst vor steirischen Abgeordneten gesagt: „Nie geahnt und nie geglaubt, was uns in der Kulturpolitik gelungen ist.“ Jawohl, das ist die Wirklichkeit! Wer will es leugnen, der nicht auch seine eigene Arbeit und sein eigenes Opfer verdächtigen wollte?

Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw, gestatten Sie auch mir ein Wort zur Forschung. Jawohl, ich habe einmal in diesem Hause gesagt: „Wer nicht forscht, der morscht.“ Keine Reminiszenzen! Aber vergessen Sie nicht, wenn Sie hier unsere Aktivität urgieren, daß Sie unseren Forschungsrat abgelehnt haben, weil Sie wie im Kuratorium für die Studienbeihilfen Parteipolitiker in diesem Kuratorium und auch im Forschungsrat installieren wollten. Die Forschung muß aber frei sein von jeder Parteipolitik! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Sie haben aber gesagt: „unser“ Forschungsrat!)

Ein Wort auch zu Niederösterreich im Zusammenhang mit den landwirtschaftlichen Schulgesetzen. Wir finden, es ist ein trauriges Kapitel, daß die landwirtschaftlichen Schulgesetze mit einer Sache junktimiert wurden, die absolut gesetzlich fundiert ist. Jedes Land hat seine Landesausführungsgesetze. Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw! Ich erinnere mich an jene Stunde, in der ich dem Herrn Präsidenten Dr. Neugebauer — von dem ich nur mit Hochachtung hier spreche, das möchte ich ausdrücklich sagen — im Sechserausschuß gesagt habe: Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, legen wir hier die Organe fest, legen wir hier die Ernennungen fest! Der Herr Abgeordnete erwiderte mir: Nein, das ist Sache der Länder! Und ich weiß genau, was dahinter stand.

Sie urgieren Niederösterreich. Ich muß Ihnen sagen: Es wäre sehr demokratisch und föderalistisch gewesen, in Wien die Bezirkschulräte einzuführen. In Wien haben Sie nur eine Instanz. In Niederösterreich wird ur-

**Harwalik**

giert, was Sie selber in Wien nicht zu organisieren und zu installieren bereit sind. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Es würde eine breite demokratische Mitwirkungsbasis für die Wiener Eltern und für die Wiener Lehrer bedeuten, in vielen Bezirken ihr demokratisches Wort, ihre demokratische Meinung abgeben zu können.

Der Wortführer der Opposition der Freiheitlichen — er ist, glaube ich, nicht mehr hier im Hause — hat schon nach der Wahl angekündigt, daß er auf dem Gebiete der Kulturpolitik sich mit aller Vehemenz gegen die „Lex Drimmel-Neugebauer“ — so heißt jetzt unsere Schulreform bei den Freiheitlichen — stemmen werde. Diese Lex habe Österreich in ein „Schulchaos“ gestürzt. So wörtlich der Herr Abgeordnete Peter. (*Abg. Dr. van Tongel: Stimmt es vielleicht nicht?*)

Es war schon der Herr Abgeordnete Mahnert in einer Enge der Bildungspolitik befangen, die fast reaktionär anmutete. Aber dieser Nicht-Lehrer nahm sich gegen den Pädagogen Peter noch aus wie ein pädagogischer Großmogul. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Es ist einfach erschütternd, einen Pädagogen, der Abgeordneter ist, von einem Schulchaos reden zu hören, während die Bildungsstätten im Lande gewachsen sind wie in hundert Jahren vorher nicht. „Nie geahnt und nie geglaubt!“ (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Aber der Herr Abgeordnete Peter ahnt und glaubt eben nichts. Der Herr Abgeordnete möge hinausgehen zu den Bürgermeistern jener vielen Gemeinden, die in den peripheren Gebieten unseres Österreich eine höhere Schule erhalten haben. Fragen Sie die Gemeindeväter, warum sie stellvertretend für den Bund, weil dieser das eben auf einmal nicht alles leisten kann, Vorleistungen respektabelsten Ausmaßes auf sich genommen haben. Viele haben noch kein Schulgebäude; das wird unsere Aufgabe sein. Aber die höhere Bildung ist nun für Tausende eröffnet, die bisher von ihr ausgesperrt waren. Herr Abgeordneter Peter! Fragen Sie die Leiter, fragen Sie die Lehrer, warum sie in ihren Schulen zusammenrücken, warum sie die Opfer einer verkürzten Schulzeit bringen! Weil sie der Jugend die Bildungswege eröffnen wollen.

Aber der Herr Abgeordnete Peter spricht von einem „Schulchaos“. Weiß er denn nicht, wie sich Schulreformen in der Welt vollziehen? Ich habe das Gefühl, wenn der Herr Abgeordnete Peter vor 200 Jahren gelebt hätte, er hätte noch versucht, die Maria-Theresianische Schulordnung zu verhindern. Eine Schulreform ist immer Anspannung auf Jahrzehnte. Glauben Sie, daß 1869, als unsere Väter im alten Abgeordnetenhaus den Mut

hatten zu dieser Großtat des europäischen Geistes, nach den Mesnerkeuschen und nach den hintergründigen Gaststuben sofort nach fünf Jahren alle Schulgebäude in Österreich gestanden sind? Damals hatten die Triviallehrer eine dreimonatige Ausbildung, und es gab Tausende, die diese Ausbildung nicht hatten. Und dieses Haus, unsere Vorgänger, hatte den Mut, eine vierjährige Lehrerbildung zu installieren! Das waren Anspannungen, die unsere Väter auf sich genommen hatten. Und heute spricht hier ein Abgeordneter von einem „Schulchaos“! Das ist einfach noch nie gehört in diesem Hause!

Der Herr Abgeordnete hat vom Polytechnischen Lehrgang gesprochen. Er will den Bildungs-Retourgang einschalten. Er will uns wohl zu den geistigen Hinterbänkeln Europas machen. Ich möchte den Herren Abgeordneten dieses Hohen Hauses sagen, daß wir auch dieses Kapitel der Schulreform dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften vorgelegt haben. Wissen Sie, was dieser Präsident der Akademie, Professor Meister, gesagt hat? Der Polytechnische Lehrgang sei unter den gegebenen Umständen das Kolumbus! Aber das hat der Herr Abgeordneter Peter auch nicht entdeckt. (*Abg. Meißl: Sie waren ja selbst für die 5. Schulkasse!*) Herr Abgeordneter, darf ich Ihnen dazu eines sagen: Jawohl! Aber kommen Sie nach einem 42jährigen Schulkampf — ich antworte Ihnen sehr klar —, kommen Sie nach dieser Zeit auf die Verhandlungsbank! Die Zeit ist weitergegangen, und wir haben die 5. Volksschulstufe nicht verraten. Wir haben die pädagogischen Ziele in die 1. Klasse der höheren Schule aufgenommen. Wissen Sie denn nicht — ein Abgeordneter muß sich eben orientieren —, daß diese höhere Schule nicht mehr — wie früher — in der 1. Klasse 32 Wochenstunden hat, sondern 28, daß sie im ersten Trimester keine Fremdsprache führt, daß die Mittelschullehrer den Auftrag haben, die Kinder behutsam in die Mittelschule überzuleiten? Wir haben diese Ziele nie verraten.

Aber jetzt kommt das andere, was der Herr Abgeordneter Peter leider auch nicht zu wissen scheint. Als wir am Verhandlungstisch saßen, haben uns die Rektoren und die Mittelschullehrer gesagt: Jawohl, die Tore auf für unsere begabten Hauptschüler an der Peripherie Österreichs, die bisher von jeder Bildung ausgesperrt waren! Aber mit einer vierklassigen Hauptschule kann auch ein guter Hauptschüler nicht die Mittelschul- und Hochschulreife erwerben. Wir verlangen die fünfklassige Oberstufe, wir verlangen die Parallelität. — Man muß also zuerst einmal wissen, was in den Verhandlungen geschehen ist!

**Harwalik**

Wir haben beide Aufgaben erfüllt: die pädagogischen Zielsetzungen der 5. Volksschulstufe und die größte gesellschaftspolitische Zielsetzung der Schulgesetzgebung überhaupt! Die Tore auf für die Kinder, die bisher sozial und territorial bei der höheren Bildung limitiert waren! (Beifall bei der ÖVP.) Ich würde also sehr bitten... (Abg. Dr. van Tongel: *Das hat alles miteinander nichts zu tun! Sie nennen hier alle möglichen Dinge!*) Nein! O nein! Der Herr Abgeordnete Meißl hat sich ausdrücklich... (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel.) Herr Abgeordneter van Tongel! Sie und Ihre Partei haben sich heute hier absolut nicht als bildungsfreundlich vorgestellt — ich bedauere das —, ausgerechnet durch einen Pädagogen!

Aber, Herr Abgeordneter van Tongel, weil wir gleich bei Ihnen sind (*Heiterkeit*), so möchte ich auch Ihnen etwas vorhalten. Sie haben hier die Rundfunkreform im Katalog des Herrn Bundeskanzlers Dr. Klaus urgirt. Diese Urgenz von Ihnen wundert mich wirklich! Ich sage ohne jede Polemik: Sie wissen doch, daß die Volkspartei das Volksbegehr sofort dem Parlament zugewiesen hat und es abgelehnt hat — auch schon in der Koalition —, über das Volksbegehr in der Regierung, in der Koalition zu verhandeln. Was wollen Sie denn urgieren, Herr Abgeordneter Dr. van Tongel? (Abg. Dr. van Tongel: *Mit mir werden Sie das nicht machen!*) Dieser Ausschuß ist doch schon mitten in der Arbeit über einen Initiativantrag! Sie sitzen ja selber mitten drin im Rundfunkausschuß! (Abg. Dr. van Tongel: *Das ist doch ein Blödsinn, was Sie reden!* — *Heiterkeit.*) Wir sind ja mitten in der Arbeit. (Abg. Dr. van Tongel: *Ich habe erklärt, daß die Regierungserklärung kein Wort über die Reform des Rundfunks und des Fernsehens gesagt hat!*) Herr Abgeordneter van Tongel! Ich hoffe nur, daß Sie nicht Ihre Mitwirkung beim Rundfunkausschuß selbst als Blödsinn qualifizieren. (Abg. Dr. van Tongel: *Ein aufgelegter Blödsinn ist das, was Sie sagen!* — *Neuerliche Heiterkeit.* — Abg. Dr. van Tongel: *Was soll man anderes zu solchen Ausführungen sagen?* — Abg. Altenburger: *Nichts!*) Wenn man in der letzten Enge ist und nichts mehr hat als eine Beleidigung, dann, glaube ich, legitimiert man sich nicht als ein parlamentarischer Paradefechter. (Beifall bei der ÖVP.) Klaus hat in seiner Regierungserklärung... (Abg. Dr. van Tongel: *Das ist nur die Qualifikation Ihres Charakters!*) Dafür, glaube ich, würden Sie einen Tadel verdienen. Das verbitte ich mir! Das sage ich Ihnen, Herr Abgeordneter, daß ich mich nicht deshalb beleidigen lasse, weil ich hier aus meiner vollen Überzeugung und auf Grund meiner Arbeit Wahrheiten sage, die Sie eben an-

scheinend nicht hören können und nicht hören wollen!

Klaus hat in seiner Regierungserklärung den Bildungsaufgaben den Vorrang eingeräumt. Auch hier dürfen wir im übertragenen Sinne sagen: „Leben hat Vorrang“. (Abg. Czettel: *Danke schön!* — *Heiterkeit bei der SPÖ.*) Schmitz hat sein Budget darauf abgestellt. Alle Ministerien müssen nach einem Jahr nationalen Unglücks sparen. (Abg. Probst: *Der Herr Lehrer teilt Noten aus: Brav — schlimm!* — Abg. Konir: *Ohne uns geht es halt nicht!* — *Heiterkeit bei der SPÖ.*) Sie sind ein fester Bestandteil unserer Existenz, wir rechnen mit Ihnen, Herr Minister a. D. (Weitere Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Natürlich, jawohl! Aber die Investitionen in unsere Zukunft sollen nicht eingeschränkt werden.

Ich möchte auch herausheben, daß wir zum erstenmal in Österreich eine Bildungsanleihe in der Höhe von 800 Millionen Schilling erhalten werden. 500 Millionen Schilling werden für begonnene Mittelschulbauten und 300 Millionen für Hochschulen bereitgestellt. Auch das ist schon eine Leistung, und es sind keine Vorschußlorbeeren eines Abgeordneten.

Die Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw hat gemeint, sie verlange nicht, daß alles heute und morgen erfüllt werde, was die Opposition als Forderung in den kulturpolitischen Raum stellt. Das war sachlich. Ich möchte Ihnen nun ganz klar vor Augen führen, was Herr Bundesminister Dr. Piffl für diese Legislaturperiode plant, welche Arbeiten er sich vorgenommen hat. Sie haben ja mehrere dieser Arbeiten urgirt oder nach ihnen gefragt.

Sie sollen nun wissen, wie der Bundesminister Dr. Piffl sich seine Arbeit und damit die Arbeit auch des Parlamentes vorstellt. (Abg. Dr. van Tongel: *Neue parlamentarische Methoden — der Schames kommt und erzählt uns das!* — *Lebhafte Heiterkeit.*)

In den Kunstanlagen wird sich der Herr Bundesminister der Obsorge für lebende Künstler besonders annehmen.

Wir werden die Denkmalpflege nicht vergessen! Während wir vorwärtsstreben, dürfen wir nicht die Kulturgüter früherer Generationen leichtherzig preisgeben.

Die Pflege der großen nationalen Kultur einrichtungen wird dem Herrn Minister eine selbstverständliche Pflicht sein: Bibliotheken, Museen, Bundes- und Ländertheater, große Klangkörper.

Die kulturellen Auslandsbeziehungen sollen weiter ausgebaut werden. Das Kulturinstitut in Budapest soll in Angriff genommen werden. (Ruf bei der SPÖ: *Da schau her!* — *Heiterkeit bei den Sozialisten.*) Die Vorarbeiten für ein

**Harwalik**

Kulturinstitut mit betont wissenschaftlichem Schwergewicht in Athen werden geleistet. — Ich weiß nicht, was es dabei zu lachen gibt! (Ruf bei der SPÖ: „Volksfront!“) Ich habe die Ausführungen des Herrn Ministers Dr. Kreisky im Ohr, der von den schwierigen Beziehungen und von seinem seinerzeitigen außenpolitischen Konzept und den Schwierigkeiten auch hinsichtlich der Beziehungen zur östlichen Welt und so weiter gesprochen hat. Ich bitte mich also jetzt nicht mit diesen Dingen zu identifizieren. Da müssen Sie sich ein anderes Objekt suchen. (Abg. Horr: *Sehr ostanfällig!*)

Zur Fortentwicklung des Hochschulwesens und des Hochschulrechtes ist zu sagen, daß das Hochschulstudiengesetz vor seinen abschließenden Beratungen steht, ebenso das Studiengesetz für die Sozialwissenschaften.

Die Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw hat festgestellt, daß im Katalog des Herrn Bundeskanzlers keine Andeutung über die Novellierung des Studienbeihilfengesetzes enthalten war. Es ist für das Studienbeihilfengesetz eine Verbesserung geplant, und zwar

1. eine bessere Berücksichtigung des Familienstandes,
2. eine bessere Berücksichtigung der von auswärts kommenden Studenten, die bisher schlecht weggekommen sind,
3. die Valorisierung der ziffernmäßigen Bedürftigkeitsgrenze,
4. die Eröffnung neuer Möglichkeiten für die Begabtenförderung, die auch nicht auf eine breite Basis gestellt werden konnte, und
5. die gesamte Vereinfachung des Verfahrens.

Organisatorisch soll für die Hochschulen selbstverständlich eine größere Zahl neuer Lehrkanzeln, Assistentenposten und Posten für nichtwissenschaftliches Personal geschaffen werden. Ebenso ist dem Herrn Bundesminister die Technische Fakultät an der Universität Innsbruck ein Anliegen.

Für das höhere Schulwesen ist noch viel Arbeit zu leisten: die breite Streuung der Schultypen des neuen Schulorganisationsgesetzes, eine Streuung, die den Begabungen und den örtlichen Verhältnissen entspricht, und die Ausgestaltung der der Zeit angepaßten Lehrpläne.

Mit großer Freude habe ich gestern gehört, daß die Rektorenkonferenz dem Lehrplan für die Musisch-pädagogischen Realgymnasien ein uneingeschränktes „Ja“, die volle Zustimmung gegeben hat. Das ist ein Ausweis für das Bundesministerium für Unterricht, der Eltern und Lehrer, die gesamte Öffentlichkeit gleichermaßen befriedigen kann.

Die Einrichtung eines Stipendienwerkes für bedürftige — auch das haben Sie angeführt, Frau Abgeordnete — und begabte Schüler an den allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen (ab dem Pflichtschulalter). Darüber wird selbstverständlich sehr ernst zu sprechen sein.

Dann die Meisterung der dem Bund obliegenden Aufgaben im Zusammenhang mit dem Polytechnischen Lehrgang. Ich möchte hier auch zu dieser Bezeichnung noch einmal ein Wort sagen. Wir haben schon einmal erklärt: Wenn jemand einen besseren, treffenderen Namen findet — hier gibt es kein Prestige. Der Name mag irgendwie belastet gewesen sein. Aber unser Polytechnischer Lehrgang hat auf Grund des § 2 des Schulorganisationsgesetzes die Verpflichtung, nach sittlichen, religiösen und sozialen Werten zu erziehen. Man kann also Vergleiche mit einem anderen polytechnischen Unterricht nicht anstellen.

Maßnahmen sind auch notwendig zur Hebung, zur Verbesserung und zur Verstärkung des Lehrerstandes. Darunter fallen natürlich die Maßnahmen des Finanzministeriums. Wichtige Punkte sind: eine Neugestaltung des Einkommens, auch im Zusammenhang mit dem Studienbeihilfengesetz und dem Einkommensteuersystem, Ausbau der Studienmöglichkeiten für Lehrerkinder in ungünstigen geographischen Lagen, direkte persönliche Werbung und kurze Vorbereitung der Pädagogischen Akademien.

In der Erwachsenen- und außerschulischen Jugendbildung sind Ausbildungseinrichtungen für die Ausbildung von Freizeitgestaltern notwendig. Das ist ebenfalls eine moderne Forderung.

Besonders viel wird auf dem Sportsektor zu leisten sein. Der Sportstättenplan wird vorangetrieben werden. Für den Schulsport müssen allgemeine Sportstätten eröffnet werden. Das ist notwendig, wenn wir die alarmierenden Berichte der Ärzte über den Gesundheitszustand unserer Präsenzdienstpflichtigen hören, besonders jener, die vom Lande kommen. Notwendig sind auch Schulsportstätten für den außerschulischen Sport und natürlich die Absicherung besonderer nationaler Sportarten, wie des Skisports.

Als letztes sei die innere Organisation des Bundesministeriums für Unterricht angeführt. Es soll ein eigenes Referat für Familienangelegenheiten geschaffen werden, ein allgemeines Referat für Frauen- und Mädchenanliegen. Ferner soll der Ausbau der wissenschaftlichen Abteilung zur Erfüllung ihrer Evidenz und Entwicklungsarbeiten vorgenommen werden.

**Harwalik**

Das ist ein Arbeitsplan, der sich sehen lassen kann. Ich bitte die österreichische Bevölkerung als einer ihrer Vertreter im Parlament, unserem Unterrichtsminister und dem Parlament für dieses Vorhaben das Vertrauen zu schenken. Wir werden den Minister und die Regierung mit allen Kräften dabei unterstützen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rosa Weber. Ich ertheile ihr das Wort.

**Abgeordnete Rosa Weber (SPÖ):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorerst ein paar ergänzende Worte zu dem etwas mager ausgefallenen Teil über die sozialpolitischen Maßnahmen in der Regierungserklärung sprechen.

Es ist von den Kriegsopfern mit einiger Besorgnis vermerkt worden, daß die Formulierungen über die Verbesserungen der Kriegsopfersversorgung sehr ungenau, wie schon einmal gesagt worden ist, sehr vage gehalten sind. Die Kriegsopfer erinnern sich nämlich daran, daß sie feste und bindende Zusagen über den Ausbau der Kriegsopfersversorgung bekommen haben. Sie erinnern sich daran, daß man ihnen zugesagt hat, der Herr Finanzminister werde die entsprechenden Unterlagen für die geplanten Verbesserungen erarbeiten. Die Kriegsopfer wundern sich, daß in der Regierungserklärung nur steht, daß die neue Regierung ihr Augenmerk der Verbesserung der Versorgung der Kriegsopfer zuwenden wird. Gerade diese Menschengruppe, die durch eine ungünstige politische Entwicklung, durch zwei schreckliche Kriege wohl die größten Opfer gebracht hat, gerade diese Menschengruppe meint, daß man ihre Geduld, die sie so viele Jahre bewiesen hat, nicht über Gebühr beanspruchen kann. (Beifall bei der SPÖ.) Ich kann mich lebhaft daran erinnern, daß die Kriegsopfer zu den verzweifeltesten Maßnahmen bereit waren, als man ihnen jahrelang nur versprochen und nichts gehalten hat. Wir wollen doch hoffen, nachdem wir eine Beruhigung bei dieser Personengruppe erzielt haben, daß man nun nicht neuerlich die versprochenen Regelungen auf die lange Bank schiebt und nicht einhält.

Es ist mir aufgefallen, daß man in dem Kapitel über soziale Maßnahmen, die innerhalb von vier Jahren getroffen werden sollen, nur sehr wenige und einzelne Maßnahmen erwähnt hat.

Wir haben zum Beispiel in dieser Regierungserklärung kein Wort davon lesen können, daß man nun endlich darangehen wird, ein Strahlenschutzgesetz zu schaffen. Jeder, der mit sozialen Angelegenheiten zu tun hat, weiß,

daß seit Jahren immer wieder dieses wichtige Arbeitsschutzgesetz gefordert wird.

Ich frage die neue Regierung allen Ernstes: Hat sie nicht die Absicht, diese wichtige Ergänzung durchzuführen? (Abg. Dr. Gorbach: Wohl!) Das ist nicht nur eine Frage, die das Krankenpflegepersonal sehr interessiert, sondern das ist auch eine Frage, die die Menschen angeht, die in der Industrie arbeiten und die immer mehr mit solchen Strahlen zu tun haben. Ich habe den Zwischenruf „Wohl“ gehört, und ich frage mich, warum man bei der Aufzählung nicht auch einen Hinweis in diese Richtung geben konnte. (Abg. Prinke: Das ist ja kein Katalog!) Ja, das ist aber eine so wichtige und so lang ausstehende Maßnahme, daß es notwendig gewesen wäre, diese Angelegenheit zu regeln. (Abg. Dr. Kummer: Haben Sie nicht aufgepaßt, Kollegin Weber?) Diese notwendige Maßnahme hätten wir nach unserer bescheidenen Auffassung, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, hier vertreten können. Wir haben vom Herrn Generalsekretär Withalm einleitend gehört, wie wichtig die Beratungen in diesem Hause sind. Wir wollen eben auch unseren Teil zu diesen Beratungen beitragen, und wir wollen darauf aufmerksam machen, daß gerade dieses Gesetz für eine große Gruppe berufstätiger Frauen ungemein notwendig ist.

Weil ich schon bei Anliegen bin, die besonders die Frauen betreffen, möchte ich auch fragen: Was ist es mit der so lange versprochenen Erhöhung der Witwenpension auf 60 Prozent? Davon hat man nichts gehört. Wir möchten diese Forderung hier in aller Form anmelden, weil wir es für unbedingt notwendig halten, daß man den Witwen, zumindest jenen, die nur von ihrer Witwenpension leben müssen, die Möglichkeit gibt, ihren Lebensstandard doch halbwegs aufrechtzuerhalten. Es ist schon wiederholt hier an dieser Stelle gesagt worden, und auch Sie, Frau Abgeordnete Solar, haben es erwähnt, und Sie werden mir beipflichten: Auch wenn nur eine Person in einer Wohnung lebt, muß die volle Miete bezahlt werden, und auch die anderen fixen Kosten der Lebenshaltung können ebenfalls nicht halbiert werden. (Abg. Dr. Kummer: Kollegin Weber, haben Sie nicht in der Zeitung gelesen, was die Frau Minister gestern bei der Pressekonferenz gesagt hat? — Abg. Ing. Häuser: Was heißt Pressekonferenz? Wir reden von der Regierungserklärung! — Abg. Moser: Wozu eine Regierungserklärung, wenn man es ohnehin in der Zeitung hat?) Herr Abgeordneter Kummer! Wir haben uns hier mit der Erklärung der Bundesregierung zu beschäftigen, und ich freue mich zu hören, daß man diese Frage ebenfalls schon an anderer Stelle angeschnitten hat.

**Rosa Weber**

Ich habe allerdings auch in der Zeitung gelesen, daß die Antwort, die erfolgt ist, ebenfalls nicht sehr genau war. Man hat diese Maßnahme von verschiedenen Dingen abhängig gemacht. Man kann mit dieser Begründung — wir hören das schon seit vielen Jahren — eben die Erhöhung der Witwenpension auf 60 Prozent auf den Nimmerleinstag hinausschieben. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Sehr viel Geld werden wir nämlich in der nächsten Zeit nicht haben. Wir werden zu einer Rangordnung der Bedürfnisse kommen müssen, und da sollte diese Gesetzesverbesserung nicht an letzter Stelle stehen.

Ich habe jetzt zu anderen Dingen noch einige Bemerkungen zu machen, und ich bedaure es außerordentlich, daß sowohl der Herr Finanzminister wie der Herr Justizminister seit vielen Stunden den Beratungen des Hohen Hauses nicht mehr folgen. Ich frage mich: Wie wird das sein im Laufe der Jahre, die uns jetzt bevorstehen, wenn schon an dem heutigen wichtigen Beratungstag, wo wir gehört haben, wie notwendig die Praktizierung der Demokratie im Parlament ist, zwei so wichtige Ressorts hier nicht vertreten sind? Und Sie gestatten mir, doch die Andeutung zu machen, daß dies nicht gerade für eine besondere Beachtung der Volksvertreter durch diese Funktionäre spricht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte nun, meine Damen und Herren, einiges zur Familienpolitik sagen. Ich möchte nicht, wie wir das an dieser Stelle schon so oft getan haben, in die Vergangenheit gehen, sondern ich bin der Meinung, auch auf diesem Gebiet ist mit dieser Regierung Klaus II eine Zäsur eingetreten. Wir wollen weniger darüber diskutieren — wir haben das schon getan und auch einige Klarstellungen erzielt —, wer zuerst und wer was getan hat, sondern wir werden erst einmal sehen, was in Zukunft geschieht. Wir, die Abgeordneten der sozialistischen Fraktion, haben mit Freude in der Regierungserklärung gefunden, daß man familienpolitische Maßnahmen in der Zukunft ausbauen und verbessern werde. Das haben wir gehört bei der Förderung des Wohnungsbau. Darüber ist schon viel gesprochen worden, und ich möchte nur bekräftigen, daß tatsächlich erträgliche Bedingungen für die Erlangung einer Wohnung von eminent familienpolitischer Bedeutung sind und daß wir im Interesse der jungen Familien vor allem wünschen und hoffen müssen, daß man doch Wege findet, die dazu führen, daß für die junge Familie die familiengerechte Wohnung wieder erreichbar wird.

Wir begrüßen es, daß in der Regierungserklärung außerdem darauf hingewiesen wird, daß die Familienleistungen ausgebaut werden

sollen. Ich erlaube mir, meine Damen und Herren, einige Gedanken dazu zu äußern, wie sich die Sozialisten den Ausbau der familienpolitischen Leistungen vorstellen. Ich darf daran erinnern, daß ich wiederholt bei Budgetberatungen und bei anderen Gelegenheiten darauf hingewiesen habe, daß die Familienleistungen in ihrem inneren Wert zurückgeblieben sind, daß es dringend notwendig wäre, eine Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten vorzunehmen. Ich darf daran erinnern, daß seit 1963 nichts Wesentliches auf diesem Gebiete geschehen ist, es sei denn, man betrachtet es als ausreichend, daß geringfügige Beträge zum Ausgleich der gestiegenen Brot- und Milchpreise hinzugekommen sind. Ich glaube, daß das nicht genügend ist, sondern daß dringend eine Nachziehung nicht nur der Kinder- und Familienbeihilfen, sondern auch der übrigen familienpolitischen Leistungen notwendig ist.

Meine Damen und Herren! Es ist hier wiederholt schon gesagt worden, daß der Zustand, daß man jahrelang darum ringen muß, daß zumindest der innere Wert dieser wichtigen gesellschaftspolitischen Hilfsmaßnahmen gewahrt bleibt, ungenügend und unbefriedigend ist. Wir sehen es nicht ein — ich habe das auch schon einmal gesagt —, daß der Finanzminister mit den Beträgen arbeitet, die aus den verschiedenen Quellen eingezahlt worden sind, daß diese Mittel nicht in einem eigenen Fonds mit Rechtspersönlichkeit gesichert sind, nur für den Zweck, den das Gesetz vorsieht. Wir verlangen neuerlich, daß man im Zusammenhang mit der Verbesserung und mit dem Ausbau der familienpolitischen Leistungen auch die Forderung erfüllt, daß dieser Fonds eigene Rechtspersönlichkeit bekommt und daß die Mittel so angelegt werden, daß sie jederzeit greifbar sind.

Wenn wir aber wollen, meine Damen und Herren, daß nicht immer wieder die Familien lange Zeit warten müssen, bis ihnen die notwendige Angleichung gegeben wird, dann müssen wir andere Wege gehen. Und ein Weg, der mir sehr geeignet erscheint, den Familien das zu sichern, auf was sie ein Recht haben, ist, daß wir, so wie wir die Pensionen im inneren Wert durch eine Dynamisierung der Beträge gesichert haben, auch eine dynamische Weiterentwicklung der Kinder- und Familienbeihilfen, der Säuglingsbeihilfen, der Mütterbeihilfen und der Geburtenbeihilfen vorsehen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich darf darauf hinweisen, daß diese Forderung im Memorandum von Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund beschlossen worden ist und daß diese Forderung auf diesem Wege auch der Regierung zugegangen ist.

**Rosa Weber**

Wir werden also in der nächsten Zeit diese beiden Ziele, die uns als wünschenswert erscheinen, mit allem Nachdruck verfolgen, nämlich erst einmal eine Nachziehung der Beträge herbeizuführen und zweitens dann durch eine Dynamisierung der Beträge auch eine Vorsorge zu treffen, daß künftig kein Wertverfall mehr eintreten kann. Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, sagen, daß wir Sozialisten auf diesem Gebiet sehr ausdauernde Mahner sein werden und daß wir immer wieder darauf zurückkommen werden, wenn die Regierung nicht möglichst bald ihr Versprechen auf Verbesserung dieser Leistungen in einer uns genügend erscheinenden Form durchführt.

Wir Sozialisten sagen zu dieser Umverteilung des Volksvermögens aus vollem Herzen ja. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Weißmann.*) Ja natürlich ist es ein Lohn, mein sehr geehrter Herr Abgeordneter, wenn ich ihn verdient habe, nicht ein Eigentum, und wenn ich auf einen Teil des Lohns verzichte, um damit die Beträge herbeizuschaffen, damit man den Familien mit Kindern eine finanzielle Unterstützung, eine finanzielle Beihilfe geben kann, dann ist das auch eine Umverteilung des Eigentums, des Einkommens, das erzielt wird. Wir sagen zu dieser Umverteilung ja, und wir waren ja bei der Schaffung initiativ beteiligt, denn wir sehen darin eine Solidaritätsleistung derjenigen, die keine Kinder zu versorgen haben, für diejenigen, die für die Betreuung und Erziehung von Kindern eine Verantwortung und eine Verpflichtung übernommen haben.

Wir werden aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, beim Karenzurlaubsgeld eine gleiche Lösung finden müssen. Auch das ist nichts Neues, auch das ist hier schon gesagt worden, daß seit fünf Jahren, seit sechs Jahren muß ich jetzt schon fast sagen, auf diesem Gebiet nichts geschehen ist, daß weder die Mindestbeträge des Karenzurlaubsgeldes nachgezogen worden sind, daß auch die Einkommensgrenze den heutigen Verhältnissen bei den Löhnen und Gehältern nicht mehr entspricht und daß immer größere Teile von Arbeitern und Angestellten aus dem Bezug des Karenzurlaubsgeldes herausfallen, weil sie über die seinerzeit angepaßte, aber heute nicht mehr realistische Wertgrenze hinausfallen.

Natürlich — das wissen wir ganz genau — wird eine Weiterentwicklung der familienpolitischen Maßnahmen auch neue Geldmittel erfordern, und es werden auch neue Geldquellen erschlossen werden müssen. Der Familienbeihilfefonds leidet nämlich etwas an Schwindsucht. Er zehrt schon von der Substanz, und die Reserven, die vorhanden sind, entsprechen nicht mehr den gesetzlich ver-

ankerten und gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserven. Danach müßten nämlich in den Fonds 2,4 Milliarden drinnen sein, es gibt aber nur eine Reserve von 1,4 Milliarden. Meine Damen und Herren! Die Arbeitnehmer erfüllen ihre Beitragspflicht, denn im Jahr 1965 ist ein Lohnverzicht von zirka 4,5 Milliarden bei den Arbeitnehmern über die 6 Prozent Beitrag von der Lohnsumme gegeben. 4,5 Milliarden Schilling steuern die Arbeitnehmer dieses Landes bei, um die so wichtigen familienpolitischen Leistungen zu erfüllen. Dazu kommt noch der Anteil an dem Zuschlag zur Lohnsteuer, der im Jahr 1965 mit 171 Millionen veranschlagt ist. Mit diesen großen Beträgen werden fast 90 Prozent der Gesamtausgaben im Rahmen des Familienlastenausgleiches erfüllt.

Wenn man weiß, daß zwei Drittel der Kinder, die betreut werden, aus den Familien der Arbeitnehmer kommen, aber 90 Prozent der Mittel, die gegeben werden, von dieser Bevölkerungsgruppe aufgebracht werden, dann muß man sagen: Wenn neue Geldquellen gesucht werden — bei den Arbeitern und Angestellten sind sie nicht zu suchen, denn die leisten schon ihren Beitrag. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Bei einer genauen Prüfung kommt man zu dem Schluß, daß die Arbeitnehmer von ihrem Lohnverzicht im Jahr 1965 nicht weniger als 1224 Millionen Schilling aufbringen, um die Kinder der anderen Bevölkerungsgruppen zu versorgen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Das mag Ihnen, da Sie von der Unternehmenseite kommen, lächerlich erscheinen. (*Ruf bei der ÖVP: Unernst!*) Das ist nicht lächerlich, Herr Abgeordneter, für die Arbeiter! (*Ruf bei der ÖVP: Lächerlich nicht, unernst!*) Nicht unernst! Lesen Sie in den Zeitschriften des Familienbundes nach, der wohl nicht in dem Verdacht steht, unser Gedankengut zu verbreiten, sondern der wohl aus eigenem zu ähnlichen Schlüssen kommt. (*Ruf bei der ÖVP: Schreiben kann man viel!*)

Ich würde Ihnen diese Lektüre sehr ans Herz legen, denn Ihr Lächeln — es ist gar kein Lächeln mehr, es ist ein spöttisches Lachen — zeugt nicht dafür, daß Sie für die Bedürfnisse der Arbeiter- und Angestelltenfamilien ein sehr großes Verständnis haben. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wenn wir jetzt so viel im Fernsehen und im Rundfunk hören (*Abg. Probst: Ihr macht's euch ganz schön lustig!*) und so viel in der Zeitung lesen können, daß jetzt die goldene Zeit der Arbeitnehmer, der Arbeiter und der Angestellten, angebrochen ist, denn die ÖVP-Alleinregierung werde vor allem eine Arbeiter- und Angestelltenpolitik machen (*Ruf bei der ÖVP: Gott sei Dank!*), dann ist das ein Maß-

**Rosa Weber**

stab dafür, was man von diesen Beteuerungen halten kann. (Abg. Rosa Jochmann: Wir sind nur sehr neugierig! Wir sind sehr gespannt!)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, und wir können es nicht oft genug sagen, daß es auf die Dauer für die Arbeitnehmer nicht erträglich ist, daß sie erstens einmal die Hauptlast bei der Aufbringung der direkten Steuern tragen. Schauen Sie sich die Entwicklung bei den direkten Steuern an, und Sie werden mir recht geben, daß eine Aufwärtsentwicklung wie bei der Lohnsteuer bei keiner anderen direkten Steuer zu verzeichnen ist. (Abg. Kulhanek: Weil größere Einkommen bei den Selbständigen sind! — Heiterkeit bei der SPÖ.)

Das glauben Sie, Herr Abgeordneter Kulhanek! Ich würde Ihnen raten, daß Sie einmal in einen Textilbetrieb gehen und das dort den Arbeitern und den Arbeiterinnen erzählen. (Abg. Kulhanek: Warum soll man nicht mit den Arbeitern sprechen?) Ich würde Ihnen diesen Rat geben. (Ruf: Kulhanek muß auch die Löhne berücksichtigen! — Abg. Probst: Was sagt da der ÖAAB dazu? Da schweigt ihr dazu! — Abg. Horr: Vorn so, hinten so! Vorn schweigen, hinten reden! — Gegenrufe der Abg. Altenburger und Kabsch. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen. — Abg. Prinke: Das schreibt ihr uns als Opposition noch nicht vor! Wir werden nur auf das antworten, auf das wir Antwort geben wollen! — Abg. Mitterer: Die Zahl der Selbständigen geht zurück! Das wissen Sie ganz genau!) Das weiß ich alles. (Ruf bei der ÖVP: Laut Staribacher!)

Geht es jetzt schon? Kann ich wieder weitersprechen? Ist die Beruhigung wieder eingetreten? (Ruf bei der ÖVP: Ja, bitte!)

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Abgeordnete Rosa Weber (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Wir werden jedenfalls auf diesem Gebiet Initiativen entfalten, wir werden Anträge einbringen, und wir werden sehen, wie dann die Antwort der Regierung und der Mehrheit in diesem Haus aussieht.

Eine zweite Frage, die ich behandeln will, betrifft die Reform des Familienrechts. Auch sie scheint mir wichtig zu sein, wenn uns eine gesunde und glückliche Entwicklung unserer Familien am Herzen liegt. Ich muß Ihnen sagen: Ich war sehr überrascht, und ich habe meinen Ohren nicht getraut, als ich bei der langen Rede des Herrn Bundeskanzlers, die 75 Minuten gedauert hat, kein einziges Wort vernommen habe, das diesem wichtigen Gebiet gewidmet wäre. (Ruf bei der SPÖ: Auf der

Pressekonferenz!) Ich frage die Bundesregierung, was sie auf diesem Gebiet zu tun gedenkt. Was gedenkt sie zum Beispiel mit all dem Erarbeiteten zu tun, das bereits im Justizministerium vorliegt? Was gedenkt sie aber vor allem damit zu tun, was als Vorlagen in der X. Legislaturperiode in dieses Hohe Haus gekommen ist? Schon unter 94 der Beilagen ist eine Regierungsvorlage, also auch mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei beschlossen, über die Neuordnung des ehelichen Güterrechtes und des gesetzlichen Erbrechtes eingelangt. Weiters ist im Laufe der Legislaturperiode eine Regierungsvorlage über die Neuordnung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes eingebracht worden. Leider hat das Parlament eine Erledigung nicht durchführen können, weil die Praxis des Justizausschusses beziehungsweise seines Vorsitzenden sehr, sehr hinhaltend war, sodaß es trotz wiederholter Mahnungen nicht möglich war, konkret in die Beratungen einzugehen. Ich hoffe nicht, daß diese beiden fertig ausgearbeiteten Vorlagen, die die Zustimmung der Österreichischen Volkspartei bereits gefunden haben, das gleiche Schicksal erleiden wie viele Reformvorschläge des Familienrechts schon vorher, denn wollte man erzählen, was es für eine traurige Geschichte ist mit all den Versuchen, das Familienrecht der heutigen Zeit, den heutigen Verhältnissen anzupassen, man müßte lange, lange reden, denn diese Versuche haben schon im Parlament der Ersten Republik begonnen, und in den zwanzig Jahren der Zweiten Republik hat man ebenfalls wiederholt Initiativen ergriffen. Es haben Expertenkomitees getagt, es haben Fachleute des Justizministeriums sich bemüht und viele, viele Stunden beraten.

Ich frage Sie, ich frage die Regierung, den Herrn Bundeskanzler, da der Herr Justizminister leider abwesend ist, ich frage also: Was soll mit all dem geschehen? Welches Bild soll man gewinnen, wenn die Regierung diesem Fragenkomplex keine Bedeutung zumißt?

Wir haben auch in der Regierungserklärung sehr oft das Wort „modern“ gehört, eine moderne Politik solle von der Regierung Klaus II gemacht werden. Wenn man diesen Fragenkomplex nicht endlich löst, dann ist es wohl verfehlt, von einer modernen Politik zu sprechen, denn dieses Familienrecht paßt überhaupt nicht mehr in unsere Zeit. Dieses Familienrecht ist nicht angetan, eine feste Basis für die Entwicklung der Familien zu geben. Dieses Recht kann von den Richtern in vielen Teilen überhaupt nicht angewendet werden, weil es den derzeitigen Gegebenheiten in keiner Weise entspricht. Ich meine aber, es genügt nicht, daß man diese beiden Teilverordnungen verwirklicht, sondern das waren ja nur Ver-

**Rosa Weber**

suche des Justizministers Broda, diese Angelegenheit nun auf einer anderen Ebene wieder in Fluß zu bringen. Vorher hat sich doch schon Justizminister Tschadek um eine Gesamt-reform bemüht. Wir müssen auch heute sagen, daß auf diese Gesamt-reform nicht verzichtet werden kann. Auch hier werden die Sozialisten initiativ werden, und auch in diesem Zusammenhang wird die Regierung vor eine Prüfung gestellt sein. Denn an der Behandlung dieser Materie wird man erkennen können, ob diese Regierung tatsächlich in der Lage und willens ist, wichtige Probleme zu lösen.

Dieses Familienrecht stammt aus dem Jahre 1811! Sie alle wissen das. Wir fahren heute nicht mehr mit der Postkutsche und schreiben auch nicht mehr mit dem Gänsekiel, mit dem Kaiser Franz I. seinerzeit seine Unterschrift auf das Kaiserliche Patent gesetzt hat. Daher muß man alles daransetzen, um dieses wichtige Gebiet den heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen.

Wir werden sehr genau verfolgen, was auf diesem Gebiet geschieht. Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, vor allem aber der Regierung die Versicherung abgeben, daß die österreichischen Frauen ganz genau verfolgen werden, wie sich die Regierung zu dieser für sie eminent wichtigen Frage verhalten wird. Jetzt gibt es auch auf diesem Gebiet keine Ausrede mehr auf den einen oder auf den anderen. Alles, was geschieht und was nicht geschieht, muß von der Österreichischen Volkspartei verantwortet werden! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates findet voraussichtlich am Mittwoch, den 11. Mai um 11 Uhr vormittag statt. Eine schriftliche Einladung wird noch ergehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 21 Uhr 45 Minuten**